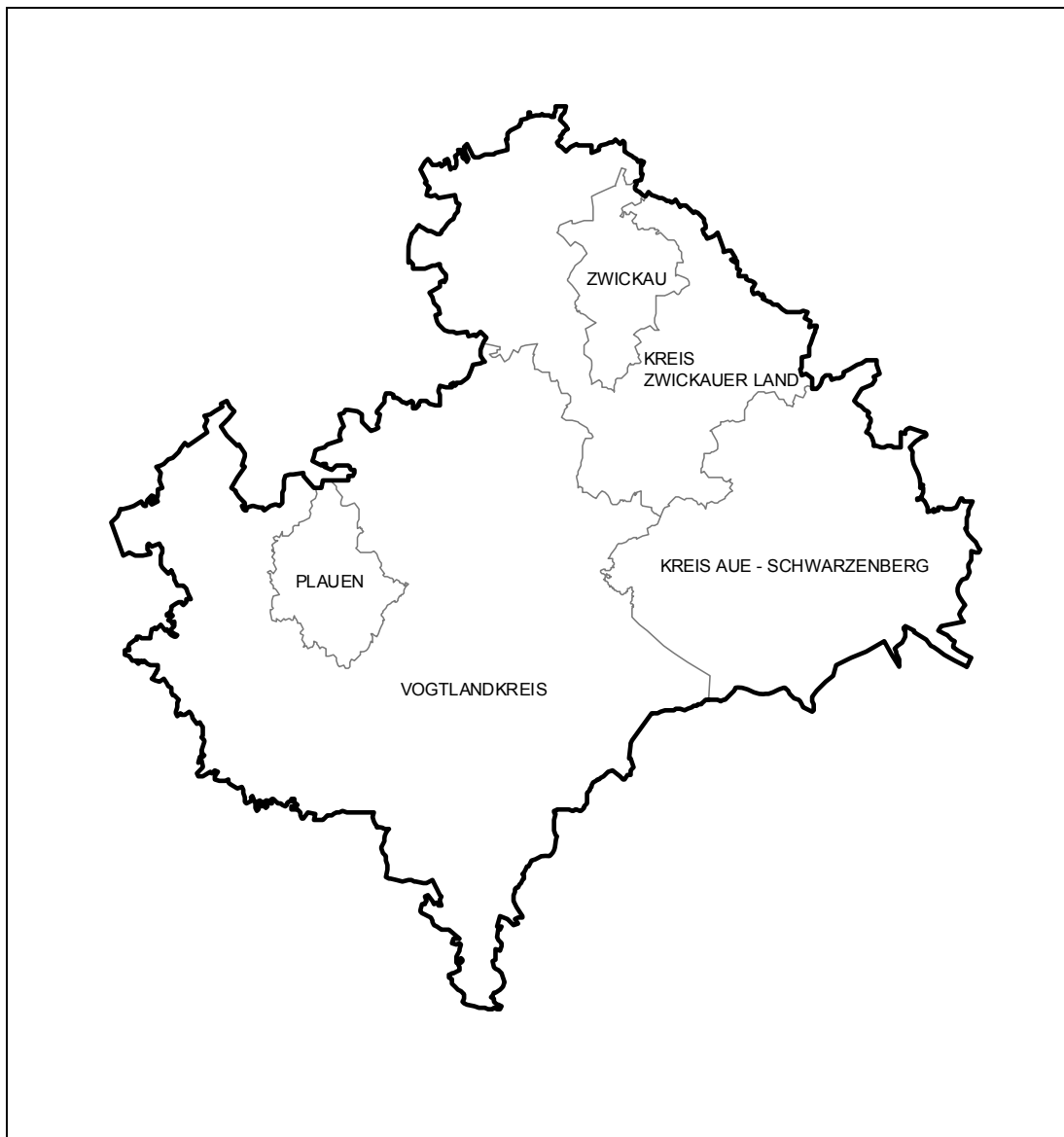


Satzung über die Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen

in der Fassung des Satzungsbeschlusses der Verbandsversammlung
des Regionalen Planungsverbandes Südwestsachsen
vom 10.07.2008, mit dem der Satzungsbeschluss vom 05.03.2008 geändert wurde,
sowie des Genehmigungsbescheides des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
vom 28.05.2008, geändert mit Bescheid vom 17.07.2008



Impressum

Plangeber und
Herausgeber: Regionaler Planungsverband Südwestsachsen
Wettiner Str. 64
08280 Aue
Telefon (03771) 25 96 41
Telefax (03771) 25 96 42
e-mail geschaeftsstelle@rpv-suedwestsachsen.de

Bearbeitung: Regionale Planungsstelle Südwestsachsen
Bahnhofstr. 46/48
08523 Plauen
e-mail planungsstelle@rpv-suedwestsachsen.de

Schutzgebühr: 40,00 € (incl. Umweltbericht)

Die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Südwestsachsen hat in ihrer öffentlichen Sitzung am 10.07.2008 mit Beschluss-Nr. RPV 12/2008, mit dem der Beschluss-Nr. RPV 04/2008 vom 05.03.2008 geändert wurde, auf der Grundlage des § 7 Abs. 2 des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPIG) vom 14. Dezember 2001 (SächsGVBl. S. 716), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102) geändert worden ist, die Satzung über die Feststellung der Ersten Gesamtfortschreibung des Regionalplans für die Planungsregion Südwestsachsen [Regionalplan Südwestsachsen] beschlossen.

Mit Bescheid vom 28.05.2008, Az. 41-2423.53/3, geändert durch Bescheid vom 17.07.2008 zu dem selben Aktenzeichen, hat das zuständige Sächsische Staatsministerium des Innern für den Regionalplan Südwestsachsen gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit § 6 Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPIG) vom 14. Dezember 2001 (SächsGVBl. S. 716), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102) geändert worden ist, unter Ausnahmen die erforderliche Genehmigung erteilt.

Die Satzung über den Regionalplan der Planungsregion Südwestsachsen in der Fassung des Satzungsbeschlusses Nr. RPV 12/2008 vom 10.07.2008, mit dem die am 05.03.2008 beschlossene Fassung aufgrund des Genehmigungsbescheids vom 28.05.2008 geändert wurde, sowie des Änderungsbescheids des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 17.07.2008 zum Genehmigungsbescheid vom 28.05.2008 lautet wie folgt:

§ 1

Die Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplans für die Planungsregion Südwestsachsen [Regionalplan Südwestsachsen] gemäß den Beschlüssen der Verbandsversammlung am 10. Juli 2008, bestehend aus dem Textteil und Kartenteil, wird als Satzung festgestellt.

§ 2

Die Satzung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung gemäß § 7 Abs. 4 SächsLPIG in Kraft.

Die gemäß § 1 der Satzung über den Regionalplan der Planungsregion Südwestsachsen in der Fassung des Satzungsbeschlusses Nr. RPV 12/2008 der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Südwestsachsen vom 10.07.2008, mit dem die am 05.03.2008 beschlossene Fassung aufgrund des Genehmigungsbescheids vom 28.05.2008 geändert wurde, sowie des Änderungsbescheides des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 17.07.2008 zum Genehmigungsbescheid vom 28.05.2008, beschlossene **Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplans für die Planungsregion Südwestsachsen (Regionalplan Südwestsachsen)**, bestehend aus dem Textteil, in dem von der Genehmigung ausgenommene Plansätze kursiv gedruckt sind, und Kartenteil, in dem von der Genehmigung ausgenommene Ausweisungen mit „!“ gekennzeichnet sind, lautet wie folgt:

Inhaltsverzeichnis

Textteil

Seite
 Ziele Begründungen

Leitbild der Region

1	Siedlungsstruktur	Z - 1	B - 1
1.1	Regionale Siedlungsentwicklung	Z - 1	B - 1
1.2	Zentrale Orte und Verbünde	Z - 3	B - 8
1.3	Besondere Gemeindefunktionen	Z - 5	B - 15
1.4	Schwerpunktbereiche für Siedlungsentwicklungen	Z - 6	B - 20
1.5	Achsen	Z - 8	B - 25
1.6	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Z - 9	B - 30
1.7	Handel	Z - 10	B - 32
1.8	Tourismus	Z - 12	B - 37
2	Freiraumstruktur	Z - 14	B - 44
2.1	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft	Z - 15	B - 45
2.1.1	Leitbilder für Natur und Landschaft	Z - 15	B - 45
2.1.2	Landschaftsbild und Kulturlandschaft	Z - 16	B - 48
2.1.3	Arten, Lebensgemeinschaften und Lebensräume	Z - 17	B - 52
2.1.4	Maßnahmen Naturschutz und Landschaftspflege	Z - 18	B - 58
2.1.5	Boden und Altlasten	Z - 19	B - 58
2.1.6	Klima, Luft	Z - 20	B - 64
2.2	Wasser	Z - 21	B - 65
2.2.1	Grundwasser und oberirdische Gewässer	Z - 21	B - 65
2.2.2	Hochwasserschutz	Z - 22	B - 68
2.3	Land- und Forstwirtschaft	Z - 23	B - 73
2.3.1	Landwirtschaft	Z - 23	B - 73
2.3.2	Forstwirtschaft	Z - 24	B - 78
2.4	Rohstoffsicherung und -gewinnung	Z - 25	B - 82
2.5	Windenergienutzung	Z - 26	B - 89
2.6	Altbergbau	Z - 27	B - 99
3	Infrastruktur	Z - 28	B - 103
3.1	Verkehr	Z - 28	B - 103
3.1.1	Schienerverkehr/Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	Z - 29	B - 104
3.1.2	Straßenverkehr	Z - 30	B - 107
3.1.3	Luftverkehr	Z - 32	B - 108
3.1.4	Radverkehr	Z - 32	B - 109
3.2	Technische Infrastruktur	Z - 33	B - 111
3.3	Soziale Infrastruktur	Z - 33	B - 114

Kartenteil

Maßstab

Karte 1	Raumnutzung (Kapitel 1 bis 3)	1 : 100 000
Karte 2	Siedlungswesen (Kapitel 1.1)	1 : 280 000
Karte 3	Raumstruktur (Kapitel 1.2, 1.3, 1.5)	1 : 280 000
Karte 4	Tourismus (Kapitel 1.8)	1 : 280 000
Karte 5	Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen (Kapitel 2)	1 : 200 000
Karte 6	Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft (Kapitel 2)	1 : 200 000
Karte 7	Tierhaltungsstandorte (Kapitel 2.3.1)	1 : 280 000
Karte 8	Bergbauumgang (Kapitel 2.6)	1 : 280 000

Anlagenteil

Anlage 1	Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung
Anlage 2	Rechtsgrundlagen

Zusammenfassende Erklärung

über die Einbeziehung von Umwelterwägungen in die Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen

Grundlagen, Planungsgebiet, Bindungswirkung

Der Regionalplan der Region Südwestsachsen wird auf der Grundlage

- des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081, 2102) zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 09. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2833)
- des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz - SächsLPIG) vom 14. Dezember 2001 (SächsGVBl. S. 716), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 07. November 2007 (SächsGVBl. S. 478,484)
- des Landesentwicklungsplanes Sachsen, Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über den Landesentwicklungsplan Sachsen (LEP 2003) vom 16. Dezember 2003 (SächsGVBl. S. 915)

aufgestellt.

Im Regionalplan werden die Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung des LEP 2003 räumlich und sachlich ausgeformt. Der Regionalplan übernimmt gemäß § 4 Abs. 2 Satz 3 SächsLPIG zugleich die Funktion des Landschaftsrahmenplanes nach § 5 des Sächsischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (SächsNatSchG) vom 03. Juli 2007 (SächsGVBl. S. 321).

Das Planungsgebiet der Region Südwestsachsen umfasst die kreisfreien Städte Plauen und Zwickau sowie die Landkreise Aue-Schwarzenberg, Vogtlandkreis und Zwickauer Land.

Der Regionalplan besteht aus einem **Text-** und einem **Kartenteil**.

Der **Textteil** enthält **Grundsätze (G)** und **Ziele (Z)** sowie **Begründungen (B)**.

Der Kartenteil enthält Karten sowohl mit zeichnerischen Ausweisungen von Grundsätzen und Zielen als auch Darstellungen als nachrichtliche Übernahmen von Fachplanungen und Darstellungen, die der Begründung von Grundsätzen und Zielen dienen.

Die **Grundsätze** nach § 3 Nr. 3 ROG - im Text mit **G** und Ziffer gekennzeichnet - sind von öffentlichen Stellen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in der Abwägung oder bei der Ermessensausübung nach Maßgabe des § 4 ROG und der für die Planungen und Maßnahmen geltenden Vorschriften zu berücksichtigen.

Die **Ziele** nach § 3 Nr. 2 ROG - im Text mit **Z** und Ziffer gekennzeichnet - sind nach Maßgabe von §§ 4, 5 ROG bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten. Ziele, die die Bauleitplanung betreffen, begründen darüber hinaus eine Anpassungspflicht für die Gemeinden nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316).

Wenn ein Ziel in diesem Regionalplan als „**Ist-Ziel**“ formuliert ist, bedeutet dies, dass die Planaussage zwingend verbindlich ist; sie kann nur im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens (§ 17 SächsLPIG) überwunden werden.

Wenn ein Ziel in diesem Regionalplan als „**Soll-Ziel**“ formuliert ist, bedeutet dies, dass die Planaussage zwingend verbindlich ist, aber selbst ein so genanntes Restermessen enthält, das erlaubt, in atypischen Fällen ohne Zielabweichungsverfahren von der Planaussage abzuweichen. Ein atypischer Fall liegt dann vor, wenn bei objektiver Betrachtung des konkreten Einzelfalls ein Festhalten am Ziel unter Beachtung der Gesamtaussage des Planes nicht gerechtfertigt erscheint.

Wenn ein Ziel mit der Maßgabe formuliert ist, dass auf etwas hinzuwirken ist, bedeutet dies, dass für Adressaten bei der Verwirklichung der Zielaussagen ein breites Spektrum an möglichen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in Betracht kommt. Zulässig sind danach alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die die Zielaussage befördern oder die der Zielaussage nicht widersprechen. Auf ein „**Hinwirkungsziel**“ wird regelmäßig die Ablehnung einer anstehenden raumbedeutsamen Planung und Maßnahme nicht gestützt werden können, es sei denn, es ist offensichtlich, dass hierdurch der Hinwirkungsauftrag konterkariert wird.

Im Übrigen richtet sich die Bindungswirkung der Grundsätze und Ziele nach dem ROG und den Fachgesetzen in ihrer jeweils geltenden Fassung.

Die in den Raumordnungsplänen enthaltenen Ziele und Grundsätze stehen unter dem Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung. Ein Anspruch, insbesondere gegen den Freistaat Sachsen oder kommunale Gebietskörperschaften, auf Realisierung, Finanzierung oder finanzielle Förderung kann aus den Zielen, Grundsätzen und Vorschlägen nicht abgeleitet werden. Bei der Förderung im Geltungsbereich des Regionalplanes sind seine Ziele zu beachten und seine Grundsätze zu berücksichtigen. Weitergehende Vorschriften der einschlägigen Förderrichtlinien bleiben davon unberührt. Ebenso wird keine Rechtspflicht zur Finanzierung der Errichtung oder Erhaltung bestimmter Einrichtungen begründet. Aus diesem Regionalplan lassen sich keine zeitlichen und finanziellen Bindungen oder Zwänge für die Staatsregierung ableiten.

Leitbild der Region

Die Region soll sich unter Nutzung der regionalen Potenziale und Traditionen des Vogtlandes, des Westerzgebirges und des Zwickauer Raumes als ein zukunftsorientierter, leistungsstarker und attraktiver Lebens-, Wirtschafts- und Landschaftsraum sowie Wissenschaftsstandort so weiterentwickeln, dass sie an ihre historische Drehscheibenfunktion in Europa anknüpfen und zukunftsbeständige Kompetenzen erlangen kann und dadurch die Entwicklungsdynamik des „Sachsendreiecks“ zur Europäischen Metropolregion nutzt und aktiv mit gestaltet.

Die sich aus den wieder gewonnenen und mit der erfolgten Osterweiterung der Europäischen Union neu entstandenen Lagequalitäten der Region, ihren wirtschaftlichen und kulturellen Traditionen, ihrer Funktionsvielfalt sowie ihrer reichhaltige Naturraumausstattung und ihrer Ressourcen ergebenden vielseitigen Potenziale und Chancen sollen sowohl für eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit im europäischen Wettbewerb als auch für eine nachhaltige Entwicklung der Region genutzt und weiterentwickelt werden. Dabei sind Verflechtungen und Kooperationen innerhalb der Region als auch mit benachbarten Regionen, Bundesländern und Staaten auf der Grundlage regional und überregional abgestimmter Entwicklungsstrategien zu beleben und weiter zu stärken.

Auf die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Region, die mit der Entwicklung des Landes insgesamt Schritt halten, ist durch eine ausgewogene regionale Entwicklung sowie die Stärkung der Beziehungen und Verflechtungen zwischen den einzelnen Regionsteilen hinzuwirken. Dabei soll eine interkommunal abgestimmte und raumverträgliche Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung zur Erhaltung und Schaffung von zukunftsbeständigen Arbeitsplätzen sowie bedarfsgerechtem Wohnraum und Einrichtungen der Daseinsvorsorge beitragen und somit langfristig die erforderliche Stabilisierung der demographischen Strukturen in der Region unterstützen.

Die sozialökonomischen, kulturellen und naturräumlichen Besonderheiten der Region insgesamt und ihrer Teilräume sollen für die Stärkung der Region innerhalb des Freistaates Sachsen und darüber hinaus als Bestandteil der Euroregionen erhalten sowie zukunftsbeständig gesichert und aufgewertet werden. Dabei ist der regionsübergreifende Verdichtungsraum Chemnitz-Zwickau innerhalb der Europäischen Metropolregion „Sachsendreieck“ als Wachstumsknoten von nationaler Bedeutung so zu entwickeln, dass er den innovativen Strukturwandel regionsweit befördert und damit auch Rang und Ausstrahlung der Region insgesamt erhöht.

1 Siedlungsstruktur

1.1 Regionale Siedlungsentwicklung

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele für die Siedlungsentwicklung sind im LEP 2003 unter Kapitel 2.1 und 5 festgesetzt.

Karte: Aus der genehmigten Bauleitplanung sind die Siedlungsflächenentwicklungen der Region in der Karte 1 „Raumnutzung“ als nachrichtliche Übernahmen dargestellt.

Karte: Die schützenswerten Ortsstrukturen und erhaltenswerte Bausubstanz von regionaler Bedeutung sind in der Karte 2 „Siedlungswesen“ ausgewiesen. Die Denkmalschutzgebiete und die ehemaligen Programmdörfer sowie die Gebiete der ländlichen Entwicklung (ILE- Gebiete) sind als nachrichtliche Übernahmen dargestellt.

Z 1.1.1 Die historisch gewachsene dezentrale Siedlungsstruktur der Region mit dem punktaxialen zentralörtlichen System und den Regionalen Achsen als Grundgerüst ist zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Dabei ist auf die Nutzung und den Ausbau vorhandener sowie die Erschließung weiterer Potenziale für funktionsteilige Entwicklungen im regionalen Interesse besonders hinzuwirken.

G 1.1.2 Im Rahmen der Siedlungsentwicklung in der Region sind die Funktionen Wohnen-Arbeiten-Versorgen-Erholen einander so zuzuordnen, dass kurze Wege erhalten bleiben bzw. entstehen, räumlich bedingter Verkehrsaufwand reduziert und der weiteren Zersiedlung der Landschaft entgegenge wirkt wird.

Z 1.1.3 Es ist darauf hinzuwirken, dass die zukünftige Siedlungstätigkeit in der Region sowohl im Rahmen der Eigenentwicklung der Gemeinden als auch zur überörtlichen Konzentration in den Zentralen Orten mit Orientierung auf die Einzugsbereiche des ÖPNV erfolgt.

G 1.1.4 Die Entwicklung der Siedlungen soll flächensparend erfolgen. Es sollen kompakte nutzungsgemischte Siedlungsstrukturen erhalten bzw. wiederhergestellt und dabei die Besonderheiten der Siedlungs- und Bauformen in den jeweiligen Teilräumen berücksichtigt werden (s. Karte 2 „Siedlungswesen“).

Z 1.1.5 Die Funktionsfähigkeit der Städte als tragende Elemente des zentralörtlichen Systems der Region ist zu sichern und zu verbessern. Dabei ist insbesondere durch städtebauliche Maßnahmen die Erhaltung und Revitalisierung funktionsgemischter innerstädtischer Strukturen zu unterstützen. Der Ansiedlung innenstadtrelevanter Funktionen in randstädtischen Bereichen ist entgegenzuwirken.

Z 1.1.6 Auf die Revitalisierung und Umnutzung von Brachen an integrierten Standorten für Wohn- und Dienstleistungsfunktionen sowie für integrierbare industriell-gewerbliche Funktionen ist hinzuwirken.

- Z 1.1.7** Die Entwicklung der Baugebiete durch die Kommunen ist hinsichtlich Größenordnung und Schwerpunktsetzung darauf zu richten,
- die Flächeninanspruchnahme im Außenbereich zu minimieren,
 - die historisch wertvollen Stadt- und Dorfkerne (s. Karte 2 „Siedlungswesen“) zu erhalten, zu sanieren und angepasst weiterzuentwickeln,
 - die Wohngebiete, insbesondere in städtebaulich integrierten Lagen, entsprechend dem Bedarf umzustrukturieren, um der demographischen Entwicklung hinreichend Rechnung zu tragen,
 - nicht mehr benötigte Bauflächen insbesondere in randstädtischen Bereichen zurückzubauen und zu renaturieren bzw. zu entsiegeln oder bei Bedarf für gewerbliche und touristische Entwicklungen zu nutzen und
 - interkommunale Gewerbegebiete verstärkt vorzubereiten und zu realisieren.
- G 1.1.8** In den Siedlungsräumen soll zur Gewährleistung ökologischer Ausgleichsfunktionen aufbauend auf vorhandenen Strukturen ein möglichst zusammenhängendes Netz innerörtlicher Freiflächen entwickelt werden, das gleichzeitig ausreichend Möglichkeiten zur Erholung im direkten Wohnumfeld bietet.
- G 1.1.9** Naturraumtypische Siedlungsränder sollen erhalten bleiben. Bei neu zu schaffenden Siedlungsrändern ist durch naturraumbezogene, landschaftsgestalterische Maßnahmen ein harmonischer Übergang zwischen Siedlungsraum und umgebender Landschaft herzustellen.
- Z 1.1.10** Auf die Renaturierung bzw. Entsiegelung brachfallender Bauflächen außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile insbesondere in den in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft, den Vorranggebieten Wald sowie den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Hochwasser ist hinzuwirken.
- G 1.1.11** Siedlungsnaher Freiräume sollen als Erholungsräume und als ökologische Regenerationsräume erhalten und entwickelt werden. Die siedlungsnahen Freiräume sollen mit den innerörtlichen Grünbereichen vernetzt werden.

1.2 Zentrale Orte und Verbünde

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele für die Zentralen Orte und Verbünde sind im LEP 2003 unter Kapitel 2.2 und 2.3 festgesetzt.

Karte: Die Ober- und Mittelzentren sind in der Karte 3 „Raumstruktur“ als nachrichtliche Übernahme aus dem LEP 2003 dargestellt.

Als Oberzentren sind im LEP 2003 (Z 2.3.5)

- die Städte Plauen und Zwickau

festgelegt.

Als Mittelzentren sind im LEP 2003 (Z 2.3.7)

die Städteverbünde

- Silberberg
- Göltzschtal

und die Städte

- Reichenbach im Vogtland
- Oelsnitz/Vogtl.
- Crimmitschau
- Werdau

festgelegt.

Begriff: **Zentraler Ort**

Zentrale Orte sind Gemeinden, die auf Grund ihrer Einwohnerzahl und der Größe ihres Verflechtungsbereiches, ihrer Lage im Raum, ihrer Funktion und der Komplexität ihrer Ausstattung Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens im Freistaat Sachsen bilden. Sie übernehmen entsprechend ihrer Funktion und Einstufung im zentralörtlichen System Aufgaben für die Gemeinden ihres jeweiligen übergemeindlichen Verflechtungs- bzw. Wirkungsbereichs.

Verbund von Zentralen Orten (Mittel- und Grundzentren)

Verbünde von Zentralen Orten dieser Stufe sind zwei oder mehrere Gemeinden, die auf Grund ihrer Nachbarschaftslage oder eines direkten baulichen Zusammenhangs, ihrer Funktionsteilung in Bezug auf die zentralörtliche Ausstattung und einer verstetigten Zusammenarbeit nach § 204 (1) BauGB gemeinsam die Funktion eines Zentralen Ortes ausüben.

Versorgungs- und Siedlungskern

Ein Versorgungs- und Siedlungskern einer Gemeinde ist der Ortsteil, der auf Grund seiner bereits vorhandenen Funktionen und entsprechender Entwicklungsmöglichkeiten, seiner Erreichbarkeit (bei Zentralen Orten für die Bevölkerung im Verflechtungsbereich) und seiner Verkehrsanbindung durch den ÖPNV die Voraussetzung für die Versorgung der Bevölkerung (bei Zentralen Orten für die Bevölkerung im Verflechtungsbereich) in zumutbarer Entfernung zu den Wohnstandorten bietet. Die Festlegung von Versorgungs- und Siedlungskernen erfolgt in den Regionalplänen, sofern ein überörtliches Regelungsbedürfnis raumordnerisch begründet ist.

Eigenentwicklung

Eigenentwicklung ist die für den Bauflächenbedarf zu Grunde zu legende Entwicklung einer Gemeinde, die sich aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und aus den Ansprüchen der örtlichen Bevölkerung an zeitgemäße Wohnverhältnisse, der ortsansässigen Gewerbebetriebe und der Dienstleistungseinrichtungen ergibt.

Karte: Die Grundzentren sind in der Karte 3 „Raumstruktur“ ausgewiesen.

Z 1.2.1 Grundzentren sind die Gemeinden:

Breitenbrunn/Erzgeb.-Johanngeorgenstadt (grundzentraler Verbund), Eibenstock, Schönheide, Stützengrün-Zschorlau (grundzentraler Verbund)
 Adorf/Vogtl., Klingenthal, Lengenfeld, Markneukirchen, Schöneck/Vogtl., Treuen, Weischlitz
 Hartenstein-Wildenfels (grundzentraler Verbund), Kirchberg

Z 1.2.2 Die Grundzentren sind als überörtliche bzw. lokale Versorgungs-, Betreuungs-, Wirtschafts- und Dienstleistungszentren zu stärken und so zu entwickeln, dass sie die Grundversorgung für die Bevölkerung ihres Nahbereiches sicherstellen und Standortvoraussetzungen (infrastrukturell, flächenmäßig) für ein differenziertes Angebot an Arbeitsplätzen bieten und bedarfsgerecht ausbauen können.

Z 1.2.3 In den Städten Klingenthal und Johanngeorgenstadt im Verbund mit Breitenbrunn sind die Voraussetzungen für die Stärkung und dauerhafte Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit als Zentrale Orte für die peripheren, grenznahen, ländlich strukturierten Teilgebiete des oberen Vogtlandes und des oberen Westerzgebirges zu schaffen. Dabei ist auf den Erhalt bzw. die Wiederherstellung sowie auf die Aufwertung und den Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen besonders hinzuwirken.

Z 1.2.4 Als Versorgungs- und Siedlungskerne der Grundzentren werden nachfolgende Gemeindeteile ausgewiesen.

Landkreis	Grundzentrum/ Grundzentraler Verbund	Gemeindeteil
Aue- Schwarzenberg	Breitenbrunn/Erzgeb.- Johanngeorgenstadt	Breitenbrunn/Erzgeb. Johanngeorgenstadt
Aue- Schwarzenberg	Eibenstock	Eibenstock
Aue- Schwarzenberg	Schönheide	Schönheide
Aue- Schwarzenberg	Stützengrün- Zschorlau	Stützengrün Zschorlau
Vogtlandkreis	Adorf/Vogtl.	Adorf/Vogtl.
Vogtlandkreis	Klingenthal	Klingenthal
Vogtlandkreis	Lengenfeld	Lengenfeld
Vogtlandkreis	Markneukirchen	Markneukirchen
Vogtlandkreis	Schöneck/Vogtl.	Schöneck/Vogtl.
Vogtlandkreis	Treuen	Treuen
Vogtlandkreis	Weischlitz	Weischlitz
Zwickauer Land	Hartenstein- Wildenfels	Hartenstein Wildenfels
Zwickauer Land	Kirchberg	Kirchberg

1.3 Besondere Gemeindefunktionen

LEP: Die landesweiten Ziele für die Gemeinden mit besonderen Gemeindefunktionen sind im LEP 2003 unter Kapitel 2.4 festgesetzt.

Begriff: **Besondere Gemeindefunktionen** sind Funktionen, die den wirtschaftlichen und sozialen Charakter einer nichtzentralörtlichen Gemeinde dominieren und in ihrer raumstrukturellen Wirkung deutlich über die eigene Gemeinde hinaus gehen oder die in Grundzentren eine deutlich herausgehobene Funktion gegenüber den anderen Aufgaben eines Grundzentrums darstellen. Als besondere Gemeindefunktionen kommen insbesondere die Funktionen Bildung, Gewerbe, Fremdenverkehr, grenzübergreifende Kooperation und Verkehr in Betracht. Die entsprechenden Festlegungen erfolgen in der Regel in den Regionalplänen, sofern ein überörtliches Regelungserfordernis raumordnerisch begründet ist. Die Funktionen werden Gemeinden zugewiesen.

Mit der Sicherung oder der Entwicklung der Gemeindefunktion in Einklang stehende Maßnahmen sind in einem nichtzentralen Ort über den Rahmen der Eigenentwicklung der Gemeinde hinaus zulässig.

Eigenentwicklung

Eigenentwicklung ist die für den Bauflächenbedarf zu Grunde zu legende Entwicklung einer Gemeinde, die sich aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und aus den Ansprüchen der örtlichen Bevölkerung an zeitgemäße Wohnverhältnisse, der ortsansässigen Gewerbebetriebe und der Dienstleistungseinrichtungen ergibt.

Karte: Die besonderen Gemeindefunktionen sind in der Karte 3 „Raumstruktur“ ausgewiesen.

Z 1.3.1 Als Gemeinden mit besonderen Gemeindefunktionen werden ausgewiesen¹
 (Bildung- B, Gewerbe- G, Tourismus- T, Verkehr- V, grenzübergreifende Kooperation- gK, Sport- S, Gesundheit/Soziales- GS)

Breitenbrunn/Erzgeb.	B	T	gK	GS
Eibenstock		T	gK	
Johanngeorgenstadt		T	gK	
Bad Brambach		T	V	gK
Bad Elster		T	gK	GS
Eichigt			gK	
Erlbach			gK	
Heinsdorfergrund	G			
Klingenthal	B	T	gK	S
Lengsfeld		T	gK	
Markneukirchen	B		gK	
Morgenröthe- Rautenkranz		T		
Neumark	G		V	

¹ Grundzentren sind fett gedruckt.

Pöhl	T
Schöneck/Vogtl.	T
Steinberg	G
Kirchberg	B
Langenbernsdorf	T
Wilkau- Haßlau	B

Z 1.3.2 Die besonderen Gemeindefunktionen sind in den Gemeinden zu erhalten und im regionalen Kontext weiterzuentwickeln. Eine enge gebietliche Vernetzung beim Ausbau der touristischen Funktionen sowie eine enge funktionale Vernetzung bei der Weiterentwicklung der Funktionen „Tourismus“ und „grenzübergreifende Kooperation“ ist anzustreben.

1.4 Schwerpunktbereiche für Siedlungsentwicklungen

LEP: Die landesweiten Grundsätze für die gewerbliche Wirtschaft sind unter Kapitel 6.1, der landesweite Grundsatz für die Ausweisung der Schwerpunktbereiche für Siedlungsentwicklungen unter G 5.1.1 im LEP 2003 festgesetzt.

Begriff: Schwerpunktbereiche für Siedlungsentwicklungen sind regional und überregional bedeutsame Vorsorgestandorte z. B. für Industrie und Gewerbe, großflächige Freizeiteinrichtungen, Verkehrsanlagen. Die Flächenausweisungen für Industrie und Gewerbe sollen eine Mindestgröße von 25 ha nicht unterschreiten. Ihre Festlegung erfolgt flächenhaft in den Regionalplänen, sofern ein überörtliches Regelungserfordernis raumordnerisch begründet ist. Die Ausformung in der Bauleitplanung hat nach konkretem Bedarf zu erfolgen.

Karte: Als Schwerpunktbereiche für Siedlungsentwicklungen sind die Regionalen Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe in der Karte 1 „Raumnutzung“ flächenhaft ausgewiesen.

Z 1.4.1 Regionale Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe sind die Standorte:
(TG = Teilgebiet, AST = Autobahnanschlussstelle)

Plauen	Standort	V 15	„Oberlosa“
Plauen/Syrau	Standort	V 9	„B 282 – TG Kauschwitz/TG Syrau“
Oelsnitz/Vogtl.	Standort	V 17	„Moritzbach“
Oelsnitz/Vogtl.	Standort	V 16	„Taltitz“
Neuensalz	Standort	V 12	„B 169 – Neuensalz/Plauen“
Treuen	Standort	V 10	„Goldene Höhe TG IV“
Treuen	Standort	V 11	„Goldene Höhe TG III“
Reichenbach im Vogtland./	Standort	V 18	„AST Reichenbach im Vogtland
Heinsdorfergrund/		V 7	A 72 – einschließlich
Lengenfeld		V 8	TG Schönbrunn“
Auerbach/Vogtl.	Standort	V 13	„Auerbach-West“
Falkenstein/Vogtl.	Standort	V 14	„Siebenhitz“

Zwickau	Standort	V 2	„Zwickau-Nord“
Zwickau	Standort	V 1	„Crossen-Wulm“
Werdau/Fraureuth	Standort	V 3	„Werdau-Süd“
Reinsdorf	Standort	V 4	„AST Zwickau-Ost A 72“
Hartenstein	Standort	V 5	„AST Hartenstein A 72“
Aue	Standort	V 6	„Alberoda“

Z 1.4.2

Die Regionalen Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe sind im Rahmen der Bauleitplanung auszuformen. Dabei ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass

- die künftige industriell-gewerbliche Gesamtentwicklung im Bereich der Autobahnanschlussstellen Plauen-Süd A 72/B 92 und Pirk A 72/B 173 unter Einschluss der Standorte (V 15) „Oberlosa“, (V 17) „Moritzbach“ und (V 16) „Taltitz“ durch interkommunale Kooperation der Städte Plauen und Oelsnitz/Vogtl.,
- der Standort (V 9) „B 282 – TG Kauschwitz/TG Syrau“ durch interkommunale Kooperation der Stadt Plauen und der Gemeinde Syrau,
- der Standort (V 12) „B 169 – Neuensalz/Plauen“ durch interkommunale Kooperation der Stadt Plauen und der Gemeinde Neuensalz,
- der Standort (V 18/ V 7/ V 8) „AST Reichenbach im Vogtland A 72 – einschließlich TG Schönbrunn“ durch interkommunale Kooperation der Stadt Reichenbach im Vogtland und der Gemeinde Heinsdorfergrund unter Einbeziehung der Stadt Lengenfeld,
- der Standort (V 5) „AST Hartenstein A 72“ durch interkommunale Kooperation der Stadt Hartenstein und des mittelzentralen Städtebundes und regionsübergreifend mit der Stadt Oelsnitz/Erzgeb. (Planungsregion Chemnitz-Erzgebirge),
- der Standort (V 1) „Crossen-Wulm“ erst nach Realisierung der erforderlichen Maßnahmen des Hochwasserschutzes

vorbereitet und realisiert wird.

Z 1.4.3

Regionale Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe sind von Planungen und Maßnahmen freizuhalten, die eine industriell-gewerbliche Nutzung beeinträchtigen können. Dabei sind insbesondere Einzelhandelseinrichtungen jeglicher Art und Größe, Photovoltaik- Freiflächenanlagen, Anlagen für sportliche Zwecke, Tankstellen, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke sowie Vergnügungsstätten grundsätzlich auszuschließen. Verwaltungs- und Bürogebäude sowie Wohnungen sind nur in direktem Zusammenhang mit den anzusiedelnden Industrieunternehmen zulässig.

Z 1.4.4

In Regionalen Vorsorgestandorten für Industrie und produzierendes Gewerbe ist eine vorwiegend kleinteilige Parzellierung auszuschließen.

1.5 Achsen

LEP: Die landesweiten Ziele zu den überregionalen Verbindungsachsen sind im LEP 2003 unter Kapitel 2.6 festgesetzt.

Begriff: Regionale Entwicklungs- und Verbindungsachsen und Regionale Verbindungsachsen sind regional bedeutsame Achsen, die das Netz der im LEP 2003 ausgewiesenen überregionalen Verbindungsachsen ausformen und ergänzen und der Bündelung von Infrastruktureinrichtungen dienen. Regionale Entwicklungs- und Verbindungsachsen dienen darüber hinaus der Konzentration der Siedlungstätigkeit.

Regionale Achsen sind durch regionale Grünzüge und Grünzäsuren gegliedert (s. a. Kapitel 1.6).

Karte: Die regionalen Achsen sind in der Karte 3 „Raumstruktur“ ausgewiesen und in ihrer Funktion bestimmt.

Z 1.5.1 Regionale Achsen im Zuge der überregionalen Verbindungsachsen des LEP 2003 Kapitel 2.6 sind:

- A)** (Hof) – Plauen – Reichenbach – Zwickau $\begin{matrix} \text{<} & \text{(Glauchau)} \\ & \text{(Stollberg)} & \text{>} \end{matrix}$ (Chemnitz – Dresden)
 (A 9) im Vogtland
- B)** (Cheb/Eger) – Oelsnitz/Vogtl. – Plauen – (Greiz – Gera)
- C)** (Karlovy Vary/Karlsbad) – SVB Silberberg – A 72 – $\begin{matrix} \text{<} & \text{Zwickau} \\ & \text{Werdau/} & \text{>} \end{matrix}$ A 4...
 Crimmitschau
- A 4 $\begin{matrix} \text{<} & \text{(Erfurt/Dresden)} \\ & \text{(Meerane – Altenburg – Leipzig)} \end{matrix}$

Z 1.5.2 Regionale Achsen außerhalb der überregionalen Verbindungsachsen des LEP 2003 Kapitel 2.6 sind:
 (Entwicklungs- und Verbindungsachse = [E+V], Verbindungsachse = [V])

- a)** Plauen – SVB Göltzschtal – SVB Silberberg [E+V]
- b)** Plauen – Pausa – (Zeulenroda-Triebes – Gera) [V]
- c)** Oelsnitz/Vogtl. – Schöneck/Vogtl. – Eibenstock – Aue [V]
- d)** (Hof/A 93) – Oelsnitz/Vogtl. – Falkenstein/Vogtl. [V]
- e)** Reichenbach im Vogtland – Auerbach/Vogtl. – Tannenbergstal – Klingenthal [V]
- f)** (Hof/A 93) – Adorf/Vogtl. – Markneukirchen – Klingenthal [teilweise E+V]
- g)** Zwickau – Lengenfeld – SVB Göltzschtal – Schöneck/Vogtl. – Klingenthal – (Kraslice/Graslitz – Sokolov/Falkenau – Karlovy Vary/Karlsbad) [teilweise E+V]

- h) Auerbach/Vogtl. – Treuen \leftarrow A 72 \rightarrow Reichenbach im Vogtland/Plauen [E+V]
 Sachsen-
 magistrale
- i) Reichenbach im Vogtland – (Greiz) [E+V]
- j) Zwickau – Werdau – (Weida – Gera) [E+V]
- k) Zwickau – Mülsen – (Lichtenstein – Chemnitz) [E+V]
- l) SVB Silberberg \leftarrow Kirchberg \rightarrow A 72 [V]
 Hartenstein
- m) Aue – Lößnitz \leftarrow (Zwönitz – Thalheim) \rightarrow (Chemnitz) [E+V]
 (Stollberg)
- n) Schwarzenberg/Erzgeb. – (Annaberg-Buchholz) [E+V]
- o) Schwarzenberg/Erzgeb. – (Zwönitz – Chemnitz) [V]
- p) Schwarzenberg/Erzgeb. – (Oberwiesenthal – Karlovy Vary/Karlsbad) [V]
- q) Klingenthal – Johanngeorgenstadt – Breitenbrunn/Erzgeb. – (Oberwiesenthal) [V]
- r) Plauen – (Schleiz – A 9) [E+V]

1.6 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

LEP: Die landesweiten Ziele zu regionalen Grünzügen und Grünzäsuren sind im LEP 2003 unter Z 2.6.3 und Z 5.1.9 festgesetzt.

Begriff: Ein regionaler Grünzug ist ein siedlungsnaher, zusammenhängender Bereich des Freiraums mit unterschiedlichen ökologischen Funktionen oder naturnahen Erholungsmöglichkeiten, der von Bebauung im Sinne von Besiedlung oder anderen funktionswidrigen Nutzungen freizuhalten ist. In seiner Bindungswirkung ist der Regionale Grünzug ein Ziel der Raumordnung.

Begriff: Eine Grünzäsur ist ein kleinräumiger Bereich des Freiraums zum Schutz siedlungsnaher Erholungsfunktionen und zur Verhinderung des Zusammenwachsens dicht beieinander liegender Siedlungsgebiete, insbesondere im Zuge von Achsen. In ihrer Bindungswirkung ist die Grünzäsur ein Ziel der Raumordnung.

Karte: Die regionalen Grünzüge und Grünzäsuren sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen.

Z 1.6.1 Grünzäsuren sind von Bebauung im Sinne von Besiedlung oder anderen funktionswidrigen Nutzungen freizuhalten.

1.7 Handel

LEP: Die Ziele und Zulässigkeitsvoraussetzungen zur Entwicklung des großflächigen Einzelhandels sind im LEP 2003 unter Kapitel 6.2 festgesetzt sowie in der Handlungsanleitung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Zulässigkeit von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen im Freistaat Sachsen (HA Großflächige Einzelhandelseinrichtungen) vom 03. April 2008, (SächsABl. Nr. 17/2008) dargestellt.

Begriff: Unter großflächigen Einzelhandelseinrichtungen sind nachfolgend die von § 11 (3) Nr. 1 bis 3 Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 466) erfassten Einkaufszentren, großflächigen Einzelhandelsbetriebe und sonstigen großflächigen Handelsbetriebe zu verstehen (s. a. HA Großflächige Einzelhandelseinrichtungen, I. 4. Begriffe).

Begriff: Unter Factory-Outlet-Center (FOC) bzw. Hersteller-Direktverkaufszentren sind großflächige Einzelhandelseinrichtungen besonderer Ausprägung mit sehr hoher Raumbedeutsamkeit zu verstehen, in denen sich mehrere Hersteller über eine Betreiberorganisation zum gemeinsamen Direktverkauf von Fabrikwaren in speziell dafür vorgesehenen Einkaufszentren zusammenschließen und durch Kombination mit Gastronomie-, Freizeit- und weiteren Dienstleistungseinrichtungen tendenziell zunehmend auf „Erlebniseinkauf“ orientieren. FOC haben angebotsbezogen eine hohe Innenstadtrelevanz und dienen in besonderem Maße der spezialisierten Bedarfsdeckung. Sie wirken infolge der Dimensionierung deutlich oberhalb der Schwelle zur Großflächigkeit und ihrer sortimentsbezogenen Spezialisierung überregional und erheblich verkehrserzeugend.

Z 1.7.1 Durch die Ober- und Mittelzentren sowie die mittelzentralen Städteverbünde sind im Rahmen der Bauleitplanung in städtebaulich integrierten Lagen zentrale Versorgungsbereiche auszuweisen. Die Ansiedlung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen mit überwiegend innenstadtrelevanten Sortimenten ist nur in diesen Bereichen zulässig (i. V. m. LEP 2003, Z 6.2.1).

In den Versorgungs- und Siedlungskernen der Grundzentren gemäß Z 1.2.4 ist im Rahmen der Bauleitplanung in städtebaulich integrierter Lage zur Ansiedlung, Erweiterung oder wesentlichen Änderung von Einzelhandelseinrichtungen (i. V. m. LEP 2003, Z 6.2.2) ein zentraler Versorgungsbe-
reich auszuweisen.

- Z 1.7.2** Die Innenstädte, vor allem die Stadtzentren, und in den Oberzentren Plauen und Zwickau auch die Stadtteilzentren, sind in ihrer Funktion als Standorte des Einzelhandels und der Nahversorgung zu sichern, zu stärken und auszubauen (i. V. m. Z 1.1.5). Dabei soll auf die Sicherung und Belebung des kleinteiligen Einzelhandels hingewirkt werden.
- Z 1.7.3** Kommunale Einzelhandelskonzepte sowie für benachbarte Zentrale Orte und Städteverbünde interkommunal abgestimmte (regionale) Einzelhandelskonzepte sollen erarbeitet werden (i. V. m. Z 1.7.1 und Z 1.7.2).
- Z 1.7.4** Factory-Outlet-Center (FOC) bzw. Hersteller-Direktverkaufszentren als Neuansiedlung, Umwandlung vorhandener bzw. Integration in großflächige Einzelhandelseinrichtungen sowie Umnutzung anderweitig genutzter Bauflächen oder Bausubstanz sollen nur in den zentralen Versorgungsbereichen (i. V. m. Z 1.7.1/Satz 1) der Oberzentren Plauen und Zwickau in Größenordnungen angesiedelt werden, die die zentrale Funktionsfähigkeit sowie das zentralörtliche System der Region nicht negativ beeinträchtigen.

1.8 Tourismus

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele für Freizeit, Erholung und Tourismus sind im LEP 2003 unter Kapitel 8 festgesetzt.

Begriff: Tourismus- und Erholungsgebiete (touristische Bestandsgebiete, Entwicklungsgebiete und Ergänzungsgebiete) sind zusammenhängende Räume, die auf Grund natürlicher und landschaftlicher Gegebenheiten und/oder kulturhistorischer Sehenswürdigkeiten als touristische Zielgebiete eine ihrer Tourismus- und Erholungsfunktion entsprechende Infrastruktur haben bzw. in denen eine solche entwickelt werden soll.

Touristische Bestandsgebiete sind traditionelle Tourismusgebiete mit vorhandenem längerfristigen überregional und regional bedeutsamen Tourismus und einer dafür entsprechenden touristischen Infrastrukturausstattung, in denen der Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor traditionell Bedeutung hatte und weiterhin haben soll.

Touristische Entwicklungsgebiete sind Gebiete, die landschaftlich und kulturell zum Ausbau für längerfristigen überregional und regional bedeutsamen Tourismus geeignet sind, ansatzweise über eine touristische Infrastrukturausstattung und/oder über differenzierte Möglichkeiten für deren Ausbau verfügen und in denen der Tourismus als Wirtschaftsfaktor zukünftig an Bedeutung gewinnen soll.

Touristische Ergänzungsgebiete sind Gebiete, die für die Entwicklung und den Ausbau des kurzfristigen Tourismus (Naherholung, Ausflugsverkehr) geeignet sind.

Tourismusschwerpunkte (Städtetourismus, Kur- und Erholungsorte sowie sonstige Orte mit besonderen Erholungsfunktionen) sind Gemeinden bzw. Gemeindeteile, die auf Grund ihrer besonderen Ausstattung mit kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten und/oder landschaftlich attraktiven Anziehungspunkten in der Umgebung bzw. einer auf spezielle Funktionen ausgerichteten oder zu entwickelnden Infrastruktur touristische Zielpunkte von überregionaler oder regionaler Bedeutung sind bzw. zu solchen entwickelt werden sollen und in denen der Tourismus als Wirtschaftsfaktor traditionell Bedeutung hatte und weiterhin haben soll.

Karte: Die Tourismus- und Erholungsgebiete sowie die Tourismusschwerpunkte sind in der Karte 4 „Tourismus“ ausgewiesen. Die Ferienstraßen sind in der Karte 4 „Tourismus“ dargestellt.

Z 1.8.1 In den touristischen Bestandsgebieten sind die touristischen Funktionen so weiterzuentwickeln, dass diese in ihrer Konkurrenzfähigkeit und überregionalen Bedeutsamkeit gestärkt werden. Die quantitative Ergänzung und der qualitative Ausbau der touristischen Infrastruktur ist auf eine saisonunabhängige Nutzbarkeit der Tourismuseinrichtungen zu richten.

Z 1.8.2 In den touristischen Entwicklungsgebieten sind die touristischen Funktionen sowohl für längerfristigen überregional bedeutsamen Tourismus als auch für Ausflugsverkehr und Naherholung auszubauen und weiterzuentwickeln.

Z 1.8.3 Im Verdichtungsraum und in den verdichteten Bereichen im ländlichen Raum sind die touristischen Ergänzungsgebiete für eine naturbezogene Naherholung zu sichern bzw. zu entwickeln und auszubauen und in ihrer

Erholungseignung in Vernetzung mit innerstädtischen Freiräumen aufzuwerten.

- G 1.8.4** Die räumlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die zunehmend vernetzten Entwicklungen von Tourismus- und Erholungsgebieten sowie Tourismusschwerpunkten innerhalb der Region sowie regions-, landes- und staatsgrenzenübergreifend mit benachbarten Regionen sollen geschaffen werden. Dafür soll die Erarbeitung und Umsetzung regional abgestimmter touristischer Entwicklungskonzepte und -maßnahmen unterstützt werden.
- G 1.8.5** Auf eine langfristig abgestimmte Entwicklung des Naturparkes "Erzgebirge/Vogtland" als einheitliches großräumiges Tourismusgebiet ist hinzuwirken. Naturbezogenen Erholungsformen soll besonders Rechnung getragen werden.
- Z 1.8.6** Die Staatlich anerkannten Kurorte Bad Brambach, Bad Elster und Bad Schlema sind in ihrer Funktion als überregional bedeutsame Heilbäder zu sichern, auszubauen und weiterzuentwickeln.
- Z 1.8.7** Touristische Funktionen in Gemeinden und Gemeindeteilen, die als Staatlich anerkannter Kur- bzw. Erholungsort prädikatisiert sind oder eine solche beantragt haben, sind zu sichern und auszubauen. Auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine langfristige Zuerkennung dieser Prädikatisierung ist hinzuwirken.
- Z 1.8.8** Die Städte Adorf/Vogtl. und Markneukirchen, Oelsnitz/Vogtl., Falkenstein/Vogtl., Auerbach/Vogtl. und Rodewisch, Netzschkau, Mylau, Reichenbach im Vogtland regionsübergreifend auch mit dem thüringischen Greiz, Schneeberg, Aue, Lößnitz und Schwarzenberg/Erzgeb. im Verbund und Crimmitschau sind als Schwerpunkte des Städtetourismus mit regionaler und teilweise überregionaler Bedeutung zu stärken und unter Einbeziehung der touristischen Potenziale ihres Umlandes weiterzuentwickeln.
- G 1.8.9** Sonstige Orte mit besonderen Erholungsfunktionen sind durch den Ausbau ihrer touristischen Infrastruktur und Anziehungspunkte sowie durch attraktive Ortsbildgestaltung in ihrer Funktion zu stärken.
- G 1.8.10** Die für die Region charakteristischen Sachzeugen der Industrie- und Kulturgeschichte sowie des Bergbaus sind einer touristischen Nutzung zugänglich zu machen. Das regionale Brauchtum pflegende Aktivitäten und Einrichtungen wie Volks- und Trachtenfeste, traditionelle Märkte sowie Schauwerkstätten, Heimatstuben und Museen sind in touristische Angebote einzubeziehen.
- G 1.8.11** Ferienstraßen sollen erhalten sowie inhaltlich weiterentwickelt und thematisch ausgestaltet werden.
- G 1.8.12** Im Oberen Vogtland und im Westerzgebirge soll das vorhandene Loipennetz erhalten und ausgebaut werden.
- G 1.8.13** Die Hauptwasserläufe Zwickauer Mulde (unterhalb Wilkau-Haßlau/Silberstraße) und Weiße Elster (im Abschnitt zwischen Weischlitz und Plauen/Chrieschwitz sowie unterhalb Elsterberg) sollen für den Kanutourismus in naturverträglicher Weise erschlossen werden.

2 Freiraumstruktur

Begriff: Vorranggebiete nach § 7 (4) Nr. 1 ROG sind Gebiete, die für bestimmte, raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen, Nutzungen oder Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind.

Vorranggebiete sind Ziele der Raumordnung im Sinne dieses Planes.

Vorbehaltsgebiete nach § 7 (4) Nr. 2 ROG sind Gebiete, in denen bestimmten, raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beigemessen werden soll.

Vorbehaltsgebiete sind Grundsätze der Raumordnung im Sinne dieses Planes.

Eignungsgebiete nach § 7 (4) Nr. 3 ROG sind Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Maßnahmen geeignet sind, die städtebaulich nach § 35 BauGB zu beurteilen sind und an anderer Stelle im Planungsraum ausgeschlossen werden.

Eignungsgebiete sind Ziele der Raumordnung im Sinne dieses Planes. Gemäß § 2 (2) SächsLPlIG erfolgt die Ausweisung nur in Verbindung mit Vorranggebieten zu Gunsten der betreffenden Nutzung (Vorrang-/Eignungsgebiete).

Hinweis: Die Inhalte der Landschaftsrahmenplanung (Leitbilder, Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen) werden gemäß § 5 (2) SächsNatSchG in den Regionalplan aufgenommen, soweit sie zur Koordinierung von Raumansprüchen erforderlich sind und durch Ziele und Grundsätze der Raumordnung gesichert werden können. Im Übrigen werden sie dem Regionalplan als Anlage beigefügt (Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“). Die dem Regionalplan beigefügten Inhalte der Landschaftsrahmenplanung sind in Verwaltungsverfahren sowie in den Planungen und Maßnahmen von öffentlichen Stellen, die sich auf Natur und Landschaft auswirken können, zu berücksichtigen (§ 5 (3) SächsNatSchG).

Z 2.0.1 In den als Vorranggebiete ausgewiesenen schutzbedürftigen Bereichen von Freiräumen sind regional bedeutsame Infrastrukturmaßnahmen ausnahmsweise zulässig, wenn dies unter fachplanerischen Aspekten zwingend erforderlich ist und bezogen auf die Zweckbestimmung des Vorranggebietes keine konfliktärmere Variante realisierbar ist. Hierbei ist sicherzustellen, dass die betroffenen Freiraumfunktionen so gering wie möglich beeinträchtigt werden und unvermeidbare Beeinträchtigungen durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden.

2.1 Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft

2.1.1 Leitbilder für Natur und Landschaft

Begriff: Die Leitbilder stellen den angestrebten Zustand von Natur und Landschaft und die dazu erforderlichen Gestaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den einzelnen Naturräumen der Region dar.

Sie sind ein übergeordnetes, nicht auf einen festen Zeitraum bezogenes visionäres Gesamtkonzept für die Landschaftsentwicklung.

Die Leitbilder orientieren sich am naturräumlichen Potenzial und der besonderen Eigenart der Naturräume, welche sich aus den natürlichen Standortverhältnissen und der kulturhistorischen Entwicklung unter Beachtung der verschiedenen Nutzungsanforderungen herleiten.

Karte: Die den Leitbildern für Natur und Landschaft zu Grunde liegenden Naturräume sind in der Karte A1 - 1 „Naturräumliche Gliederung“ dargestellt.

Hinweis: Die Leitbilder für Natur und Landschaft werden für
das Vogtland
– Mittelvogtländisches Kuppenland und Nordwestvogtländische Hochflächen
– Nord- und Ostvogtland
– Oberes Vogtland
das West- und Mittelerzgebirge
– Unteres West- und Mittelerzgebirge
– Oberes West- und Mittelerzgebirge und
das Erzgebirgsbecken
aufgestellt.

Die Leitbilder für Natur und Landschaft sind dem Regionalplan in der Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“ beigelegt.

2.1.2 Landschaftsbild und Kulturlandschaft

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele zum Schutz der Landschaft sind im LEP 2003 unter Kap. 4.1 festgesetzt.

Karte: Die Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben) sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen.

Landschaftsprägende Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen, Kuppenlandschaften, Gebiete mit verdichteten archäologischen Fundstellen, regional bedeutsame Aussichtspunkte sowie regional bedeutsame sichtexponierte Kulturdenkmale und Ortsensembles sind in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen.

G 2.1.2.1 Die Landschaften der Region sollen in ihrer naturraumtypischen Struktur mit ihren charakteristischen Nutzungsformen und -strukturen sowie ihren spezifischen Orts- und Landschaftsbildern erhalten werden. Ihre Identität und Verschiedenartigkeit soll bewahrt, die landschaftliche Attraktivität insgesamt weiter erhöht werden.

G 2.1.2.2 In den Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben) sollen die vorhandenen charakteristischen Strukturen und Landschaftselemente erhalten und unter Beachtung der Gebietsspezifität ergänzt bzw. weiterentwickelt werden. Die ausgewiesenen Gebiete sollen dazu auf örtlicher Ebene konkretisiert und durch erforderliche Maßnahmen unteretzt werden.

Z 2.1.2.3 Landschaftsprägende Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen und die Kuppenlandschaften des Mittleren Vogtlandes und Kirchberger Granitgebietes sind in ihrer charakteristischen Ausprägung zu erhalten. Raumbedeutsame Maßnahmen dürfen den Landschaftscharakter nicht grundlegend verändern.

G 2.1.2.4 Die regionstypischen Elemente der historisch gewachsenen Kulturlandschaft wie markante Gehölzbestände, Parks, Streuobstwiesen, Reste historischer Flurstrukturen, Steinrücken, Hohlwege, Teiche, Floßgräben sowie bergbauliche und siedlungsgeschichtliche Sachzeugen sollen in größtmöglichem Maße erhalten und so in künftige Nutzungen einbezogen werden, dass die Landschaften der Region entsprechend ihrer Charakteristik gesichert und weiterentwickelt werden.

G 2.1.2.5 Regional bedeutsame Aussichtspunkte sollen als bedeutsame Bereiche für das Landschaftserleben erhalten und vor visuellen Störwirkungen geschützt werden. Vorhaben mit wesentlichen sichtbeeinträchtigenden Wirkungen sind im Umfeld der ausgewiesenen regional bedeutsamen Aussichtspunkte zu vermeiden.

Z 2.1.2.6 Das bildbedeutsame Umfeld regional bedeutsamer sichtexponierter Kulturdenkmale und Ortsensembles soll von störenden visuellen Eingriffen frei gehalten werden.

G 2.1.2.7 Straßen und Wege in der offenen Landschaft sollen durch begleitende regionaltypische und standortgerechte Gehölzpflanzungen ökologisch und landschaftsästhetisch aufgewertet werden.

2.1.3 Arten, Lebensgemeinschaften und Lebensräume

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele zum Arten- und Biotopschutz sowie zum ökologischen Verbundsystem sind im LEP 2003 unter Kap. 4.2 festgesetzt.

Karte: Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen.

Die Darstellung von Vorkommensbereichen störungsempfindlicher Arten erfolgt als Bestandteil der Fachplanerischen Inhalte der Landschaftsrahmenplanung in der Karte A 1 - 2 „Gebiete mit besonderer avifaunistischer Bedeutung“ und in der Karte A 1 - 3 „Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz“.

G 2.1.3.1 Die Lebensräume gefährdeter Tier- und Pflanzenarten sowie die Zugbahnen, Rast- und Sammelplätze großräumig ziehender Vogelarten sollen in ihrer Funktionsfähigkeit erhalten werden.

Ökologischer Verbund

Begriff: Das ökologische Verbundsystem im Sinne dieses Planes ist ein durch Vorrang- und Vorbehaltsgebiete raumordnerisch gesichertes, funktional zusammenhängendes Netz ökologisch bedeutsamer Freiräume. Die Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz beruht sowohl auf natur- als auch auf kulturlandschaftlichen Strukturen. Die Ausweisung erfolgt in Form der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) sowie der Vorranggebiete Wald in der Karte 1 „Raumnutzung“.

Das ökologische Verbundsystem bildet einen planungsrechtlich gesicherten übergeordneten Rahmen für das entsprechend § 1b SächsNatSchG zu schaffende Netz verbundener Biotope.

Z 2.1.3.2 Die ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) und die Vorranggebiete Wald sind durch Schutz-, Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie angepasste Nutzung als Grundgerüst des regionsweiten ökologischen Verbundsystems zu entwickeln. Auf eine naturschonende Landnutzung ist hinzuwirken.

G 2.1.3.3 Die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit fließender Gewässer mit ihren Auenbereichen als wesentlichen Elementen des regionalen ökologischen Verbundes soll auch innerhalb besiedelter Bereiche gesichert werden.

G 2.1.3.4 Ausgehend von dem Grundgerüst des regionsweiten ökologischen Verbundsystems soll ein vielfältiges und engmaschiges ökologisches Verbundnetz aus Kern- und Verbindungsflächen sowie Verbindungselementen geschaffen werden, das der Erhaltung und Entwicklung der Vorkommen regionstypischer Arten und ihrer ökologischen Wechselbeziehungen dient.

Z 2.1.3.5 Im Rahmen der Bauleitplanung sowie der Landschaftsplanung, der Planungen der Ländlichen Neuordnung und der forstlichen Rahmenplanung sollen die regional und örtlich bedeutsamen Verbundbereiche flächen- und nutzungsbezogen konkretisiert und mit Maßnahmen untersetzt werden. Die für die Region vorliegenden überörtlichen Biotopvernetzungsplanungen sind hierbei zu beachten.

Z 2.1.3.6 Zur Gewährleistung der räumlich-funktionalen Durchgängigkeit des ökologischen Verbundsystems sollen durch geeignete Maßnahmen Zerschneidungs- und Barrierewirkungen durch bestehende Verkehrsstrassen sowie entsprechende Aus- und Neubaumaßnahmen vermindert werden.

2.1.4 Maßnahmen Naturschutz und Landschaftspflege

Karte: Der Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“, die Natur- und Landschaftsschutzgebiete (festgesetzt, geplant), die Flächennaturdenkmale (festgesetzt, ausgewählte geplante Flächen) sowie die Gebiete zur fachbehördlichen Prüfung (Untersuchungsgebiete) gemäß Pkt. 2.2.2 der Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“ sind als Bestandteil der Fachplanerischen Inhalte der Landschaftsrahmenplanung in der Karte A 1 - 4 „Schutzgebiete nach Naturschutzrecht“ dargestellt.

Die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß FFH-Richtlinie 92/43/EWG und die Europäischen Vogelschutzgebiete gemäß Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG sind als Bestandteil der Fachplanerischen Inhalte der Landschaftsrahmenplanung in der Karte A 1 - 4 „Schutzgebiete nach Naturschutzrecht“ dargestellt.

Maßnahmenswerpunkte des Arten- und Biotopschutzes sowie nachrichtlich übernommene Flächen des regionalen Ausgleichs- und Ersatzflächenpools der Wirtschaftsregion Chemnitz- Zwickau sind als Bestandteil der Fachplanerischen Inhalte der Landschaftsrahmenplanung in der Karte A 1 – 5 „Ökologischer Verbund und regionale Maßnahmenswerpunkte“ dargestellt.

Hinweis: Die Regionalen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind dem Regionalplan in Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“ beigelegt.

Kompensationsmaßnahmen

Z 2.1.4.1 Maßnahmen zum Ausgleich oder Ersatz unvermeidbarer Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes, insbesondere bei Eingriffen durch überörtlich bedeutsame Vorhaben, sollen unter Wahrung des funktionalen Bezugs so konzentriert werden, dass sie in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft, Vorbehaltsgebieten Waldmehrung, Bereichen der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen oder Sanierungsbedürftigen Bereichen der Landschaft zur Umsetzung der spezifischen Schutz- und Entwicklungserfordernisse beitragen.

G 2.1.4.2 Für die Kompensation von Eingriffen durch überörtlich bedeutsame Vorhaben sollen vorrangig die im Rahmen überörtlicher Flächenpoolkonzeption-

nen ermittelten und regional abgestimmten Maßnahmegebiete genutzt werden.

2.1.5 Boden und Altlasten

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele für Bodenschutz und Altlasten sind im LEP 2003 unter Kap. 4.4 festgesetzt.

Karte: Schwerpunktgebiete Erosionsschutz sind als Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen.

Gebiete mit Anhaltspunkten für schädliche stoffliche Bodenveränderungen sind als sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft in der Karte 6 „Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“ ausgewiesen.

Regionale Schwerpunktgebiete der Altlastenbehandlung sind als sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft in der Karte 6 „Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“ ausgewiesen.

Bodenfunktionen

G 2.1.5.1 Zur Sicherung bedeutsamer Bodenfunktionen sollen

- Böden mit besonderer Bedeutung für die Land- und Forstwirtschaft (vor allem in Schutzbedürftigen Bereichen gem. Kapitel 2.3.1 und Kapitel 2.3.2)
- Böden mit besonderer Bedeutung für den Biotop- und Artenschutz (vor allem in Schutzbedürftigen Bereichen gemäß Kapitel 2.1.3)
- Böden mit besonderer Bedeutung für den Wasserhaushalt (vor allem in Schutzbedürftigen Bereichen gemäß Kapitel 2.2)
- Böden mit besonderer Bedeutung als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (vor allem in Schutzbedürftigen Bereichen gemäß Kapitel 2.1.3 und in Gebieten mit verdichteten archäologischen Fundstellen gemäß Kapitel 2.1.2)

schonend genutzt und vor Entzug und Belastung geschützt werden.

Bodenbelastung und Bodengefährdung

G 2.1.5.2 Notwendige bodenverbrauchende und/oder -belastende Nutzungen sollen vorrangig im Bereich stark anthropogen überprägter Böden erfolgen.

G 2.1.5.3 Bodenverbrauchende Nutzungen sind auf das nutzungsbedingt erforderliche Maß zu begrenzen und durch den Planungsträger nachvollziehbar zu begründen. Durch Maßnahmen wie

- flächensparende Bauweisen
- Rückbau nicht mehr erforderlicher Flächenversiegelungen
- Verwendung wasserdurchlässiger Materialien

ist eine Minimierung des Versiegelungsgrades anzustreben.

Z 2.1.5.4 Es ist darauf hinzuwirken, dass die Neuinanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen bis zum Jahr 2020 auf ein Viertel der aktuellen Zuwächse reduziert wird.

Z 2.1.5.5 In den ausgewiesenen Schwerpunktgebieten Erosionsschutz ist darauf hinzuwirken, dass durch eine standortgerechte Bodennutzung, erosionsmindernde Schlaggestaltung und die Anreicherung mit gliedernden Flur-elementen die Erosionsgefährdung vermindert wird und damit Bodenabträge vermieden werden. Durch die fachlichen Planungen der Land- und Forstwirtschaft sind für diese Gebiete erforderliche Erosionsschutzmaßnahmen flächenbezogen zu konkretisieren.

Z 2.1.5.6 In den ausgewiesenen Gebieten mit Anhaltspunkten für schädliche stoffliche Bodenveränderungen sind weitergehende Untersuchungen hinsichtlich des vorliegenden Gefährdungspotenzials durchzuführen und Nutzungen erforderlichenfalls entsprechend anzupassen.

Altlastenbehandlung

Z 2.1.5.7 Die Altlastenstandorte in den regionalen Schwerpunktgebieten der Altlastenbehandlung sind prioritär zu sanieren.

2.1.6 Klima, Luft

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele zu Luftreinhaltung und Klimaschutz sind im LEP 2003 unter Kapitel 4.5 festgesetzt.

Karte: Siedlungsklimatisch bedeutsame Bereiche sind als siedlungsrelevante Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete und siedlungsrelevante Frisch- und Kaltluftbahnen in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen.

Z 2.1.6.1 Die siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete und die siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftbahnen sollen so gesichert werden, dass sie ihre klimaökologische Ausgleichsfunktion erfüllen können. Maßnahmen, die die Entstehung und den Abfluss von Frisch- und Kaltluft verhindern, sollen vermieden werden.

2.2 Wasser

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele zu Wasser, Gewässer- und Hochwasserschutz sind im LEP 2003 unter Kapitel 4.3 sowie unter Z 4.1.4 und unter Kapitel 13 festgesetzt.

2.2.1 Grundwasser und oberirdische Gewässer

Karte: Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Bereitstellung von Trinkwasser sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen.

Bereiche mit besonderen Anforderungen an den Grundwasserschutz und Gebiete mit hoher geologisch bedingter Grundwassergefährdung sind als Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen.

Regionale Schwerpunkte mit Sanierungsbedarf sind für Fließgewässer und für stehende Gewässer in der Karte 6 „Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“ ausgewiesen.

G 2.2.1.1 Der Schutz des Grundwassers sowie die Sicherung und Verbesserung der Grundwasserneubildung sind zu gewährleisten. Die Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser soll vor Ort erfolgen.

Z 2.2.1.2 In den Bereichen mit besonderen Anforderungen an den Grundwasserschutz soll die durch Stoffeinträge bedingte Beeinträchtigung des Grundwassers verringert werden.

Z 2.2.1.3 Das noch nicht festgesetzte Heilwasservorkommen am Gleesberg soll vor schädlichen Beeinträchtigungen geschützt werden.

Z 2.2.1.4 In den regionalen Schwerpunkten mit Sanierungsbedarf für oberirdische Gewässer sollen Maßnahmen durchgeführt werden, die eine Verbesserung des Gewässerzustandes bewirken.

2.2.2 Hochwasserschutz

- Karte:** Die Vorranggebiete Hochwasser (Überschwemmungsbereich) und die Vorbehaltsgebiete Hochwasser (Risikobereich) sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen.
- Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhalts sind als Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen.
- Überschwemmungsgebiete nach § 100 Abs. 1 und 3 SächsWG sind in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ nachrichtlich dargestellt.
- Z 2.2.2.1** In den Vorranggebieten Hochwasser (Überschwemmungsbereich), die sich innerhalb von Siedlungen befinden, ist auf eine Neuausweisung bzw. Erweiterung oder Verdichtung von Siedlungsgebieten zu verzichten. Bei einem im Einzelfall begründeten Erfordernis sind hochwasserangepasste Maßnahmen zu vollziehen.
- G 2.2.2.2** In den Vorbehaltsgebieten Hochwasser (Risikobereich) soll eine dem Hochwasserrisiko angepasste Nutzung erfolgen.
- Z 2.2.2.3** In den Vorranggebieten Hochwasser (Überschwemmungsbereich) ist der Erhalt bzw. die Schaffung von Retentionsraum zu sichern.
- Z 2.2.2.4** In Siedlungsgebieten, in denen ein Schutz vor einem HQ_{100} nicht erreicht werden kann, sind anderweitige Maßnahmen der Hochwasservorsorge durchzuführen.
- Z 2.2.2.5** Standorte, von denen ein Sonderrisiko ausgeht, sind vorrangig zu sichern.
- Z 2.2.2.6** In Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhalts ist auf eine Erhaltung und Verbesserung des Retentionsvermögens sowie auf einen verzögerten, gefahrlosen und hindernisfreien Abfluss des Wassers bei Niederschlagsereignissen hinzuwirken.

2.3 Land- und Forstwirtschaft

2.3.1 Landwirtschaft

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele für die Landwirtschaft sind im LEP 2003 unter Kapitel 9 festgesetzt.

Karte: Die Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen.

Die regional bedeutsamen Standorte der Tierhaltung sind in der Karte 7 „Tierhaltungsstandorte“ dargestellt.

Schwerpunktgebiete Flurholzanreicherung sind in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen.

G 2.3.1.1 Die Landwirtschaft soll in allen Teilen der Region erhalten und entwickelt werden, um ihre vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und landschaftspflegerischen Aufgaben nachhaltig erfüllen zu können.

G 2.3.1.2 Die regional bedeutsamen Standorte der Tierhaltung sowie die dafür notwendigen landwirtschaftlichen Nutzflächen sollen erhalten und ergänzt werden.

G 2.3.1.3 Der ökologische Landbau als eine Form der Ressourcen schonenden Bewirtschaftung soll insbesondere in Schutzbedürftigen Bereichen für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz), in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten zur Bereitstellung von Trinkwasser sowie in Wasserschutzgebieten erhalten und ausgebaut werden.

G 2.3.1.4 Die Entwicklung des land- und forstwirtschaftlichen Wegenetzes soll bedarfsorientiert und unter Beachtung ökologischer Belange erfolgen.

G 2.3.1.5 Der Marktfrucht- und Obstanbau insbesondere im Zwickauer Raum soll dauerhaft erhalten und entwickelt werden.

G 2.3.1.6 In den Berglagen des Erzgebirges und des Vogtlandes soll eine flächendeckende Landbewirtschaftung durch die Land- und Forstwirtschaft auch unter dem Aspekt der Wahrnehmung der Aufgaben für die Landschaftspflege gewährleistet werden.

G 2.3.1.7 Für die Landwirtschaft sollen zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden.

G 2.3.1.8 Bei der landwirtschaftlichen Nutzung in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Hochwasser soll im Falle von Ackernutzung eine ganzjährige Begrünung angestrebt oder alternativ auf Grünland oder Erstaufforstung umgestellt werden.

Z 2.3.1.9 Die fischereiwirtschaftlich genutzten Teiche und Teichgebiete der Region sollen erhalten werden.

Agrarflur

- G 2.3.1.10** Der Erlebniswert und die ökologischen Funktionen strukturarmer Agrarflächen sollen durch die Neuanlage bzw. Wiederherstellung von Landschaftselementen wie Feldgehölze, Hecken, Raine und naturverträglich ausgebauten Wege verbessert werden.
- Z 2.3.1.11** In den ausgewiesenen Schwerpunktgebieten Flurholzanreicherung sollen die Restwälder erhalten sowie der Wald- und Flurholzanteil erhöht werden.
- G 2.3.1.12** Die vor allem für die mittleren und höheren Lagen des Vogtlandes sowie das Erzgebirge charakteristischen Feldgehölze, Hecken- und Steinrückengebiete sollen erhalten bzw. landschaftsgerecht wiederhergestellt werden.
- Z 2.3.1.13** Es ist darauf hinzuwirken, dass ökologisch wertvolle Wiesengebiete, insbesondere Nass- und Feuchtwiesen, magere Frisch- und Bergwiesen, Halbtrocken- und Borstgrasrasen durch angepasste Bewirtschaftung oder Pflegemaßnahmen in ihrer biototypischen Ausprägung erhalten werden. Aufforstungen sollen in diesen Bereichen nicht erfolgen.

2.3.2 Forstwirtschaft

- LEP:** Die landesweiten Grundsätze und Ziele für die Forstwirtschaft sind im LEP 2003 unter Kapitel 9 festgesetzt.
- Karte:** Die Vorranggebiete Wald und die Vorbehaltsgebiete Waldmehrung sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen.
- G 2.3.2.1** Die Wälder in der Region sollen mit ihren Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen nachhaltig gesichert werden.
- Z 2.3.2.2** Der Waldanteil soll langfristig auf 40% der Fläche erhöht werden. Erstaufforstungen sollen insbesondere in den ausgewiesenen Vorbehaltsgebieten Waldmehrung sowie den Schwerpunktgebieten Flurholzanreicherung erfolgen.
- G 2.3.2.3** Erstaufforstungen sollen standort- und funktionsgerecht so durchgeführt werden, dass dadurch der Aufbau eines ökologischen Verbundsystems unterstützt wird.
- G 2.3.2.4** Großflächige Waldgebiete sollen nicht zerschnitten werden.
- G 2.3.2.5** Naturnahe Wälder sollen dauerhaft erhalten, naturferne Bestände in standortgerechte Wälder mit möglichst naturnaher Baumartenzusammensetzung und vielfältigen Habitatstrukturen umgewandelt werden. Maßnahmen zur Entwicklung naturnaher Waldbestände sollen mit Priorität in Wäldern innerhalb von Vorranggebieten Wald sowie Vorranggebieten für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) erfolgen.
- G 2.3.2.6** Waldränder sollen in ausreichender Breite, gestuft, vielfältig strukturiert und artenreich entwickelt werden.
- G 2.3.2.7** Die Schalenwildgebiete für Rot-, Dam- und Muffelwild sollen vor Störungen, insbesondere durch Zerschneidung, geschützt werden.

2.4 Rohstoffsicherung und -gewinnung

- LEP:** Die landesweiten Grundsätze und Ziele zur Rohstoffsicherung sind im LEP 2003 unter Kapitel 7 festgesetzt.
- Karte:** Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen. Diejenigen Gebiete davon, die unter Abbau im Tagebau stehen, sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ entsprechend gekennzeichnet.
- Z 2.4.1** Der Abbau oberflächennaher Rohstoffe soll in den in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten oberflächennahe Rohstoffe erfolgen.
[Die Ausweisung eines Vorranggebietes für Arten- und Biotopschutz in Karte 1 „Raumnutzung“, soweit dieses das Gebiet des fakultativen Rahmenbetriebsplanes vom 22.03.2002 und das Gebiet der am 29.01.2008 beantragten 2. Ergänzung zu diesem Rahmenbetriebsplan des Abbauggebietes für oberflächennahe Rohstoffe Theuma/Theuma II (Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe Theuma Nr. 14) umfasst, ist lt. Genehmigungsbescheid von der Genehmigung ausgenommen.]
- Z 2.4.2** Beim Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist auf eine umfassende Ausnutzung der Lagerstätte hinzuwirken.
- Z 2.4.3** Eine Erweiterung bestehender Abbaustätten ist bei nachgewiesener Raum- und Umweltverträglichkeit Neuaufschlüssen vorzuziehen.
- Z 2.4.4** Bei einer Erweiterung des Abbaus innerhalb der Vorranggebiete oberflächennahe Rohstoffe Wolfsgrün (Nr. 5), Blauenthal (Nr. 6) und Blauenthal I (Nr. 7) sind insbesondere die Belange des Landschaftsbildes zu beachten.
- Z 2.4.5** Eine Überlastung von Teilräumen durch die räumliche und zeitliche Konzentration von Abbauvorhaben insbesondere bei Massenrohstoffen ist zu vermeiden.
- G 2.4.6** Bei der Gewinnung und Verteilung der Rohstoffe sollen die Belastungen für die Bevölkerung und die örtliche Verkehrsinfrastruktur minimiert werden.
- Z 2.4.7** Die Folgenutzung für Abbauflächen soll sich am räumlichen Umfeld gemäß Karte 1 „Raumnutzung“ und gemäß Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausrichten. Die entsprechenden standörtlichen Voraussetzungen dafür sind zu schaffen.
- Z 2.4.8** In den Vorranggebieten oberflächennahe Rohstoffe Zwickau-Ost (Nr. 38), Dennheritz/Tagebau (Nr. 21) und Dennheritz/Kalthausen (Nr. 24) soll die Folgenutzung so erfolgen, dass in Teilbereichen eine Aufforstung realisiert werden kann.
- G 2.4.9** Recyclingmaterial als Ersatzrohstoff soll verstärkt verwendet werden.

2.5 Windenergienutzung

- Karte:** Die Vorrang-/Eignungsgebiete Windenergienutzung sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesen.
Die vorhandenen Standorte Windenergienutzung sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ dargestellt.
- Z 2.5.1** Innerhalb des Vorrang-/Eignungsgebietes Beiersdorf (W 7) sowie im Teilgebiet Werdau des Vorrang-/Eignungsgebietes östlich Langenhessen (W 3) sind Windenergieanlagen nur bis zu einer Gesamthöhe < 100 m zulässig.
- G 2.5.2** Mehrere Windenergieanlagen an einem Standort sollen hinsichtlich ihrer Ausführung gleichartig gestaltet sein. Auf eine optimale Ausnutzung des Geländes soll geachtet werden.

2.6 Altbergbau

- LEP:** Die landesweiten Grundsätze und Ziele zu Bergbaufolgelandschaften des Steinkohlenbergbaus, des Erzbergbaus und des Uranerzbergbaus sind im LEP 2003 unter Kapitel 3.3 festgesetzt.
- Karte:** Die Gebiete mit Sanierungsbedarf Altbergbau (Gebiete mit Sanierungsbedarf Uranerzbergbau, Steinkohlenbergbau sowie Erz- und Spatbergbau) sind als Gebiete mit Sanierungsbedarf in der Karte 6 „Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“ ausgewiesen.
- Die Hohlraumgebiete/-verdachtsgebiete sind in der Karte 8 „Bergbaumgang“ dargestellt.
- Z 2.6.1** Siedlungen in Gebieten mit Sanierungsbedarf Altbergbau sollen durch Sanierung der Umwelt- und Landschaftsschäden sowie durch Verbesserung der Wohnqualität, der infrastrukturellen Ausstattung und der Erholungs- und Freizeitangebote umgestaltet, aufgewertet und weiterentwickelt werden.
- Z 2.6.2** Bereiche außerhalb von Siedlungen in Gebieten mit Sanierungsbedarf Altbergbau sollen so saniert werden, dass eine dauerhaft ökologisch stabile Landschaft entsteht und eine vorwiegend naturnahe Gestaltung erfolgt.
- Z 2.6.3** In Gebieten mit Sanierungsbedarf Uranerzbergbau soll die angestrebte räumliche Ordnung und Entwicklung durch eine nachhaltige Sanierung und Folgenutzung deformierter Bereiche unterstützt werden.
- Z 2.6.4** Im Gebieten mit Sanierungsbedarf Steinkohlenbergbau sollen die Bereiche der oberirdischen Schachtanlagen sowie der Kohleverarbeitungs- und -veredelungsanlagen des Steinkohlenbergbaus so saniert werden, dass sich die Folgenutzung in die städtebaulichen Strukturen einfügt.
- Z 2.6.5** Im Gebieten mit Sanierungsbedarf Steinkohlenbergbau soll eine effektive Form der interkommunalen Zusammenarbeit entwickelt werden, mit der auf der Grundlage einer ganzheitlichen Entwicklungsstrategie den sich aus dem Steinkohlenbergbau ergebenden Problemen gemeinsam begegnet werden kann.
- Z 2.6.6** Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gebieten mit Sanierungsbedarf Altbergbau, die eine überörtliche Ausstrahlung besitzen, sollen prioritär realisiert werden.

3 Infrastruktur

3.1 Verkehr

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele zum Verkehr sind im LEP 2003 unter Kapitel 10 festgesetzt.

Hinweis: Der Fachliche Entwicklungsplan Verkehr (FEV) des Freistaates Sachsen vom 27. August 1999 ist mit seinen Festlegungen bis zum 31.12.2011 gültig.

G 3.1.0.1 Als Voraussetzung zur Realisierung der angestrebten Entwicklung der Region ist das Gesamtverkehrssystem in der Region unter Zugrundelegung des zentralörtlichen Systems so zu gestalten, dass

- die Anbindung der Region an die großräumigen, nationalen und internationalen Verkehrsnetze und damit ihre Anbindung an nationale und europäische Verdichtungs- und Wirtschaftsräume gesichert und ausgebaut wird,
- die Erreichbarkeit der zentralörtlichen Einrichtungen, der Arbeits-, Ausbildungs- und Versorgungseinrichtungen sowie der Erholungsräume für alle Gruppen der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln bei vertretbarem Zeitaufwand gewährleistet wird,
- unter Beachtung des in der Region vorhandenen dichten Straßen- und Schienennetzes dem Erhalt, der Modernisierung und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur der Vorrang vor dem Neubau eingeräumt wird (s. auch Z 2.1.3.6 und G 2.3.2.4),
- verkehrsbedingte Entwicklungsnachteile strukturschwacher, peripher gelegener Teilräume der Region unter Beachtung der Umwelt- und Naturverträglichkeit von Verkehrsinfrastrukturvorhaben abgebaut werden,
- die Kooperation der Verkehrsträger unterstützt und weiter verbessert wird,
- negative Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch und Umwelt reduziert werden.

3.1.1 Schienenverkehr/Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- LEP:** Die Ziele zum Ausbau und der Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale sind im LEP 2003 unter Z 10.5 und Z 10.6 festgesetzt.
- Karte:** Die Korridore für mögliche Neubaumaßnahmen im Zuge der Sachsen-Franken-Magistrale in den Abschnitten (Feilitzsch) – Weischlitz, Plauen – Zwickau und Zwickau – (Hohenstein-Ernstthal) sowie der Korridor für die mögliche Neubautrasse der Dennheritzer Kurve sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ nachrichtlich dargestellt.
- Z 3.1.1.1** Das Oberzentrum Zwickau soll durch den Neubau der Dennheritzer Kurve direkt in die Streckenführung der Schienenverbindung Leipzig – Hof einbezogen werden. Dazu soll der Streckenabschnitt (Gößnitz – Meerane) – Zwickau ausgebaut und durchgängig elektrifiziert werden.
- Z 3.1.1.2** Die Erhaltung und Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Schienenverbindungen
Plauen – Bad Brambach – (Cheb/Eger – Mariánské Lázně/Marienbad – Marktredwitz),
Klingenthal – (Kraslice/Graslitz – Sokolov/Falkenau – Karlovy Vary/Karlsbad) und
Zwickau – Aue – Schwarzenberg/Erzgeb. – Johanngeorgenstadt – (Potůčky/Breitenbach – Karlovy Vary/Karlsbad)
ist zu sichern.
- Z 3.1.1.3** Die Anbindung der Region Südwestsachsen an das angrenzende Güterverkehrszentrum (GVZ) Südwestsachsen mit Kernmodul in Glauchau (Planungsregion Chemnitz-Erzgebirge) ist weiter zu verbessern.
- G 3.1.1.4** Als Ergänzung zum Güterverkehrszentrum (GVZ) Südwestsachsen sollen in der Region Südwestsachsen regionale Güterverteilzentren entwickelt werden.
- G 3.1.1.5** Für bereits stillgelegte bzw. zukünftig stillzulegende Eisenbahnstrecken des Regionalnetzes ist bei bestehendem perspektivischem Bedarf eine Trassenfreihaltung vorzunehmen.
- G 3.1.1.6** Der ÖPNV soll so gestaltet werden, dass die Zentralen Orte und die Freizeit- und Erholungsschwerpunkte in einem zumutbaren Zeitaufwand erreichbar sind. Dazu ist der ÖPNV im Bereich der Achsen auszubauen. Im Einzugsbereich des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) soll durch diesen die Verbindung innerhalb der Verkehrsachsen und zu den Zentralen Orten bevorzugt realisiert werden.
- Z 3.1.1.7** Für den ländlichen Raum ist in allen Gemeinden eine Grundbedienung im ÖPNV unter Einbeziehung flexibler Angebotsformen zu sichern.
- Z 3.1.1.8** In den Oberzentren Plauen und Zwickau sind die bestehenden Straßenbahnnetze zu erhalten, soweit erforderlich zu erweitern und mit anderen Verkehrsträgern zu verknüpfen.

- G 3.1.1.9** Bahnhöfe und Haltepunkte im SPNV sollen hinsichtlich ihrer Lage zu Wohn- Arbeits- und Freizeitstätten überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Sie sollen fußläufig oder durch Zubringerverkehre gut erreichbar sein.
- Z 3.1.1.10** Durch den Zweckverband ÖPNV Vogtland und den Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen sind die Voraussetzungen für den Erhalt und den weiteren Ausbau des Euroregionalen Nahverkehrssystems EgroNet zu schaffen.
- G 3.1.1.11** Die Nahverkehrspläne für die Nahverkehrsräume Vogtland und Chemnitz/Zwickau sind kreis- und regionsübergreifend zu koordinieren. Bei der Fortschreibung der Nahverkehrspläne ist zu berücksichtigen, dass
- die Potenziale des SPNV, sofern wirtschaftlich sinnvoll, genutzt werden,
 - eine optimale Verknüpfung des schienen- und straßengebundenen ÖPNV über entsprechende Schnittstellen erreicht wird,
 - Parallelverkehre zwischen schienen- und straßengebundenem ÖPNV vermieden werden,
 - die Fahrpläne des SPNV auf den Schienenfernverkehr und die Fahrpläne des SPNV und der Buslinien aufeinander abgestimmt werden,
 - das Angebot von Verkehrsleistungen bedarfsgerecht, flexibel und attraktiv gestaltet wird,
 - ein einheitliches attraktives Tarifsysteem im jeweiligen Nahverkehrsraum geschaffen wird und Übergangs- und Anschlussstarife abgestimmt werden.

3.1.2 Straßenverkehr

Karte: Die regionalplanerische Ausweisung von Vorrangtrassen bei raumbedeutsamen Vorhaben im Bereich Staatsstraßen und die Darstellung von geplanten raumbedeutsamen Vorhaben im Bereich der Bundes- und Staatsstraßen als nachrichtliche Übernahme aus dem Fachlichen Entwicklungsplan Verkehr (FEV) erfolgt in der Karte 1 „Raumnutzung“

G 3.1.2.1 In allen Teilräumen der Region soll das vorhandene Netz der regional und überregional bedeutsamen Straßen unter Berücksichtigung des zentralörtlichen Systems maßvoll, umweltschonend und den sich verändernden Verkehrsbedürfnissen entsprechend entwickelt werden.

Z 3.1.2.2 Folgende raumbedeutsame Maßnahmen an Bundesstraßen sind als Ortsumgehungen (OU) vorrangig durchzuführen:

- | | |
|-------|--|
| B 101 | OU Lauter/Sa. |
| B 169 | OU Bad Schlema |
| B 169 | OU Stützengrün/Hundshübel |
| B 169 | OU Göltzschtal (zwischen Rodewisch und Falkenstein/Vogtl.) |
| B 173 | OU Mülsen |
| B 282 | OU Syrau |
| B 282 | OU Mehltheuer |
| B 282 | OU Mühltröfz |

- Z 3.1.2.3** Folgende raumbedeutsame Aus- und Neubauvorhaben an Bundesstraßen sind vorrangig durchzuführen:
- B 92 Plauen - A 72, AS Plauen-Süd
 - B 92 Ausbau südlich Oelsnitz/Vogtl.
 - B 94 Reichenbach im Vogtland - A 72
 - B 101 Verlegung in Aue
[B 101 TOU Schwarzenberg/Erzgeb.]
 - B 169 Ausbau in Aue
 - B 173 Plauen - A 72, AS Plauen Ost
 - B 173 TOU Reichenbach im Vogtland
 - B 175 Ausbau westlich Glauchau
 - B 283 Verlegung in Aue
- [Der kursiv gedruckte Zielteil ist lt. Genehmigungsbescheid von der Genehmigung ausgenommen.]
- Z 3.1.2.4** Folgende raumbedeutsame Maßnahmen an Staatsstraßen sind als Orts-umgehungen oder Verlegungen vorrangig durchzuführen:
(OU = Ortsumgehung, V = Verlegung)
- S 61 V südl. Crimmitschau
 - S 282 OU Kirchberg
 - S 283 V Autobahnzubringer Zwickau-Ost (2. Bauabschnitt)
[S 289 OU Gablenz]
 - S 289 V Neukirchen
 - S 289 V nördl. Werdau
 - S 289 V Fraureuth
 - S 289 V Römersgrün
 - S 293 V B 175 - B 173
 - S 298 OU Brockau
 - S 298 OU Kleingera
 - S 299 OU Treuen
 - S 299 V westl. Rodewisch
 - S 304 OU Grünbach
 - S 306 V in Bad Elster
 - S 308 OU Ebmath
 - S 309 OU Freiberg
 - S 309 V Tiefenbrunn
 - S 309 OU Posseck
- [Der kursiv gedruckte Zielteil ist lt. Genehmigungsbescheid von der Genehmigung ausgenommen.]
- Z 3.1.2.5** Auf den Neubau einer grenzüberschreitenden Straßenverbindung (B 93n) zwischen dem Oberzentrum Zwickau und dem Raum Karlovy Vary/ Karlsbad ist hinzuwirken.
- Z 3.1.2.6** Die infrastrukturellen Voraussetzungen für die kurzfristige Realisierung der grenzüberschreitenden Straßenverbindungen zwischen
Bad Brambach und (Plesná/Fleiß) und
Wernitzgrün und (Luby/Schönbach)
sowie für die mittel- bis langfristige Realisierung der grenzüberschreitenden Straßenverbindungen zwischen
Bad Elster und (Doubrava/Grün)
sind zu schaffen.

3.1.3 Luftverkehr

Karte: Die Verkehrslandeplätze Zwickau und Auerbach sind in der Karte 1 „Raumnutzung“ dargestellt.

Z 3.1.3.1 Die Flugplätze Auerbach und Zwickau sollen als Verkehrslandeplätze mit lokaler Bedeutung erhalten und bei Bedarf weiter ausgebaut werden.

3.1.4 Radverkehr

Karte: Die in der „Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2005“ als Teil des SachsenNetzes Rad ermittelten Radfernwege (touristische Hauptradrouten I) sind in der Karte 4 „Tourismus“ nachrichtlich dargestellt.

Z 3.1.4.1 In der Region ist ein flächendeckendes, mit den angrenzenden Regionen abgestimmtes Radwegenetz zu schaffen und auszubauen. Hierzu sind die in der „Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2005“ dargestellten landesweit bedeutsamen touristischen Radfernwege, die regional bedeutsamen touristischen Regionalen Hauptradrouten und die netzergänzenden sonstigen Strecken des radtouristischen Netzes weiter auszubauen.

G 3.1.4.2 Beim Aus- und Neubau von klassifizierten Straßen soll bei vorliegendem Bedarf die Anlage von straßenbegleitenden Radwegen geplant und nach Möglichkeit zeitgleich mit der Baumaßnahme realisiert werden. Erforderlichenfalls sind Radwege nachträglich anzubauen.

3.2 Technische Infrastruktur

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele für die Energieversorgung und erneuerbare Energien, für die Telekommunikation und die Wasserver- und Abwasserentsorgung sind im LEP 2003 unter den Kapiteln 11, 12 und 13 festgesetzt.

Energieversorgung und erneuerbare Energien

G 3.2.1 In der Region soll ein ausgewogener Energiemix unter Erhöhung des Anteiles erneuerbarer Energiearten angestrebt werden.

Z 3.2.2 Bei der Nutzung der Wasserkraft ist eine ökologisch notwendige und dem Abflussregime angepasste Wasserführung sowie nach Möglichkeit die Durchgängigkeit des Gewässers für Organismen zu gewährleisten.

G 3.2.3 Die Nutzung solarer Strahlungsenergie soll vorrangig innerhalb bebauter Bereiche erfolgen.

Z 3.2.4 Die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen soll außerhalb von Bereichen mit hoher ökologischer oder landschaftsästhetischer Bedeutung sowie in räumlicher Anbindung an geeignete Siedlungsbereiche erfolgen.

G 3.2.5 Das in der Region vorhandene Potenzial für eine Energiegewinnung aus Biomasse und Biogas soll unter Beachtung der Natur- und Raumverträglichkeit verstärkt genutzt werden.

G 3.2.6 Das bestehende Hochspannungsnetz in der Region soll zur Erhöhung der Versorgungssicherheit weiter ausgebaut werden.

Telekommunikation

Z 3.2.7 Auf die gemeinsame Planung, Errichtung und den gemeinsamen Betrieb von Sendeanlagen für den Mobilfunkverkehr ist hinzuwirken.

Abwasser

G 3.2.8 Klärsysteme sollen dem derzeitigen Bedarf angepasst werden und entsprechend der langfristigen Siedlungsentwicklung stufenweise erweiterungsfähig bzw. reduzierbar sein.

3.3 Soziale Infrastruktur

LEP: Die landesweiten Grundsätze und Ziele für soziale und kulturelle Infrastruktur sind im LEP 2003 unter Kapitel 16 festgesetzt.

Z 3.3.1 Die Fachhochschulstandorte Zwickau, Reichenbach und Schneeberg sowie die Standorte der Berufsakademie in Breitenbrunn und Plauen sind zu erhalten und weiterzuentwickeln. *[Plauen ist zum Fachhochschulstandort zu entwickeln.]*

[Der kursiv gedruckte Zielteil ist lt. Genehmigungsbescheid von der Genehmigung ausgenommen.]

BEGRÜNDUNGEN

zu 1 Siedlungsstruktur

zu 1.1 Regionale Siedlungsentwicklung

zu Z 1.1.1

Die Planaussage schreibt in Ausformung des LEP 2003, Kapitel 2.3 für die Region Südwestsachsen das punktaxiale System der Zentralen Orte und Regionalen Achsen als Grundgerüst der regionalen Siedlungsentwicklung fest und bestimmt gleichzeitig, dass der regionalen Spezifik entsprechend die vielseitigen Potenziale für funktionsteilige Entwicklung und Vernetzung, die sich infolge der ausgeprägten polyzentrischen Siedlungsstrukturen der Region ergeben, erschlossen, genutzt und weiterentwickelt werden sollen.

Die ausgeprägte Polyzentralität der Siedlungsstruktur der Region Südwestsachsen ruft vielfältige Überschneidungen überörtlicher Verflechtungsbereiche hervor, ermöglicht aber vergleichsweise kurze Wege im Siedlungsnetz zur Inanspruchnahme überörtlicher Versorgungsfunktionen. Die traditionell große Anzahl von Funktionsschwerpunkten bewirkt Funktionsüberlagerungen im Siedlungsnetz der Region, bietet aber gleichzeitig vielseitige Kooperationsmöglichkeiten und -ansätze, vorhandene Leistungskraft interkommunal zu bündeln und abgestimmt funktionsteilig weiterzuentwickeln. In der Region Südwestsachsen sind daher günstige Voraussetzungen für eine auf dezentrale Konzentration gerichtete Entwicklung der Siedlungsstruktur gegeben.

Die über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungsentwicklung soll sich auf die Zentralen Orte (LEP 2003 Kapitel 2.3) und die Gemeinden mit besonderen Gemeindefunktionen (LEP 2003 Kapitel 2.4) orientieren, da das zentralörtliche Konzentrationsprinzip (für die Region Südwestsachsen im Sinne der dezentralen Konzentration) Grundvoraussetzung für den effektiven Einsatz öffentlicher Mittel ist. Diese Kommunen bieten in ihrer regionsspezifischen Ausprägung aufgrund ihrer Lage im Raum und ihrer Struktur sowie aufgrund ihrer Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge und des Vorhandenseins einer wirtschaftsnahen Infrastruktur in der Regel gute Voraussetzungen für eine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungsentwicklung. Dabei sollen die spezifischen siedlungsstrukturellen Potenziale der Region, die sich insbesondere aus der flächenhaft ausgeprägten Zentralität und daraus resultierenden Vernetzungs- und funktionsteiligen Entwicklungsmöglichkeiten ergeben, bestmöglich erschlossen, genutzt und ausgebaut werden. Bei den Gemeinden mit besonderen Gemeindefunktionen (s. Kapitel 1.3) sollen hier insbesondere die vorhandenen Potenziale entsprechend der zugewiesenen Funktionen über ihren gemeindlichen Wirkungsbereich hinaus gestärkt und weiterentwickelt werden.

Das dichte Siedlungsnetz der Region und die Ausstattung vieler Gemeinden mit leistungsfähigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge macht funktionsteilige Entwicklungen Zentraler Orte untereinander und zwischen den Zentralen Orten und den Siedlungen ihres Umlandes in vieler Hinsicht möglich. Auslastungs- und Effektivitätsgründe erfordern zunehmend auch solche funktionsteiligen Entwicklungen auf der Grundlage interkommunaler Zusammenarbeit. Dadurch können regionale Eigenkräfte gebündelt, unzweckmäßige Konkurrenzen vermieden, Ressourcen schonend in Anspruch genommen und finanzielle Mittel effektiv eingesetzt sowie Auslastung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Infrastruktureinrichtungen verbessert werden. Unter den Bedingungen einer perspektivisch weiterhin rückläufigen Bevölkerungsentwicklung gewinnen diese Aspekte weiter an Bedeutung.

Die auf vertraglicher Grundlage bereits bestehende Zusammenarbeit in dem mittelzentralen Städteverbund des Vogtlandes und des Westerzgebirges sowie zwischen dem Oberzentrum Zwickau, den Mittelzentren Crimmitschau, Werdau, der Stadt Meerane und perspektivisch mit dem Mittelzentrum Glauchau soll in geeigneter Weise unterstützt werden. Auch landesgrenzenübergreifende Kooperationsbeziehungen im Bereich Reichenbach im Vogtland - Greiz und im Bereich Crimmitschau - Gößnitz sollen weiter ausgebaut werden.

Durch die Oberzentren der Region und die Gemeinden ihres Umlandes sollen Stadt-Umland-Kooperationen zunehmend für eine organische Gesamtentwicklung der Stadtregionen genutzt werden, um Lebensqualität und Standortgunst hier langfristig zu sichern und zu verbessern. Um die Nachteile der peripheren Lage von an der Landesgrenze liegenden Gemeinden zu kompensieren, sollen Kooperationspotenziale für eine funktionsteilige Siedlungsentwicklung hier zunehmend auch staatsgrenzenüberschreitend erschlossen werden. Davon könnten insbesondere die Städte Klingenthal und Johanngeorgenstadt profitieren.

Die räumliche Konzentration der Siedlungsentwicklung und die Stärkung der zentralörtlichen Funktionen sollen die Eigenart und Vielfalt der gewachsenen Siedlungsstruktur in den Teilräumen der Region nicht negativ beeinträchtigen. Deshalb sollen auch die Selbstversorgerfunktionen der Gemeinden der Region im wirtschaftlich tragfähigen Umfang erhalten und angemessen gestärkt werden.

Durch bereits in Gang gekommene Entwicklungen und deren Kooperationen, hier insbesondere das REK Vogtland, die Wirtschaftsregion Chemnitz/Zwickau sowie die initiierte Modelregion Westerzgebirge sind bereits wesentliche Voraussetzungen für regional abgestimmte Entwicklungen vorhanden. Mit den im Regionalplan enthaltenen Ziel- und Rahmensetzungen in den einzelnen Fachkapiteln soll die Weiterentwicklung und Vernetzung gefördert und unterstützt werden.

Durch eine solche auf dezentrale Konzentration in Zentralen Orten, Gemeinden mit besonderen Gemeindefunktionen und an Entwicklungsachsen sowie auf verantwortungsbewusste Eigenentwicklung und zunehmende interkommunale Zusammenarbeit gerichtete künftige Siedlungsentwicklung können die räumlichen Voraussetzungen stabilisiert bzw. geschaffen werden, um den weiterhin notwendigen Strukturwandel in der Region i. S. einer nachhaltigen Entwicklung zu vollziehen. Dabei erscheint es jedoch als dringend erforderlich, der Problematik der Lasten-Nutzen-Teilung unter siedlungsstrukturellem Aspekt zukünftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

zu G 1.1.2

Zu den Schwerpunktaufgaben für die künftige Siedlungsstrukturentwicklung der Region gehört es, durch die am Zentrale- Orte- Achsen-Konzept orientierte Steuerung der Siedlungsflächenentwicklung verkehrsvermeidende Siedlungsstrukturen zu stabilisieren, langfristig zu erhalten sowie weiterzuentwickeln und der weiteren Zersiedlung¹ mit dem Entstehen einer Siedlungsstruktur, die nur mit hohem, insbesondere individuellen Verkehrsaufwand funktionsfähig erhalten werden kann, entgegen zu wirken.

zu Z 1.1.3

Eine auf räumliche Schwerpunktsetzung gerichtete Siedlungsstrukturentwicklung integriert das Erfordernis, im Siedlungsnetz Pendlerbeziehungen in sozial zumutbaren und raumverträglichen Größenordnungen zur Nutzung der regionalen Potenziale an Arbeitsplätzen sowie Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen zu ermöglichen. Dabei muss den Notwendigkeiten zur Verbesserung der Erreichbarkeitsbedingungen der städtischen Agglomerationen aus den ländlichen Teilbereichen der Region ebenso Rechnung getragen werden, wie der angemessenen Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge vor Ort im ländlichen Raum. Damit kann auch raumordnerisch bedenklichen Bevölkerungsumverteilungsprozessen, Fernpendlerströmen und negativen Auswirkungen auf die Belange der Daseinsvorsorge entgegengewirkt werden.

Deshalb soll im Hinblick auf die Sicherung einer langfristig umweltverträglichen Mobilität und den erforderlichen Schutz der Flächenressourcen in der Region die Siedlungsflächenentwicklung sich zukünftig vorrangig auf gut ausgebaute Lagen des SPNV und ÖPNV konzentrieren. Dadurch werden wichtige räumliche Grundlagen für die Erhaltung und den Ausbau der diesbezüglich vorhandenen Potenziale der Region geschaffen.

zu G 1.1.4

Für eine nachhaltige Siedlungsflächenentwicklung ist die Schaffung kompakter baulich-räumlicher Strukturen durch Baulückenschließungen und städtebauliche Ergänzungen unter Beachtung der städtebaulichen Qualitäten, der Freiraumausstattung und des Stadtklimas notwendig. Mit zunehmender Verdichtung sollen jedoch die Qualitäten der öffentlichen Räume gesichert bleiben und verbessert werden.

Aufgrund der vielfältig vorhandenen landschaftstypischen und historischen Bau- und Siedlungsformen, die den Charakter und die Vielfalt der Region in erheblichem Umfang prägen, sowie die sich daraus ergebende notwendige Erhaltung dieses bedeutsamen baukulturellen Erbes, auch für künftige Gene-

¹ Unter Zersiedlung ist die Beeinträchtigung oder Zerstörung der Landschaft und von Ökosystemen durch ausufernde Bebauung (Siedlungssubstanz und Infrastruktur) sowie durch Bauten und/oder bauliche Anlagen außerhalb geschlossener Ortschaften zu verstehen.

rationen, entstand unter Mitwirkung der Stadt- und Landkreisverwaltungen einschließlich der Kommunen die Karte 2 „Siedlungswesen“. Hier wird in Ausformung des LEP 2003 Z 5.2.2 und G 5.3.3 dokumentiert, welche Städte/Stadtteile bzw. Gemeinden/Gemeindeteile aufgrund ihrer vorhandenen Bebauungsstrukturen eine besondere Bedeutung für die Region aufweisen. Dabei ist ein wichtiges Kriterium das Vorhandensein weitestgehend intakter Ortstrukturen (z. B. Waldhufendörfer, Rundlinge und Angerdörfer) und/oder die in einem größeren Umfang vorhandene historische Bausubstanz (z. B. Gründerzeitbebauung, Jugendstilviertel, Vorseithöfe, Ringwallanlagen). Die Karte soll somit eine weitere Grundlage außer den in diesem Plan enthaltenen spezifischen regionalplanerischen Rahmen- und Zielsetzungen für die Siedlungsflächenentwicklung sein.

Im Rahmen des Bauleitplanprozesses (Flächennutzungs- und Bebauungsplanung) sowie auf der Grundlage informeller Planungen (z. B. INSEK, SEKo, ILEK) soll insbesondere in diesen Kommunen darauf geachtet werden, dass die Flächenausweisungen und die Entwicklung der Innenbereiche unter Berücksichtigung der orts- und landschaftstypischen Bau- und Siedlungsformen erfolgt.

Die Darstellung der Programmdörfer als nachrichtliche Übernahme erfolgt auch weiterhin auf der Karte 2 „Siedlungswesen“, um aus regionalplanerischer Sicht zu verdeutlichen, für welche Kommunen und Ortsteile im Rahmen der Förderperiode finanzielle Mittel für die dörfliche Entwicklung zur Verfügung gestellt wurden. Gleichzeitig erfolgt unter Bezug auf die Förderkulisse – Integrierte Ländliche Entwicklung – ILE 2007 (Förderperiode 2007 bis 2013) die flächige Darstellung der ILE- Gebiete auf der Karte 2 „Siedlungswesen“ als nachrichtliche Übernahme. Auch die sich daraus ergebenden Erkenntnisse und Entwicklungsvorstellungen für die Kommunen sind im Rahmen des Bauleitplanprozesses entsprechend zu berücksichtigen.

zu Z 1.1.5

Funktionsfähige Städte mit attraktiven Stadtzentren sind für die Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur der Region nach dem Leitbild der dezentralen Konzentration von hoher Relevanz. Die notwendige Stabilisierung des zentralörtlichen Systems der Region wird wesentlich von der Funktionsfähigkeit und überörtlichen Ausstrahlungskraft der Innenstädte beeinflusst, weil die Innenstädte, vor allem die Stadtzentren, traditionell wichtige Konzentrationsbereiche für überörtliche Funktionen waren bzw. sind und bleiben bzw. wieder werden sollen, und weil die Region mit ihrem historisch gewachsenen Städtennetz diesbezüglich über umfangreiche Potenziale verfügt, die nachhaltig genutzt und entwickelt werden müssen.

Die Steuerung der Stadtentwicklung ist im regionalen Interesse erforderlich, weil in jüngster Vergangenheit, neben deutlich über den Eigenbedarf hinausgehenden Siedlungsentwicklungen in nichtzentralen Orten, auch in den Zentralen Orten selbst überwiegend auf randstädtische Standorte gerichtete Entwicklungen verbunden mit zunehmender Funktionsentmischung und -entleerung in den Innenstädten zu einer spürbaren Schwächung der Funktionsfähigkeit der Städte als Zentrale Orte und damit zu einer Destabilisierung des zentralörtlichen Systems der Region geführt haben. Bei Fortsetzung dieses Trends sind irreparable Schäden im Siedlungsgefüge zukünftig unausweichlich, zumal das Kompensationsvermögen der Städte in der Region durch langzeitliche städtebauliche Fehlentwicklungen ohnehin eingeschränkt ist.

Deshalb ist die Revitalisierung und Aufwertung der Innenstädte zur Stabilisierung der dezentralen Siedlungsstruktur in der Region zwingend erforderlich. Dabei sind sowohl der Erhalt, die Wiederherstellung und der Ausbau der Multifunktionalität der Stadtzentren als auch die Stärkung der Innenstädte als Wohnstandort für die örtliche und regionale Identität wichtig und im Rahmen des notwendigen funktionalen und baulichen Stadtumbaus zur langfristigen Sicherung von Urbanität voranzubringen. Neben der vorrangig qualitativ aufzuwertenden innerstädtischen Wohnfunktion sollen innenstadtrelevante Infrastruktureinrichtungen erhalten, wiederhergestellt und - insbesondere in historische Substanz - neu eingeordnet werden. Innovative Funktionen sollen bevorzugt auf ihre Innenstadtverträglichkeit geprüft und nach Möglichkeit zur funktionellen Aufwertung und Attraktivitätssteigerung der Stadtzentren eingeordnet werden. Belangen des städtebaulichen Denkmalschutzes ist dabei ausreichend Rechnung zu tragen. Die Verfügbarkeit bebaubarer bzw. umnutzbarer Flächen in den Städten muss verbessert werden. Dadurch soll die Konkurrenzfähigkeit der Städte im Hinblick auf Entwicklungen im Stadt-Umland-Bereich entscheidend verbessert und ihre Funktionsfähigkeit als Zentrale Orte langfristig gesichert werden. Grundlage für die multifunktionale Entwicklung der Stadt- und Ortszentren können z. B. die meist vorhandenen Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (INSEK), die Integ-

rierten ländlichen Entwicklungsprogramme (ILEK) sowie die in Aufstellung befindlichen Städtebaulichen Entwicklungskonzepte (SEKo) sein.

Insofern haben alle Städte der Region erhebliche Defizite aufzuweisen. Im Hinblick auf eine ausgewogene Entwicklung in allen Teilräumen der Region müssen sowohl die beiden Oberzentren Plauen und Zwickau zielgerichtet gestärkt werden als auch ergänzend dazu das mehrpolige Städtenetz der Region weiterentwickelt und insbesondere die kleinen Städte in den peripheren ländlich strukturierten Räumen funktionsfähig gehalten werden, damit ein Zurückbleiben dieser Gebiete hinter der allgemeinen Entwicklung der Region vermieden wird.

zu Z 1.1.6

Durch die Stilllegung von Industrie- und Gewerbestandorten, militärische Konversionsflächen, brachliegende und nicht mehr genutzte Flächen der DB AG, durch den Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sowie mit dem sich vollziehenden wirtschaftlichen und städtebaulichen Strukturwandel insbesondere der weiterhin prognostizierten rückläufigen Bevölkerungsentwicklung sind und werden zahlreiche Brachflächen in der Region auch weiterhin entstehen.

Die Industrie- und Gewerbebrachen verfügen aufgrund ihrer Lage in den gewachsenen Innenbereichen der Städte und Gemeinden über wichtige technische Erschließungsvoraussetzungen (z. B. ÖPNV-Anschluss, Möglichkeit der Schienenanbindung, teilweise nachnutzbare Bausubstanz, Ver- und Entsorgung). Allerdings erschweren oft Altlasten, ungeklärte Eigentumsverhältnisse und hohe Bodenpreise eine schnelle Verfügbarkeit. Diese Flächen sind trotz der damit verbundenen Probleme Potenziale zur Siedlungsnetzergänzung, die im Hinblick auf kompakte undutzungsgemischte Siedlungseinheiten entsprechend den Möglichkeiten der gesetzlichen Grundlagen (BauGB, BImSchG) einer neuen, den heutigen Qualitätsansprüchen gerecht werdenden Nutzung zugeführt werden sollen.

Im Hinblick auf den sich vollziehenden Strukturwandel mit einer stark rückläufigen Einwohnerentwicklung in allen Teilen der Region entstehen auch immer mehr Wohngebietsbrachen. Im Rahmen des Stadtumbaus und der Aufstellung z. B. informeller integrierter Stadtentwicklungskonzepte sowie integrierter ländlicher Entwicklungsprogramme ist hier verstärkt auf eine Nach- und Umnutzung der Flächen hinzuwirken, die insbesondere aufgrund ihrer innerstädtischen Lage für die künftige Stärkung und Weiterentwicklung der Kommunen beitragen können. Verbunden damit ist eine starke integrierte Förderung der Kommunen als Wohn- und innovativ industriell gewerbliche Standorte, sowie Dienstleistungs- und Einzelhandelsstandorte, in der ganzheitlich Aspekte der Nutzungsmischung sowie der baulichen Gestaltung zusammengeführt werden müssen, um die Individualität der Kommunen zu sichern bzw. wiederherstellen zu können. Deshalb sollte die Revitalisierung von Brachen unabhängig der Folgenutzung bei der Vergabe von Fördermitteln stärker berücksichtigt werden.

zu Z 1.1.7

Die verstärkte Siedlungsentwicklung in den vorangegangenen Jahren führte in erheblichem Umfang zur Inanspruchnahme von unbebauten Flächen im Außenbereich. Zum Schutz des Freiraumes und seiner ökologischen Funktionen soll der weiteren Zersiedlung der Landschaft entgegengewirkt und in verstärktem Maß auf eine sparsame und schonende Inanspruchnahme des Grund und Bodens hingewirkt werden. Um den Schutz und die Entwicklung von Freiräumen mit der Siedlungsnachfrage in Einklang zu bringen, sind ein umfassendes Flächenmanagement und eine den vorhandenen Strukturen angepasste Flächenausweisung hinsichtlich Größenordnung und räumlicher Schwerpunktsetzung im Rahmen des Bauleitplanprozesses der Kommunen notwendig und erforderlich.

Die historischen Stadt- und Dorfkerne in der Region haben durch städtebauliche Eingriffe im Industriezeitalter und jahrzehntelanger Vernachlässigung in der ehemaligen DDR erhebliche Substanzverluste erlitten bzw. wurden durch störende Bebauung beeinträchtigt. In der Region gibt es kulturgeschichtlich wertvolle und unverwechselbare Zeugnisse des Städtebaus und der dörflichen Baukultur (s. dazu auch G 1.1.4 einschließlich Begründung und Karte 2 „Siedlungswesen“), die erhalten und bei allen Planungen und Maßnahmen der Kommunen insbesondere im Rahmen des Bauleitplanprozesses durch konsequente Nutzung der gegebenen Möglichkeiten des Baugesetzbuches berücksichtigt werden sollen.

Die zur Erhaltung der historischen Stadtzentren, Altstadtbereiche und Dorfkerne sowie zur Wahrung der historischen und kulturellen Identität eingeleiteten Maßnahmen (wie z. B. die begonnene Erfas-

sung und Festsetzung der Denkmalschutzgebiete, die Aufstellung von Gestaltungs- und Erhaltungssatzungen) sollen von den Kommunen weitergeführt und im Rahmen der Entwicklung konsequent umgesetzt werden.

Insbesondere in den ländlich geprägten Gemeinden soll die Siedlungsentwicklung schwerpunktmäßig auf bestimmte Ortskerne, Dorfabschnitte bzw. auf siedlungsstrukturell verträgliche Erweiterungsflächen konzentriert werden. Hier wird es für erforderlich gehalten, die nach der Baunutzungsverordnung möglichen hohen Bebauungsdichten für Dorfgebiete (Mischgebiete) insbesondere für die Waldhufendörfer nicht anzuwenden. Auch bei der Abgrenzung der Innenbereiche in den Klarstellungs- und Abrundungssatzungen sollte darauf hingewirkt werden, dass unter Berücksichtigung der orts- und landschaftsprägenden Elemente (z. B. Anger, Teiche, markante Einzelbäume, Streuobstwiesen und Bauerngärten) eine siedlungsstrukturell verträgliche, der jeweiligen Ortsstruktur angepasste Abrundung erfolgt. Die integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK) können insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung und Weiterentwicklung der vorhandenen ländlichen und landschaftsprägenden Siedlungsstrukturen unter Beachtung der wirtschaftlichen und demografischen Gegebenheiten einen aktiven Beitrag dazu leisten.

Die Gründerzeitbebauung, die nach 1945 errichtete Bausubstanz und die Plattenbaugebiete des industriellen Wohnungsbaus haben eine erhebliche Bedeutung für die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum.

Der große Wohnungsbestand soll längerfristig vor allem im Hinblick auf eine nachhaltige ressourcen- und flächensparende Siedlungsentwicklung entsprechend der Nachfrage neu strukturiert und nachgenutzt werden. Aufgrund des hohen Überalterungsgrades, der überwiegend mangelhaften Bausubstanz, des niedrigen Ausstattungsgrades sowie der hohen Leerstandsquoten in den Wohnquartieren sind entsprechend des tatsächlich vorhandenen Wohnbedarfes Instandsetzungs-, Modernisierungs- sowie Abriss- und Ergänzungsmaßnahmen erforderlich. Gleichzeitig sind Verbesserungen des Wohnumfeldes durch Anlegen von Grünbereichen, Spielplätzen, Ruhe- und Rückzugszonen, verkehrsberuhigte Straßenführung sowie die Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des täglichen Bedarfs (Grundbedarf) notwendig, um diese Gebiete langfristig zu attraktiven Wohngebieten entwickeln zu können. Dabei ist verstärkt darauf hinzuwirken, dass diese zu einem integralen funktionsfähigen Bestandteil der Kommunen werden.

Ursache der Leerstandsentwicklung ist vor allem das Anwachsen des Wohnungsangebotes insbesondere durch die weiterhin rückläufige Einwohnerentwicklung und des Neubaus an Einfamilienhäusern in erheblichem Umfang meist in randstädtischen Bereichen. Während sich der Leerstand Anfang der 90er Jahre im Wesentlichen auf den Altbau konzentrierte, ist derzeit in Neubauquartieren die größte Dynamik und eine stärkere Zunahme des Leerstandes zu beobachten. Das Überangebot von Wohnungen am Markt hat zu einem erheblichen Anstieg an Fluktuation geführt. Damit einher geht eine räumliche Ausdifferenzierung des Wohnungsmarktes nach Wohnpräferenzen und Zahlungsfähigkeit der Haushalte. Die Faktoren Lage, Ausstattung, Preis und Sozialstruktur sowie bereits vorhandener Leerstand werden immer wichtiger.

Um diesen Strukturänderungen und Nachfragepotenzialen hinreichend Rechnung zu tragen, ist es erforderlich, Stadtumbaukonzepte zu erarbeiten, um die städtebaulich erforderlichen und notwendigen Umstrukturierungsprozesse zu begleiten. Dabei soll eine Analyse und Prognose der Wanderungsprozesse innerhalb der Kommunen das Grundgerüst für die gesamtstädtische Quartiersentwicklung bilden. Ziel muss es dabei sein, dass die Wünsche der Nachfrager am Wohnungsmarkt durch Bereitstellung vielfältiger Wohnformen mit entsprechendem Umfeld (z. B. Mietergärten, Spielplätze) entsprochen wird. Weiterhin ist dafür Sorge zu tragen, dass notwendiger Abbruch von Wohnraum städtebaulich geordnet und nicht zu Lasten der verbleibenden Wohnungsbausubstanz durchgeführt wird und die Nahversorgung innerhalb dieser Gebiete gesichert bleibt.

Mit der Novellierung des BauGB und der damit erforderlichen Anpassung an das Bundesrecht wurde durch Erlass der Sächsischen Staatsregierung die Weiterentwicklung der INSEK und die landeseinheitliche Verwendung des Begriffs „Städtebauliches Entwicklungskonzept (SEKo)“ geregelt. Die Arbeitshilfe zur Erstellung und Fortschreibung Städtebaulicher Entwicklungskonzepte (SEKo) vom 12.08.05 ist dabei Grundlage. Das SEKo betrachtet die Gesamtkommune unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Rahmenbedingungen und der örtlichen Verhältnisse. Dabei ist eine Gesamtbetrachtung und Auseinandersetzung mit allen Teilräumen der Kommune fachübergreifend und

vernetzt erforderlich. Den siedlungs- und infrastrukturellen Notwendigkeiten und Erfordernissen soll unter Beachtung der weiterhin rückläufigen Einwohnerentwicklung in diesem Zusammenhang (Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020) hinreichend Rechnung getragen werden.

Die hohen Finanzbelastungen, insbesondere bei den neu geschaffenen Freiflächen, machen kostengünstige Umnutzungskonzepte notwendig und erforderlich. Die Lösungen dürfen dabei nicht nur städtebaulicher Art sein, vielmehr ist hier ein gesamtstädtisches Konzept gefordert. Im Hinblick darauf sollen die neu geschaffenen Flächenpotentiale zur Verbesserung und Vernetzung mit vorhandenen Grünflächen und zum Aufbau von Verbundbereichen (Korridore, ggf. Trittsteine) genutzt werden (i. V. m. Z 2.1.3.5 und G 1.1.11). Wird der städtebauliche Bedarf nachgewiesen, sind diese Flächen zukunftsorientiert für unterschiedliche Nutzungen, wie z. B. Grünflächen, Gewerbeflächen, Freizeit- und Erholungseinrichtungen unter Berücksichtigung der stadträumlichen Verteilung in Anspruch zu nehmen. Zusätzliche Flächenausweisungen im Außenbereich sind somit auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren. Dabei ist eine fachlich fundierte Begründung im Rahmen des Planungsprozesses zwingend notwendig.

In den Kommunen soll entsprechend Funktion und Größe die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem im produzierenden Bereich unter Berücksichtigung siedlungs- und infrastruktureller sowie ökologischer Belange möglich sein. Dabei ist den klein- und mittelständischen Handwerks- und Gewerbebetrieben in der Region eine besondere Bedeutung beizumessen. Mit der Stärkung dieser Unternehmen wird die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur unterstützt und gleichzeitig die Grundlage zur Verbesserung eines differenzierten Arbeitsplatzangebotes geschaffen.

Um den Anforderungen an eine nachhaltige Siedlungsflächenentwicklung, der Minimierung des Flächenverbrauches sowie der Berücksichtigung der naturräumlichen Situation zukünftig verstärkt Rechnung zu tragen, soll dabei insbesondere der interkommunalen Ausweisung gemeinsamer Industrie- und Gewerbegebiete auch im Rahmen der Aufgabenteilung zwischen Kommunen der Vorrang eingeräumt werden. Die sich aus dem Stadtumbau der jeweiligen Kommune ergebenden städtebaulichen Anforderungen und Rahmensetzungen sind dabei in die Betrachtungen mit einzubeziehen. Die erforderlichen Regelungen zur Lasten-Nutzen-Teilung sind entsprechend zu treffen.

zu G 1.1.8

Zu einer ausgewogenen Siedlungsstruktur gehören neben der Wohn-, Arbeits- und Versorgungsfunktion auch die ökologische Ausgleichsfunktion sowie die Erholungsfunktion. Mit der ökologischen Ausgleichsfunktion wird auf die Erhaltung oder Schaffung von innerörtlichen Freiräumen abgestellt, die einerseits Lebensraum für Tiere und Pflanzen bieten und als Einzelfläche oder vernetzt zum ökologischen Verbundsystem beitragen (s. auch Anlage 1, 2.4.3 Biotopspezifische Ziele und Maßnahmen zum Siedlungsraum).

Ebenso steht durch diese innerörtlichen Freiräume ein wichtiges Element zur Verbesserung der lokal-klimatischen Verhältnisse zur Verfügung. Diese Verbesserung kann beispielsweise durch eine Auflockerung und Durchgrünung der Siedlungsgebiete, die Erhöhung des Anteils an Gehölzen oder die Verminderung des Versiegelungsgrades erfolgen.

Des Weiteren bieten innerörtliche Freiräume die Möglichkeit der wohnstandortnahen Erholung (Gartenanlagen, Parkanlagen, ...). Mit der Erfüllung der Erholungsfunktion ist eine Aufwertung des Wohnumfeldes verbunden.

zu G 1.1.9

Die geordnete Entwicklung der Siedlungsränder ist ein wesentlicher Aspekt der städtebaulichen Weiterentwicklung vor allem bei der Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen zur Siedlungsentwicklung. Im Rahmen des Bauleitplanprozesses sollte deshalb verstärkt darauf hingewirkt werden, dass unter Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Bedeutung der umgebenden Landschaft (s. Karte A1 – 1 „Naturräumliche Gliederung“ und Kap. 2.1.1 i. V. m. Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“ zu den „Leitbildern für Natur und Landschaft“) grünordnerische Maßnahmen festgelegt werden, die einen harmonischen Übergang zwischen Siedlungsbestand und Frei-

raum gewährleisten. Die Kommunen sollen dabei verstärkt auf die Umsetzung der im Bauleitplanprozess getroffenen Festsetzungen im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit achten.

zu Z 1.1.10

In der Region gibt es aufgrund des Strukturwandels insbesondere in der Landwirtschaft Standorte mit stark geschädigter und nicht mehr nachnutzbarer/benötigter Bausubstanz, die sich zu einem großen Teil außerhalb der Grenzen der im Zusammenhang bebauten Innenbereiche der Kommunen befinden. Diese nicht mehr revitalisierbaren Brachen außerhalb der gewachsenen Siedlungsstrukturen und vor allem die Standorte, die in den in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft (Kap. 2.1.2 Landschaftsbild/Landschaftserleben) und 2.1.3 einschließlich Begründung), in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Hochwasser (Kap. 2.2.2 einschließlich Begründung i. V. m. den in Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ dargestellten Überschwemmungsgebieten nach § 100 (3) SächsWG) sowie den Vorranggebieten Wald (s. Kap. 2.3.2 einschließlich Begründung) liegen, sollen renaturiert und entsprechend den Rahmen- und Zielsetzungen im Kapitel „Regionale Freiraumstruktur“ vor allem unter Berücksichtigung von Karte A1 – 1 „Naturräumliche Gliederung“ und Kap. 2.1.1 i. V. m. Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“ in den Freiraum integriert werden.

Die Renaturierung von Brachenstandorten außerhalb der gewachsenen Siedlungsstrukturen sollte stärker in die bestehende Förderpolitik einbezogen werden.

zu G 1.1.11

Analog der Begründung zu G 1.1.8 sind die Funktionen als ökologische Ausgleichsräume sowie als Erholungsräume nicht nur auf Standorte innerhalb der Siedlungsgebiete begrenzt. Vielmehr soll durch die Gewährleistung siedlungsnaher Freiräume in unmittelbarer Umgebung der Siedlungen sowie einer Verzahnung mit den innerstädtischen Freiräumen die Voraussetzung für eine nachhaltige und koordinierte Entwicklung von Siedlung und Freiraum geschaffen werden.

zu 1.2 Zentrale Orte und Verbünde

Die Ausweisungen von Zentralörtlichen Funktionen (Grundzentren entsprechend LEP 2003 Z 2.3.12, Regionalplan Z 1.2.1; besondere Gemeindefunktionen entsprechend LEP 2003 Z 2.4.4, Regionalplan Z 1.3.1; Versorgungs- und Siedlungskerne entsprechend LEP 2003 G 5.1, Regionalplan Z 1.2.4) als Ziele der Raumordnung besitzen vor dem Hintergrund der durch das EAG Bau 2004 erfolgten Änderungen besondere Relevanz.

Entsprechend § 2 (2) BauGB (*Die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden sind aufeinander abzustimmen. Dabei können sich Gemeinden auch auf die ihnen durch Ziele der Raumordnung zugewiesenen Funktionen sowie auf Auswirkungen auf ihre zentralen Versorgungsbereiche berufen.*) besteht für die Gemeinden über die schon bisher normierte Anpassungspflicht der Bebauungspläne an die Ziele der Raumordnung (§ 1 (4) BauGB) auch ein Abwehrrecht der Raumordnung. Die Gemeinde ist nunmehr berechtigt, die ihr durch Ziele der Raumordnung zugewiesenen raumordnerischen Funktionen gegen störende raumordnungswidrige Planungen einer anderen Gemeinde zu verteidigen. Sie erhält ein Abwehrrecht, wenn ihr durch Ziele der Raumordnung bestimmte Funktionen zugewiesen wurden und eine Nachbargemeinde diese unterlaufen will, z. B. hinsichtlich der Stellung der Gemeinde im zentralörtlichen System, Siedlungserweiterung, zentrale Einrichtungen. Die zugewiesenen raumordnerischen Funktionen werden Bestandteil der kommunalen Planungshoheit und damit wehrfähig. Dies bezieht sich auch auf „Auswirkungen auf die zentralen Versorgungsbereiche“ der Gemeinde. Als Zentralörtliche Versorgungsbereiche im regionalplanerischen Sinn werden die Versorgungs- und Siedlungskerne (Regionalplan, Z 1.2.4) angesehen.

zu Z 1.2.1 und Z 1.2.2

Grundzentren sind entsprechend § 4 (3) Nr. 1 a SächsLPlG sowie LEP 2003 Z 2.3.12 i. Z. m. den Begriffen Zentraler Ort bzw. Verbund von Zentralen Orten in Ergänzung zu den Ober- und Mittelzentren als übergemeindliche Versorgungs- und Dienstleistungszentren gemeindebezogen in den Regionalplänen auszuweisen. Grundsätzliche landesplanerische Rahmensetzungen für die Ausweisung als Grundzentren sind die Netzergänzungsfunktion im System der Zentralen Orte, das Vorhandensein eines übergemeindlichen Nahbereiches (bei Ausnahmeregelung für den ländlichen Raum bei einer Gemeindefläche von mehr als 50 km²), die Arbeitsplatzzentralität (breitgefächertes und herausgehobenes Arbeitsplatzangebot) sowie das Vorhandensein von übergemeindlichen und tragfähigen Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen für die Grundversorgung. Darüber hinaus haben Grundzentren überwiegend folgende Ausweisungskriterien zu erfüllen:

- mindestens 15.000 Einwohner im Verflechtungsbereich innerhalb des Verdichtungsraums und mindestens 7.000 Einwohner im Verflechtungsbereich (bei mindestens 3.000 Einwohnern im Zentralen Ort) im ländlichen Raum,
- Erreichbarkeitsdefizite im ÖPNV,
- ÖPNV- Knotenpunkt
- Vorhandensein eines breitgefächerten sowie herausgehobenen Arbeitsplatzangebotes (über 250 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Ort je 1.000 Einwohner oder über 2.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze absolut im Verdichtungsraum bzw. über 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze absolut im ländlichen Raum).

Bei der Bewertung der Erreichbarkeitsdefizite sollen dabei u. a. folgende Kriterien herangezogen werden:

- ÖPNV-Anbindung in 30 Minuten aus den Ortsteilen an ein Mittelzentrum/Oberzentrum im ländlichen Raum nicht gegeben,
- bestehende Anschlussqualität auf die Bedienung des Berufs- oder Schülerverkehrs ausgerichtet oder
- Erreichbarkeit der benachbarten Mittelzentren/Oberzentren aus dem Zentralen Ort (Versorgungs- und Siedlungskern) nur mit mehrmaligem Umsteigen möglich.

Die Darstellung der Erfüllung der Kriterien erfolgt in nachfolgender Tabelle 1. Mit der Ausweisung der Grundzentren wird eine erhebliche Reduzierung (auf ca. ein Drittel) der Anzahl der Ausweisung der Zentralen Orte der unteren Stufe im vorliegenden Regionalplan (Grundzentren) im Vergleich zum rechtskräftigen Regionalplan (Unterzentren, Kleinzentren) erreicht. Sowohl unter Berücksichtigung des

Grundzentren, Kriterienerfüllung

Tabelle 1

Gebietsstand: 01.01.2008; Einwohner und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Stand: 31.12.2006

Hinweis: Alle fett gedruckten Werte stellen eine Erfüllung der Kriterien des LEP zur Ausweisung dar, alle grau markierten Spalten beinhalten die entscheidungserheblichen Werte der Kriterien des LEP 2003, Städte sind in Grossbuchstaben

Gemeinde	Raum- kategorie ¹⁾	Einwohner	Fläche in km ²	Einwohner Verflechtungs- bereich	Erreichbarkeitsdefizite ÖPNV	ÖPNV Knotenpunkt	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Ort ²⁾
Breitenbrunn/Erzgeb.	LR	6.337	60,02	11.536	ja	nein	1.763/ 278
JOHANNGEORGENSTADT	LR	5.199	29,59		ja	ja	793/ 153
EIBENSTOCK	LR	6.440	90,36	8.577	ja	ja	1.526/ 237
Stützengrün	LR	3.771	28,36	12.218	nein	nein	1.181/ 313
Zschorlau	LR	5.847	21,99		nein	nein	759/ 130
Schönheide	LR	5.283	28,10	5.283	ja	nein	1.634/ 309
ADORF/VOGTL.	LR	5.717	42,81	11.928	ja	ja	1.429/ 250
KLINGENTHAL	LR	8.831	28,66	11.829	ja	ja	2.094/ 237
LENGENFELD	VB	8.005	47,16	8.005	ja	ja	2.094/ 262
MARKNEUKIRCHEN	LR	6.930	47,38	8.819	ja	ja	2.349/ 339
SCHÖNECK/VOGTL.	LR	3.639	54,92	5.360	ja	ja	1.083/ 298
TREUEN	VB	8.892	43,72	11.274	nein	ja	2.990/ 336
Weischlitz	LR	3.541	33,10	6.575	ja	ja	1.383/ 391
HARTENSTEIN WILDENFELS	LR	4.975 4.000	36,72 20,57	11.804	ja ja	ja nein	1.076/ 216 674/ 169
KIRCHBERG	LR	9.336	39,58	14.314	ja	ja	2.140/ 229

¹⁾ LR - ländlicher Raum, VB - verdichteter Bereich im ländlichen Raum

²⁾ Die Angabe erfolgt als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Ort absolut bzw. je 1.000 Einwohner

Erhalts der Steuerungswirksamkeit des zentralörtlichen Systems als auch unter Beachtung der Erfordernisse des demographischen Wandels ist eine darüber hinausgehende weitere Reduzierung der Anzahl der Grundzentren nicht gegeben.

Mit dem grundzentralen Verbund Stützengrün- Zschorlau und dem Grundzentrum Schönheide werden auch Gemeinden als Grundzentrum ausgewiesen, die im Einzelfall nicht alle Ausweisungskriterien perspektivisch stabil erfüllen (siehe dazu Tabelle 1 bzw. 2). Grundzentren bilden das regional angepasste Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der grundzentrale Verbund Stützengrün- Zschorlau und das Grundzentrum Schönheide befinden sich im ländlichen, grenznahen Raum und in einem Raum mit besonderem landesplanerischen Handlungsbedarf (siehe dazu Kapitel 3.3 bzw. Karte 5 LEP 2003). Diese Räume sind keine temporären Entwicklungs- oder Aktionsräume, sondern Räume, in denen die Lebensbedingungen oder die Entwicklungsvoraussetzungen in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zum Landesdurchschnitt zurückgeblieben sind oder in denen ein solches Zurückbleiben zu befürchten ist. Darüber hinaus liegen diese Grundzentren in einer der beiden landesweiten Modellregionen zur Optimierung der Infrastrukturangebote und Aufwertung der Lebensbedingungen in Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang. Die Ausweisung des grundzentralen Verbundes Stützengrün- Zschorlau und des Grundzentrums Schönheide trägt deshalb in einem besonderen Maße zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen und zum Erhalt des zentralörtlichen Funktionspektrums in diesem Raum bei und entspricht damit vollumfänglich landesplanerischen und regionalen Erfordernissen.

Das Bestehen eines gemeinsamen Flächennutzungsplanes nach § 204 BauGB in den grundzentralen Verbünden der Region ist gegenwärtig insbesondere aufgrund des unterschiedlichen Verfahrensstandes der Erarbeitung der FNP sowie der neuen gesetzlichen Anforderungen (Umweltbericht) kurzfristig nicht realisierbar. Die grundzentralen Verbünde wirken jedoch auf eine Umsetzung dieser Anforderungen hin.

Nahbereiche Zentrale Orte

Tabelle 2

Gebietsstand: 01.01.2008; Einwohnerstand: 31.12.2006

Angaben Einwohner 2020: Statistisches Landesamt ^(V)

Gemeindeteile: Verzeichnis Gemeinden und Gemeindeteile (Statistisches Landesamt, 2007)

Zentraler Ort	Zentralität	Raumkat.	Gemeinden Nahbereich	G. teile	Einwohner	Einwohner 2020 in Tsd. ^(I)	Fläche in km ²
AUE	MZV- V	VR-LR	Aue	1	18.209	15,3	20,94
			Bernsbach	2	4.562		8,76
Breitenbrunn/Erzgeb. –JOHANNGEORGENSTADT ^(III)	GZ- V	LR	Breitenbrunn/Erzgeb. Johanngeorgenstadt	10	6.337	5,3	60,02
				1	5.199	4,4	29,59
EIBENSTOCK	GZ	LR	Eibenstock	8	6.440	5,5	90,35
			Sosa	1	2.137		21,99
LAUTER/SA.	MZV- V	VR	Lauter/Sa.	1	4.927	4,2*	21,55
LÖßNITZ	MZV- V	VR	Lößnitz	3	10.184	8,7	30,53
Bad Schlema	MZV- V	VR	Bad Schlema	2	5.451	4,6	15,53
SCHNEEBERG ^(II)	MZV- V	VR	Schneeberg ⁽¹⁾	2	16.380	14,0	23,35
Schönheide	GZ	LR	Schönheide	2	5.283		28,10
SCHWARZENBERG/ERZGEB. ^(II)	MZV- V	VR-LR	Schwarzenberg	16	18.207	17,1*	46,25
			Grünhain-Beierfeld ⁽²⁾	3	6.603		22,25
			Raschau- Markersbach ⁽³⁾	31	5.842	5,5	39,52
Stützengrün - Zschorlau	GZ- V	LR	Stützengrün	3	3.771		28,36
			Bockau ⁽⁴⁾	1	2.600	2,1*	19,15
			Zschorlau	3	5.847	4,8	21,99

Zentraler Ort	Zentralität	Raumkat.	Gemeinden Nahbereich	G. teile	Einwohner	Einwohner 2020	Fläche In km²
ADORF/VOGTL.	GZ	LR	Adorf/Vogtl. Bad Elster Bad Brambach	9 3 9	5.717 4.032 2.179	4,9	42,80 19,73 43,83
AUERBACH/ VOGTL. ¹¹⁾	MZ- V	VB	Auerbach/Vogtl. Morgenröthe-R. ⁵⁾	17 1	20.890 851	17,6	55,38 30,03
Ellefeld	MZ- V	VB	Ellefeld	1	3.059	2,5*	4,55
FALKENSTEIN/ VOGTL. ¹¹⁾	MZ- V	VB-LR	Falkenstein Neustadt/Vogtl. Bergen Werda Grünbach ⁶⁾ Hammerbrücke ⁵⁾	6 5 3 2 3 1	9.258 1.204 1.060 1.690 1.914 1.369	7,8 1,8*	31,05 12,98 8,30 13,58 27,53 8,14
KLINGENTHAL ¹¹¹⁾	GZ	LR	Klingenthal Zwota Tannenbergsthal ⁷⁾	2 3 4	8.831 1.497 1.501	7,4	28,66 21,84 17,92
LENGENFELD ¹¹⁾	GZ	VB	Lengendorf ⁸⁾	9	8.005	6,8	47,16
MARKNEU- KIRCHEN ¹¹⁾	GZ	LR	Markneukirchen Erlbach	7 4	6.930 1.889	5,9	47,38 21,72
OELSNITZ/VOGTL.	MZ	VB-LR	Oelsnitz/Vogtl. Bösenbrunn Triebel Eichigt ⁹⁾ Tirpersdorf ¹⁰⁾	16 7 9 10 8	12.020 1.339 1.549 1.362 1.492	10,4	53,63 34,22 43,09 32,64 19,45
PLAUEN	OZ	VB-LR	Plauen Syrau Mehltheuer Leubnitz Pöhl Theuma Pausa/Vogtl. ¹¹⁾ Mühlthoff ¹¹⁾ Elsterberg	38 2 6 5 12 1 9 3 9	68.430 1.658 1.568 1.469 2.871 1.141 3.813 1.899 4.991	61,1 4,4	102,12 15,66 22,09 29,64 36,59 9,82 36,58 27,70 25,07
REICHENBACH IM VOGTLAND	MZV	VR-LR	Reichenbach Mylau Netzschkau Limbach Heinsdorfergrund Neumark	5 2 7 5 3 3	21.478 2.931 4.361 1.579 2.319 3.262	18,3 3,7*	29,73 4,73 12,52 14,16 21,96 17,35
RODEWISCH	MZ- V	VB-LR	Rodewisch Steinberg	3 3	7.439 3.051	6,3	26,89 20,43
SCHÖNECK/ VOGTL.	GZ	LR	Schöneck/Vogtl. Mühlenthal ¹²⁾	8 10	3.639 1.621	3,2* 1,6*	54,92 39,56
TREUEN	GZ	VB	Treuen ⁸⁾ Neuensalz ¹³⁾	12 7	8.891 2.383	7,5	43,72 33,45
Weischlitz	GZ	LR	Weischlitz Burgstein ¹⁴⁾ Reuth ¹⁴⁾	6 14 7	3.541 2.010 1.024		33,10 57,90 30,66

Zentraler Ort	Zentralität	Raumkat.	Gemeinden Nahbereich	G. teile	Einwohner	Einwohner 2020	Fläche In km ²
CRIMMITSCHAU	MZV	VR	Crimmitschau ¹⁵⁾	11	21.953	18,7	61,04
			Neukirchen	3	4.364		16,85
			Dennheritz ¹⁶⁾	3	1.466		13,35
HARTENSTEIN-WILDENFELS ¹¹⁾	GZ- V	LR	Hartenstein	4	4.975	3.400*	36,72
			Wildenfels	5	4.000		20,57
			Langenweißbach ¹⁷⁾	3	2.829		22,49
KIRCHBERG	GZ	LR	Kirchberg	7	9.336	8,2	39,58
			Hirschfeld	3	1.260		19,06
			Crinitzberg	3	2.238		18,82
			Hartmannsdorf	2	1.460		27,15
WERDAU	MZV	VR	Werdau	6	23.929		65,60
			Fraureuth	4	5.703		22,59
			Langenbernsdorf	3	3.974		36,37
ZWICKAU	OZ	VR	Zwickau	35	96.786	82,5	102,54
			Wilkau-Haßlau	3	11.595		12,70
			Reinsdorf	3	8.565		21,17
			Mülsen	11	12.527		49,65
			Lichtentanne	6	7.022		27,33

Bemerkungen

- 1) zusätzliche Versorgungs- und Dienstleistungspotenziale sowie Aufgaben i. V. m. der besonderen Gemeindefunktion Verteidigung (s. LEP 2003, Z 2.4.3)
- 2) überwiegend Selbstversorger; traditionell intensive arbeits-, versorgungs- und siedlungsräumliche Nahbereichsverflechtungen mit Schwarzenberg, dahin auch sehr gute ÖPNV-Anbindung
- 3) Teilweise Selbstversorger; arbeits- und versorgungsräumlich (qualifizierte Grundversorgung) zum Nahbereich Schwarzenberg
- 4) durch Regelungen der Gemeindegebietsreform (VG Zschorlau – Bockau) verwaltungsräumliche Orientierung auf Zschorlau, dabei ungenügende ÖPNV-Verbindung; traditionell sowie lagebedingt intensive arbeits- und versorgungsräumliche Nahbereichsverflechtungen mit Aue, dahin auch sehr gute ÖPNV-Anbindung
- 5) traditionell auch Nahbereichsorientierung Richtung Klingenthal
- 6) Gemeindeteil Muldenberg auch Nahbereichsorientierung Richtung Schöneck/Vogtl.
- 7) auch Nahbereichsorientierung auf Auerbach/Vogtl. (qualifizierte Grundversorgung, arbeitsräumliche Verflechtungen)
- 8) Die Grundzentren Lengenfeld und Treuen haben in Folge der Gemeindegebietsreform die Orte ihres traditionellen übergeordneten Nahbereiches im Wesentlichen bzw. vollständig eingemeindet.
- 9) durch Gemeindegebietsreform (VG Oelsnitz/Vogtl.) verwaltungsräumliche Orientierung auf Oelsnitz/Vogtl.; versorgungs- und arbeitsräumlich auch Nahbereichsorientierung Richtung Adorf/Vogtl.
- 10) versorgungs- und arbeitsräumlich sowohl Nahbereich Oelsnitz/Vogtl. als auch Plauen
- 11) qualifizierte Grundversorgung vorrangig durch Plauen, traditionell aber auch durch Schleiz und Zeulenroda- Triebes (direkte Straßenverbindung, stabile SPNV / ÖPNV-Verbindung teilweise im Taktverkehr)
- 12) durch Gemeindegebietsreform (VG Schöneck/Vogtl. - Mühlental) vorrangig zum Nahbereich Schöneck/Vogtl.; lagebedingt divergierende Nahbereichsorientierung der einzelnen Gemeindeteile auch Richtung Schöneck/Vogtl., Oelsnitz/Vogtl. und Adorf/Vogtl.
- 13) durch Gemeindegebietsreform (VG Treuen - Neuensalz) verwaltungsräumliche Orientierung auf Treuen; lagebedingt sowie traditionell (insbesondere Gemeindeteile Neuensalz, Mechelgrün, Voigtsgrün, Altensalz) arbeits-, versorgungs- und teilweise auch siedlungsräumliche Nahbereichsverflechtungen mit Plauen
- 14) durch Gemeindegebietsreform (VG Weischlitz - Burgstein - Reuth) verwaltungsräumliche Orientierung auf Weischlitz, dabei ungenügende ÖPNV-Verbindung; traditionell und lagebedingt auch Nahbereichsorientierung auf Plauen (vor allem Gemeindeteile mit Direktverbindung durch SPNV / ÖPNV)
- 15) zum Nahbereich auch Gemeindeteile thüringischer Randgemeinden / Region Ostthüringen (u. a. Ponitz und Grünberg, Heyersdorf, Thonhausen und Wettelswalde; Jonaswalde und Nischwitz, Vollmershain, Heukewalde)
- 16) durch Gemeindegebietsreform (VG Crimmitschau - Dennheritz) verwaltungsräumliche Orientierung auf Crimmitschau; traditionell und lagebedingt auch Nahbereichsverflechtungen mit Glauchau / Region Chemnitz – Erzgebirge
- 17) teilweise Nahbereichsorientierung Richtung Schneeberg sowie Zwickau (arbeitsräumlich und qualifizierte Grundversorgung)

- I) Die Daten zur Einwohnerentwicklung der Gemeinden bis 2020 entsprechend den Prognosewerten des konservativen Prognosemodells (Variante 3) der Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes (2006). In diese Prognose wurden jedoch ausschließlich Gemeinden bzw. Gemeindeverbände mit mehr als 5.000 Einwohnern einbezogen. Allerdings wurden im Rahmen der Erstellung und Fortschreibung der städtebaulichen Entwicklungskonzepte durch das Statistische Landesamt für einzelne Gemeinden auch bei geringerer Einwohnerzahl Trendberechnungen auf der Grundlage der aktuellen Bevölkerungsentwicklung vorgenommen. Für diese Gemeinden wurden die Angaben der Zuarbeit des Statistischen Landesamtes vom 03.Juli.2006 entnommen und in der Tabelle mit * gekennzeichnet. Soweit für einzelne Gemeinden keine Angaben in der Spalte Einwohner 2020 dargestellt sind, liegen bisher überhaupt keine Angaben durch das Statistische Landesamt vor.
- II) erhebliches zusätzliches tourismusbezogenes Versorgungspotenzial (siehe auch Regionalplan Kapitel 1.3.1 bzw. 1.8)
- III) zusätzliches tourismusbezogenes Versorgungspotenzial (siehe auch Regionalplan Kapitel 1.3.1 bzw. 1.8)
- IV) zunehmende grenzüberschreitende Nahbereichsverflechtungen (siehe auch Regionalplan Kapitel 1.3.1)

Abkürzungen:

VR	Verdichtungsraum	GZ	Grundzentrum	V	Verbund
VB	verdichtete Bereiche im ländlichen Raum	MZ	Mittelzentrum		
LR	ländlicher Raum	MZV	Mittelzentrum im Verdichtungsraum		
		OZ	Oberzentrum		

zu Z 1.2.3

Die als Grundzentren ausgewiesenen Städte Klingenthal und Johanngeorgenstadt im Verbund mit Breitenbrunn/Erzgeb. liegen in den Räumen mit besonderem landesplanerischen Handlungsbedarf nach LEP 2003 Kapitel 3.3 und sind als grenznahe Zentrale Orte aufgrund ihrer peripheren Lage benachteiligt. Die Ausbildung eines stabilen Verflechtungsbereiches ist dadurch eingeschränkt. In beiden Städten hat der industriell-gewerbliche Sektor als Wirtschaftsfaktor wesentlich an Bedeutung verloren und das dort vorhandene Arbeitsplatzangebot erheblich reduziert. Zusätzliche Entwicklungsdefizite haben in beiden Städten zu einer deutlichen funktionalen Schwächung geführt. Klingenthal ist durch den Verlust der Kreisstadtfunktion und einen Bedeutungsrückgang als nationales Wintersportzentrum geschwächt worden. Johanngeorgenstadt ist durch umfangreiche baulich-räumliche Deformationen infolge des Uranerzbergbaus in seiner Funktionsfähigkeit als Zentraler Ort erheblich gestört.

Die Bedeutungsverluste und Funktionsschwächen der Grundzentren Klingenthal und Johanngeorgenstadt im Verbund mit Breitenbrunn/Erzgeb. könnten insbesondere durch die Stärkung und Weiterentwicklung ihrer Tourismus- und Erholungsfunktion als tragender Wirtschaftsfaktor, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der grenzüberschreitenden Verflechtungsbeziehungen sowie die Intensivierung der interkommunalen Kooperationen weitgehend kompensiert werden (zur spezifischen Untersetzung dieser Erfordernisse mit regionalplanerischen Schwerpunktsetzungen siehe dazu auch Regionalplan Kapitel 1.3 und 1.8). Dazu kann an vorhandene Ansätze und Traditionen angeknüpft werden.

Wichtige räumliche Voraussetzung für künftige grenzüberschreitende funktionsteilige Entwicklungen ist der Erhalt des noch vorhandenen zentralörtlichen Funktionsspektrums in beiden Städten, auch wenn die Tragfähigkeit einzelner Einrichtungen z. Zt. eingeschränkt ist, sowie der kurz- und mittelfristige Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen, wozu beide Städte einer besonderen Unterstützung und Förderung bedürfen.

Für die Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen in den grenznahen und ländlichen Teilgebieten des oberen Vogtlandes und des oberen Westerzgebirges ist die Sicherung der Funktionsfähigkeit als Zentrale Orte und damit der Erhalt der Tragfähigkeit des zentralörtlichen Funktionsspektrums in Zusammenhang mit einer strukturellen Stabilisierung der beiden Grundzentren Klingenthal und Johanngeorgenstadt zwingend erforderlich.

zu Z 1.2.4

Grundzentren erfüllen übergemeindliche Funktionen als lokale Versorgungs-, Wirtschafts- und Dienstleistungszentren. Durch die bisher erfolgten umfangreichen Gemeindegebietsneugliederungen im Zuge von freiwilligen oder gesetzlichen Regelungen entstanden erheblich flächengroße und teilweise siedlungsstrukturell inhomogene Gemeinden. So bestehen die Grundzentren i. d. R. aus einer Vielzahl von mehreren, oftmals räumlich erheblich voneinander entfernten Gemeindeteilen (siehe dazu auch Regionalplan Tabelle 2 Nahbereiche, Begründung zu Z 1.2.2). Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung erfordert jedoch insbesondere auch unter Berücksichtigung der sich aus dem demographischen Wandel ergebenden Erfordernisse eine Konzentration der Siedlungstätigkeit und die Entwicklung bzw. Beibehaltung von städtebaulich integrierten und funktionsgemischten Bereichen und damit von flächensparenden und kompakten Siedlungsstrukturen (siehe dazu auch Regionalplan Kapitel 1.1). Im Zusammenhang mit den Aufgaben der Grundzentren und ihrer Funktion als Zentrale Orte begründet sich deshalb ein erhebliches überörtliches Regelungserfordernis zur Ausweisung von Versorgungs- und Siedlungskernen. Als Versorgungs- und Siedlungskern wird deshalb der Gemeindeteil des jeweiligen Grundzentrums ausgewiesen, in denen bereits traditionell die i.d.R. historisch gewachsenen zentralörtlichen Funktionen konzentriert sind.

zu 1.3 Besondere Gemeindefunktionen

zu Z 1.3.1 und Z 1.3.2

Gemeinden mit besonderen Gemeindefunktionen sind entsprechend § 4 (3) Nr. 1 b SächsLPiG sowie LEP 2003 Z 2.4.4 i. Z. m. dem Begriff Besondere Gemeindefunktionen bei Erfüllung nachfolgender Kriterien zum Zeitpunkt der Fortschreibung der Regionalpläne auszuweisen.

Besondere Gemeindefunktion	Kriterien
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> – Standort einer Hochschuleinrichtung (FH, BA) oder – Standort von Gymnasien mit großem Einzugsbereich und vertiefter Ausbildung oder – mindestens 3-zügiger Mittelschulstandort
Gewerbe	<ul style="list-style-type: none"> – über 400 Arbeitsplätze je 1.000 Einwohner in der Gemeinde (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort), – hoher Besatz mit verarbeitendem Gewerbe (Anteil der im Ort Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe über 30 % - ohne Bauwirtschaft)
Tourismus	<ul style="list-style-type: none"> – Kurortstatus oder – über 100 Übernachtungen pro Gästebett und Jahr <u>und</u> mindestens 50.000 Übernachtungen pro Jahr
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> – Knotenpunkt mehrerer Verkehrsträger (Schiene, Autobahn oder Bundesstraße u.a.) oder – Schnittstelle für den kombinierten Verkehr und Standort von Logistikgewerbe
Grenzübergreifende Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> – Lage im grenznahen Gebiet – Realisierung von deutsch-tschechischen regional bedeutsamen Projekten im Verkehrs-, Tourismus-, Wirtschafts-, Bildungs-, Sport- oder Kulturbereich

Mit dem LEP 2003 erfolgte keine abschließende Regelung der Ausweisung von besonderen Gemeindefunktionen. Damit wurde den Regionen ein grundsätzlicher Ermessensspielraum für die Definition und Ausweisung weiterer, zusätzlicher und ergänzender Funktionen entsprechend der regionalen Erfordernisse eingeräumt. Aufgrund der vorhandenen regionalen Potenziale und spezifischen Entwicklungserfordernisse erfolgte im Regionalplan auch eine Mehrfachausweisung von besonderen Gemeindefunktionen an Gemeinden sowie die Ausweisung von zusätzlichen, weiteren besonderen Gemeindefunktionen („Sport“ und „Gesundheit/Soziales“). Die Ausweisung dieser besonderen Gemeindefunktionen ist jeweils an das Vorhandensein von entsprechenden überregional bzw. landes- und bundesweit bedeutsamen Einrichtungen und Anlagen gebunden (siehe dazu auch Tabelle 3). Für die Ausweisung der besonderen Gemeindefunktion Gesundheit/Soziales ist es darüber hinaus erforderlich, dass mehr als 40% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im Bereich Gesundheit und Sozialwesen tätig sind (entsprechend der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Wirtschaftsabschnittes Gesundheit/Veterinär/Sozialwesen).

Der räumliche Umgriff des sächsischen Fördergebietes im Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit für den Zeitraum von 2007 bis 2013 ist verbindlich und abschließend im Gemeinsamen Programm zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen der Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik festgelegt. Eine darüber hinausgehende Priorisierung durch die Ausweisung der bGF Grenzübergreifende Kooperation erfolgt nicht.

Grundzentren haben einen übergemeindlichen Wirkungsbereich und nehmen die Funktion von lokalen Versorgungs-, Wirtschafts- und Dienstleistungszentren ein. In Analogie der Zulässigkeit der übergemeindlichen Wirkung von Maßnahmen zur Sicherung oder Entwicklung der besonderen Gemeindefunktionen in Gemeinden ohne zentralörtlichen Status ist für Grundzentren eine Sicherung und Entwicklung dieser Funktionen mit einem mindestens teilregionalem Wirkungsbereich herleitbar.

In der Region erfolgt mehrheitlich die Ausweisung der besonderen Gemeindefunktionen Gewerbe, grenzübergreifende Kooperation und Tourismus. Besondere Gemeindefunktionen werden ausschließlich (bis auf die Gemeinde Neumark) im ländlichen Raum ausgewiesen. Entsprechend LEP 2003 Z 2.5.11 sollen im ländlichen Raum die gewerbliche Wirtschaft und der Tourismus als wichtige Wirt-

schaftsfaktoren erhalten und gestärkt werden. Zudem gehört ein Großteil des ländlichen Raumes der Region zu den Räumen mit besonderem landesplanerischen Handlungsbedarf nach LEP 2003 Kapitel 3.3, in dem Entwicklungsaktivitäten vorrangig auf den Abbau von strukturellen Defiziten zu richten sind. Mit den Ausweisungen der besonderen Gemeindefunktionen wird deshalb den landesplanerischen Erfordernissen in besonderem Maße entsprochen.

Tabelle 3
Besondere Gemeindefunktionen

Hinweis: Grundzentren entsprechend Regionalplan, Z 1.2.1 sind fett geschrieben, Städte in Großbuchstaben.

Soweit nicht anders ausgewiesen alle Angaben lt. Statistischem Landesamt des Freistaates Sachsen.

Gebietsstand: 01.01.2008; Einwohner und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Stand: 31.12.2006

Anzahl der Übernachtungen für das Jahr 2006, Berechnung der Übernachtungen pro Gästebett Stand 07/2006

Anzahl der Ein (EP)- und Auspendler (AP) Stand 30.06.2006

Gemeinde	Besondere Gemeindefunktionen (bGF), Begründung
Breitenbrunn/Erzgeb.	
<u>Bildung</u>	Bildungseinrichtungen mit regionaler und landesweiter Bedeutung [Staatliche Studienakademie Breitenbrunn (BA); Erzgebirgskolleg Breitenbrunn; Sportpark Rabenberg (u.a. mit Landesschwimmmeisterschule)]
<u>Tourismus</u>	145 Übernachtungen pro Gästebett und 89.658 Übernachtungen pro Jahr, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Tourismus“)
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Gebiet, touristisch bedeutsame grenzüberschreitende Wanderwege (Breitenbrunn/Himmelswiese - Potůčky Milov, OT Rittersgrün Kaffenbergweg bzw. Zollstraße – Český mlýn, OT Tellerhäuser – Hubertky), grenzübergreifende Kooperation und Realisierung regional bedeutsamer grenzübergreifender Projekte im Rahmen der Zusammenarbeit des Aktionsraumes Zentrales Erzgebirges mit der Mikroregion „Centrální Krušnohoří“ sowie darüber hinaus [z. B. Aktivitäten zu Erhaltung, Pflege, Ausbau des grenzübergreifenden Loipensystems „Krusné Hory“; gemeinsames Infrastrukturprojekt mit Potůčky (Trinkwasserversorgung)]
<u>Gesundheit/Soziales</u>	Kliniken Erlabrunn GmbH, Krankenhaus der Regelversorgung mit 8 Fachabteilungen (Kliniken), 430 Klinikplanbetten; ca. 560 Vollbeschäftigte, größter regionaler Arbeitgeber, mehr als 45 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im Bereich Gesundheit und Sozialwesen tätig
EIBENSTOCK	
<u>Tourismus</u>	Gemeindeteile Carlsfeld und Wildenthal staatlich anerkannte Erholungsorte, 157 Übernachtungen pro Gästebett und 96.253 Übernachtungen pro Jahr, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Tourismus“)
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Gebiet, touristisch bedeutsamer grenzüberschreitender Wanderweg (Wildenthal - Jelení), Aktivitäten zu Erhaltung, Pflege, Ausbau des grenzübergreifenden Loipensystems „Krusné Hory“
JOHANNGEORGENSTADT	
<u>Tourismus</u>	69 Übernachtungen pro Gästebett und 40.780 Übernachtungen pro Jahr, 52.764 Übernachtungen (Angabe Stadt Johanngeorgenstadt) insgesamt im Jahr 2006, staatlich anerkannter Erholungsort, traditioneller Wintersportort (u. a. Ausgangspunkt Kammloipe Erzgebirge/Vogtland, Lift) aber auch Sommertouristik, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Tourismus“),
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Gebiet, regional bedeutsame Schienen- und Straßenverbindung in die Tschechische Republik, Schienenverbindung Bestandteil des grenzübergreifenden Nahverkehrssystems EgoNet, weiterer touristisch bedeutsamer grenzüberschreitender Wanderweg [Henneberg(Oberjügel)-Hřebečná(Korce)], grenzübergreifende Kooperation und Realisierung regional bedeutsamer grenzübergreifender Projekte im Rahmen der Zusammenarbeit des Aktionsraumes Zentrales Erzgebirges mit den Mikroregionen „Centrální Krušnohoří“ und „Bystrice“ sowie darüber hinaus [gemeinsame Infrastrukturprojekte mit Potůčky (u. a. gemeinsame Abwasserentsorgung), Partnerstadt Nejedek, Aktivitäten zu Erhaltung, Pflege, Ausbau des grenzübergreifenden Loipensystems „Krusné Hory“]

Gemeinde	Besondere Gemeindefunktionen (bGF), Begründung
Bad Brambach	
<u>Tourismus</u>	staatlich anerkannter Kurort, Mineralheilbad, Neuprädikatisierung erfolgt, Sächsisches Staatsbad, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Tourismus“)
<u>Verkehr</u>	Knotenpunkt Verkehrsträger Schiene sowie Bundes-/Europastraße B92/E49 mit Transifunktion für Personen- und Güterverkehr sowie entsprechender Infrastruktur
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Gebiet, überregional bedeutsame Schienen- und Straßenverbindung in die Tschechische Republik, Schienenverbindung Bestandteil des grenzübergreifenden Nahverkehrssystems EgroNet; weiterer touristisch bedeutsamer grenzüberschreitender Wanderweg [Bad Brambach - Plesná (Ausbau als Straßenverbindung geplant) bzw. Horní Paseky], Mitglied in der grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaft der Kurorte im Dreiländereck Kurherz Europa
Bad Elster	
<u>Tourismus</u>	staatlich anerkannter Kurort, Mineral- und Moorheilbad, Neuprädikatisierung erfolgt, Sächsisches Staatsbad, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Tourismus“)
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Gebiet, touristisch bedeutsame Straßenverbindungen im Stadtgebiet (Bad Elster – Dubrava; Bärenloh – Hranice), Mitglied in der grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaft der Kurorte im Dreiländereck Kurherz Europa
<u>Gesundheit/Soziales</u>	zahlreiche, überregional bedeutsame Einrichtungen und (Fach)Kliniken der Gesundheitsvorsorge und des Sozialwesens, einschließlich entsprechender fachbezogener Ausbildungsstätten, fast 60% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort im Bereich Gesundheit und Sozialwesen tätig
Eichigt	
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Raum, regional bedeutsame grenzüberschreitende Straßenverbindung (Ebmath- Hranice) in die Tschechische Republik; Planung und Realisierung regional bedeutsamer grenzübergreifender Projekte (Grünes Band Europa e.V mit Binationalem Öko-Tourismus-Zentrum Vogtland)
Erlbach	
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Raum, touristisch bedeutsamer grenzüberschreitender Wanderweg im Gemeindegebiet (Wernitzgrün – Luby) (lt. Konzeption zusätzlicher Straßenverbindungen zum Grenzübergang mit Priorität 1 auszubauen), weiterer touristisch bedeutsamer grenzüberschreitender Wanderweg (Erlbach – Vysoký kámen) geplant
Heinsdorfergrund	
<u>Gewerbe</u>	407 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1.000 Einwohner, ausgeprägte Arbeitsplatzzentralität als Einpendlergemeinde mit positivem Pendlersaldo (789 EP, 707 AP), industriell-gewerbliche Funktion dominant für wirtschaftlichen und sozialen Charakter der Gemeinde mit übergemeindlicher raumstruktureller Wirkung (Regionaler Vorsorgestandort für Industrie und Gewerbe), 45,7 % der am Arbeitsort Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe
KLINGENTHAL	
<u>Bildung</u>	spezialisierte Ausbildung an der gymnasialen Außenstelle Klingenthal des Gymnasiums Oelsnitz, großer Einzugsbereich, Entwicklung Schulkomplex „Am Amtsberg“ zur sportbetonten Ganztagschule (Grundschule, Gymnasium, Dreifelderturnhalle), Prädikatisierung des Deutschen Sportbundes als „Eliteschule Sport“ i.Z.m. Landesleistungszentrum Sport und dem deutsch-tschechischem Zentrum für Wintersport i.V.m. der Vogtlandarena
<u>Tourismus</u>	110 Übernachtungen pro Gästebett und 51.876 Übernachtungen pro Jahr, weitere 37.000 Übernachtungen in nicht durch die amtliche Statistik erfassten Beherbergungseinrichtungen (Angabe Stadt Klingenthal), staatlich anerkannter Erholungsort, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Tourismus“), hoher Anteil Tagestouristen sowohl Wintersport als auch Sommertouristik, i. Z. m. der Vogtlandarena weitere erhebliche Steigerung (Besucherkapazität/Veranstaltung 20.000 – 25.000) zu erwarten

Gemeinde	Besondere Gemeindefunktionen (bGF), Begründung
KLINGENTHAL	
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Raum, regional bedeutsame Schienen- und Straßenverbindung (Klingenthal – Kraslice bzw. Aschberg- Bublava), Schienenverbindung Bestandteil Egro-Net; Schnittstelle; Städtepartnerschaft mit Kraslice, Rahmenkooperationsvereinbarung der Partnerstädte; Planung und Realisierung von deutsch-tschechischen Gemeinschaftsprojekten (u.a. deutsch-tschechisches Zentrum für Wintersport)
<u>Sport</u>	traditionelles Wintersportzentrum und Landesleistungszentrum (Skilanglauf, Spezialspringen, Nordische Kombination) für die Nachwuchsausbildung, Austragungsort regional, überregional und international bedeutsamer Wettkämpfe insb. in den nordischen Disziplinen (z. B. A - Weltcup) sowie i. V. m. der VogtlandArena auch (wieder) im Skispringen, überregionale raumstrukturelle Wirkung im Kontext mit der Bildungs- und Tourismusfunktion sowie den Potenzialen der grenzübergreifenden Kooperation
LENGENFELD	
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Raum, Planung und Realisierung regional bedeutsamer grenzübergreifender Projekte (u.a. Verfahrensentwicklung und Nutzung nachwachsender Rohstoffe, Wissenstransfer, Zusammenarbeit Naturfaserproduzenten und -verarbeitern)
<u>Tourismus</u>	67 Übernachtungen pro Gästebett und 17.467 Übernachtungen pro Jahr, herausgehobene Funktion für Tagestourismus/Ausflugsverkehr (Freizeitpark Plohn ca. 180-200.000 Tagesbesucher jährlich, weiterer Ausbau beabsichtigt, gegenwärtig schon einer der besucherstärksten Einrichtungen in der Region), Camping (GT Irfersgrün), traditionelle Reitsportveranstaltungen
MARKNEUKIRCHEN	
<u>Bildung</u>	FH für Instrumentenbau/Teil der Westsächsischen Hochschule Zwickau
<u>grenzübergreifende Kooperation</u>	Lage im grenznahen Raum, Planung und Realisierung regional bedeutsamer grenzübergreifender Projekte (u.a. deutsch- tschechisches Bildungs- und Begegnungszentrum)
Morgenröthe- Rautenkranz	
<u>Tourismus</u>	81 Übernachtungen pro Gästebett und 5.919 Übernachtungen pro Jahr, staatlich anerkannter Erholungsort, Neuprädikatisierung erfolgt, Lage im touristischen Bestandsgebiete (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Tourismus“), Dominanz der Tourismusfunktion in Wirtschafts- und Sozialstruktur der Gemeinde, überregionale Wirksamkeit [Deutsche Raumfahrtausstellung, Erweiterung für 1,7 Mio. EUR, eröffnet im März 2007, jährliche Besucherzahlen von 80- 100.000, themenbezogene Events], traditionelle Bedeutung für Wintersport und Sommertouristik
Neumark	
<u>Gewerbe</u>	478 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1.000 Einwohner, ausgeprägte Arbeitsplatzzentralität als Einpendlergemeinde mit hohem positivem Pendler-saldo (1.331 EP, 922 AP), industriell-gewerbliche Funktion dominant, 43,5 % der am Arbeitsort Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe
<u>Verkehr</u>	regional bzw. überregional bedeutsamer Standort von Logistikgewerbe (Betriebshof Vogtlandbahn, regionales Paketverteilzentrum Deutsche Post), Lagegunst (Sachsenmagistrale) zukünftig mit Bau OU Reichenbach (siehe Regionalplan Z 3.1.2.3) sowie Weiterführung Westtrasse noch verbessert
Pöhl	
<u>Tourismus</u>	51 Übernachtungen pro Gästebett und 7.810 Übernachtungen pro Jahr, 30.000 Übernachtungen jährlich auf Zeltplatz Gunzenberg, 1.500 Parzellen Jahrescamping (ca. 190.000 Übernachtungen); Gemeindeteile Bartmühle, Jocketa, Neudörfel staatlich anerkannte Erholungsorte, Neuprädikatisierung erfolgt, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Kap. 1.8 Regionalplan bzw. Karte 4), Dominanz der Tourismusfunktion sowie überregionale Wirksamkeit durch Tagestourismus/Ausflugsverkehr im Bereich der Tal-sperre Pöhl (Vogtländische Schweiz); 55.000 Passagiere Weiße Flotte; zunehmende Bedeutung der Tourismusfunktion durch weiteren Ausbau der touristischen Infrastruktur (z. B. Kletterwald, gegenwärtig ca. 20.000 Gäste jährlich)

Gemeinde	Besondere Gemeindefunktionen (bGF), Begründung
SCHÖNECK/VOGTL.	
<u>Tourismus</u>	183 Übernachtungen pro Gästebett und 231.630 Übernachtungen pro Jahr, Gemein- deteile Schöneck/Vogtl., Eschenbach, Kottenheide staatlich anerkannte Erholungsorte, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Touris- mus“), hoher Anteil Tagestouristen (u.a. Endpunkt Kammloipe Erzgebirge/Vogtland, Ganzjahresbad); weiterer Ausbau der touristischen Infrastruktur in der Winter- und Sommertouristik (Skischaukel eröffnet Dezember 2006, Kletterwald eröffnet 2006, ge- plant Bärenpark); Anerkennung als Kneipp-Kurort angestrebt
Steinberg	
<u>Gewerbe</u>	439 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1.000 Einwohner, ausgeprägte Arbeitsplatzzentralität als Einpendlergemeinde mit hohem positivem Pendlersaldo (909 EP, 720 AP), industriell-gewerbliche Funktion dominant, 65,4 % der am Arbeitsort Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe
KIRCHBERG	
<u>Bildung</u>	Christoph-Graupner-Gymnasium, vertiefte Ausbildung [sprachliches Profil (bilinguale Ausbildung, Angebote zum Erwerb bzw. Vorbereitung internationaler Sprachdiplome u.a. in Englisch, Französisch, Latein, Russisch und Spanisch), einzige Schule mit dieser Spezialisierung im Bereich der Regionalstelle Zwickau der Sächsischen Bildungsagen- tur], großer Einzugsbereich (620 Schüler); zweizügige Mittelschule Dr. Theodor Neubau- er
Langenbernsdorf	
<u>Tourismus</u>	67 Übernachtungen pro Gästebett und 12.923 Übernachtungen pro Jahr, Dominanz der Tourismusfunktion, Lage im touristischen Bestandsgebiet (Regionalplan Kapitel 1.8 bzw. Karte 4 „Tourismus“); mehrfache Prädikatisierung bei Dorfwettbewerben auf Bun- des-, Landes- und Kreisebene; überregionale Wirksamkeit durch Tagestouris- mus/Ausflugsverkehr sowie Bungalow/Camping/Caravan im Bereich der Koberbach- talsperre (u.a. 40.000 Besucher Strandbad, 16.000 Besucher Bootsverleih) i. V. m. dem Deutschen Landwirtschaftsmuseum in Blankenhain, zunehmende Bedeutung durch weiteren Ausbau der touristischen Infrastruktur in diesem Raum
WILKAU- HABLAU	
<u>Bildung</u>	MS Pestalozzi, langfristig vorgesehen als Stützpunktschule zur Integration Körperbehin- derter; Gymnasium „Am Sandberg“, größtes Gymnasium des Landkreises Zwickauer Land, natur- und gesellschaftswissenschaftliches Profil; sportbetonte Klassen; BSZ für Ernährung und Hauswirtschaft, fünf Bezirksfachklassen

zu 1.4 Schwerpunktbereiche für Siedlungsentwicklungen

zu Z 1.4.1

Der LEP 2003 enthält in G 5.1.1 den optionalen Auftrag zur flächenhaften Ausweisung von Schwerpunktbereichen für Siedlungsentwicklungen. Danach soll die Flächenausweisung der Schwerpunktbereiche für Siedlungsentwicklungen Industrie und Gewerbe eine Mindestgröße von ca. 25 ha nicht unterschreiten und die Ausformung der Standorte soll im Rahmen der Bauleitplanung nach konkretem Bedarf sowie unter Einbeziehung des Regionalen Planungsverbandes erfolgen.

Schwerpunktbereiche für Siedlungsentwicklungen werden in der Region Südwestsachsen als regional und überregional bedeutsame Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe ausgewiesen. Die regionalplanerische Flächensicherung und –freihaltung der Reservestandorte ist mit den städtebaulichen Ordnungs- und Entwicklungserfordernissen sowie mit den regionalplanerischen und landesplanerischen Rahmensetzungen vereinbar, da hier langfristig raumstrukturell besonders geeignete Flächen für regional und überregional bedeutsame Investitionen der industriell-gewerblichen und produzierenden Wirtschaft raumordnerisch gesichert werden. Mit dieser qualitativ und quantitativ hochwertigen Industrieflächenvorsorge soll die Region im überregionalen Wettbewerb um großflächige, arbeitsplatzintensive Industrieansiedlungen nachhaltig gestärkt werden. Die Flächensicherung dient der Deckung des mittel- und langfristigen Bedarfs an Arbeitsplätzen in der Industrie und im produzierenden Gewerbe sowie dem Schutz vor der Inanspruchnahme von funktionswidrigen Nutzungen.

Aus den Kriterien zur Ausweisung der Regionalen Vorsorgestandorte sowie weiterer bestehender Restriktionen (z. B. unmittelbarer Nachbarschaftsschutz) sind (innerstädtische) Brachen für eine Ausweisung als Regionale Vorsorgestandorte nicht oder nur sehr eingeschränkt geeignet. Eine im Sommer 2003 bei den Landkreisen und Kreisfreien Städten der Planungsregion durchgeführte Bestandserhebung der vorhandenen Brachenstandorte sowie der genehmigten und realisierten Gewerbe- und Industriegebiete hat ergeben, dass Standorte bzw. (Rest)Flächen, die den Standortanforderungen an Regionale Vorsorgestandorte genügen, in den befragten Gebietskörperschaften nicht verfügbar sind. Das im LEP 2003 zur Widernutzung von brachliegenden und brachfallenden Bauflächen formulierte Ziel (LEP 2003 Z 5.1.5) greift somit bei der Ausweisung von Regionalen Vorsorgestandorten nicht. Die in der Planungsregion vorhandenen (innerstädtischen) Brachen bzw. Flächen in Industrie- und Gewerbegebieten stellen aufgrund ihrer Flächengröße und Lage vielmehr ein ausschließliches Entwicklungspotenzial für die industriell-gewerbliche Eigenentwicklung der Kommunen im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit dar.

Die Notwendigkeit eines Schienenanschlusses als Voraussetzung für die Ausweisung eines Regionalen Vorsorgestandortes ist auf der Basis der aktuellen Standortnachfragen in der Planungsregion gegenwärtig nicht nachweisbar. Eine Änderung in der Bewertung des Standortfaktors „Schienenanschluss“ durch potenzielle Investoren ist abhängig von einer grundlegenden Attraktivitätssteigerung des Verkehrsträgers Schiene insbesondere im Bereich des Schienengüterverkehrs und liegt außerhalb des Verantwortungsbereiches des Regionalen Planungsverbandes. Trotz der gegenwärtig geringen Nachfrage ist auf Grund der Lage der Standorte „B 282 TG Kauschwitz/TG Syrau“, „Siebenhitz“ sowie „Auerbach-West“ ein Gleisanschluss bei Bedarf realisierbar (s. Tabelle 4/Bemerkungen).

Die folgenden Kriterien für die Ausweisung der Regionalen Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe wurden zu Grunde gelegt:

- eine Flächengröße von mindestens 20 ha,
- die Anbindung an überregionale und regionale Verkehrsinfrastruktur (Bundesautobahn sowie Bundes- und Staatsstraßen),
- die Lage in bzw. in unmittelbarer Nähe zu Ober- bzw. Mittelzentren,
- geringe bzw. lösbare Nutzungsrestriktionen,
- eine geringe Hangneigung und
- die zeitnahe Verfügbarkeit bei bestehendem Bedarf.

Im Rahmen der flächenhaften Standortprüfung und -auswahl unter Beachtung der raumstrukturellen Anforderungen war abzuklären, welche Bereiche unter Berücksichtigung und Abwägung der regionalplanerischen insbesondere freiraumbezogenen Ausweisungen sowie nachrichtlich bekannter Sachverhalte für eine Ausweisung als Regionale Vorsorgestandorte in Frage kommen. Die Auswahl der

Regionalen Vorsorgestandorte für die Teilräume Zwickau und Aue- Schwarzenberg erfolgte auf der Grundlage des durch die WIREG Chemnitz-Zwickau in Auftrag gegebene und mit den Regionalen Planungsverbänden eng abgestimmte „Marktorientierte Gewerbeflächenkonzept“ (erstellt 2001). Die raumordnerisch zu berücksichtigenden Kriterien waren bei den für die Auswahl der Standorte zu Grunde gelegten Bewertungsmaßstäben beinhaltet. Für potenziell geeignete Standorte wurden im Rahmen von vertiefenden Untersuchungen Flächenpässe erstellt. Die im Ergebnis dieser Analyse ermittelten Gewerbeflächenpotentiale, die den Anforderungen eines Regionalen Vorsorgestandortes entsprachen, wurden als Regionale Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe in den Regionalplan übernommen. Unter Berücksichtigung der raumordnerischen Kriterien und in enger Abstimmung mit dem Landratsamt des Vogtlandkreises und der Stadt Plauen erfolgte im Jahr 2002 im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplanes zu Kapitel 4.1 ebenfalls eine Prüfung von potenziell geeigneten Standorten.

In der Ersten Teilfortschreibung des Regionalplanes 2002, Kap. 4.1 in Kraft getreten am 16.08.07 wurden die Regionalen Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe noch als Symbol ausgewiesen, jedoch als Grundlage dienten bereits die jetzt im Regionalplan dargestellten Flächen. Damit basiert die aus dem LEP 2003 geforderte flächenhafte Ausweisung auf der genehmigten Teilfortschreibung und ein zusätzlicher standortbezogener regionalplanerischer Begründungsbedarf ist deshalb nicht erforderlich.

Der in der Ersten Teilfortschreibung des Regionalplanes 2002, in Kraft getreten am 16.08.07 nicht genehmigte Standort Crossen-Wulm wurde erneut aufgenommen. Der Regionale Planungsverband hat mit Schreiben vom 17.12.04 bereits darauf hingewiesen, dass dieser Standort bei der Fortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen wider aufgenommen wird. Das Festhalten an der Ausweisung begründet sich auf den Aussagen der zuständigen Fachbehörden. Danach ist auch unter dem Gesichtspunkt der Hochwassergefährdung eine Realisierung des Standortes, ggf. unter Auflagen, möglich (s. auch Begründung zu Z 1.4.2/letzter Absatz). Der Standort ist außerdem im „Marktorientierten Gewerbeflächenkonzept“ der WIREG Chemnitz-Zwickau enthalten.

Somit werden als Regionale Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe in der Karte 1 „Raumnutzung“ die in der nachfolgenden Tabelle genannten Standorte ausgewiesen. Bezüglich ihrer potenziellen Größe erfolgt eine Einteilung in drei Größenklassen [I (bis 40 ha), II (bis 75 ha), III (über 75 ha)].

Tabelle 4
Regionale Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe

Stadt/ Gemeinde	Standort	Standort- Bezeichnung	Größen- klasse	Bemerkungen
Plauen/ Syrâu	„B 282 TG Kauschwitz/ TG Syrâu“	V 15	III	Planungsvorbereitung für TG Kauschwitz; Bahnanschluss möglich
Plauen	„Oberlosa“	V 9	III	ca. 36 ha in Realisierung (TG 2a) Standort in Planungsvorbereitung
Oelsnitz/Vogtl.	„Moritzbach“	V 17	I	
Oelsnitz/Vogtl.	„Taltitz“	V 16	I	Standort in Planungsvorbereitung
Neuensalz	„B 169 – Neuensalz/ Plauen“	V 12	I	
Treuen	„Goldene Höhe TG IV“	V 10	II	ca. 43 ha genehmigt, ca. 24 ha realisiert und ca. 20 ha in Erschließungsvorbereitung
Treuen	„Goldene Höhe TG III“	V 11	I	Standort genehmigt

Stadt/ Gemeinde	Standort	Standort- Bezeich- nung	Größen- klasse	Bemerkungen
Reichenbach im Vogtland/ Heinsdorfergrund/ Lengenfeld	„AST Reichenbach im Vogtland A72 einschließlich TG Schönbrunn“	V 18/V 7 V 8	III	Standort „AST Reichenbach im Vogtland A 72“ genehmigt (TG I und TG II) ca. 45 ha realisiert
Auerbach/Vogtl.	„Auerbach-West“	V 13	III	Bahnanschluss möglich
Falkenstein/Vogtl.	„Siebenhitz“	V 14	I	nach Aktivierung Bahnanschluss möglich
Zwickau	„Zwickau-Nord“	V 2	III	
Zwickau	„Crossen-Wulm“	V 1	II	
Werdau/Fraureuth	„Werdau-Süd“	V 3	III	ca. 20 ha genehmigt und 10 ha erschlossen
Reinsdorf	„AST Zwickau-Ost A 72“	V 4	II	Standort durch kommunale Straße geteilt
Hartenstein	„AST Hartenstein A 72“	V 5	III	Standort durch S 255 geteilt
Aue	„Alberoda“	V 6	I	Planungsvorbereitung ca. 5 ha

(Hinweis: Die Spalte „Bemerkungen“ enthält aktuelle Daten bzw. Angaben der Landkreise und kreisfreien Städte bzw. sind den Bebauleitplänen entnommen.)

Im Hinblick auf die bereits begonnene Standortvermarktung durch die Gebietskörperschaften, hier insbesondere durch die Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau, die Stadt Plauen und den Vogtlandkreis rückt die Planungsregion zunehmend in das Interesse potenzieller Großinvestoren auch aus dem Bereich der Automobilzulieferindustrie. Durch die strategisch günstige Lage der ausgewiesenen Regionalen Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe mit überregionaler Verkehrsanbindung über die BAB A 72 bzw. die regionale Verkehrsanbindung über das Bundesstraßennetz (teilweise in Kombination mit der A 72) konnte am Standort „Goldene Höhe TG IV“ sowie am Standort „AST Reichenbach im Vogtland A72“ bereits regional und überregional wirksame Industrie und produzierendes Gewerbe angesiedelt werden. Weitere industriell-gewerbliche Ansiedlungen in den genehmigten Regionalen Vorsorgestandorten, z. B. in einem Teilbereich des Standortes „Oberlosa“ und im Gebiet „Goldene Höhe TG III“ werden vorbereitet. Unterstützt werden die regionalen Aktivitäten zur Vermarktung auch noch nicht bauplanungsrechtlich genehmigter Regionaler Vorsorgestandorte der Region Südwestsachsen durch die Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (siehe Internetportal www.wfs.sachsen.de/).

zu Z 1.4.2

Bei ausgewählten Regionalen Vorsorgestandorten besteht auf Grund ihrer Lage und ihrer Wechselbeziehungen zueinander die Notwendigkeit, die planungsseitige Vorbereitung dieser Standorte ausschließlich ergänzend durch Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, z. B. durch die Bildung von Planungsverbänden, kommunalen Zweckverbänden oder Zweckvereinbarungen bzw. Arbeitsgemeinschaften durchzuführen. Die kommunale Planungshoheit der Kommunen im Rahmen der Eigenentwicklung wird dadurch nicht eingeschränkt.

Im Bereich der Autobahnanschlussstellen Plauen-Süd BAB A 72/B 92 und Pirk BAB A 72 sind die Regionalen Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe Plauen „Oberlosa“, Oelsnitz/Vogtl. „Moritzbach“ und Oelsnitz/Vogtl. „Taltitz“ ausgewiesen. Die räumliche Nähe der drei genannten Standorte erfordert besondere regionalplanerische Rahmensetzungen für deren Planung und Realisierung. Um eine an die regionalplanerischen Ordnungs- und Entwicklungserfordernisse angepasste industriell-gewerbliche Entwicklung im Bereich der Autobahnanschlussstellen zu gewährleisten, ist im Hinblick auf eine geordnete und abgestimmte Siedlungsflächenentwicklung sowohl im Inte-

resse der Städte Plauen und Oelsnitz/Vogtl. selbst als auch im Interesse des Vogtlandes insgesamt eine über die formelle nachbarschaftliche Abstimmung hinausgehende interkommunale Zusammenarbeit zwischen dem Oberzentrum Plauen und dem Mittelzentrum Oelsnitz/Vogtl. erforderlich. Die am 31.05./01.06.05 unterzeichnete Erklärung zur interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der Kreisfreien Stadt Plauen und der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. bildet dabei die Grundlage für ein gemeinsames Handeln. Darüber hinaus sich ggf. im weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess ergebende Erfordernisse sind unter Beachtung der Anforderungen an eine geordnete und nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen.

Aufgrund ihrer Lagebeziehungen ergibt sich auch für die Standorte „B 282 – TG Kauschwitz/TG Syrau“, „B 169 – Neuensalz/Plauen“ und „AST Reichenbach im Vogtland A 72“ einschließlich des TG Schönbrunn das Erfordernis eines abgestimmten Vorgehens bei der Vorbereitung und Realisierung dieser Standorte. Die Notwendigkeit einer interkommunalen Kooperation zwischen den territorial betroffenen Städten und Gemeinden wird deshalb ebenfalls regionalplanerisch festgeschrieben. Die Stadt Lengenfeld hat auf Grund der Ausweisung des Teilbereiches Schönbrunn am Standort „AST Reichenbach im Vogtland A 72“ einen Antrag auf Beitritt in den zwischen den Kommunen Reichenbach im Vogtland und Heinsdorfergrund bereits bestehenden und aktiv arbeitenden Planungszweckverband „Industrie- und Gewerbegebiet Autobahnanschlussstelle Reichenbach im Vogtland“ am 28.03.2002 gestellt. Dieser Beitritt ist zwingend vor Erstellung einer verbindlichen Planung zur Inanspruchnahme der Fläche zu vollziehen.

Bei einer Realisierung des Regionalen Vorsorgestandortes „AST Hartenstein A 72“ ist auf eine interkommunale Kooperation zwischen der Stadt Hartenstein und dem mittelzentralen Städteverbund Aue-Lauter-Lößnitz-Bad Schlema-Schneeberg-Schwarzenberg hinzuwirken. Die Notwendigkeit der abgestimmten Vorbereitung und Realisierung des Standortes ergibt sich aus der räumlichen Nähe zum ausgewiesenen Regionalen Vorsorgestandort Aue „Alberoda“. Da neben diesem Standort aufgrund der ungünstigen topographischen Bedingungen im Landkreis Aue-Schwarzenberg kein weiterer Regionaler Vorsorgestandort ausgewiesen werden konnte, stellt der Standort „AST Hartenstein A 72“ eine wichtige Ergänzung des Flächenangebotes für regional und überregional bedeutsame Investitionen der industriell-gewerblichen Wirtschaft im Westerzgebirge dar. Die Notwendigkeit der Einbeziehung der Stadt Oelsnitz/Erzgeb. in die interkommunale Kooperation ergibt sich aus der regionsgrenzüberschreitenden Lage des Regionalen Vorsorgestandortes.

Der Regionale Vorsorgestandort Zwickau „Crossen-Wulm“ liegt im Auenbereich der Zwickauer Mulde und befindet sich somit nach Aussage des Hochwasserschutzkonzeptes (HWSK) Zwickauer Mulde in einem hochwassergefährdeten Bereich innerhalb eines HQ₁₀₀. Auf der Grundlage der HWSK Zwickauer Mulde können jedoch Maßnahmen benannt werden, mit deren Realisierung eine definierte Hochwassersicherheit (Bemessungsabfluss von HQ₁₀₀) hergestellt werden kann. Als Maßnahmen sind dafür der Rückbau des Betriebsgeländes Wismut und der Halde Wismut zur Vergrößerung des Retentionsraumes sowie ein Deichrückbau rechtsseitig der Mulde und die Rückverlegung der Deichlinie (Erhöhung und Verstärkung des vorhandenen Deiches) umzusetzen (s. a. Kap. 2.2.2). Der Standort ist nach Einschätzung der zuständigen Fachbehörde (Regierungspräsidium Chemnitz, Abteilung Umwelt, Außenstelle Plauen) nach Realisierung der technischen Maßnahmen zum Hochwasserschutz und unter entsprechenden Auflagen (Restriktionen bzgl. wassergefährdender Stoffe, bautechnische Mehranforderungen, u. a.) aus wasserwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich für die Ansiedlung eines überregional bedeutsamen Industrieunternehmens geeignet. Aufgrund der Dringlichkeit ist dabei von einer zeitnahen Realisierung der Maßnahmen zum Hochwasserschutz auszugehen.

zu Z 1.4.3 und Z 1.4.4

Regionale Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe sind nachrichtlich in die Flächennutzungspläne zu übernehmen (Planzeichnung und Erläuterungsbericht). Zur Sicherung einer geordneten Flächeninanspruchnahme der ausgewiesenen Regionalen Vorsorgestandorte werden verbindliche Vorgaben und Bedingungen zu ihrer Nutzung festgelegt. Die Plansätze enthalten eindeutige Regelungen und Handlungsanweisungen zur planerischen Umsetzung der Regionalen Vorsorgestandorte im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung (Anpassungsgebot nach § 1 (4) BauGB); d. h.:

- Die Nutzung der Vorsorgestandorte soll ausschließlich den regional und überregional bedeutsamen Investitionen der Industrie und des produzierenden Gewerbes vorbehalten sein.
- Die Ansiedlung von produzierenden Industrie- und Gewerbebetrieben einschließlich erforderlicher Zulieferindustrie und -betriebe mit einer möglichst hohen Arbeitsplatzkonzentration ist vorrangig anzustreben.
- Einzelhandel jeglicher Art und Größe ist grundsätzlich auszuschließen.
- Photovoltaik- Freiflächenanlagen sind grundsätzlich auszuschließen.
- Zur Sicherung des regionalplanerischen Ausweisungsgebotes sind in Anlehnung an die §§ 8 und 9 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) auszuschließende Nutzungen zu übernehmen.
- Auf die Festlegung von Baugrenzen ist soweit wie möglich zu verzichten.
- Eine kleinteilige Parzellierung sowie der parzellierte Verbrauch für Kleingewerbeansprüche ist auszuschließen.
- Der Anschluss der Standorte an den ÖPNV soll sichergestellt werden.

zu 1.5 Achsen

Im LEP 2003 wird das punktaxiale System der Zentralen Orte und Achsen als Leitvorstellung für die angestrebte räumliche Entwicklung des Freistaates Sachsen sowie für den räumlichen Leistungsaustausch innerhalb und zwischen den Teilräumen des Landes zugrunde gelegt. Zentrale Orte und Achsen bilden in diesem System einen Netzzusammenhang, der als Grundgerüst der dezentralen Siedlungsstruktur gestärkt und weiterentwickelt werden soll. Im Regionalplan sollen dazu unter Beachtung der durch den LEP 2003 vorgegebenen überregionalen Verbindungsachsen Regionale Verbindungs- und Entwicklungsachsen ausgewiesen werden (LEP 2003 Z 2.6.2 i. V. m. Karte 1 „Raumstruktur“).

Aufgrund der ausgeprägten polyzentrischen Siedlungsstruktur und der besonderen topographischen Situation in der Region Südwestsachsen ist das Regionale Achsenkonzept durch eine relativ hohe Dichte gekennzeichnet und weicht insofern von der „klassischen“ Ausprägung in monozentrisch strukturierten und/oder topographisch wenig gegliederten Räumen ab. Die Ausweisung der Regionalen Achsen orientiert sich am System der im LEP 2003 bestimmten höherrangigen Zentralen Orte sowie an der Notwendigkeit, die Teilräume der Region an das großräumige Achsensystem des Freistaates anzubinden und dabei auch grenzüberschreitenden Aspekten hinreichend Rechnung zu tragen. Dadurch soll die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen im Landesmaßstab langfristig gewährleistet und Wettbewerbsnachteile gegenüber benachbarten Regionen ausgeglichen bzw. abgebaut werden. Die überdurchschnittliche Dichte des Netzes der Regionalen Achsen resultiert zum einen aus der Zahl der mittelzentralen Funktionszuweisungen des LEP 2003, die wiederum im Zusammenhang mit der polyzentrischen Siedlungsstruktur der Region steht. Sie ergibt sich zum anderen auch aus der Reliefgliederung, die dazu führt, dass Schienen- und Straßentrassen als tragende Achsenelemente häufig getrennt von einander verlaufen und mögliche Bündelungseffekte nur eingeschränkt zum Tragen kommen können.

Gemäß LEP 2003 soll bei der Ausweisung der regionalen Achsen durch die Regionalplanung die Anbindung der Mittelzentren an die sächsischen Oberzentren bzw. an Oberzentren benachbarter Bundesländer und Staaten und die Anbindung geeigneter Grundzentren an die Ober- und Mittelzentren der Planungsregion herangezogen werden. Tragende Elemente des Regionalen Achsenkonzepts sind in der Regel die vorhandenen, ggf. auch die aus- bzw. neuzubauenden regionalbedeutsamen Schienen- und Straßenverbindungen. Zu den zentralen Funktionen der Regionalen Achsen zählen neben der Verbesserung der Erreichbarkeit auch eine Bündelung der Infrastruktur im Achsenverlauf, die Sicherung der Siedlungsentwicklung und der Freiraumschutz in den Achsenzwischenräumen.

Im Regionalen Achsenkonzept des Regionalplanes Südwestsachsen erfolgt eine Unterscheidung zwischen Regionalen Entwicklungs- und Verbindungsachsen und Regionalen Verbindungsachsen (s. Karte 3 „Raumstruktur“ i. V. m. Kapitel 1.5 Begriff).

Im Hinblick auf die Sensibilität der Naturräume, die vorhandenen Schutzgebiete und die Erhaltung des Erholungswertes der Landschaft im mittleren und im oberen Vogtland sowie im oberen Westerzgebirge werden hier überwiegend Achsen mit Verbindungsfunktion ausgewiesen. Der Verkehr soll im Bereich dieser Regionalen Verbindungsachsen gebündelt und die Siedlungstätigkeit weitestgehend auf die Zentralen Orte im Achsenverlauf, insbesondere auf deren Versorgungs- und Siedlungskerne konzentriert werden. Insofern wird durch die Ausweisung von Regionalen Verbindungsachsen sowohl dem ökologisch erforderlichen Freiraumschutz (Erhaltung unzerschnittener Freiräume) als auch der aus wirtschaftlicher Sicht dringend erforderlichen Anbindung der ländlich strukturierten und peripheren Räume an die Verdichtungsräume regionalplanerisch Rechnung getragen.

Infolge der grenznahen Lage der Region Südwestsachsen ist der Ausbau funktionsfähiger grenzüberschreitender Regionaler Achsen dringend erforderlich. Ergänzend zu den im LEP 2003 ausgewiesenen überregionalen Verbindungsachsen von Hof über Plauen und Zwickau nach Chemnitz, von Gera über Plauen nach Pilsen/Pilsen sowie von Leipzig über Zwickau nach Karlovy Vary/Karlsbad ist die Ausweisung und Entwicklung weiterer regionaler, grenzüberschreitender Achsen in der Region erforderlich, um die notwendigen räumlichen Voraussetzungen für grenzüberschreitende Vernetzungen und Kooperationen zu schaffen.

zu Z 1.5.1 und Z 1.5.2

Die gemäß LEP 2003 Z 2.6.2 ausgeformten Regionalen Achsen im Zuge der überregionalen Verbindungsachsen und die ausgewiesenen Regionalen Achsen außerhalb der überregionalen Verbindungsachsen des LEP 2003 sind in der Karte 3 „Raumstruktur“ differenziert nach ihrer Funktion (Entwicklungs- und Verbindungsfunktion bzw. Verbindungsfunktion) und unter Berücksichtigung der tragenden Achsenelemente (Schiene, Straße) dargestellt. Die Darstellung erfolgt generalisiert. Aus der schematischen Darstellung der Regionalen Achsen in der Karte 3 „Raumstruktur“ ist eine Betroffenheit von sensiblen Naturräumen bzw. Schutzgebieten nicht ableitbar. Auf der Ebene der Regionalplanung besteht auf Grund des zu geringen Konkretheitsgrades der Ausweisung kein hinreichend bestimmter Projektbezug. Die Prüfung der Umweltverträglichkeit von möglichen Infrastrukturvorhaben im Zuge der ausgewiesenen Regionalen Achsen erfolgt auf der Ebene der konkreten Projektplanung. Im Fall einer abschnittsweisen Überlagerung von Achsen wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit der Karte 3 „Raumstruktur“ auf eine Einzeldarstellung der sich überlagernden Achsen verzichtet.

Regionale Achsen im Zuge der überregionalen Verbindungsachsen des LEP 2003

Die Regionalen Achsen im Zuge der überregionalen Verbindungsachsen des LEP 2003 (Achsen A, B und C) formen diese im landesplanerisch zugelassenen Umfang (LEP 2003 Z 2.6.2, Begründung) unter Beachtung der bedeutenden überregionalen Schienen- und Straßenverbindungen sowie des Netzes der höherrangigen Zentralen Orte aus. Sie binden die Oberzentren Plauen und Zwickau in das großräumige Achsensystem ein.

Achse A

Die Achse A (Landesgrenze Bayern – Plauen – Zwickau – Chemnitz – Dresden) ist die zentrale großräumige Achsenverbindung der Region, mit durchgängiger Entwicklungs- und Verbindungsfunktion im Achsenabschnitt Plauen – Zwickau und überwiegender Verbindungsfunktion im Achsenabschnitt Plauen – Landesgrenze Bayern. Sie verläuft schienenbezogen als Teil der Sachsen-Franken-Magistrale (Eisenbahnstrecke des überregionalen Verkehrs) und straßenbezogen im Zuge der A 72 (Hof-Chemnitz) und der B 173. In Kombination mit der Achse C erfolgt im Raum Zwickau über die B 93 die straßenbezogene Anbindung an die A 4 und nach Leipzig, schienenbezogen erfolgt die Anbindung nach Leipzig über die Bahnstrecke über Meerane/Gößnitz. Im Raum Reichenbach im Vogtland bildet die S 289 die perspektivisch wirksame Grundlage für die Kombination mit der Achse C (nach Realisierung der Neubauabschnitte der sog. „Westtrasse“).

Achse B

Die in großen Teilen im Elstertal verlaufende Achse B (Landesgrenze Thüringen – Plauen – Staatsgrenze Tschechische Republik) erfüllt im Achsenabschnitt zwischen Plauen und Oelsnitz/Vogtl. Entwicklungs- und Verbindungsfunktionen und in den Achsenabschnitten Plauen – Greiz sowie südlich von Oelsnitz/Vogtl. bis zur Staatsgrenze mit der Tschechischen Republik überwiegend Verbindungsfunktionen.

Die Achse verläuft nördlich von Plauen im Zuge der B 92 über Greiz und Gera. Die Leistungsfähigkeit dieser Verbindung wird sowohl durch die topographische Situation als auch durch die vorhandene Siedlungsstruktur (bandartige Siedlungsstrukturen im Bereich Elsterberg/Greiz) eingeschränkt. Entwicklungsflächen für eine verstärkte Siedlungstätigkeit stehen hier nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. Im genannten Abschnitt kann die Achse B demzufolge auf Dauer nur Verbindungsfunktionen erfüllen.

Achse C

Die Achse Karlovy Vary/Karlsbad – SVB Silberberg – Zwickau/Werdau – A 4 – (Erfurt/Dresden bzw. Altenburg – Leipzig) stellte für das Oberzentrum Zwickau und den Verdichtungsraum die zentrale großräumige Achsenverbindung zu den west-, mittel- und norddeutschen Verdichtungsräumen und in die Tschechische Republik dar.

Die Achse ist straßen- und schienenbezogen (abschnittsweise räumlich getrennter Verlauf der Schienen- und Straßenverbindung) mit durchgängiger Entwicklungs- und Verbindungsfunktion. Straßenbezogen orientiert sich ihr Verlauf im Abschnitt nördlich des mittelzentralen Städteverbundes Silberberg an der B 93 (mit Zubringerfunktion zur A 4). Der schienenbezogene Verlauf orientiert sich im nördli-

chen Teil am Abzweig der Sachsen-Franken-Magistrale in Richtung Leipzig im südlichen Teil an der Bahnstrecke Zwickau – Johanngeorgenstadt. Im Freistaat Thüringen wird die Achse C auch unter Beachtung der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung geführt.

Als Haupteerschließungsachse des Westerzgebirges bindet die Achse C den mittelzentralen Städteverbund Silberberg sowie weitere Zentrale Orte und Tourismusschwerpunkte auch im Zwickauer Raum in Nord-Süd-Richtung großräumig und Staatsgrenzen überschreitend ein.

Regionale Achsen außerhalb der überregionalen Verbindungsachsen des LEP 2003

Weitere Regionale Achsen außerhalb der durch den LEP 2003 vorgegebenen überregionalen Verbindungsachsen erschließen und vernetzen die Teilräume der Region (Achsen a bis r). Sie verbinden in differenzierter Weise die höherrangigen Zentralen Orte der Region untereinander und mit den Zentralen Orten in angrenzenden Regionen und erfüllen Aufgaben als Zubringer zu den überregionalen Verbindungsachsen. Im Hinblick auf den Freiraumschutz, dominiert dabei insbesondere im Bereich des Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“, die Verbindungsfunktion.

Folgende Regionale Achsen außerhalb der überregionalen Verbindungsachsen des LEP 2003 sind in der Karte 3 „Raumstruktur“ ausgewiesen (Hinweis: Regionale Entwicklungs- und Verbindungsachsen sind im Text mit [E+V], Regionale Verbindungsachsen sind mit [V] gekennzeichnet):

Achse a [E+V]

Die Achse Plauen – SVB Göltzschtal – SVB Silberberg im Zuge der B 169 übernimmt als direkte Querverbindung zwischen den städtischen Siedlungs- und Wirtschaftsräumen des Vogtlandes und des Westerzgebirges wichtige Verbindungs- und Entwicklungsfunktionen. Sie ist eine Hauptachse im regionalen Nahverkehrssystem des Vogtlandes mit ausbaufähigen Übergangspunkten zum Nahverkehrssystem im Westerzgebirge.

Achse b [V]

Die Achse Plauen – Pausa – Zeulenroda-Triebes – Gera hat im Abschnitt nördlich von Mehltheuer durchgängig Verbindungsfunktion. Sie ist schienenbezogen und Träger von Nahverkehrsfunktionen (ÖPNV/SPNV).

Achse c [V]

Die Achse Oelsnitz/Vogtl. – Schöneck/Vogtl. – Eibenstock – Aue verbindet das Mittelzentrum Oelsnitz/Vogtl. und den SVB Silberberg sowie bedeutende Tourismusgebiete im Vogtland und im Westerzgebirge (s. auch Karte 4 „Tourismus“). Die Achse hat durchgängig Verbindungsfunktion, ist straßenbezogen und Träger von Nahverkehrsfunktionen (ÖPNV).

Achse d [V]

Die Achse Hof/A 93 – Oelsnitz/Vogtl. – Falkenstein/Vogtl. verbindet den Wirtschaftsraum Göltzschtal mit dem Mittelzentrum Oelsnitz/Vogtl. und weiter über die S 307 mit der A 93 (Hof - Regensburg). Die Achse ist straßenbezogen und teilweise Träger von Nahverkehrsfunktionen (ÖPNV).

Achse e [V]

Die Achse Reichenbach im Vogtland – Auerbach/Vogtl. – Tannenbergsthal – Klingenthal bindet das Grundzentrum Klingenthal und den Ländlichen Raum des vogtländischen Waldgebietes an höherrangige Zentrale Orte, insbesondere an den Kernbereich des SVB Göltzschtal an und hat Bedeutung für die Erschließung der Tourismusgebiete des oberen Vogtlandes. Die Achse hat aufgrund der Natursituation im Abschnitt Klingenthal - SVB Göltzschtal ausschließlich Verbindungsfunktion. Im Abschnitt SVB Göltzschtal - Reichenbach im Vogtland erfüllt die Achse Entwicklungs- und Verbindungsfunktionen. Sie ist straßenbezogen und Träger von Nahverkehrsfunktionen (ÖPNV).

Achse f [teilweise E+V]

Die Achse Hof/A 93 – Adorf/Vogtl. – Markneukirchen – Klingenthal ist unterteilt in einen Abschnitt mit Verbindungsfunktion (westlich der B 92) und in einen Achsenabschnitt mit Entwicklungs- und Verbindungsfunktion (Abschnitt östlich Adorf/Vogtl.). Die Verbindungsfunktion des westlichen Achsenabschnittes wird durch den bereits in Teilen realisierten Ausbau der S 309 als schnelle Anbindung des oberen Vogtlandes an die A 93 (Hof - Regensburg) und an das Oberzentrum Hof bestimmt. Zusätzliche Bedeutung erhält die Achse durch die Anbindung an die grenzüberschreitende Straßenverbin-

dung Ebmath - Hranice/ Rossbach im Zuge der S 308. Der Abschnitt Adorf/Vogtl. – Markneukirchen – Klingenthal ist Träger von Nahverkehrsfunktionen (ÖPNV).

Achse g [teilweise E+V]

Die Achse Zwickau – Lengenfeld – SVB Göltzschtal – Schöneck/Vogtl. – Klingenthal – Kraslice/Graslitz verbindet den Zwickauer Raum mit dem östlichen und oberen Vogtland und der Tschechischen Republik. Sie dient der direkten Anbindung des Grundzentrums Klingenthal und des mittelfunktionalen SVB Göltzschtal an die A 72 und an das Oberzentrum Zwickau. Sie hat sowohl Bedeutung für die Realisierung von Arbeits- und Versorgungspendlerbeziehungen als auch für die Tourismusentwicklung, insbesondere auch für die Realisierung von Naherholungsfunktionen des Oberzentrums Zwickau und des Verdichtungsraumes. Auf den Achsenabschnitten zwischen Zwickau und dem SVB Göltzschtal dominiert die Entwicklungs- und Verbindungsfunktion, südlich des Städteverbundes bis zur Staatsgrenze zur Tschechischen Republik die Verbindungsfunktion.

Achse h [E+V]

Die Achse Auerbach/Vogtl. – Treuen – Reichenbach im Vogtland/Plauen erfüllt Entwicklungs- und Verbindungsfunktionen. Sie ist sowohl straßen- als auch schienenbezogen und Träger von Nahverkehrsfunktionen. Nördlich von Treuen entspricht die Achse h in ihrem Verlauf bis Reichenbach im Vogtland bzw. bis Plauen der im Regionalplan enthaltenen Achse A im Zuge der A 72/B 173 bzw. im Zuge der Sachsen-Franken-Magistrale.

Achse i [E+V]

Die Achse Reichenbach im Vogtland – Greiz übernimmt als direkte länderübergreifende Verbindung zwischen dem Mittelzentrum Reichenbach im Vogtland und dem Raum Greiz wichtige Verbindungs- und Entwicklungsfunktionen. Die Achse ist straßenbezogen (im Zuge der B 94) und Träger von Nahverkehrsfunktionen (ÖPNV).

Achse j [E+V]

Die Achse Zwickau – Werdau – Weida – Gera übernimmt als direkte länderübergreifende Verbindung zwischen dem Oberzentrum Zwickau, dem Mittelzentrum Werdau und dem Raum Gera wichtige Verbindungs- und Entwicklungsfunktionen. Die Achse ist straßenbezogen (im Zuge der B 175) und teilweise Träger von Nahverkehrsfunktionen (ÖPNV).

Achse k [E+V]

Die Achse Zwickau – Lichtenstein – Chemnitz übernimmt als direkte Querverbindung zwischen den Oberzentren Zwickau und Chemnitz innerhalb der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau regionsübergreifend wichtige Verbindungs- und Entwicklungsfunktionen. Die Achse ist straßenbezogen (im Zuge der B 173).

Achse l [V]

Die Achse SVB Silberberg – Kirchberg/Hartenstein – A 72 ist unterteilt in einen westlichen Ast (über das Grundzentrum Kirchberg) und einen östlichen Ast (tangiert den grundzentralen Verbund Hartenstein - Wildenfels). Die Verbindungsfunktion dieser Achse wird durch die in Ausbau befindliche S 282 zur A 72 (OU Kirchberg und OU Hirschfeld) bzw. durch die S 255 als Autobahnzubringer von Aue zur Anschlussstelle Hartenstein der A 72 bestimmt.

Achse m [E+V]

Die Achse Aue – Lößnitz – Stollberg/Zwönitz – Chemnitz verbindet den SVB Silberberg regionsübergreifend mit dem Oberzentrum Chemnitz. Die Achse unterteilt sich in zwei Äste. Sie ist sowohl straßen- als auch schienenbezogen (im Zuge der B 169 über Stollberg nach Chemnitz bzw. im Zuge der Schienenverbindung Aue – Zwönitz – Chemnitz) und ist somit auch ein wichtiger Träger von Nahverkehrsfunktionen.

Achse n [E+V]

Die Achse Schwarzenberg/Erzgeb. – Annaberg-Buchholz verbindet den SVB Silberberg regionsübergreifend mit dem Mittelzentrum Annaberg-Buchholz. Die Ausweisung der Achse n erfolgt straßenbezogen (im Zuge der B 101).

Achse o [V]

Die Achse Schwarzenberg/Erzgeb. – Zwönitz – Chemnitz ist straßenbezogen ausgewiesen (im Zuge der S 270) und erfüllt als regionsübergreifende Achse überwiegend Verbindungsfunktionen.

Achse p [V]

Die Achse Schwarzenberg/Erzgeb. – Oberwiesenthal verbindet den SVB Silberberg regionsübergreifend mit der Regionalen Achse im Zuge der überregionalen Verbindungsachse des LEP von Chemnitz über Annaberg-Buchholz nach Karlovy Vary/Karlsbad. Die Ausweisung der Achse erfolgt straßenbezogen (im Zuge der S 271). Im Hinblick auf die Naturraumsituation wird die Achse durchgängig als Regionale Verbindungsachse bestimmt.

Achse q [V]

Die Achse Klingenthal – Johanngeorgenstadt – Breitenbrunn/Erzgeb. – Oberwiesenthal soll im Hinblick auf die Tourismusentwicklung in der Region sowohl Ordnungs- als auch Verbindungs- und Bündelfunktionen wahrnehmen. Sie wird unter dem spezifischen Aspekt der regionalen Vernetzung der Tourismusgebiete des oberen Vogtlandes und des West- und Mittelerzgebirges ausgewiesen. Verknüpfungsmöglichkeiten ergeben sich mit grenzüberschreitenden Regionalen Achsen über die Zentralen Orte im Achsenverlauf, die zugleich bedeutende Tourismusschwerpunkte der Region sind (s. Z 1.3.1, Gemeinden mit besonderen Gemeindefunktionen im Bereich Tourismus). Im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den Schutzzwecken des Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“ wird die Achse durchgängig als Regionale Verbindungsachse bestimmt.

Achse r [E+V]

Die Achse Plauen – Schleiz – A 9 verläuft im Zuge der B 282 über Schleiz zur A 9 (Nürnberg – Berlin) und ist im Hinblick auf die Entwicklung des Oberzentrums Plauen und seines nördlichen Stadt-Umland-Bereiches von Bedeutung. Hier sind sowohl straßeninfrastrukturseitig die Voraussetzungen zur Ausfüllung der Verbindungsfunktion gegeben als auch im Achsenverlauf potenzielle Entwicklungsflächen für eine verstärkte Siedlungstätigkeit vorhanden. Damit erfüllt die Achse Entwicklungs- und Verbindungsfunktionen. Unter dem Aspekt der zukünftigen Stadtentwicklung stellt die Achse r in Ergänzung und Verlängerung der Achse A eine wesentliche Entwicklungsachse des Oberzentrums Plauen dar.

zu 1.6 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

Regionale Grünzüge und Grünzäsuren sind wichtige Instrumente des Freiraumes, um eine wirksame und nachhaltige Gliederung der Siedlungskörper zu gewährleisten und gleichzeitig den Belangen des Freiraumschutzes Rechnung zu tragen. Mit den Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren soll eine unkontrollierte Siedlungsentwicklung besonders in Gebieten mit bereits vorhandener hoher Verdichtung und hohem Siedlungsdruck vermieden werden. Im Hinblick auf eine Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität sowie zur Sicherung landschaftlicher Potenziale sind Grünzüge und Grünzäsuren von Bebauung im Sinne von Besiedlung freizuhalten.

Zulässig sind Nutzungen, welche die komplexe Funktion der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren nicht beeinträchtigen. Unter diesem Gesichtspunkt sind vor allem Maßnahmen der technischen Infrastruktur innerhalb der ausgewiesenen Bereiche in der Regel nicht ausgeschlossen. Dies betrifft jedoch nicht die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen, die primär in siedlungsstrukturell integrierten Lagen oder in räumlicher Anbindung an geeignete Siedlungsbereiche errichtet werden sollen (siehe Z 3.2.4). Die Errichtung entsprechender Anlagen ist mit der Funktionsfähigkeit der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren nicht vereinbar.

In engen Grenzen sind darüber hinaus ausgewählte Nutzungen zulässig, welche zwar vorwiegend dem Siedlungsraum zuzurechnen sind, jedoch nicht zwangsläufig im Widerspruch zu der angestrebten Freiraumsicherung stehen. Hierzu zählen v. a. die baurechtlich den Grünflächen zuzuordnenden Nutzungen wie Parkanlagen oder Sportplätze, die in der Regel nicht mit wesentlicher Bodenversiegelung oder großvolumigen Bauten verbunden sind. Maßgeblich für die Beurteilung entsprechender Vorhaben sind die im jeweiligen Einzelfall betroffenen teilräumlichen Schutzbelange.

Auch der Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe stehen Regionale Grünzüge und Grünzäsuren nicht entgegen, da mit der Rohstoffgewinnung kein dauerhafter Entzug von Freiraumflächen und keine Bebauung im Sinne von Besiedlung verbunden sind.

Nicht berührt durch die Ausweisung Regionaler Grünzüge und Grünzäsuren werden privilegierte Vorhaben gemäß § 35 Abs. 1 BauGB.

Die ausgewiesenen Grünzüge und Grünzäsuren sind im Rahmen der Bauleitplanung flächenbezogen zu konkretisieren.

Regionale Grünzüge werden ausgehend von LEP 2003 Z 2.6.3 und 5.1.9 in den Verdichtungsräumen, verdichteten Gebieten im Ländlichen Raum sowie im Bereich regionaler und überregionaler Achsen ausgewiesen, um eine geordnete Flächennutzung in diesem Bereich zu gewährleisten.

Die Ausweisung erfolgt für Bereiche mit bereits vorhandener hoher Verdichtung und besonderem Siedlungsdruck ausgehend vor allem von folgenden gemeindebezogenen Aspekten:

- Anteil von mehr als 10 % Siedlungs- und Verkehrsfläche zur Gemeindefläche
- mehr als 20% Zuwachs baulich genutzter Flächen im Zeitraum von 1992 - 2002
- weniger als 5 000 m² Freiraum/Einwohner
- Einwohnerdichte über 300 Einwohner/km².

Damit werden sowohl der Bestand als auch die Entwicklung der baulichen Nutzung berücksichtigt. Während nach Überprüfung anhand der angeführten Gesichtspunkte die Ausweisung von Grünzügen einerseits nur Teile der o. g. Gebiete umfasst, ergab sich andererseits im Einzelfall auch die Notwendigkeit der Einbeziehung zusätzlicher Flächen.

Maßgebliche Kriterien der Ausweisung bilden im Hinblick auf den Erhalt zusammenhängender, multifunktionaler Freiräume besondere Funktionen

- der landschaftsbezogenen Erholung
- des Orts- und Landschaftsbildes
- des Arten- und Biotopschutzes
- des ökologischen Verbundes
- des Bodenschutzes
- des Gewässer- und Hochwasserschutzes
- des Trinkwasserschutzes
- des Siedlungsklimas
- der Land- und Forstwirtschaft.

Ausgewiesen werden Bereiche, die in Bezug auf mindestens zwei der angeführten Funktionen eine besondere Bedeutung besitzen. Hierbei finden insbesondere die entsprechenden regionalplanerisch relevanten Gebiete gemäß Kapitel 2.1 bis 2.3 sowie Bereiche mit vorhandenem oder geplantem fachrechtlichen Schutzstatus Berücksichtigung. Eine zusammenfassende Darstellung der diesbezüglichen flächenbezogenen Ausweisungsgrundlagen beinhaltet der Fachbeitrag Landschaftsrahmenplan Südwestsachsen (Karte 11 „Regionale Grünzüge – Begründung“). Der Einzelfallprüfung unterlagen bei der Abgrenzung Aspekte des Ortsbildes sowie der Sicherung notwendiger Verbund-/ Entwicklungsgebiete zwischen ökologisch bzw. landschaftsästhetisch bedeutsamen Teilgebieten.

Freiraumbereiche, für die bereits durch Ausweisung als Vorranggebiete ein ausreichender Schutz gegenüber baulichen Nutzungen gegeben ist, sind in die Ausweisung Regionaler Grünzüge nur soweit einbezogen, wie aus Gründen des landschaftlichen Zusammenhanges erforderlich war.

Grünzäsuren werden ausgehend von LEP 2003 Z 2.6.3 und 5.1.9 im Ländlichen Raum ausgewiesen und erfüllen den Zweck, ein Zusammenwachsen von Siedlungskörpern zu verhindern. Neben den für die Ausweisung Regionaler Grünzüge relevanten Freiraumfunktionen dienen der Siedlungsabstand (< 1000 m) und topographische Gegebenheiten als Abgrenzungskriterien.

zu Z 1.6.1

Der Begriff der Grünzäsuren ist im LEP 2003 (S. 55) definiert und wird im vorliegenden Regionalplanentwurf übernommen. Jedoch unterscheidet sich diese neue Begriffsdefinition des LEP 2003 von dem Begriff des Regionalplanes 2002 dahingehend, dass die Aussage zur Freihaltung von Bebauung im Sinne von Besiedlung oder anderen funktionswidrigen Nutzungen kein Bestandteil mehr ist. Aufgrund dieser verkürzten Begriffsdefinition ist eine eigene Zielformulierung erforderlich. Demnach sind in Grünzäsuren alle Maßnahmen und Vorhaben zu vermeiden (etwa dauerhafte Bebauung), bei deren Umsetzung ein Zusammenwachsen von Siedlungskörpern zu befürchten ist.

zu 1.7 Handel

Die Regelungen zur räumlichen Entwicklung des Handels im Regionalplan dienen nicht als Mittel dazu, bestimmte Wettbewerbsverhältnisse zu stabilisieren oder in diese vordergründig regulierend einzugreifen. Mit der überregionalen Steuerung soll vielmehr die verbrauchernahe Versorgung sichergestellt werden. Sie zielt deshalb vielmehr daraufhin ab, den Einzelhandel an Standorten zu sichern, die in das städtebauliche Ordnungssystem funktionsgerecht eingebunden sind.

Die aus der Zeit vor 1990 vorhandenen Versorgungsdefizite im Einzelhandel wurden auch in der Region Südwestsachsen durch umfangreiche Baumaßnahmen vor allem des großflächigen Einzelhandels und vorrangig im Außenbereich der Städte und Gemeinden abgebaut, so dass inzwischen eine Überversorgung vorhanden ist und Tendenzen einer weiteren Verkaufsflächenausweitung zu befürchten sind (s. auch Handelsatlas 2006 der IHK Südwestsachsen). Die raumordnerischen Steuerungsmöglichkeiten für die abgelaufenen Ansiedlungsprozesse waren in der Vergangenheit nicht ausreichend bzw. wurden nicht hinreichend genutzt, so dass vielfach nicht am zentralörtlichen System orientierte und überdimensionierte Einrichtungen in Siedlungsrandbereichen entstanden sind, die sowohl die wohnortbezogene Nahversorgung als auch die Funktionsfähigkeit der gewachsenen Stadt- und Ortszentren (zentralörtliche Versorgungskerne) negativ beeinträchtigen und zu einer erheblichen Erhöhung des räumlich bedingten Verkehrsaufwandes geführt haben.

Die getroffenen Regelungen liegen im regionalen Interesse, da der Einzelhandel traditionell und auch zukünftig ein tragendes Element für die Funktionsfähigkeit sowie die Attraktivität der gewachsenen Stadtzentren ist und bleiben muss, und damit auch einen wesentlichen Faktor für die Stabilisierung des zentralörtlichen Systems der Region darstellt. Sowohl angesichts der in der Vergangenheit abgelaufenen Fehlentwicklungen bezüglich Dimensionierung und Lokalisierung von Einzelhandelseinrichtungen als auch im Hinblick auf die Sicherung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung bedürfen vor allem die stark flächenbeanspruchenden und verkehrserzeugenden großflächigen Einzelhandelseinrichtungen zukünftig einer konsequenten regionalplanerischen Steuerung, die auch eine Schadensbegrenzung abgelaufener Fehlentwicklungen einschließen muss.

Großflächige Einzelhandelseinrichtungen müssen künftig konsequenter am zentralörtlichen System orientiert und hinsichtlich ihrer räumlicher Einordnung sowie ihrem Branchenmix sehr kritisch auf Innenstadt- und Nahversorgungsrelevanz geprüft werden, um den mit ihrer Ansiedlung im Zusammenhang stehenden räumlichen und stadtstrukturellen Konflikten und Negativeffekten hinreichend entgegenzuwirken. Konkrete Lösungen dafür müssen im Rahmen der kommunalen Entwicklungsplanung gesucht und über die Bauleitplanung umgesetzt werden. Regionale und kommunale Einzelhandelskonzepte sollen zum Finden von Lösungsansätzen beitragen (s. Z 1.7.3).

zu Z 1.7.1

Durch den LEP 2003 Z 6.2.1 und Z 6.2.2 werden die Zulässigkeitsvoraussetzungen für den großflächigen Einzelhandel in den Zentralen Orten bestimmt. Im Hinblick auf die erforderliche räumliche Konzentration der Einzelhandelsentwicklung für die innerstädtische Funktionsvielfalt und Attraktivität der gewachsenen Stadtstrukturen sind aufgrund der überörtlichen Raumbedeutsamkeit dieser Handelseinrichtungen im regionalen Interesse weiterreichende Regelungen als im LEP 2003 erforderlich.

Die vorangegangenen Entwicklungen in der Einzelhandelsstruktur, vor allem die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen in den randstädtischen Bereichen der Zentralen Orte machen es zunehmend erforderlich, stringenter Regelungen zu treffen, um der weiterhin rückläufigen Bevölkerungsentwicklung, der Änderungen in der Bevölkerungsstruktur, der Funktionskonzentration sowie der Integration der unterschiedlichsten Einzelhandelsformen in den Zentralen Orte hinreichend Rechnung zu tragen, damit der Einzelhandel integrativer Bestandteil der Stadtentwicklung wird. Deshalb erfolgt im Regionalplan die räumliche und sachliche Konkretisierung der Rahmensetzungen des LEP 2003 für die Zentralen Orte. Die konsequente Anwendung der Steuerungsinstrumente ist gleichzeitig mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung der Kommunen bei der planerischen Durchsetzung verbunden.

Unter dem Begriff „zentraler Versorgungsbereich“ ist ein räumlich abgrenzbarer Bereich einer Gemeinde zu verstehen, in dem auf Grund vorhandener Einzelhandelsnutzungen, häufig ergänzt durch Dienstleistungs- und gastronomische Angebote, eine bestimmte Versorgungsfunktion für die Gemeinde zukommt. Ein „Versorgungsbereich“ setzt mithin vorhandene Nutzungen voraus, die für die Ver-

sorgung der Einwohner der Gemeinde, ggf. auch nur eines Teils der Gemeinde (Stadtteilzentren) insbesondere mit Waren aller Art von Bedeutung sind. Eine bloße Agglomeration von Einzelhandelsnutzungen in einem räumlich abgrenzbaren Bereich stellt keinen „zentralen Versorgungsbereich“ dar. Dem Bereich muss vielmehr die Bedeutung eines Zentrums für die Gemeinde zukommen.

Die Ober- und Mittelzentren sowie die Städteverbünde der Region sind auf der Grundlage von § 1 Abs. 4 BauGB aufgefordert, im Rahmen der Flächennutzungs- und Bauleitplanung (§ 1 Abs. 6 Nr. 4 i. V. m. § 2 Abs. 2 Satz 2, § 9 Abs. 2a bzw. § 34 Abs. 3 und 3a BauGB i. V. m. § 11 Abs. 3 BauNVO) zentrale Versorgungsbereiche für den großflächigen Einzelhandel auszuweisen. Damit soll zur Erhaltung und Konzentration der Einzelhandelslandschaft ein gegliedertes innerörtliches Zentrengefüge entwickelt werden, das unter Berücksichtigung der zugewiesenen Versorgungsfunktion in städtebaulich vertretbarer Weise differenziert dem Einzelhandel Entwicklungsspielraum ermöglicht. Dabei sind die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Funktionsintegration des kleinteiligen Einzelhandels besonders zu berücksichtigen.

Mit der Festlegung und Abgrenzung der städtebaulich integrierten Lagen einschließlich der Ausweisung der zentralen Versorgungsbereiche wird sichergestellt, dass nur hier eine Neuansiedlung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von Einzelhandelseinrichtungen insbesondere mit innenstadtrelevanten Sortimenten zulässig ist (s. dazu HA Großflächige Einzelhandelseinrichtungen vom 03. April 2008, SächsABl. Nr. 17/2008). Damit wird den Ober- und Mittelzentren bzw. Städteverbünden ein Steuerungsinstrument zur Entwicklung, Sicherung und Attraktivitätssteigerung der für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen und städtebaulich begründbaren Zentrenbereiche an die Hand gegeben.

Die Ansiedlung, Erweiterung oder wesentliche Änderung von Einzelhandelseinrichtungen sowie von räumlich-funktionalen Verbünden kleinerer Ladeneinheiten bis max. 2000 m² Verkaufsfläche ist grundsätzlich nur in dem gemäß Z 1.2.4 ausgewiesenen Versorgungs- und Siedlungskern des jeweiligen Grundzentrums zulässig. Dazu ist innerhalb des Versorgungs- und Siedlungskernes im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung auf der Grundlage von § 1 Abs. 4 BauGB, hier insbesondere die Flächennutzungsplanung in städtebaulich integrierter Lage ein zentraler Versorgungsbereich räumlich abzugrenzen und genau zu definieren (§ 1 Abs. 6 Nr. 4 i. V. m. § 2 Abs. 2 Satz 2, § 9 Abs. 2a bzw. § 34 Abs. 3 und 3a BauGB i. V. m. § 11 Abs. 3 BauNVO). Damit wird sichergestellt, dass im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung die Versorgungs- und Siedlungskerne in ihrer Funktionsfähigkeit und -vielfalt gestärkt und gleichzeitig die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung gesichert wird.

Der Auftrag an die Ober- Mittel- und Grundzentren sowie die mittel- und grundzentralen Städteverbünde zur Ausweisung zentraler Versorgungsbereiche erzeugt gegenüber der kommunalen Bauleitplanung nach § 1 (4) BauGB eine Anpassungspflicht, d. h. die Ausweisung der zentralen Versorgungsbereiche hat bereits im Rahmen der Flächennutzungsplanung zu erfolgen.

Planerische Grundlage für die räumliche Abgrenzung und Definition der zentralen Versorgungsbereiche können die meist vorhandenen Stadtentwicklungskonzepte (INSEK) sowie die zu erarbeitenden Städtebaulichen Entwicklungskonzepte (SEKo) sein. Diese sind erforderlich, um Lösungsansätze für die zu erfüllende Einzelhandelsfunktion mit den damit verbundenen Problemstellungen wie erforderliche Stadtumbaumaßnahmen, Wohnortnähe, Erreichbarkeitsbedingungen sowie die Nutzung von Brachflächen aufzuzeigen. Darüber hinaus ist die Erarbeitung von Einzelhandelskonzepten für eine zukunftsorientierte Konzentration und Entwicklung der Handelslandschaft unter den Bedingungen der weiterhin rückläufigen Bevölkerungsentwicklung sowie der sich ändernden Altersstruktur erforderlich (s. auch Z 1.7.3 i. V. m. § 9 Abs. 2a BauGB), um insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung der Erhaltung und Entwicklung von zentralen Versorgungsbereichen Rechnung zu tragen.

Im Hinblick auf die Erstellung der Städtebaulichen Entwicklungskonzepte sind entsprechend der Arbeitshilfe vom 12.08.05 des Staatsministeriums des Inneren Empfehlungen zur Erarbeitung und Fortschreibung der SEKo's den Kommunen zur Verfügung gestellt worden. Dabei ist ein Schwerpunkt die Erarbeitung von Fachkonzepten, auch für den Einzelhandel, mit Bestandsanalyse und Prognose sowie eine Konzeption mit Zielen und Maßnahmen. Diese können und müssen planerische Grundlage für die stadtstrukturelle Entwicklung und für die Festlegung der/des zentralen Versorgungsbereiches sein.

Kommunen ohne zentralörtliche Funktionen sollen die Städtebaulichen Entwicklungskonzepte (SEKo) ebenfalls nutzen, in ihrem Versorgungs- und Siedlungskern einen zentralen Versorgungsbereich im

Flächennutzungsplan auszuweisen und zu definieren (§ 2 Abs. 2 Satz 2, § 9 Abs. 2a bzw. § 34 Abs. 3 und 3a BauGB i. V. m § 11 Abs. 3 BauNVO), um die Entwicklung des Einzelhandels auch unterhalb der Großflächigkeit (z. B. die Ansiedlung von Discontern) zu steuern. Nur so kann zur Stabilisierung und Erhaltung der gewachsenen Ortsstrukturen beigetragen werden.

zu Z 1.7.2

Unter regionalen Gesichtspunkten kommt der Revitalisierung der Innenstädte insbesondere als Standorte der Nahversorgung für eine am Leitbild der dezentralen Konzentration orientierte Siedlungsentwicklung der Region entscheidende Bedeutung zu (s. Z 1.1.1, Z 1.1.5). Da Einkaufen ein wesentlicher Bestandteil der traditionellen Innenstadtfunktion ist, wird als eine Schwerpunktaufgabe im Hinblick auf die notwendige Stabilisierung der Städte als Zentrale Orte und als Wirtschaftsstandorte darin gesehen, die Stadtzentren als Einzelhandelsstandorte in einer ausgewogenen Mischung von kleinteiligem und großflächigen Einzelhandel einschließlich der erforderlichen Nahversorgung zu sichern und weiterzuentwickeln. In den Oberzentren Plauen und Zwickau soll ergänzend dazu eine in Dimension und Branchenmix abgestimmte maßvolle Stärkung von Einzelhandelsfunktionen auch in den gewachsenen Stadtteilzentren angestrebt werden. In den kleineren Städten sollen i. d. R. alle überörtlich bzw. gesamtstädtisch wirksamen Einzelhandelseinrichtungen insbesondere zur Nahversorgung im Stadtzentrum konzentriert werden, um die notwendige Funktionsdichte und die mit ihr verbundene Urbanität langfristig zu sichern und dadurch die Funktion der Stadtzentren als zentralörtliche Versorgungskerne zu stabilisieren und aufzuwerten.

Erfahrungen aus den alten Bundesländern verweisen auf die maßgebliche Beeinflussung der gewachsenen Innenstadtstrukturen durch Entwicklungen im Einzelhandel und machen auf die besondere Gefährdung der nach wie vor noch defizitären bzw. instabilen Zentrenfunktionen der Städte in den neuen Bundesländern durch unangepasste Lokalisierung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen aufmerksam. Deshalb soll in den Städten der Region der Erhaltung und qualitativen Aufwertung des innerstädtischen, überwiegend kleinteiligen Einzelhandelsbestandes durch städtebaulich gestalterische und weitere attraktivitätssteigernde Maßnahmen besondere Bedeutung beigemessen werden, wie einer angepassten Kapazitätserweiterung durch Ansiedlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen. Die dauerhafte Etablierung eines kleinteiligen individuell gestalteten Einzelhandels in den Stadtzentren ist für deren Wirksamkeit und Ausstrahlungskraft als funktionsfähige attraktive zentralörtliche Versorgungskerne unverzichtbar (s. auch Z 1.7.1).

In den Oberzentren Plauen und Zwickau soll aber auch eine strukturell und gestalterisch angepasste Einordnung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen in die Innenstadtbereiche zukünftig noch wesentlich mehr zur Erhöhung ihrer überregionalen Wirksamkeit beitragen.

Für die Funktionsfähigkeit der Innenstädte und die damit zusammenhängende Konkurrenzfähigkeit des innerstädtischen Einzelhandels soll sowohl die Erreichbarkeit als auch die Erlebbarkeit der Stadtzentren durch eine Mischung von Individualverkehr und öffentlichen Personenverkehr sowie durch an den verschiedenen Nutzergruppen und der örtlichen Situation orientierten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Parkraumbewirtschaftung gewährleistet werden.

Dazu ist die Erarbeitung von aussagefähigen Einzelhandelskonzepten durch die Städte und deren Integration in die städtischen Gesamtentwicklungskonzeptionen dringend erforderlich (s. Z 1.7.3).

zu Z 1.7.3

Die Planaussage ist eine sachliche Ausformung des LEP 2003 Z 6.2.3 und Z 6.2.4, abgeleitet aus den aktuellen gesetzlichen Änderungen sowie den regionalen Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen.

Das regionalplanerische Regelungserfordernis ergibt sich aufgrund der - trotz vorhandener gesetzlicher Regelungen - sehr unterschiedlichen qualitativen und quantitativen Effekte der aktuellen Flächen- und Standortentwicklungen im Einzelhandel der Region. Während durch die erheblichen Zuwächse an Einzelhandelsflächen quantitativ eine Überversorgung in der Region vorhanden ist, haben Dimensionierung, Proportionierung und Lokalisation der neugeschaffenen Einzelhandelsflächen in qualitativer Hinsicht vielfach zu raumordnerisch bedenklichen Entwicklungen geführt.

Die Erarbeitung von kommunalen und regionalen Einzelhandelskonzepten soll dazu beitragen, die eingetretenen Fehlentwicklungen wirksamer auszugleichen und weiteren Fehlentwicklungen langfristig

entgegenzuwirken, was letztlich auch Positiv- Effekte für eine flächensparende Siedlungsentwicklung und die notwendige Stabilisierung des zentralörtlichen Systems der Region hat. Insofern ist die Plan- aussage darauf gerichtet, die räumliche Entwicklung des Einzelhandels sowohl unter qualitativen als auch quantitativen Aspekten der regionalen Spezifik entsprechend noch wirksamer zu steuern. Die vorgesehene Regelung wird von den regionalen Wirtschaftsverbänden mitgetragen.

In der Region Südwestsachsen sind auf der Grundlage des mehrpoligen Städtetetzes, insbesondere auf mittelzentraler Ebene in den Städteverbünden, günstige Voraussetzungen und Ansätze vorhanden für eine diesbezügliche möglichst frühzeitige Abstimmung und interkommunale Konsensfindung so- wohl hinsichtlich der Erarbeitung von Einzelhandelskonzepten als auch in Bezug auf die Planung und Realisierung von Einzelvorhaben. Entscheidend dabei wird sein, inwieweit den Städten freiwillige Selbstbeschränkungen und einvernehmliche Regelungen gelingen.

Die Aufstellung regionaler Einzelhandelskonzepte wird aus regionalplanerischer Sicht für erforderlich gehalten, um Entwicklungsperspektiven für den Einzelhandel aufzuzeigen sowie die Entwicklung und Festlegung von Instrumenten zur Steuerung einer geordneten und zielgerichteten Einzelhandelsent- wicklung abzustimmen. Die Erarbeitung eines solchen Konzeptes soll die interkommunale Abstim- mung bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen erleichtern und die Entwicklungs- chancen bestehender Einzelhandelsstandorte verbessern. Die kommunale Abstimmung bei allen An- siedlungsfragen größerer Einzelhandelseinrichtungen wird dadurch konsequent gewährleistet und gleichzeitig ein an der Praxis orientiertes Instrumentarium zur Verfügung gestellt.

Aus regionalplanerischer Sicht sollten die Einzelhandelskonzepte folgenden Mindestinhalt aufweisen:

- Beschreibung der konkreten Einzelhandelsfunktion der Kommune unter Beachtung des zentralört- lichen Systems (räumliche Lage und Größe; Einwohnerzahl; räumlicher Einzugsbereich; möglichst standortbezogene Kaufkraft im Gemeindegebiet sowie im potentiellen Umland)
- Ermittlung des Bestandes der Einzelhandelsnutzungen (Bestandsaufnahme so aktuell wie möglich)
- Aufzeigen von Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelhandels (potentielle Standorte; Kundenpoten- tiale im Einzugsbereich; perspektivische Entwicklungstendenzen; räumliche und städtebauliche Verträglichkeit)
- Festlegung des /der zentralen Versorgungsbereiche (Innenstadtzentren, Neben- und Nahversor- gungszentren; Abgrenzung der räumlichen Lage - möglichst parzellenscharf, Festlegung des Ein- zugsbereiches; Festlegung/Benennung der zentrentypischen und/oder nahversorgungsrelevanten Sortimente)
- Darstellung vorhandener Einzelhandelsstandorte, die für eine Weiterentwicklung bzw. Erweiterung aus städtebaulicher Sicht zu priorisieren sind
- Aussagen über Einzelhandelsagglomerationen, denen keine Funktion als zentraler Versorgungsbe- reich oder Nahversorgungsbereich zukommen soll (Tabubereiche)
- Darstellung und Erläuterung der großflächigen Einzelhandelseinrichtungen , die im Widerspruch zu den regionalplanerischen Zielsetzungen stehen und auf Grund der Lage nicht mehr als Sonderge- biete Handel im Rahmen der Kommunalen Bauleitplanung dargestellt/ ausgewiesen werden sollen
- Zusammenstellung einer ortstypischen Sortimentsliste (Zentrumsrelevante und nicht zentrumsrele- vante Sortimente)

Das Oberzentrum Zwickau verfügt über ein Einzelhandelskonzept mit Planstand Juni 2005. Für das Oberzentrum Plauen ist unter Mitwirkung kommunaler und regionaler Vertreter ein Einzelhandelskon- zept als ein Projekt des REK Vogtland erarbeitet worden. Dies wurde durch den Stadtrat der Stadt Plauen im Juni 2007 bestätigt. Dabei ist anzumerken, dass weitere Einzelhandelskonzepte insbeson- dere der Zentralen Orte durch das REK vorbereitet und begleitet werden sollen. Die Vorstellungen beinhalten auch die perspektivische Erstellung eines Regionalen Einzelhandelskonzeptes für das Vogtland.

zu Z 1.7.4

Im regionalen Interesse ist es erforderlich und entspricht dem Willen des Regionalen Planungsver- bandes Südwestsachsen, die landesplanerischen Rahmensetzungen zur Lokalisation großflächiger Einzelhandelseinrichtungen (LEP 2003 Z 6.2.1 und Z 6.2.2) durch regionalplanerische Regelungen zur Ansiedlung von FOC als großflächigen Einzelhandelseinrichtungen besonderer Ausprägung mit spezifischen Standortansprüchen und hoher Raumbedeutsamkeit sachlich und räumlich auszuformen

(s. a. Entschließung und Beschluss der MKRO vom 03.06.1997 und vom 04.06.1998 sowie Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe auf Bundesebene vom 20.05.1998 und Positionspapier des Sächsisch-Bayerischen-Städtenetzes vom 30. Juli 1998).

Mit den getroffenen Regelungen im Regionalplan sollen die durch die Lokalisation von FOC- Projekten ausgehenden weit reichenden räumlichen Auswirkungen im Hinblick auf eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung möglichst raumverträglich gesteuert werden.

Die Ansiedlung überdimensionierter nicht am zentralörtlichen System orientierter FOC ist mit der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung unvereinbar. Das zentralörtliche System wird dadurch zunehmend destabilisiert und die Funktionsfähigkeit der Stadtzentren als wichtigste Standorte für überörtliche Versorgungsfunktionen erheblich geschwächt und langfristig möglicherweise völlig infrage gestellt.

Aus regionaler Sicht wird festgestellt, dass unter den siedlungsstrukturellen und städtebaulichen Bedingungen der Region (allgemeine Strukturschwäche, Instabilität des zentralörtlichen System durch dysfunktionale Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit, funktionale Defizite und Attraktivitätsmängel der städtischen Zentren) sowie in Anbetracht der aktuellen Einzelhandelsstrukturen (Überversorgung, Fehllokalisationen, überproportional hoher Anteil großflächiger Einzelhandelseinrichtungen) zum einen der Ansiedlung überdimensionierter FOC auf nicht integrierten Standorten konsequent entgegengewirkt werden muss, zum anderen aber die Ansiedlung von FOC auf Standorten im städtischen Kernbereich (Stadtzentrum und unmittelbar angrenzende Bereiche) in den höherrangigen Zentralen Orten der Region – zumindest kurz – und mittelfristig – auch ausgesprochen risikobehaftet ist. Insofern verfügen in der Region Südwestsachsen allenfalls die Oberzentren Plauen und Zwickau über das notwendige Integrationsvermögen für eine stadt- und regionalverträgliche Einordnung von potenziellen FOC- Vorhaben. Weil für dieses im regionalen Interesse notwendigerweise sehr restriktive Vorgehen die Rahmenseetzungen des Landesentwicklungsplanes und die Regelungen der HA Großflächige Einzelhandelseinrichtungen vom 03. April 2008, (SächsABl. Nr. 17/2008) nicht weit genug greifen, werden im Regionalplan in Ausformung des LEP 2003 die Ansiedlungsmöglichkeiten für FOC von vornherein auf die auszuweisenden zentralen Versorgungsbereiche (s. dazu Z 1.7.1/1.Absatz) der beiden Oberzentren beschränkt. Im Hinblick auf die überregionale Wirksamkeit und die negativen Auswirkungen auf die Einzelhandelsentwicklung und -struktur innerhalb des städtebaulichen Gefüges sollte vorrangig die Ansiedlung von FOC auf die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Kernbereiche nach § 7 BauNVO bzw. in den Einzelhandelskonzepten/ Flächennutzungsplänen ausgewiesenen Zentralen Versorgungsbereich Innenstadt der beiden Oberzentren Plauen und Zwickau gelenkt werden.

Hinsichtlich des Branchenmixes innerhalb der FOC sollte seitens der Oberzentren darauf geachtet werden, dass eine Ergänzung und Belebung der vorhandenen Einzelhandelsstruktur erfolgt sowie regional und überregional wirksame Einzelhandelsbetriebe der Region ebenfalls bei der Ansiedlung Berücksichtigung finden.

Obwohl gemäß LEP 2003/Z 6.2.1 die Ansiedlung von Factory Outlet Center (FOC) als Sonderform des großflächigen Einzelhandels grundsätzlich auch in den Mittelzentren der Region zulässig sind, wurde im regionalen Interesse als Wille der Planungsregion festgelegt, dass auf Grund der möglichen schädlichen Auswirkungen auf das zentralörtliche System der Region, der weit reichenden räumlichen Auswirkungen, der hohen Raumbedeutsamkeit sowie der spezifischen Ausprägung der FOC nur in den Oberzentren Plauen und Zwickau zulässig sind. Gleichzeitig erfolgt im Hinblick auf eine an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientierten Raum- und Siedlungsentwicklung ,auf Grund der vorhandenen räumlich-strukturellen Gegebenheiten der Siedlungs- und Einzelhandelsstrukturen sowie der schädlichen Auswirkungen auf das städtebauliche Gefüge die Beschränkung der Zulässigkeit der FOC innerhalb der beiden Oberzentren auf die auszuweisenden zentralen Versorgungsbereiche (s. Z 1.7.1/1. Absatz).

zu 1.8 Tourismus

Entsprechend LEP 2003 Z 8.3. sind regional- und landesweit bedeutsame Tourismusgebiete in den Regionalplänen darzustellen. Diese werden im Regionalplan als Tourismus- und Erholungsgebiete (touristische Bestandsgebiete, Entwicklungsgebiete und Ergänzungsgebiete) und als Tourismus-schwerpunkte (Städtetourismus, Kur- und Erholungsorte sowie sonstige Orte mit besonderen Erholungs-funktionen) in der Karte 4 „Tourismus“ dargestellt bzw. ausgewiesen.

zu Z 1.8.1

In den touristischen Bestandsgebieten besitzen Tourismus und Erholung traditionell eine große Bedeutung. Bis auf Bad Schlema und Hartenstein befinden sich alle staatliche anerkannten Kur- und Erholungsorte der Region in diesen Gebieten. Touristische Bestandsgebiete befinden sich bis auf einzelne Ausnahmen im ländlichen Raum (s. LEP 2003 Kapitel 2.5 bzw. Karte 1, Ausnahme teilweise der Raum des Mittelzentralen Städteverbundes Silberberg) bzw. in Räumen mit besonderem landesplane-rischen Handlungsbedarf (s. Regionalplan Karte 3 „Raumstruktur“, bzw. Kap. 3.3 bzw. LEP 2003 Karte 5, Ausnahme Gebiet um die Koberbachtalsperre und Crimmitschau) und sind in besonderem Maße durch eine quantitativ hohe Ausstattung mit touristischer Infrastruktur gekennzeichnet. In diesen Gebieten soll durch die Schaffung und den Ausbau von witterungsunabhängigen Freizeiteinrichtungen und die Entwicklung von qualitativ hochwertigen touristischen Produkten und Dienstleistungen der Tourismus weiter an Bedeutung gewinnen und langfristig als bedeutender Wirtschaftsfaktor stabilisiert werden bzw. zunehmend eine tragende Rolle übernehmen. Dies entspricht vollumfänglich den Ziel-stellungen des LEP 2003 (entsprechend LEP 2003 Z 2.5.11 sollen im ländlichen Raumder Touris-mus als wichtige Wirtschaftsfaktoren erhalten und gestärkt werden).

zu Z 1.8.2

In den touristischen Entwicklungsgebieten (Burgsteingebiet, Elster- und unteres Göltzschtal, Bergener und Kirchberger Granitgebiet, Greiz- Werdauer Wald) bieten naturlandschaftliche Potenziale mit abwechslungsreichen Landschaftsformen und einer Vielzahl von Lehrpfaden zu unterschiedlichen regio-nalen Themen, ein hoher Waldanteil, relativ geringe Zerschneidung und Zersiedlung der Landschaft sowie kulturlandschaftliche Besonderheiten (historische Stadtkerne und Bergbaulandschaften, Burgen, Schlösser, Brückenbauten, Aussichtstürme, siehe dazu auch Regionalplan Z 1.1.7 und Karte 2 „Siedlungswesen“ bzw. Z 2.1.2.6 und Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanfor-derungen“), Badegewässer (Filzteich bei Schneeberg) aber auch der Erlebnispark Plohn sowie der Tier-park Hirschfeld eine Vielzahl von Ansatzpunkten für die Weiterentwicklung von regional und überregi-onal bedeutsamen touristischen Funktionen.

Aufgrund ihrer Lage übernehmen die touristischen Entwicklungsgebiete sowohl Ergänzungs- und Ent-lastungsfunktionen für die Bestandsgebiete als auch Naherholungsfunktionen insbesondere als Ziel-gebiete des Wochenend- und Ausflugstourismus für die Oberzentren und Verdichtungsräume. Der weitere Ausbau der touristischen Infrastruktur soll hier insbesondere zu einer allgemeinen touristi-schen Attraktivitätssteigerung dieser Gebiete und damit zu einer Steigerung der Anzahl der Touristen und ihrer Verweildauer führen. Dabei ist bei der Weiterentwicklung der Erholungsfunktionen darauf zu achten, dass die natürlichen Potenziale und die kulturlandschaftliche Spezifik der Gebiete erhalten und gleichzeitig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor gestärkt wird.

zu Z 1.8.3

In den touristischen Ergänzungsgebieten besitzen Tourismus und Erholung gegenüber anderen Funk-tionen eine eher untergeordnete Bedeutung. Sie vernetzen vor allem im Verdichtungsraum bzw. dem verdichteten Bereich im ländlichen Raum mit seinen Ober- und Mittelzentren bedeutende innerstädti-sche Freiräume mit dem Landschaftsraum und erfüllen damit wichtige Funktionen für ortsnahe Frei-zeit- und Erholungsmöglichkeiten. Darüber hinaus fördern die Nähe sowie die räumlichen Bezüge zu den Bestands- und Entwicklungsgebieten auch Ansätze bzw. eröffnen Chancen für touristische Ent-wicklungen.

zu G 1.8.4

Die Lage der Region Südwestsachsen im Vierländereck Bayern, Böhmen, Sachsen und Thüringen ermöglicht und erfordert neben einer vernetzten Entwicklung der Tourismusgebiete in der Region und einem gemeinsamen Marketing auch stärker grenzüberschreitende Kooperationen im Rahmen von landes- und auch staatsgrenzenübergreifenden touristischen Konzeptionen, Initiativen und Produktentwicklungen. Entsprechend bestehende Kooperationen und Angebote (z. B. Ferienstraße Silberstraße, ErzgebirgsCard, VogtlandCARD tourist, Kurherz Europa, Skimagistrale Erzgebirge- Krusné Hory, KAMMTour, deutsch-tschechische Zentrum für Wintersport einschließlich der VogtlandArena) sind zu erhalten, konzeptionell weiterzuentwickeln und verstärkt zu vermarkten.

Insbesondere der sich nach dem erfolgten Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union und zum Schengenverbund zukünftig verstärkt entwickelnde grenzüberschreitende Tourismus sollte zum beiderseitigen Vorteil dazu genutzt werden, das jeweilige touristische Angebot zu ergänzen und zu bereichern und damit auch gesamträumlich die jeweiligen Tourismus- und Erholungsgebiete im überregionalen Wettbewerb insgesamt touristisch noch attraktiver und konkurrenzfähiger zu machen.

zu G 1.8.5

Ziel und Aufgabe von Naturparks ist neben der Sicherung und dem Schutz von ökologischen Ausgleichsräumen mit Naturschutzfunktion auch der Erhalt von großräumigen Landschaften für die Erholung (s. a. § 20 SächsNatSchG bzw. § 5 der Naturparkverordnung Erzgebirge/Vogtland). Der Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“ ist der größte sächsische Naturpark und einer von 93 gegenwärtig bundesweit ausgewiesenen Naturparks.

Durch eine stärkere Vernetzung der touristischen Bestandsgebiete im Westerzgebirge und im Oberen Vogtland ist eine langfristig abgestimmte Entwicklung des Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“ zu einem einheitlichen und großräumigen Tourismusgebiet anzustreben. Dabei sind auch die Potenziale im Rahmen des grenzübergreifenden UNESCO-Projektes „Montanregion Erzgebirge“ zu nutzen. Spezifischen Vernetzungscharakter tragen dabei insbesondere Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Vermarktung von grenzübergreifenden Fahrrad-, Wander- und Skirouten bzw. Ferienstraßen. Diesbezüglich schon vorhandene Aktivitäten (Skimagistrale Erzgebirge- Krusné Hory, KAMMTour bzw. Rad- und Skibus) sind weiterzuentwickeln und durch entsprechend touristisch orientierte ÖPNV- Angebote [u.a. auch im Zuge der in Regionalplan Z 1.5.2 (Achse q) ausgewiesenen Verbindungsachse] wirksam zu unterstützen.

zu Z 1.8.6

Gesetzliche Grundlage für die staatliche Anerkennung von Kur- und Erholungsorten ist das Sächsische Kurortegesetz (SächsKurG) i. Z. m. der ANVO SächsKurG. Gegenwärtig sind die Sächsischen Staatsbäder Bad Brambach und Bad Elster sowie Bad Schlema staatlich anerkannte Kurorte. In ihnen werden knapp 1/3 aller Übernachtungen in der Planungsregion realisiert. Die Kurorte haben damit für die Region eine bedeutende Funktion als Arbeitsplatz-, Wirtschafts- und Imagefaktor.

Die sächsische Bädertradition, die an das Vorhandensein natürlicher Heilfaktoren (Heilquellen, Moor, Heilklima) kombiniert mit landschaftlichen Vorzügen gebunden ist, geht im Wesentlichen auf den Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Aufgrund der Auswirkungen der Gesundheitsreform sind neben den herkömmlichen Therapieangeboten zunehmend auch nachfrageorientierte gesundheitstouristische Wellnessangebote zu entwickeln und anzubieten. Darüber hinaus ist durch Kooperation und Vernetzung sowie die Nutzung von Synergien innerhalb der traditionellen Bäderregion im Dreiländereck Sachsen/Böhmen/Bayern die Konkurrenz- und Kooperationsfähigkeit der Kurorte zu sichern. Die Einbeziehung von Bad Schlema in entsprechende Strukturen (z. B. in die schon bestehende grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaft Kurherz Europa) ist zu prüfen.

Bad Elster

Bad Elster ist Sächsisches Staatsbad und staatlich anerkannter Kurort. Die Neuprädikatisierung der Gemeindeteile Bad Elster und Sohl als Mineral- und Moorheilbad entsprechend SächsKurG ist erfolgt. Bad Elster ist als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion Tourismus ausgewiesen (s. a. Regionalplan Z 1.2.1).

Die Kurbadtradition von Bad Elster hat ihre Grundlagen in den Mineralquellen und Moorkommen ihrer unmittelbaren Umgebung und wird ergänzt durch einen für die Erholung geeigneten Landschaftscharakter. Der Beginn der Entwicklung als Badeort reicht mit der Entdeckung der Mineralquellen bis ins 17. Jahrhundert zurück. Die Überprägung der ehemaligen ländlichen Ortsstruktur (Waldhufendorf) in Zusammenhang mit der funktionalen und baulich- räumlichen Umgestaltung von Bad Elster zum Badeort erfolgte im Wesentlichen im 19. Jahrhundert. Damit gehörte die Stadt zu den ersten damals entstehenden Kurbädern. Im Jahre 1848 wurde Bad Elster zum Staatsbad erklärt und erhielt 1935 Stadtrecht. Erst Anfang der 50er Jahre des 20. Jh. wurde jedoch der ganzjährige Kurbetrieb eingeführt. Knapp die Hälfte aller Übernachtungen im Vogtlandkreis insgesamt werden in Bad Elster realisiert. Der Kurort besitzt mit seinen ca. 550.000 Übernachtungen jährlich sowie der dritthöchsten Tourismusintensität (149 Übernachtungen je Einwohner) in Sachsen eine herausragende, landes- und bundesweite Bedeutung für das Kur- und Bäderwesen im Freistaat. Für die langfristige Sicherung ihrer überregionalen Bedeutung als Kurort ist Bad Elster durch eine funktionale Aufwertung und Attraktivitätssteigerung als Kur-, Freizeit- und Erholungsschwerpunkt weiter zu stärken und zu entwickeln.

Bad Brambach

Bad Brambach ist staatlich anerkannter Kurort, Mineralheilbad und Sächsisches Staatsbad. Die Neuprädikatisierung der Anerkennung nach SächsKurG erfolgte. Bad Brambach ist als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion Tourismus ausgewiesen (s. a. Regionalplan Z 1.3.1).

Die Kurbadtraditionen von Bad Brambach haben ihre Grundlage in zahlreichen Mineralquellen, insbesondere auch in einer starken Radonquelle, die traditionell tlw. auch gewerblich genutzt werden. Die Entdeckung der Wetтинquelle im Jahre 1910 war Auslöser für die Kurortentwicklung. Entscheidende weitere Impulse für die Entwicklung als Kur- und Erholungsort ergaben sich durch die Erbohrung weiterer neuer Quellen sowie den Ausbau des deutlich vom alten Ortskern getrennt liegenden Badeviertels in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Seit 1922 trägt Brambach die Bezeichnung Bad. Jährlich werden in Bad Brambach ca. 85.000 Übernachtungen realisiert.

Bad Brambach hat einen besonderen Entwicklungsbedarf hinsichtlich der langfristigen funktionalen Stabilisierung seiner Kurortfunktion insbesondere durch eine Aufwertung und Ergänzung der Kureinrichtungen (Kurparkbereich) und eine Bedeutungszunahme als Schwerpunkt für naturbezogene Erholung.

Bad Schlema

Bad Schlema ist staatlich anerkannter Kurort und Heilbad entsprechend SächsKurG. Seit den 20/30er Jahren des 20. Jahrhunderts bis zum Beginn des Uranerzabbaus (1951) war Schlema mit seinem Gemeindeteil Oberschlema als Radiumbad ein Begriff. Der nach dem 2. Weltkrieg einsetzende Uranerzbergbau führte jedoch zum vollständigen Verlust der Kurortfunktion, erheblichen Landschaftsschäden und Deformationen der Ortsstruktur sowie Imageschäden für die Gemeinde. Nach der politischen Wende 1989 kam es in Zusammenhang mit dem Verlust der wirtschaftspolitischen Bedeutung zu einer vollständigen Einstellung der Uranerzförderung. Seit 1991 sind mit dem Wismutgesetz sowohl die gesetzlichen als auch die finanziellen Voraussetzungen für eine umfassende Sanierungstätigkeit der Uranerzbergbauschäden gegeben. Diese waren Grundlage für die von der Gemeinde Schlema angestrebte, auf den vorhandenen Traditionen als Heilbad aufbauende, Wiederbelebung und Weiterentwicklung der Kur- und Erholungsfunktionen. Dabei sollte mit der Revitalisierung sowohl funktionell als auch weitgehend standörtlich an die traditionellen Kur- und Erholungsnutzungen im Gemeindeteil Oberschlema angeknüpft werden. Das 1998 neu errichtete Kurmittelhaus mit Gesundheitsbad sowie das Ärztehaus waren dazu wichtige Meilensteine und gewährleisteten eine umfassende medizinische Betreuung für Kurgäste und Erholungssuchende. Mit der Kurortentwicklung konnte auch ein teilweiser wirtschaftlicher Ausgleich für die weggefallenen industriell-gewerblichen Nutzungen in der Gemeinde erfolgen sowie Freizeit- und Naherholungsangebote ergänzt werden. In Anerkennung der Bemühungen und der erreichten Fortschritte und Ergebnisse bei der Sanierung der Uranerzbergbaufolgen in Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Kur- und Erholungsfunktion wurde der Gemeinde Schle-

ma mit Beschluss der Sächsischen Staatsregierung am 18. Januar 2005 die Bezeichnung „Bad“ verliehen. Mit dieser Bezeichnung ist auch ein erheblicher Imagegewinn für die Gemeinde verbunden, der für die zukünftige funktionelle und wirtschaftliche Stärkung und Entwicklung der Kur- und Erholungsfunktion in Bad Schlema sowie für die regionale und überregionale Vermarktung der Gemeinde von erheblicher Bedeutung ist. Nachdem bis 1995 keinerlei Übernachtungen in Bad Schlema statistisch ausgewiesen werden konnten, erfolgte von 1996 - 2006 eine Steigerung der Übernachtungszahlen von 11.800 auf ca. 33.000. Diese Entwicklung ist eindrucksvoller Beleg der wachsenden Bedeutung der Gemeinde als Kurort.

Die nachhaltige Stabilisierung und der weitere Ausbau der Kur- und Erholungsfunktion in Bad Schlema kann aufgrund des historischen Erbes der Gemeinde weiterhin nur langfristig und schrittweise erfolgen und bedarf hinsichtlich der noch anstehenden Sanierungs- und Entwicklungsaufgaben auch weiterhin einer zielgerichteten, zweckmäßig und lang andauernden wirtschaftspolitischen Unterstützung.

zu Z 1.8.7

In der Region sind drei Gemeinden bzw. ihre Gemeindeteile als Kurorte und dreizehn als staatliche anerkannte Erholungsorte ausgewiesen. Dabei ist in 8 Erholungsorten noch keine Neuprädikatisierung erfolgt (siehe Liste der Sächsischen Kur- und Erholungsorte 2006). Somit besteht in der Hälfte aller Erholungsorte der Region in den nächsten fünf Jahren ein Bedarf zur Neuprädikatisierung entsprechend des SächsKurG.

Die langfristige gesicherte staatliche Anerkennung als Erholungsort (Neuprädikatisierung) ist für den Bestandserhalt und die Weiterentwicklung der touristischen Angebote sowie Infrastruktur und damit des Wirtschaftsfaktors Tourismus insgesamt von erheblicher Bedeutung. Dies ist von umso größerer Relevanz, da in den Kur- und Erholungsorten ca. 60 % aller Übernachtungen der Region realisiert werden und sich alle Orte im ländlichen Raum (Ausnahme Bad Schlema) bzw. in Räumen mit besonderem Landesplanerischen Handlungsbedarf (s. LEP 2003 Kapitel 3.3 bzw. Karte 5, Ausnahme Hartenstein) befinden, demgegenüber die Kriterien des LEP 2003 zur Ausweisung der besonderen Gemeindefunktion Tourismus jedoch nur von drei Erholungsorten (Eibenstock, Klingenthal und Schöneck, siehe dazu auch Regionalplan Z 1.3.1) sicher erfüllt werden können.

zu Z 1.8.8

Die Städte mit ihren regional bedeutsamen bzw. über die Landesgrenze hinaus bekannten historisch wertvollen städtebaulichen Strukturen oder kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten sowie bedeutenden kulturellen Einrichtungen sind in ihrer Funktion als touristische Schwerpunkte der Region zu stärken und weiterzuentwickeln.

Insbesondere die westerzgebirgischen Bergstädte Schneeberg, Aue, Lößnitz und Schwarzenberg/Erzgeb. als lange Zeit vom mittelalterlichen Bergbau geprägte, an der „Silberstraße“ gelegene Städte mit einer Vielzahl hochwertiger Kulturdenkmale (z. B. St. Wolfgangskirche in Schneeberg, Altstadt, Schloss und Kirche in Schwarzenberg/Erzgeb.) und kultureller Einrichtungen (z. B. Museum für bergmännische Volkskunst, Erzgebirgssensemble Aue, FH für angewandte Kunst Schneeberg, Waldbühne und Naturtheater Schwarzenberg/Erzgeb.) sind besonders geeignet, gemeinsam zu einem regional und überregional bedeutsamen Schwerpunkt des Städtetourismus entwickelt zu werden. Durch Fortsetzung der Bemühungen zur Erhaltung und Aufwertung der historisch bedeutenden Altstadtbereiche, ansprechende Darbietung der zahlreichen Sehenswürdigkeiten, abwechslungsreiche touristische Angebote und zunehmend interkommunal abgestimmte Entwicklungen mit benachbarten Tourismusschwerpunkten im Westerzgebirge kann der Tourismus in diesen Städten weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Städtegruppe Mylau, Netzschkau und Reichenbach im Vogtland ist insbesondere als Anlieger der Göltzschtalbrücke (größte Ziegelbrücke der Welt), die Burg Mylau, Schloss Netzschkau sowie die Nähe zum Kuhberggebiet und zur Talsperre Pöhl für eine gemeinsame Entwicklung als regional bedeutsamer Schwerpunkt des Städtetourismus geeignet. In diese Entwicklung sollte landesgrenzenübergreifend auch die kulturhistorischen, kulturellen und landschaftlichen Potenziale der thüringischen Stadt Greiz mit einbezogen werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Städten sollte insbesondere auch im Hinblick auf die Nutzung, Ergänzung und den Ausbau der touristischen Infrastruktur gezielt

weiterentwickelt und unterstützt werden. Hinsichtlich der Aufwertung der touristischen Attraktivität ist besonders auf die weitere Sanierung der Stadtkerne und die Revitalisierung der zahlreichen Industriebrachen zu achten. Wertvolle Industriearchitektur sollte erhalten und touristisch wirksam gemacht werden. Potenziale zur Steigerung des regionalen und überregionalen Bekanntheitsgrades als touristisches Zielgebiet sowie zur Realisierung dafür geeigneter gemeinsamer, nachhaltig wirkender Projekte ergeben sich für die Kommunen Elsterberg, Greiz, Mylau, Netzschkau und Reichenbach im Vogtland im Rahmen ihrer interkommunalen Zusammenarbeit im Städteverbund Nordöstliches Vogtland insbesondere auch durch die Ausrichtung des Tages der Sachsen 2007 sowie der 5. sächsischen Landesgartenschau 2009 in Reichenbach im Vogtland.

Die Städte Oelsnitz/Vogtl. m. den touristischen Entwicklungen an der Talsperre Pirk, Adorf/Vogtl. und Markneukirchen sowie Falkenstein/Vogtl., Auerbach/Vogtl. und Rodewisch sollen durch den Erhalt ihrer kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten und kulturellen Einrichtungen, durch Sanierung ihrer Stadtzentren und Erweiterung ihrer Freizeitangebote als regional bedeutsame Schwerpunkte des Städtetourismus in Übereinstimmung mit der Gesamtentwicklung der Tourismusgebiete im Vogtland weiterentwickelt werden.

Die Stadt Crimmitschau soll vor allem aufgrund ihrer vorhandenen industriegeschichtlichen Traditionen und Potenziale als regional bedeutsamer Schwerpunkt des Städtetourismus ausgebaut werden. In Zusammenhang mit der Integration des Westsächsischen Textilmuseums im Zweckverband „Sächsisches Industriemuseum“ ist die Erhaltung und Revitalisierung der vorhandenen regional bedeutsamen Industriearchitektur und deren Nutzung für touristische Zwecke ein wesentlicher Entwicklungsschwerpunkt. Außerdem sollen weitere kulturelle, sportliche und touristische Potenziale der Stadt Crimmitschau regional und überregional wirksam gemacht und zunehmend vernetzt weiterentwickelt werden (u. a. Erlebnisbad und Campingplatz Mannichswalde, Deutsches Landwirtschaftsmuseum Schloss Blankenhain/Sachsen- Freilichtmuseum der ländlichen Kultur, Technik und Arbeit für Mitteleuropa, Zisterzienserkloster Frankenhausen, Zunft- und Handelsmarkt Crimmitschau, Töpfermarkt Gablenz, Spiele des ETC im Kunsteisstadion Crimmitschau).

zu G 1.8.9

Sonstige Orte mit besonderer Erholungsfunktion sind Ausflugsorte und sonstige Tourismusorte der Region, die keine staatliche Anerkennung entsprechend des Sächsischen Kurortgesetzes (SächsKurG) besitzen bzw. beantragt haben, nicht als Gemeinde mit besonderer Gemeindfunktion entsprechend Regionalplan Z 1.3.1 ausgewiesen sind, in denen jedoch Tourismus und Erholung eine besondere Bedeutung besitzen. Sie verfügen über touristische Potenziale bzw. auch über touristische Traditionen als Ausflugs- und/oder Erholungsorte, deren Erhalt, Ausbau und Weiterentwicklung zur Ergänzung der touristischen Angebote in den Kur- und Erholungsorte in den Tourismus- und Erholungsgebieten beiträgt bzw. beitragen kann. Ihrer touristischen Bedeutung als Ausflugsort entsprechend besteht in einigen dieser Orte auch die Möglichkeit der Verlängerung der Öffnungszeiten von Verkaufsstellen entsprechend § 10 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß (LadSchlG) i. Z. m. § 1 der Ladenschlussverordnung (LSchlVO) und § 7 Abs. 2 des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes (SächsLadÖffG). Der Ausbau der touristischen Infrastruktur in den sonstigen Orten mit besonderer Erholungsfunktion sollte vorrangig auf eine siedlungs- und landschaftsverträgliche Einordnung von Freizeiteinrichtungen, regionstypische Gastronomieangebote und Übernachtungsmöglichkeiten in Pensionen und Privatunterkünften sowie auf die naturbezogene Erholung gerichtet werden.

zu G 1.8.10

In der Region gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichsten Zeugen der Industriegeschichte (s. a. Regionalplan Kap. 1.1 i. V. m. Karte 2 „Siedlungswesen“) sowie des historischen Bergbaus einschließlich des Uranerzbergbaus der Nachkriegszeit. Diese Sachzeugen stellen ein spezifisches touristisches Potenzial dar, das durch Einbeziehung in die touristischen Angebote mit den historischen und kulturellen Besonderheiten der Region bekannt macht und zur Unverwechselbarkeit der Tourismus- und Erholungsgebiete beitragen kann. Das gilt auch für die historischen Brückenbauwerke, insbesondere im Vogtland und im Zwickauer Raum, die zukünftig, wie mit der Göltzschtalbrücke bereits begonnen, wesentlich stärker in die touristische Vermarktung einbezogen werden sollten.

In gleicher Weise trägt die Brauchtumspflege in Verbindung mit der Sicherung des regionstypischen Handwerkes und deren Einbeziehung in touristische Angebote zur Unverwechselbarkeit der Region

als Tourismusgebiet bei. Diesbezüglich für den Tourismus wirksame Aktivitäten sollten besonders unterstützt und gefördert werden.

zu G 1.8.11

Ferienstraßen sind Routen, die unter einem bestimmten kulturellen oder landschaftlichen Themenschwerpunkt zu ausgewählten Sehenswürdigkeiten führen. Sie sollen das Kennenlernen von wesentlichen und für die Region und das Land Sachsen charakteristischen natur- und kulturräumlichen Besonderheiten zum touristischen Erlebnis machen.

Die insgesamt ca. 230 km lange „Silberstraße“ als erste sächsische Ferienstraße verläuft von Zwickau über Freiberg nach Dresden. In der Region verbindet sie im Zuge der B 93 und B 101 sowie der Eisenbahnstrecke Zwickau – Schwarzenberg/Erzgeb. im Zwickauer Raum und im Westerzgebirge die von den verschiedensten bergbaulichen Tätigkeiten geprägten oder berührten Orte wie z. B. Zwickau, Wilkau-Haßlau, Hartenstein, Schneeberg, Bad Schlema, Aue, Schwarzenberg/Erzgeb. miteinander. Entlang der Ferienstraße wird i. S. eines großräumigen „Freilichtmuseums“ die historische und wirtschaftliche Entwicklung des Erzgebirges als Landschafts-, Kultur- und Wirtschaftsraum verdeutlicht, dessen Reichtum insbesondere durch den Abbau von umfangreichen Silbererzlagern im Mittelalter begründet wurde. Sie führt durch eine abwechslungsreiche Mittelgebirgslandschaft und verbindet eine Kette historischer Bergstädte, die auch heute noch erkennbar baulich und kulturell durch den Bergbau, die von ihm ausgehenden Impulse und mit ihm verbundenen Traditionen geprägt sind (siehe dazu auch Regionalplan Z 1.1.7 und Karte 2 „Siedlungswesen“ bzw. Z 2.1.2.6 und Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“). Die Besucher werden mit Zeugen des Altbergbaus (technische Denkmale, Schaubergwerke, Erzschlämmen) bekanntgemacht. Sie können in Museen und Heimatstuben sowie bei Festen und Veranstaltungen Lebensweise, Brauchtum und regionstypische handwerkliche Traditionen kennenlernen. Darüber hinaus finden die Touristen eine Vielzahl kulturhistorischer Sehenswürdigkeiten, die auf der Grundlage und im Zusammenhang mit den reichen Silberfunden entstanden sind. Die zukünftige Attraktivität der „Silberstraße“ als Ferienstraße hängt sowohl vom qualitativen Ausbau und der Ergänzung ihrer touristischen Infrastruktur als auch von der Beseitigung der Deformationen und Altlasten als Folgen des Uranerzbergbaus im Landschaftsbild sowie in den Siedlungs- und Ortsstrukturen ab. Dabei sollte bei der weiteren Ausgestaltung der „Silberstraße“ jedoch konsequent auf den Erhalt ihrer traditionellen Unverwechselbarkeit und Einzigartigkeit als Grundlage ihrer touristischen Wirksamkeit geachtet werden.

zu G 1.8.12

Der Skilanglauf stellt einen wesentlichen Schwerpunkt der wintersportlichen Freizeitaktivitäten insbesondere in den höheren Lagen des Westerzgebirges sowie des Oberen Vogtlandes dar. Überregionale bzw. landes- und bundesweite Bedeutung besitzt dabei die Kammloipe von Schöneck nach Johanngeorgenstadt. Zusammen mit der für ein Mittelgebirge relativ hohen Schneesicherheit stellt die Kammloipe mit ihrer Vielzahl von Anschluss- und Ortsloipen ein attraktives und qualitativ hochwertiges Loipensystem und damit für die unterschiedlichsten Ansprüche und Nutzergruppen ein Wintersportangebot mit Alleinstellungsmerkmalen dar. Zum Erhalt und zur Attraktivitätssteigerung der Kammloipe in Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung der „Skimagistrale Erzgebirge - Krusné Hory“ als touristischer Schwerpunkt ist deshalb neben der Entwicklung von allgemeinen touristischen Angeboten (z. B. buchbaren Pauschalen) sowie einer weiteren Vernetzung und Einbindung bestehender Strecken gemeinsam mit den sächsischen und tschechischen Partnern auch auf den Ausbau und die (Nutzungs)Erweiterung des Loipennetzes insgesamt hinzuwirken. Die Möglichkeiten der An- und Verbindung von ausgewählten, regional bedeutsamen „Einstiegsstellen“ der Skimagistrale an und mit dem ÖPNV, auch grenzüberschreitend, ist anzustreben.

zu G 1.8.13

Entsprechend LEP 2003 G 8.13 sollen in den Regionalplänen Gewässer bzw. Gewässeranteile, an denen eine Neuerschließung bzw. Erweiterung der Erholungs- oder Sportnutzung grundsätzlich möglich ist, in den Regionalplänen ausgewiesen werden. Nach § 34 Abs. 1 SächsWG unterliegt das Befahren von Gewässern mit kleinen Booten ohne eigene Triebkraft dem Gemeingebrauch.

Die Zwickauer Mulde und die Weiße Elster sind als einzige Gewässer der Region bei natürlicher Wasserführung in Teilabschnitten potenziell mehrmonatlich kanutouristisch nutzbar. Durch die Schaffung

entsprechender touristischer Infrastruktur (geeignete Ein- und Ausstiege, Rastplätze, Beschilderung) ist hier ein spezifisches und ergänzendes, auf den individuellen Aktivtourismus orientiertes regionales Erholungspotenzial erschließbar. Die für den Kanutourismus geeigneten Abschnitte der Weißen Elster und der Zwickauer Mulde liegen jedoch weitgehend in Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung entsprechend FFH- Richtlinie (Elstertal oberhalb Plauen und Elstersteilhänge bzw. Muldetal bei Aue und Mittleres Zwickauer Muldetal). Der zukünftige Ausbau der Nutzung der Gewässer für den Kanutourismus ist deshalb hier ausschließlich unter Beachtung der sich daraus ergebenden Anforderungen möglich.

zu 2 Freiraumstruktur

zu Z 2.0.1

Aufgrund ihrer Spezifik kann für Infrastrukturmaßnahmen die Inanspruchnahme Schutzbedürftiger Bereiche von Freiräumen, die als Vorranggebiete ausgewiesen sind, nicht generell ausgeschlossen werden.

Zulässig sind erforderlichenfalls regional und überregional bedeutsame Infrastrukturmaßnahmen gemäß Kap. 3 des vorliegenden Planes, sofern nachweislich keine realisierbaren Trassenalternativen außerhalb ausgewiesener Vorranggebiete bestehen. Zulässige Vorhaben sind unter der genannten Voraussetzung im Bereich der Straßeninfrastruktur die in Z 3.1.2.2, Z 3.1.2.3, Z 3.1.2.4 und Z 3.1.2.5 genannten Einzelmaßnahmen sowie im Bereich der Schieneninfrastruktur die nachrichtlich im Regionalplan dargestellten Neubaumaßnahmen im Zuge der Sachsen-Franken-Magistrale (vgl. hierzu LEP Z 10.5 und 10.6 und FEV Z 2.2 und G 2.5 i. V. m. Zielkarte „Verkehrsinfrastrukturentwicklung“) einschließlich der Neubaumaßnahme „Dennheritzer Kurve“.

Weitere Maßnahmen im Sinne des vorliegenden Zieles stellen überörtliche Leitungstrassen dar, die zwingend im Bereich von Vorranggebieten realisiert werden müssen.

In den genannten Fällen ist sicherzustellen, dass durch Wahl der konfliktärmsten Variante die konkret betroffenen Schutzfunktionen so gering wie möglich beeinträchtigt werden. Im Rahmen erforderlicher Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen für unvermeidbare Eingriffe in Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen ist durch geeignete Maßnahmen auf eine Wiederherstellung beeinträchtigter überörtlich bedeutsamer Freiraumfunktionen hinzuwirken. Hierzu ist sowohl ein funktionaler als auch ein entsprechender räumlicher Bezug der Kompensationsmaßnahmen zum Eingriffsvorhaben erforderlich. Abhängig vom Einzelfall kann unter Berücksichtigung des regionalen Betrachtungsmaßstabs sowie der regelmäßig im direkten Umfeld von Eingriffsvorhaben zu erwartenden dauerhaften Störungen hierbei durchaus ein weiter räumlicher Bezug noch sachgerecht sein. Ausgeschlossen ist jedoch eine gebiets- bzw. naturraumexterne Kompensation, die zu dem betroffenen Gebiet keinen räumlich-funktionalen Zusammenhang aufweist.

zu 2.1 Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft

zu 2.1.1 Leitbilder für Natur und Landschaft (in Verbindung mit Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“)

Die Leitbilder stellen ein übergeordnetes Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in der Region dar. Sie richten sich konzeptionell schwerpunktmäßig auf die jeweiligen naturraumspezifischen Besonderheiten und Eigenarten. Allgemeingültige Vorgaben zur Landschaftsentwicklung sowie räumliche und fachbezogene Konkretisierungen erfolgen demgegenüber primär durch die Planteile 2.1.2 bis 2.2.2. Die Grundlage für die Erarbeitung der Leitbildaussagen bilden die naturräumlichen Potenziale, der gegenwärtige Nutzungszustand, kulturgeschichtliche Besonderheiten sowie vorhandene oder sich aus aktuellen Entwicklungstendenzen ergebende Problemfelder.

Bezugsraum der Leitbilder für Natur und Landschaft sind die naturräumlichen Einheiten der Region als Teilräume mit vergleichbaren natürlichen Standortvoraussetzungen und Nutzungsbedingungen.

Vogtland

Das Vogtland stellt naturräumlich das Bindeglied zwischen dem Erzgebirge, dem Thüringer Schiefergebirge und dem Fichtelgebirge dar. Aufgrund einer geringeren Heraushebung im Zuge der tertiären Kippung der Rumpffläche besteht gegenüber dem Oberen Westerzgebirge ein Höhenunterschied von rund 200 m. Markantes Zeichen dieser Höhendifferenz ist die Stufe von Schöneck/Vogtl. .

Im Vogtland dominieren Hochflächen mit eingestreuten flachen Schwellen und gesteinsbedingten Kleinkuppenlandschaften sowie meist weitständigen, tief eingeschnittenen Haupttälern. Hauptgesteinsarten sind Ton- und Schluffschiefer, Konglomerate, Grauwacken, Phyllite sowie im Raum Bad Brambach Glimmerschiefer, die durch Diabase und intrusive Granitmassive durchragt werden. Entlang des Elsterlaufs finden sich von Oelsnitz/Vogtl. abwärts Hochterrassen aus abgelagerten Sanden, Kiesen und Schottern. Im Zusammenhang mit tiefreichenden Störungen steht das Vorkommen von Heilquellen im Oberen Vogtland.

Aufgrund von Leewirkungen sind mit Ausnahme der höheren Lagen am Erzgebirgsrand und im Elstergebirge vergleichsweise geringe Niederschlagsmengen - vielfach unter 700 mm - zu verzeichnen. Die Umgebung von Plauen ist mit Jahresniederschlagssummen unter 600 mm der niederschlagsärmste Teil des Regierungsbezirkes. Schneesichere obere Lagen fehlen.

Im Vogtland herrschen überwiegend lehmige bis tonige Verwitterungsböden mäßiger Bodengüte vor, die ein geringes Versickerungsvermögen aufweisen. Während bei trockener Witterung die Bodenwasserreserven schnell erschöpft sind, führt starke Niederschlagstätigkeit zu hohem Oberflächenabfluss und damit verbundener Erosion vor allem in stärker geneigten Lagen.

Eine Ausnahme bildet der Bereich des Mittelvogtländischen Kuppenlandes, wo mit den nährstoffreichen Böden der Diabasgesteine und günstigen klimatischen Verhältnissen gute Voraussetzungen für den Ackerbau vorliegen.

Kleinräumig konnten sich in Geländemulden und auf Hochflächen mit verzögertem Wasserabfluss darüber hinaus verschiedene Moortypen entwickeln, u. a. bei Altmannsgrün, Raun, Irfersgrün sowie Bad Linda.

Hinsichtlich der potentiellen natürlichen Vegetation dominieren collin-submontane Birken-Stieleichen-Wälder, zu denen auf etwas besseren Böden auch Hainsimsen-Eichen-Buchenwälder hinzutreten. Für das südostvogtländische Luvgebiet sind montane Tannen-Buchen-Fichten-Wälder charakteristisch. Im Elstergebirge sind aufgrund der Leelage und der zur Trockenheit neigenden Böden kiefernreiche Ausbildungen der Wälder typisch. In den kollinen Teilen des Mittelvogtländischen Kuppenlandes weisen wärmebegünstigte Standorte, besonders auf den Sonnenhängen der Täler und auf den flachgründigen Kuppenstandorten, Eichentrokenwälder auf.

Die reale Vegetation zeigt in vielen Bereichen noch die genannte naturnahe floristische und dazugehörige faunistische Zusammensetzung mit einer Vielzahl gefährdeter Biotoptypen. Insbesondere das mittelvogtländische Diabasgebiet beinhaltet einen besonderen floristischen und faunistischen Reichtum.

Ausgehend von den natürlichen Verhältnissen hat sich eine weitgehend ausgewogene und vielfältige Nutzungsverteilung von landwirtschaftlich genutzten Bereichen (Acker- und Grünlandnutzung), Waldkomplexen unterschiedlicher Größe sowie örtlich zusätzlich Fischeichen entwickelt. Von Mittleren zum Oberen Vogtland steigt der Waldanteil dabei von durchschnittlich etwa 20 % auf 50 % an.

Große ausgeräumte Agrarfluren befinden sich räumlich begrenzt schwerpunktmäßig in den landwirtschaftlichen Gunstbereichen des Plauener Umlandes sowie im Reichenbacher Raum.

Der überwiegende Teil des Vogtlandes ist ländlich geprägt. Die Siedlungsformen wechseln vom Teichangerdorf im Norden über noch erkennbare Rundlingsdörfer zu den insgesamt dominierenden Waldhufendörfern im Süden. Charakteristisch für den walddreichen Süden des Vogtlandes sind darüber hinaus Streusiedlungen.

Die bedeutendsten städtisch-industriellen Zentren sind die kreisfreie Stadt Plauen, Oelsnitz/Vogtl. sowie die Städte des Göltzschtals. Einen Schwerpunkt der weiteren Urbanisierung mit Auswirkungen auf den Umlandbereich stellt besonders das Oberzentrum Plauen dar.

Die abwechslungsreiche vogtländische Landschaft mit zahlreichen gebietstypisch erhaltenen Siedlungen sowie baulichen und kulturellen Besonderheiten begründet eine zunehmende Bedeutung des Gebietes für den Tourismus. Zur Sicherung der vorhandenen Attraktivität ist neben der sorgfältigen Abstimmung künftiger Siedlungs- und Infrastrukturvorhaben die Lösung spezifischer Konflikte, u. a. der aus der Konzentration von Bergbau-Altresten resultierenden Probleme, erforderlich.

West- und Mittelerzgebirge

Der Anteil der Region Südwestsachsen an der Erzgebirgischen Pultscholle umfasst naturräumlich das Westerzgebirge sowie - östlich des Schwarzwasser- und Muldentals - Teile des Mittelerzgebirges. Mit dem zum Einzugsgebiet der Zwota gehörenden Raum um Klingenthal hat die Region Südwestsachsen darüber hinaus Anteil an der ansonsten auf böhmischem Gebiet befindlichen Erzgebirgs-Südabdachung, die gegenüber der wesentlich schwächer geneigten Nordabdachung eine besonders kontrastreiche Landschaftseinheit darstellt.

Das Erzgebirge wird durch ein vielgestaltiges Täler- und Hochflächenmosaik gegliedert. Prägende Elemente bilden die vorherrschenden Kerbsohlentäler, deren Unregelmäßigkeit und wechselnde Laufrichtung besonders dem Westerzgebirge ein abwechslungsreiches Relief verleihen.

Im westlichen Teil des Erzgebirges dominieren Phyllite und Glimmerschiefer. Granitintrusionen mit ihren Kontaktschiefern bestimmen das Gebiet um Eibenstock und Kirchberg.

Die zunehmende Höhenlage bedingt eine ausgeprägte klimatische Differenzierung. Bei sinkenden Jahresmitteltemperaturen steigen die Jahresniederschläge von rund 700 mm am Gebirgsrand bis über 1 000 mm im Kammgebiet an. Aufgrund der nach Westen zunehmenden atlantischen Prägung weist das Auersberggebiet mit über 1 200 mm die höchsten jährlichen Niederschlagssummen innerhalb des gesamten Erzgebirges auf.

Aus den Gesteinsverwitterungsdecken haben sich überwiegend karge Böden gebildet, die in den oberen Lagen auf unvernässten Standorten als Podsole ausgeprägt sind, während in den mittelhohen Lagen Braunpodsole dominieren. Die unteren Lagen weisen mit Braunpodsohlen durchsetzte Braunerden geringen bis mäßigen Nährstoffreichtums auf.

Klimatisch bedingt entstanden Torfböden und die ökologisch besonders bedeutsamen Mooregebiete. Neben der Lebensraumfunktion für gefährdete Tier- und Pflanzenarten ist vor allem die ausgleichende Wirkung dieser Bereiche auf den Niederschlagsabfluß bedeutsam.

Wesentlich ist darüber hinaus die insgesamt hohe Bedeutung der walddreichen oberen Gebirgslagen als Trinkwasserreservoir.

Die natürliche Vegetation des Erzgebirges wurde vom herzynischen Bergmischwald dominiert, der sich aus Buche, Tanne und Fichte zusammensetzte. In den durch rauhe Klimaverhältnisse geprägten Kammlagen stockte der Wollreitgras-Fichtenwald, der mit zahlreichen Hochmoorflächen durchsetzt war. Auf wärmeren, meist südexponierten Hängen, sowie auf trockeneren Sonderstandorten wuchs die Kiefer, in tieferen Lagen auch die Stieleiche. Während der Rodungszeit im 12. und 13. Jahrhundert wurde der Wald vorwiegend auf arme Böden und schwer zugängliche Standorte zurückgedrängt. Bergbau und beginnende Industrialisierung bedingten die überwiegende Abholzung des Bergwaldes mit der Folge großflächiger Fichtenaufforstungen seit dem beginnenden 19. Jahrhundert. Starke Luftverschmutzung führte besonders in den Kammlagen zu Immissionsschäden der Wälder.

Als Lebensräume gefährdeter Arten, darunter Arten mit großräumigen Habitatsprüchen stellen gegenwärtig vor allem die ausgedehnten Wald- und Mooregebiete der oberen Gebirgslagen, naturnahe Waldbestände, unverbaute Talabschnitte und Feuchtgebiete sowie Bergwiesenkomplexe besonders schutzbedürftige Bereiche dar.

Die ursprüngliche bäuerliche Erschließung reichte im westlichen Erzgebirge bis etwa 500 - 600 m. Dem erkennbaren Wechsel der Orts- und Flurstrukturen zwischen den agrarisch geprägten unteren Lagen mit den dominierenden großen Waldhufendörfern und den durch einen hohen Bewaldungsanteil gekennzeichneten höheren Gebirgslagen folgend ist die Unterscheidung in Unteres und Oberes West- bzw. Mittelerzgebirge üblich. Im Oberen Erzgebirge sind die in der Regel durch Berg- oder Waldarbeiter begründeten Streusiedlungen besonders erhaltenswert.

Einen bestimmenden Faktor für die Entwicklung des Erzgebirges, insbesondere die Entstehung der heutigen städtisch-industriellen Zentren, stellt der seit dem Mittelalter umgehende Erzbergbau dar. Erhebliche ökologische Probleme hinterließ der Uranerzbergbau der vergangenen Jahrzehnte.

Vor allem die höheren Lagen des Erzgebirges bieten aufgrund ihres Waldreichtums, der Reliefvietalt und der relativen Schneesicherheit günstige Voraussetzungen für die naturbezogene Erholung. Die Sicherung der landschaftlichen Vielfalt und Eigenart bildet die Voraussetzung für die weitere Entwicklung dieses traditionellen Tourismusgebietes als Kulturlandschaft von überregionaler Bedeutung.

Erzgebirgsbecken

Das Erzgebirgsbecken als Teil des zur sächsischen Gefildezone überleitenden Erzgebirgsvorlandes bestimmt den nördlichen Bereich der Region Südwestsachsen.

Das durchschnittliche Höhenniveau des Erzgebirgsbeckens beträgt etwa 300 m. Vorherrschend ist ein Berg- und Hügellandklima mit einer mittleren Lufttemperatur von etwa 8°C und einer jährlichen Niederschlagssumme von rund 700 mm. Regionalklimatische Besonderheiten stellen die besonders im Winterhalbjahr auftretenden Inversionslagen sowie Föhneffekte bei südlichen Windrichtungen dar.

Kennzeichnend für das Erzgebirgsbecken sind die Sedimentgesteine und Vulkanite des Rotliegenden. Durch Verwitterung der wenig widerstandsfähigen Sedimentgesteine entstand der Beckencharakter des Landschaftsraumes, der vor allem im Bereich der ausgedehnten Talweitung der Zwickauer Mulde deutlich hervortritt.

Als mehrstufiges Terrassensystem begleiten pleistozäne Kies- und Sandablagerungen die Flußläufe. Von hoher rohstoffwirtschaftlicher Bedeutung sind tertiäre Kiessande, die als isolierte Reste einer ehemals zusammenhängenden Decke auf den Hochflächen auftreten.

Charakteristisch ist neben einer hohen Taldichte die durch eiszeitliches Bodenfließen bedingte Asymmetrie der Täler. Die flacheren nord- und ostexponierten Hänge der Seitentäler sind durch Lößaufwehungen gekennzeichnet.

Der Anteil der schwerpunktmäßig im Norden des Gebietes verbreiteten Lößderivatböden geht mit zunehmender Höhenlage zurück. Insgesamt dominieren Braunerden - bei geringer Hangneigung meist als Braunstaugleye oder Staugleye - sowie Auenböden. Mit ihrem Nährstoffreichtum stellen die Böden des Erzgebirgsbeckens die wertvollsten Agrarstandorte der Region dar.

Begrenzt ist die Ergiebigkeit des Wasserdargebotes. Die in den Sand- und Schotterkörpern der Talauen vorhandenen Grundwasservorkommen decken den Bedarf des bevölkerungsreichen Gebietes nur zum Teil. Starke Industrialisierung und hohe Einwohnerdichte führten darüber hinaus zu einer erheblichen Belastung der Fließgewässer.

Die hohe Bodenfruchtbarkeit des Erzgebirgsbeckens bildet die Grundlage einer umfassenden und intensiven landwirtschaftlichen Nutzung. Weite Bereiche sind ausgesprochen waldarm. Der Werdauer Wald, Weißenborner, Schäbigt- und Harthwald sowie das Waldgebiet östlich Ortmannsdorf sind als die größten zusammenhängenden Wälder im betrachteten Gebiet von besonderer ökologischer Bedeutung und hohem Erholungswert.

Schwerpunkte des Naturschutzes sind weiterhin naturnahe Auenbereiche und Talhänge, Stillgewässer, Sekundärbiotope der Abbaugelände sowie Elemente der traditionellen Kulturlandschaft, wie Streuobstwiesen und Flurgehölze. Von Bedeutung ist die Neuanlage gliedernder Landschaftsstrukturen in großflächig ausgeräumten Agrarbereichen.

Langgestreckte Waldhufendörfer im Zuge der zahlreichen Täler weisen auf die planmäßige bäuerliche Erschließung des Erzgebirgsbeckens hin.

Die Nutzung der vorhandenen Steinkohlevorkommen und weiterer Bodenschätze bildete die Grundlage für eine umfassende wirtschaftliche Entwicklung und die Entstehung urban- industrieller Strukturen, die den Raum heute über die entstandenen Städte hinaus prägen.

Zur Sicherung der Lebensqualität ist Umweltaspekten - insbesondere der Sanierung industrieller und bergbaulicher Altlasten, dem Schutz vorhandener Freiräume sowie den Belangen des Immissions-schutzes - bei der weiteren Entwicklung des Gebietes eine besondere Bedeutung beizumessen.

zu 2.1.2 Landschaftsbild und Kulturlandschaft

zu G 2.1.2.2

Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben)

Als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben) werden ausgehend von LEP 2003 Z 4.1.9 Bereiche mit besonderer landschaftlicher Erlebniswirksamkeit ausgewiesen, deren Charakter als Voraussetzung einer landschaftsbezogenen Erholung gesichert werden soll. Einbezogen sind insbesondere als Schutzzonen des Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“ gesicherte sowie unter Landschaftsschutz stehende oder für eine Unterschutzstellung vorgesehene Bereiche, soweit diese nicht eine vorwiegend örtliche Erholungsfunktion wahrnehmen oder durch teilräumliche Vorbelastungen in ihrer Erlebniswirksamkeit dauerhaft beeinträchtigt sind.

Ausgewiesen werden Bereiche mit hoher und sehr hoher landschaftlicher Erlebniswirksamkeit und überörtlicher Erholungsfunktion nach folgenden Kriterien:

- Strukturreichtum
- charakteristische Vielfalt landschaftstypischer Natur- und Kulturlandschaftselemente
- keine wesentlichen Vorbelastungen bzw. Störungen
- ausreichende Gebietsgröße.

Wesentliche Grundlagen für die Ermittlung und Abgrenzung der Gebiete bildeten neben aktuellen Daten zu Landnutzung, Schutzgebieten und unzerschnittenen störungsarmen Räumen (Fachdaten LfUG, 2004) vor allem die zum Regionalplan 2002 durchgeführte Erfassung ökologisch sensibler Flächen für die Region Südwestsachsen (Schober und Partner, 1994) sowie eine aktuelle sachsenweite Erfassung ausgewählter historischer Kulturlandschaftselemente (geobild, 2004). Vor allem in den mittleren Lagen der Region (Übergangsbereich zwischen Erzgebirgsbecken und unterem Westerzgebirge, nordöstliches und mittleres Vogtland) stellt darüber hinaus die Erholungseignung nach bioklimatischen Faktoren (Klimauntersuchung des Deutschen Wetterdienstes, 1995) einen weiteren wichtigen Teilaspekt für die Erholungsfunktion der ausgewiesenen Gebiete dar. Im Rahmen der Fortschreibung erfolgten eine Überprüfung der Gebietsausweisungen und Korrekturen in Einzelfällen.

Die Region Südwestsachsen zeichnet sich insgesamt durch einen vergleichsweise hohen Anteil erlebnisreicher Landschaften aus. Deren Bewahrung und harmonischer Weiterentwicklung kommt nicht zuletzt im Hinblick auf den Erhalt und weiteren Ausbau der maßgeblich auf diesem Potenzial basierenden touristischen Nutzung eine wachsende Bedeutung zu.

Besonders schützenswert sind als großräumige Erholungslandschaften aufgrund ihrer gesamtstaatlich repräsentativen Naturschutzbedeutung die höheren Berglagen des Mittel- und Westerzgebirges, das Obere Vogtland und das Mittelvogtländische Kuppenland, die zugleich in weiten Teilen noch gebiets-typisch erhaltene Siedlungsstrukturen aufweisen.

Weitere charakteristische, im Zusammenhang zu schützende Gebiete sind vor allem die Kuppen- und Teichlandschaft des Kirchberger Granitgebietes, das Bergener Granitgebiet, das Wildenfelser Zwischengebirge sowie das Hartensteiner Muldetal und Forstrevier.

Als Schwerpunkte der landschaftsbezogenen Erholung im verdichteten Raum des Erzgebirgsbeckens sollen besonders der Werdauer Wald, das Gebiet des Römertales sowie der Mülsengrund und die Muldenaue nördlich Zwickau vor Beeinträchtigungen geschützt werden.

Die ausgewiesenen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben) sollen in ihrer Landschaftsbildqualität/ihrem Landschaftscharakter sowie ihrer Erlebniswirksamkeit möglichst umfassend erhalten werden.

Sowohl innerhalb der ausgewiesenen Bereiche als auch im bildbedeutsamen Umland der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben) ist deshalb auf die Minimierung störender Wirkungen auf das Landschaftsbild hinzuwirken. Dazu ist insbesondere der landschaftsbezogenen Siedlungsentwicklung der mit diesen Gebieten in räumlichem Bezug stehenden Orte eine besondere Bedeutung beizumessen.

Eine wichtige Voraussetzung für den langfristigen Erhalt der Erlebniswirksamkeit stellt weiterhin die Vermeidung von Beeinträchtigungen durch unangepasste Formen der Erholungsnutzung, u. a. störungsintensive Aktivitäten oder übermäßige infrastrukturelle Erschließung dar.

Als wesentliche Grundlage des landschaftlichen Erscheinungsbildes der ausgewiesenen Bereiche sollen die jeweils typischen Landschaftsstrukturen einschließlich traditioneller Nutzungen in größtmöglichem Maße erhalten bzw. in angepasster Weise weiterentwickelt werden. Durch geeignete Maßnahmen sollen die vorhandenen Qualitäten gesichert sowie perspektivisch eine weitere Erhöhung der Attraktivität in diesen Bereichen angestrebt werden. Im Rahmen der örtlichen Planungen, insbesondere der örtlichen Landschaftsplanung, ist dazu eine entsprechende räumliche und sachliche Konkretisierung erforderlich.

zu Z 2.1.2.3

Entsprechend LEP 2003 Z 4.1.9 ist für Gebiete mit besonderem landschaftsästhetischem Wert neben der Ausweisung als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet auch eine Ausweisung als Bereich der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen möglich. Ausgehend hiervon wurden unter Berücksichtigung der bereits im Regionalplan 2002 symbolhaft dargestellten Bereiche Gebiete mit charakteristischem Relief (landschaftsprägende Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen sowie Kuppenlandschaften) anhand topographischer und naturräumlicher Grundlagen räumlich konkretisiert und in Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen.

Bei den ausgewiesenen landschaftsprägenden Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen handelt es sich um Erhebungen, die sich einerseits aufgrund ihrer Höhe deutlich von ihrer naturräumlichen Umgebung absetzen und die darüber hinaus durch ihre Lage und Ausprägung (Morphologie/Nutzungsstruktur/visuelle Besonderheiten) besonders markante bzw. typische Gestaltelemente des jeweiligen Landschaftsraumes bilden. Die ausgewiesenen Bereiche weisen i. d. R. einen hohen Bekanntheitsgrad auf, stellen touristische Zielpunkte dar bzw. stehen in besonderem Bezug zum touristischen Wegenetz der Region.

Für die Auswahl der Erhebungen waren die genannten Kriterien gleichermaßen ausschlaggebend, wobei jedoch in Abhängigkeit von der jeweiligen naturräumlichen Situation im Einzelfall unterschiedliche Aspekte dominieren.

Bereits aufgrund ihrer absoluten Höhe/Höhendifferenz landschaftsprägende Erhebungen stellen vor allem die kammnahen Höhenrücken und Hochflächen des Oberen Erzgebirges, das Auersbergmassiv, der innerhalb der Region liegende Teilbereich des Fichtelbergmassivs (Hundsmarterrücken), die markante Erzgebirgsrandstufe östlich des oberen Göltzschtals und südöstlich Weißbach sowie die Kontaktschieferrücken des Bergener und Kirchberger Granitgebietes dar.

Vorrangig aufgrund ihrer Lage und Gestalt landschaftsprägend sind dagegen ausgewählte Erhebungen der Diabas- und Granitkuppenlandschaften sowie einzelne strukturreiche Höhenzüge bzw. Hanglagen im Bereich des Erzgebirgsbeckens.

Charakteristisch für die Region Südwestsachsen und im Zusammenhang schützenswert sind neben den dargestellten Einzelerhebungen die Kleinkuppenlandschaften des mittelvogtländischen Diabasgebietes sowie des Kirchberger Granitgebietes. Vor allem aufgrund ihres Wertes für landschaftsbezogene Erholung und Tourismus sollen diese Bereiche außerhalb der bereits städtisch geprägten Teilgebiete gegenüber landschaftsverändernden Maßnahmen geschützt werden und notwendige Vorhaben unter Berücksichtigung des spezifischen Landschaftscharakters vorgenommen werden.

Die Darstellung der Gebiete erfolgt auf naturräumlicher Grundlage in generalisierter Form ohne die vorwiegend städtisch geprägten Teilgebiete (Stadtgebiet Plauen und Kirchberg).

zu G 2.1.2.4

Der angestrebte Schutz der Landschaften der Region in ihrer natur- und kulturlandschaftlichen Vielfalt, Eigenart und Schönheit schließt die Sicherung typischer Einzelelemente im Rahmen künftiger Nutzungen ein.

Exemplarisch sind Elemente benannt, die für das landschaftliche Erscheinungsbild der Region eine prägende Bedeutung besitzen. Über die genannten Beispiele hinaus weisen weitere Strukturelemente, unter anderem eine Vielzahl der besonders geschützten Biotope, eine vergleichbare Bedeutung auf.

Zahlreiche Strukturen sind als Zeugnisse historischer Nutzungen erhaltenswert, so die umfangreich vorhandenen Elemente verschiedener Phasen bergbaulicher Tätigkeit in der gesamten Region oder die v. a. im Vogtland und Erzgebirge konzentrierten, z. T. in Form von Hohlwegen noch gut erkennbaren Altstraßenreste.

Über ökologische, natur- und kulturgeschichtliche Aspekte hinaus, die durch das Natur- und Denkmalschutzrecht detailliert geregelt sind, richtet sich der regionalplanerische Schutz schwerpunktmäßig auf die Sicherung dieser charakteristischen Einzelelemente als erlebniswirksame und identitätsstiftende Bestandteile der Gesamtlandschaft.

Unter diesen Aspekten soll eine Einbindung in zeitgemäße, landschaftsgerechte Nutzungen erfolgen.

Gebiete mit verdichteten archäologischen Fundstellen

Neben den sichtbaren Zeugnissen historischer Nutzungen sind ebenso die zahlreich in der Region vorhandenen archäologischen Sachzeugen von besonderer Bedeutung.

Das Vogtland, das Zwickauer Land und das westliche Erzgebirge stellen mit ihrer Vielzahl vorgeschichtlicher und mittelalterlicher Fundstellen einen archäologisch bedeutsamen Raum dar. Die ältesten Funde aus dem Zwickauer Raum weisen ein Alter von über 50 000 Jahren auf.

Aus dem Jungpaläolithikum und dem Mesolithikum sind einige Jagd- und Lagerplätze bekannt. Mit jungsteinzeitlichen Siedlungen finden sich im Zwickauer Raum Zeugnisse der ersten Bauern in Sachsen.

Europäische Bedeutung besitzen die bronze- und eisenzeitlichen Fundstellen in Südwestsachsen. Mit einer Fülle von Siedlungen, Burganlagen, Grabhügelfeldern und Werkstätten ist die vorgeschichtliche Nutzung von Zinn- und Kupfervorkommen belegt.

Im nördlichen Zwickauer Raum sowie um Plauen finden sich Nachweise einer slawischen Besiedlung. Durch die Waldhufendörfer sowie die große Dichte an Burgen und Städten ist der mittelalterliche Landausbau fassbar.

Eine Besonderheit der Region stellt der seit der Bronzezeit nachweisbare Bergbau dar, der in seinem Umfang und seiner Kontinuität die Landschaft maßgeblich geprägt hat. Zeugnisse älterer Bergbauphasen sind u. a. Pingenfelder, Bergstadtwüstungen sowie die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bergstädte.

Aufgrund der hohen Dichte archäologischer Fundstellen bestehen im regionalen Maßstab vor allem innerhalb der in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ dargestellten Gebiete erhöhte Anforderungen hinsichtlich des Erhalts kulturgeschichtlich bedeutsamer Sachzeugnisse. In diesen Gebieten ist auf eine besondere Sorgfalt der Bodennutzung gemäß G 2.1.5.1 hinzuwirken.

zu G 2.1.2.5

Bereiche mit besonderer Sichtexposition, die einen großräumigen Überblick über die Landschaften der Region sowie teilweise weitreichende Fernsichten ermöglichen, besitzen für das Landschaftserleben eine hohe Bedeutung. Sie sollen als traditionelle Elemente der Erholungsnutzung in der Region in ihrer standörtlichen Qualität erhalten werden.

Unter regionalen Gesichtspunkten sollen schwerpunktmäßig die in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ symbolhaft ausgewiesenen Aussichtspunkte in ihrer Erlebniswirksamkeit geschützt werden. Bedingt durch herausragende Sichtbeziehungen weisen die ausgewiesenen Bereiche in der Regel einen hohen Bekanntheitsgrad auf. Die Ausweisung dieser Gebiete mit besonderen Sichtbeziehungen folgt den Vorgaben des LEP 2003 (Z 4.1.9).

Besonders das Erzgebirge und Vogtland zeichnen sich durch eine Vielzahl weiterer sichtexponierter Lagen aus, die ebenfalls vor Störwirkungen geschützt werden sollten. Ihre Konkretisierung obliegt primär der gemeindlichen Landschaftsplanung.

Um Beeinträchtigungen bestehender Sichtbeziehungen so gering wie möglich zu halten, sind insbesondere an bauliche Vorhaben im Umgebungsbereich markanter Aussichtspunkte erhöhte Anforderungen zu stellen. Dazu ist in Abhängigkeit von der standörtlichen Situation, Art und Dimension des jeweiligen Vorhabens eine Beurteilung im Einzelfall erforderlich.

Objekthöhenbezogen kann bei der Einschätzung potenzieller Störwirkungen von folgenden Richtwerten ausgegangen werden:

Objekthöhe	Eingriffserheblichkeit
bis 30 m	bis ca. 1,5 km
30 bis 50 m	bis ca. 10 km
über 50 m	über 10 km.

Darüber hinaus ist einzuschätzen, dass innerhalb eines Sichtbereiches bis etwa 5 km eine erhöhte Empfindlichkeit gegenüber visuellen Störfaktoren gegeben ist. Unter den spezifischen naturräumlichen Bedingungen der Region Südwestsachsen besitzt dieser Bereich für die Wahrnehmung landschaftlicher Strukturzusammenhänge eine besondere Bedeutung.

zu Z 2.1.2.6

Auf der Grundlage des LEP 2003 Z 4.1.9 erfolgt eine symbolhafte Ausweisung regional bedeutsamer sichtexponierter Kulturdenkmale und Ortsensembles als Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen (Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“).

Ausgewiesen werden neben exponierten Burganlagen die Großbrücken im Göltzsch- und Elstertal, die historische Windmühle in Syrau, die landschaftsprägenden Bergstädte Schneeberg und Schwarzenberg, die historische Bergbaulandschaft in Schneeberg (Neustädtel) sowie die ländlichen Siedlungen Raun, Landwüst und Blankenhain. Bei den einbezogenen ländlichen Siedlungen sowie den beiden Bergstädten Schneeberg und Schwarzenberg handelt es sich um Siedlungsbereiche, die durch ihre erhaltene kulturhistorisch wertvolle Bausubstanz und Ortsstruktur sowie das landschaftliche Umfeld prägende markante Einzelbauten bzw. Bauensembles insgesamt in ihrem Erscheinungsbild eine besondere Wertigkeit und Schutzbedürftigkeit aufweisen. Die durch die betroffenen Städte und Gemeinden begonnenen umfangreichen Aktivitäten zur Beseitigung teilweise vorhandener visueller Beeinträchtigungen (bspw. im Zuge der Sanierung landschaftlich unangepasster Bauten) sollen fortgesetzt und unterstützt werden.

zu G 2.1.2.7

Der Erhalt bzw. die Wiederherstellung landschaftstypischer Baumbestände entlang von Straßen und Gewässern ist im LEP 2003 G 4.1.10 verankert. Aus regionalplanerischer Sicht sollen darüber hinaus auch entlang bisher unbegrünter Straßen und Wege in der offenen Landschaft in größtmöglichem Umfang standortgerechte Gehölzbestände entwickelt werden. Im Fall unvermeidbarer Eingriffe in vorhandene Alleen soll deren funktionsgerechte Wiederherstellung Priorität besitzen und auf diese Weise der zu verzeichnenden Reduzierung landschaftsprägender Alleebaumbestände entgegengewirkt werden. Analog zur Forstwirtschaft sollte auch bei der Anlage von Straßen- bzw. Wegrandbepflanzungen der Verwendung heimischen, standortgerechten Pflanzmaterials der Vorrang eingeräumt werden. Bei angrenzender landwirtschaftlicher Nutzung sind die landwirtschaftlichen Nutzungsbelange zu berücksichtigen.

zu 2.1.3 Arten, Lebensgemeinschaften und Lebensräume

Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten und Biotopschutz)

Die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) folgt dem im LEP 2003 in Z 4.2.2 formulierten Handlungsauftrag.

Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich deutlich verbesserten fachlichen Datengrundlagen wurden hierfür die Ausweisungen der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft des Regionalplanes 2002 entsprechend aktualisiert. Wesentliche Grundlage der Ausweisung bildeten bislang für die Bestandsermittlung schwerpunktmäßig eine Erfassung ökologisch sensibler Flächen für die Region Südwestsachsen (Schober und Partner 1994), für die Ermittlung relevanter Entwicklungsgebiete die verfügbaren topographischen Karten (TK 25/TK 50), Bodenkarten (MMK 100) sowie CIR-Landnutzungsdaten.

Als Grundlagen der Aktualisierung wurden herangezogen:

- Vorgaben des LEP 2003 (Karte 7 - Gebietskulisse für die Ausweisung eines ökologischen Verbundsystems)
- Biotopverbundplanung für den Freistaat Sachsen, Grobkonzept – Teilbereich Regierungsbezirk Chemnitz (sachliche und räumliche Schwerpunktgebiete des Biotopverbundes)
- Biotopvernetzungsplanungen Landkreis Aue-Schwarzenberg, Zwickauer Land/Stadt Zwickau und Vogtlandkreis/Stadt Plauen (im Auftrag des ehemaligen Staatlichen Umweltfachamtes Plauen erarbeitete Feinkonzepte)
- aktuelle naturschutzfachliche Daten (selektive Biotopkartierung 2. Durchgang, Natura 2000-Gebiete mit Managementplänen, aktuelle Schutzgebietsdaten)
- Daten zur potenziellen natürlichen Vegetation
- Bodenkonzeptkarte
- aktuelle Flächennutzungsdaten.

Die Prüfung konkreter Artvorkommen erfolgte integriert über die komplexe Bestandserfassung ökologisch sensibler Flächen und die herangezogenen naturschutzfachlichen Konzepte (Biotopverbund- und Vernetzungsplanungen), in denen dieser Aspekt jeweils einen wesentlichen Faktor der Gebietsabgrenzung und -bewertung bildete.

Die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) erfolgt unter raumplanerischen Gesichtspunkten differenzierend und ergänzend zu dem fachgesetzlichen Regelungen unterliegenden System naturschutzrechtlicher Schutzgebiete. Sie dient im Sinne der landesplanerischen Vorgaben insbesondere der Sicherung eines regionsweiten Grundgerüsts des ökologischen Verbundes. Die Ausweisung erfolgte ab einer Mindestgröße der Gebiete von etwa 15 ha.

Die Gewährleistung der regionalplanerisch angestrebten Entwicklung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) als Grundgerüst des ökologischen Verbundes gemäß Z 2.1.3.3 erfordert eine besondere Vorsorge. Sowohl im Rahmen der gegenwärtigen Nutzung als auch bei der Planung künftiger Nutzungen und Vorhaben sind deshalb neben den jeweiligen standortbezogenen Schutzaspekten stets überörtliche Verbundaspekte entsprechend zu berücksichtigen.

Unter landschaftsästhetischen Gesichtspunkten bilden die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) darüber hinaus die hochwertigsten und attraktivsten Teilflächen der für die naturbezogene Erholung geeigneten Bereiche der Region und sind diesbezüglich ebenso vor Beeinträchtigungen zu schützen (vgl. Kapitel 2.1.2).

Im Sinne des Bodenschutzes schließen die als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) ausgewiesenen Bereiche Böden mit besonderer Biotopentwicklungsfunktion sowie besonders seltene und naturnahe Böden ein (s. G 2.1.5.1).

Vorranggebiete

Aufgrund der akuten Gefährdung besitzt der Erhalt der noch vorhandenen, für die einzelnen Naturräume typischen naturnahen sowie halbnatürlichen, extensiv genutzten Bereiche eine vorrangige Bedeutung. Neben dem direkten Arten- und Biotopschutz dienen diese Bereiche infolge der relativ geringen Beeinträchtigung in besonderer Weise der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und stellen wichtige Komponenten charakteristischer und erlebniswirksamer Landschaften dar.

Ausgehend von den überwiegend nur noch kleinräumig vorhandenen wertvollen Biotopen sowie Vorkommensbereichen besonders gefährdeter Arten sollen deshalb die hochwertigsten Landschaftsbereiche der Region durch die Ausweisung als Vorranggebiete geschützt und als Kernbereiche des ökologischen Verbundsystems gesichert werden.

In die Ausweisung einbezogen sind:

- Naturschutzgebiete
- Schutzzone I des Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“
- Natura 2000-Gebiete
- Vorkommensbereiche regional bedeutsamer Arten mit hohem Gefährdungsgrad (stark gefährdete sowie vom Aussterben bedrohte Arten)
- Komplexe kleinflächig geschützter sowie sonstiger sehr hochwertiger Lebensräume (gemäß § 26 SächsNatSchG geschützte sowie weitere wertvolle Biotope entsprechend amtlicher Kartierung, Flächennaturdenkmale, geschützte Landschaftsbestandteile).

Da ein wirksamer Schutz der gefährdeten Bereiche nur unter Beachtung räumlich-funktionaler Beziehungen möglich ist, werden dabei in der Regel Komplexe wertvoller Biotope als vorrangig schutzbedürftig ausgewiesen, die kleinflächig sanierungs- oder entwicklungsbedürftige Teilbereiche einschließen.

Vorbehaltsgebiete

Für den dauerhaften Erhalt der regionstypischen Arten in ausreichend großen Populationen wie für den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen insgesamt reicht die Bewahrung von Komplexen noch existenter wertvoller Biotope nicht aus. Erforderlich ist die Erweiterung und der wirksame Verbund dieser gegenwärtig verinselten Bereiche durch Renaturierung und Nutzungsdifferenzierung. Ziel der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) ist die über Kernbereiche hinausgehende Sicherung von Gebieten, die für den Aufbau eines regionsweiten ökologischen Verbundsystems aufgrund der standörtlichen Voraussetzungen besonders geeignet sind und die

gleichzeitig durch die Wahrnehmung wesentlicher Regulations- und Ausgleichsfunktionen im Landschaftshaushalt sowie eine hohe landschaftliche Erlebniswirksamkeit überörtliche Bedeutung besitzen.

Berücksichtigt wurden bei der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten folgende Landschaftsbereiche, soweit sie nicht aufgrund ihrer besonderen Naturschutzbedeutung bereits als Vorranggebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) oder als Vorranggebiete Wald erfasst sind:

Wälder

Berücksichtigt sind Wälder einschließlich der funktional bedeutsamen Rand- und Übergangsbereiche zu angrenzendem Offenland. Naturnahe Waldbestände gehören zu den am wenigsten veränderten Ökosystemen in der Region, die Rückzugsraum gefährdeter Arten mit regionaler und überregionaler Bedeutung sind. Über diese hochwertigen Waldbestände hinaus sind alle Waldflächen, eingeschlossen kleinere Bereiche innerhalb der Agrarlandschaft, wesentliche Bestandteile des großräumigen Verbundes. Zugleich sind sie von besonderer Bedeutung für die Regulation des Wasser- und Klima-haushaltes sowie den Bodenschutz und leisten als Räume für die naturbezogene Erholung einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Entwicklung der Lebensqualität.

Tallandschaften

Tallandschaften umfassen naturnahe Fließgewässerabschnitte einschließlich deren Ufer, Auen und Talhänge sowie unbebaute bzw. nur untergeordnet bebaute Talabschnitte mit Sanierungsbedarf (einschließlich renaturierungsbedürftiger Fließgewässerabschnitte).

Als komplexe Lebensräume einer vielfältigen Flora und Fauna, ökologische Ausgleichszonen mit zentraler Funktion vor allem für Wasserhaushalt und Hochwasserschutz (natürliche Überschwemmungsbereiche) sowie Bereiche mit oft landschaftsprägendem Charakter sind Tallandschaften besonders schützenswerte Elemente der Landschaft. Ihrem Erhalt und der Renaturierung beeinträchtigter Abschnitte ist eine hohe Bedeutung beizumessen (LEP 2003 Z 4.1.2).

Stehende Gewässer und Feuchtgebiete

Neben stehenden Gewässern mit ihren Ufer- und Umgebungszonen werden angrenzende Bereiche mit dominierender Grünland- oder Gehölzvegetation sowie bei umgebender Ackerflur eine Mindestpufferzone ausgewiesen.

Ähnlich den Tallandschaften mit Fließgewässern besitzen durch stehende Gewässer geprägte Bereiche eine besondere Bedeutung für Funktionen des Natur- insbesondere Wasserhaushaltes, als Bereiche hoher Artenvielfalt sowie als wertvolle erholungswirksame Bestandteile der Landschaft.

Naturnahe stehende Gewässer sowie ein wesentlicher Teil der insgesamt den Feuchtgebieten zuzuordnenden Biotoptypen (darunter auch Moore und Sümpfe) sind aufgrund ihrer starken Gefährdung nach § 26 SächsNatSchG besonders geschützt und unterliegen der vorrangigen regionalplanerischen Sicherung. Für die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten sind neben Belangen der naturnahen Erholung vor allem Sanierungsziele sowie besondere Artenschutzbelange (z. B. Sicherung von Rast- und Nahrungsräumen) bestimmend.

Struktur- und artenreiche Agrarlandschaften

Als Vorbehaltsgebiete werden Bereiche mit überwiegend landwirtschaftlicher Nutzung ausgewiesen, die sich durch eine Vielzahl charakteristischer Strukturelemente wie Feldgehölze, Hecken oder durch einen kleinräumigen Nutzungsartenwechsel unter Einschluss relativ extensiv genutzter Bereiche (z. B. artenreicher Grünlandflächen) auszeichnen.

Agrarlandschaften, die sich durch einen hohen Anteil Kleinstrukturen, ein kleinräumiges Nutzungsmosaik sowie Bereiche geringer Nutzungsintensität auszeichnen, sind Existenzgrundlage für einen erheblichen Teil regionstypischer Arten, die infolge zunehmender Intensivnutzung als gefährdet eingeordnet werden müssen. Ihr Erhalt besitzt grundlegende Bedeutung für die Mannigfaltigkeit und ökologische Stabilität der Agrarlandschaft und bildet durch die Bewahrung der landschaftlichen Identität eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung der Lebensqualität in der Region.

zu G 2.1.3.1

Landschaftliche Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte führten zu einer starken Beeinträchtigung einer Vielzahl heimischer Ökosysteme. Im Ergebnis dieser Entwicklung sind gegenwärtig in Sachsen ähnlich wie in ganz Deutschland etwa die Hälfte der vorkommenden Wirbeltierarten und über 40 Prozent der Farn- und Blütenpflanzen als gefährdet einzuordnen. Regional belegen Bestandsbeobachtungen für ausgewählte Artengruppen eine generell vergleichbare Gefährdungssituation.

Ausgehend von der naturschutzrechtlichen und landesplanerischen Vorgabe, langfristig die heimische Artenvielfalt zu erhalten, bedürfen insbesondere die Lebensräume gefährdeter Arten auch unter raumplanerischen Aspekten eines wirksamen Schutzes gegenüber Beeinträchtigungen. Die Sicherung dieser Bereiche sollte unter Berücksichtigung bestehender Vernetzungsbeziehungen erfolgen und entsprechend erforderliche Ergänzungsflächen einbeziehen.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Schutz großräumig ziehender Vogelarten, da die betroffenen Gebiete nur teilweise im Rahmen des konkreten regionalplanerischen Gebietschutzes (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz)) gesichert werden können.

Vor allem die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen stellt hinsichtlich der Sicherung von Zug- und Rastbereichen ein erhebliches Konfliktpotenzial dar. Darüber hinaus können hierdurch auch Brut- und Nahrungshabitate von Vogelarten sowie Vorkommensbereiche von Fledermäusen maßgeblich beeinträchtigt werden. Als Gebiete mit besonderer avifaunistischer Bedeutung und Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz werden deshalb die Vorkommensbereiche hinsichtlich der Windenergienutzung störungsempfindlicher Arten räumlich konkretisiert (Darstellung und Erläuterung siehe Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“). Den Belangen des Artenschutzes ist in diesen Bereichen vor allem bei Vorhaben zur Windenergienutzung, darüber hinaus jedoch auch bei sonstigen ggf. mit Störungen verbundenen Vorhaben entsprechend Rechnung zu tragen.

Als bedeutender Rastplatz-, Ruhe- und Rückzugsraum für zahlreiche Vogelarten soll insbesondere die Talsperre Pöhl wirksam geschützt werden.

Spezielle Erfordernisse und Maßnahmen des Biotop- und Artenschutzes in der Region werden in der Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“ konkretisiert. Unter überregionalen Aspekten kommt hierbei künftig dem Lebensraum- und Artenschutz nach den Richtlinien der Europäischen Union eine besondere Bedeutung zu.

Die regionalen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sollen sich schwerpunktmäßig an den Ansprüchen der in den Leitbildern für Natur und Landschaft (Kap. 2.1.1 i. V. m. Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“) genannten naturraumtypischen Biotope sowie der in Anlage 1 aufgeführten regional bedeutsamen Leitarten orientieren.

Ökologischer Verbund

zu Z 2.1.3.2, G 2.1.3.3 und G 2.1.3.4

Während traditionelle Kulturlandschaften mit einem vielfältig verzahnten Gefüge naturnaher und extensiv bewirtschafteter Flächen ausreichende Lebensmöglichkeiten für eine Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten boten, sind in der vorwiegend intensiv genutzten Landschaft der Gegenwart Biotope, deren Lebensgemeinschaften sowie ganze Ökosysteme neben direktem Flächenverlust zunehmend durch Isolation in ihrer Existenz gefährdet. Der Erhalt bzw. die Wiederherstellung der notwendigen räumlich funktionalen Beziehungen zwischen den Lebensräumen wird damit zu einer entscheidenden Voraussetzung für den langfristigen Erhalt ökologisch stabiler Landschaften und ihres charakteristischen Arteninventars.

Die Umsetzung dieser komplexen Aufgabe soll durch die Errichtung eines ökologischen Verbundsystems gewährleistet werden. Der LEP 2003 beinhaltet hierfür wesentliche inhaltliche und räumliche Schwerpunktsetzungen für die Landesebene (Kapitel 4.2, Karte 7). Auf der Biotopverbundplanung für den Freistaat Sachsen (Grobkonzept) basierende Schwerpunktgebiete des landesweiten ökologischen Verbundes werden als Gebietskulisse in Karte 7 des LEP 2003 dargestellt. Diese Schwer-

punktgebiete sind durch die Regionalplanung auszuformen und durch Einbindung weiterer regional bedeutsamer Gebiete mit ökologischer Verbundfunktion bzw. Entwicklungspotenzial zu ergänzen (LEP 2003 Z 4.2.2).

Ausgehend hiervon soll im Regionalplan durch die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) unter Berücksichtigung spezifischer standörtlicher Qualitäten und Potenziale ein regionsweites Grundgerüst des Verbundsystems gesichert, insbesondere vor Beeinträchtigungen durch funktionswidrige Nutzungen geschützt werden. Bestandteil des regionalen ökologischen Verbundes sind auch alle Waldflächen, die auf Grund ihrer besonderen Multifunktionalität als Vorranggebiete Wald ausgewiesen werden.

Ebenso zeichnet sich das Gebiet des Standortübungsplatzes und der Standortschießanlage Schneeberg durch ein hohes bis sehr hohes Biotoppotenzial aus und nimmt bereits gegenwärtig eine wichtige Funktion im regionalen ökologischen Verbund wahr. Nach der für Juli 2008 angekündigten Aufgabe der militärischen Nutzung ist deshalb auf eine naturschutzorientierte Folgenutzung dieses Gebietes hinzuwirken.

Soweit nicht rechtlich abweichend geregelt, unterliegt die land- und forstwirtschaftliche Nutzung nach guter fachlicher Praxis innerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) sowie in den Vorranggebieten Wald keinen Einschränkungen. Da mit der gegenwärtigen Nutzung, vor allem der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung, jedoch unabdingbare Belastungen für den Naturhaushalt verbunden sind, die für die Entwicklung dieser ökologisch bedeutsamen Bereiche eine besondere Gefährdung darstellen, soll - unter verstärkter Nutzung vorhandener Fördermöglichkeiten - auf eine möglichst hohe Umweltverträglichkeit hingewirkt werden. Vor allem in Bereichen mit besonders feuchten, überschwemmungsgefährdeten, trockenen, flachgründigen oder sonstigen durch erschwerte Nutzungsbedingungen gekennzeichneten Böden ist hierbei eine möglichst geringe Nutzungsintensität und die Entwicklung standorttypischer Biotope anzustreben. Im Umgebungsbereich der ausgewiesenen Gebiete, insbesondere im Umfeld naturschutzrechtlich geschützter Teilbereiche, soll - unter Nutzung der gegebenen Fördermöglichkeiten - die landwirtschaftliche Nutzung so erfolgen, dass negative Beeinflussungen vermieden werden.

Für Bereiche mit noch vorhandenen traditionellen Bewirtschaftungsweisen, die vor allem durch Nutzungsaufgabe gefährdet sind, ist auf die Sicherung durch entsprechende Weiternutzung hinzuwirken.

Die Ausgestaltung des Verbundnetzes - sowohl innerhalb der ausgewiesenen Gebiete als auch darüber hinaus durch Schaffung weiterer Verbundelemente (z. B. im Rahmen konkreter Biotopvernetzungskonzepte) - stellt eine primär auf fachlicher Ebene zu lösende Aufgabe dar.

Für naturschutzrechtlich geschützte Bereiche sollen durch die Pflege- und Entwicklungspläne Festlegungen zur Verbesserung ihrer Verbundfunktion getroffen werden. Erforderliche Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen sollen dabei vor allem für die Vorranggebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) als Kerngebiete des ökologischen Verbundes erarbeitet werden.

zu Z 2.1.3.5

Der Landschafts- und Bauleitplanung der Gemeinden sowie der fachlichen Planung der Land- und Forstwirtschaft als wesentlichen Landnutzern obliegt die flächenbezogene und umsetzungsorientierte Konkretisierung des Verbundnetzes in seiner Gesamtheit. Ein weiteres Mittel, das verstärkt zur Umsetzung verbundsichernder und -fördernder Maßnahmen, genutzt werden sollte, stellen die komplexen Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz dar.

Zum Aufbau von Verbundbereichen über die ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) und Vorranggebiete Wald hinaus (Korridore, ggf. Trittsteine) sollen vor allem einbezogen werden:

- Fließgewässer, Auen, Talhänge
- Bereiche zwischen stehenden Gewässern, Feuchtgebieten
- Bereiche zwischen benachbarten Wäldern, Flurgehölzen sowie weiteren ökologisch bedeutsamen Landschaftsstrukturen
- Grün- und Freiflächen im besiedelten Bereich
- Erstaufforstungsflächen.

Für die Region Südwestsachsen wurden im Auftrag des Regierungspräsidiums Chemnitz, Abteilung Umwelt, Außenstelle Plauen Biotopvernetzungsplanungen erarbeitet, die eine detaillierte fachliche Basis für die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung des Verbundnetzes bilden und als fachliche Grundlage auch bei der Aktualisierung des regionalen Grundgerüsts des ökologischen Verbundes herangezogen wurden (vgl. Erläuterung zur Ausweisung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz)). Die Biotopvernetzungsplanungen liegen beim Regierungspräsidium Chemnitz, Umweltfachbereich, Außenstelle Plauen sowie bei den Unteren Naturschutzbehörden vor und sind v. a. im Rahmen der kommunalen Landschafts- und Flächennutzungsplanung sowie bei der Planung und Umsetzung konkreter Maßnahmen (auch bei erforderlichen Kompensationsmaßnahmen) entsprechend zu berücksichtigen.

Die Ausgestaltung des Verbundes ist neben der Sicherung sowie standort- und funktionsgerechten Erweiterung/Ergänzung naturnaher Landschaftsstrukturen insgesamt zudem verstärkt auf die umwelt-schonende Gestaltung der Nutzung innerhalb der Verbundbereiche zu richten. In landwirtschaftlich genutzten Gebieten ist die Wiederherstellung eines funktionsfähigen ökologischen Verbundes durch die gezielte Extensivierung geeigneter Teilbereiche in räumlichem Bezug zu vorhandenen naturnahen oder extensiv genutzten Flächen zu unterstützen.

zu Z 2.1.3.6

Die sehr starke Fragmentierung der Landschaft durch das dichte Netz von Verkehrsstrassen, welche durch den weiteren Ausbau des Straßennetzes und das wachsende Verkehrsaufkommen künftig noch verstärkt wird, führt zu erheblichen Störungen und Beeinträchtigungen der vielfältigen räumlichen und funktionalen Beziehungen von Lebensräumen und Arten. Sie stellt für den Aufbau eines funktionsfähigen ökologischen Verbundsystems in der Region ein erhebliches Problem dar.

Ein Indikator, der die vorliegende Problematik verdeutlicht, ist der Grad der Landschaftszerschneidung. Das LfUG hat 2002 die Landschaftszerschneidung für Sachsen analysiert und in Form des Umweltindikators Unzerschnittene störungsarme Räume (USR) dargestellt (vgl. LEP 2003 G 4.2 und Karte 6). Nach den hierzu flächendeckend vorliegenden Daten beträgt die Fläche unzerschnittener Bereiche größer 40 km² in der Region Südwestsachsen lediglich noch etwa 216 km² (ca. 8,5 % der Regionsfläche). Etwa 70 % der Regionsfläche nehmen dagegen Freiräume mit einer zusammenhängenden Flächengröße kleiner 10 km² bzw. Siedlungs- und Verkehrsflächen ein.

Der Verminderung von Zerschneidungs- und Barrierewirkungen vorhandener Trassen sowie geplanter Aus- und Neubauvorhaben kommt deshalb eine ganz wesentliche Bedeutung für die Sicherung und Wiederherstellung der Durchgängigkeit des ökologischen Verbundes zu. Wesentlich stärker als bislang müssen diese Aspekte künftig bei der Planung und Realisierung von Verkehrsstrassen Berücksichtigung finden.

Hierbei ist einerseits bei unumgänglichen Neubaumaßnahmen im Verkehrssektor konsequent auf eine Trassenbündelung und den Rückbau nicht mehr genutzter Trassenabschnitte hinzuwirken. Zum anderen sind Verkehrsbauten so einzuordnen und zu gestalten, dass Verbindungen zwischen getrennten Lebensräumen bzw. Habitaten gewährleistet werden. Neben der Berücksichtigung direkter räumlicher Verbundbeziehungen von Lebensräumen bzw. Lebensraumkomplexen ist die funktionale Durchgängigkeit, insbesondere für wildlebende Tiere, zu gewährleisten und wirksame Querungsmöglichkeiten sind zu erhalten bzw. zu schaffen. Da derartige Querungshilfen nur für einen Teil der empfindlichen Arten eine angemessene Kompensation der Lebensraumzerschneidung bewirken können, muss die eindeutige Priorität insgesamt jedoch auf der Vermeidung weiterer Zerschneidungen liegen.

zu 2.1.4 Maßnahmen Naturschutz und Landschaftspflege

Die regionalen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie die zugehörigen Kartendarstellungen wurden gegenüber dem Regionalplan 2002 auf der Grundlage des Fachbeitrages Landschaftsrahmenplan fachlich aktualisiert. Als Bestandteil der Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“ sind diese dem Regionalplan beigelegt.

Kompensationsmaßnahmen

zu Z 2.1.4.1 und Z 2.1.4.2

Die vorliegenden Zielaussagen zum Ausgleich unvermeidbarer Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes, insbesondere bei Eingriffen von überörtlicher Bedeutung erfolgen ausgehend von dem Handlungsauftrag des LEP 2003 Z 4.1.5.

Für das Gebiet der Region liegt gegenwärtig die teilräumliche Konzeption eines Ausgleichs- und Ersatzflächenpools für die Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau (WIREG) vor. Eine vergleichbare Konzeption für die Wirtschaftsregion Vogtland befindet sich in Vorbereitung. Es erfolgt deshalb eine lediglich nachrichtliche Darstellung der bereits ermittelten potenziellen Ausgleichs- und Ersatzflächen (Karte A 1 – 5 „Maßnahmen Naturschutz und Landschaftspflege“). Verbindlich soll demgegenüber der Bezug zwischen den für die sachliche und räumliche Konkretisierung relevanten planerischen Ausweisungen und erforderlichen Kompensationsmaßnahmen hergestellt und damit die im LEP 2003 (Begründung zu Z 4.1.5) aufgezeigte Möglichkeit der entsprechenden Kopplung genutzt werden.

Die für den Bereich der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau bereits vorliegende Konzeption eines Ausgleichs- und Ersatzflächenpools stellt für die Einordnung von Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe durch überörtlich bedeutsame Vorhaben unabhängig davon eine wichtige fachliche Grundlage und Orientierung dar, die bei konkreten Maßnahmeplanungen entsprechend herangezogen werden sollte. Bei der Erarbeitung erfolgte eine umfassende Abstimmung mit naturschutzfachlichen und raumplanerischen Belangen, so dass die vorgeschlagenen Maßnahmen in Übereinstimmung mit den Zielstellungen der Regionalplanung, insbesondere den im vorliegenden Ziel angesprochenen räumlichen Ausweisungen, stehen.

Unter der Maßgabe einer auch für weitere überörtliche Ausgleichsflächenkonzeptionen unabdingbaren Abstimmung mit naturschutzfachlichen und raumplanerischen Erfordernissen liegt es deshalb im regionalplanerischen Interesse, auf diese fachlichen Konzeptionen als wesentliche Handlungsgrundlagen hinzuweisen.

Die sachgerechte Maßnahmenzuordnung und Abstimmung mit Flächeneigentümern- und Nutzern wird hierdurch nicht vorweggenommen, sondern obliegt dem jeweiligen Planungs- bzw. Maßnahmeträger.

zu 2.1.5 Boden und Altlasten

Bodenfunktionen

zu G 2.1.5.1

Voraussetzung für die Vermeidung schädlicher Bodenveränderungen ist die standort- und funktionsgerechte Nutzung der Böden. Als Bodenfunktionen sind insbesondere zu berücksichtigen:

- natürliche Funktionen (Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen; Bestandteil des Naturhaushalts; Abbau- und Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen)
- Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte

In den Regionalplänen sind Böden besonderer Funktionalität auszuweisen (LEP 2003 Z 4.4.4).

Die Ausweisung erfolgt als integrierter Bestandteil der angeführten Gebietskategorien, über welche die relevanten Bodenfunktionen planerisch gesichert und bei der Aktualisierung entsprechend berücksichtigt werden (vgl. Begründungen zu Kapitel 2.1.2, 2.1.3, 2.2 und 2.3). Im regionalen Maßstab sind zum Schutz bedeutsamer Bodenfunktionen vor allem innerhalb dieser genannten, in der Karte 1 „Raumnutzung“ beziehungsweise der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesenen Gebiete Bodenschutzaspekte von besonderer Relevanz.

Es ist darauf hinzuwirken, dass Einschränkungen der Funktionsfähigkeit der Böden in diesen Bereichen infolge baulicher oder anderweitig schädigender Nutzung durch Nachweis des Bedarfs und Prüfung von Standort/ Nutzungsalternativen vermieden werden.

Bodenbelastung und Bodengefährdung

zu G 2.1.5.2

Die Konzentration belastender Bodennutzungen auf stark anthropogen geprägte Bereiche dient der größtmöglichen Schonung naturnaher, gering belasteter Böden. Deren Erhalt trägt zur Sicherung wichtiger Lebensraum- und Regulationsfunktionen bei und ist Voraussetzung für die Entwicklung eines funktionsfähigen ökologischen Verbundsystems. Darüber hinaus sind die Böden naturnaher Bereiche, wie Auen und Wälder von besonderem Wert für den Erhalt charakteristischer und erlebnisreicher Landschaftsräume (Kulturfunktion).

Vielfach überformte Böden, die insbesondere durch Überschüttung mit natürlichen Bodenmaterialien und/oder Substraten technogenen Ursprungs (Bauschutt, Schlacken, Bergematerial etc.) entstanden sind, weisen häufig einen höheren Schadstoffgehalt und einen gestörten Luft- und Wasserhaushalt auf, so dass eine multifunktionale Nutzung nicht gegeben ist. Standortangepasste Nutzung heißt in diesem Falle, dass einem belasteten Standort eine bodenverbrauchende oder -belastende Nutzung zuzuordnen ist, wenn Gefahren für die Folgenutzung ausgeschlossen werden können.

zu G 2.1.5.3

Die sparsame und schonende Nutzung der Böden stellt eine grundlegende bau- und bodenschutzrechtliche Vorgabe dar (BauGB § 1 a, BBodSchG, SächsABG). Die vorliegende Regelung richtet sich in diesem Zusammenhang auf eine Begründungspflicht für flächenbeanspruchende Planungen und Maßnahmen, um Bodeninanspruchnahmen über das unabdingbar erforderliche Maß hinaus zu vermeiden.

Zur allgemeinen Begrenzung bodenverbrauchender Nutzungen in regionalem Maßstab tragen insbesondere eine bedarfsorientierte Siedlungsentwicklung, die konsequente Prüfung von Nachnutzungsmöglichkeiten sowie die Trassenbündelung bei (siehe hierzu u. a. Z 1.1.6 und Z 1.1.7). Einen weiteren wesentlichen Aspekt bildet die quantitative und qualitative Minimierung der Bodenversiegelung.

Möglichkeiten zur Begrenzung des Versiegelungsanteiles sind insbesondere:

- Minimaldimensionierung von Verkehrsflächen entsprechend der zu erwartenden Belastung
- Rückbau und Rekultivierung nicht mehr oder stark untergenutzter Verkehrsflächen und sonstiger versiegelter Bereiche (Entsiegelungspotenzial)
- Anstreben einer möglichst geringen Grundflächenzahl und effektive Auslastung der zulässigen Geschossflächenzahl unter Beachtung sonstiger ökologischer Erfordernisse und spezifischer siedlungsstruktureller Belange.

Eine Verminderung der Versiegelungsintensität ist unter anderem erreichbar durch:

- Verwendung ganzflächig versiegelnder Materialien nur soweit, wie zur Sicherung der tatsächlichen Nutzungsintensität unvermeidlich
- wasserdurchlässige Bauweisen v. a. für die Befestigung von untergeordneten Verkehrsflächen, Parkflächen sowie Fuß- und Radwegen, sofern dem Belange des Wasserschutzes nicht entgegenstehen.

Zur notwendigen Koordinierung vorhandener und geplanter Bodennutzungen stellen unter den genannten Gesichtspunkten auch die Verfahren der Ländlichen Neuordnung ein geeignetes Mittel dar, um Eingriffswirkungen infolge unabdingbarer baulicher Vorhaben zu begrenzen.

zu Z 2.1.5.4

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Region betrug im Jahr 2004 bereits 11,8 % der Gesamtfläche. Zwischen 1992 und 2004 stieg dieser Anteil um 1,8 % (4592 ha). Trotz sinkender Bevölkerungszahlen muss auch für die folgenden Jahre von einem wachsenden Flächenbedarf für Siedlung und Verkehr in der Region ausgegangen werden.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind vielfältig und beinhalten eine ökologische, ökonomische und soziale Dimension. So ist die Neuinanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen unmittelbar mit dem Verlust von natürlichen Bodenfunktionen verbunden, welche nicht zuletzt die Grundlage für eine nachhaltige Flächennutzung bilden. Die Reduzierung des Flächenverbrauchs ist eine wichtige Voraussetzung für den vor- und nachsorgenden Bodenschutz.

Darüber hinaus sind auch negative siedlungsstrukturelle und wirtschaftliche Auswirkungen zu verzeichnen. Die forcierte Außenentwicklung der letzten Jahre hat zu einer Zersiedlung der Rand- bzw. Umlandbereiche von Städten und Gemeinden geführt. Entsprechend hat die Nutzungsdichte in integrierten Lagen abgenommen, was einen Verlust an Urbanität bzw. gewachsenen Siedlungsstrukturen und insgesamt einen Anstieg der Kosten für die Unterhaltung der technischen und soziokulturellen Infrastruktur (Versorgung, Schulen etc.) bedeutet. Diese Kosten verteilen sich infolge der demographischen Entwicklung auf immer weniger Menschen.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist deshalb eine erhebliche Reduzierung der Neuinanspruchnahme bislang unverbauter Flächen in der Region notwendig. Die Bundesregierung hat als ein zentrales Handlungsfeld der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel formuliert, die zusätzliche Flächeninanspruchnahme durch Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2020 auf ca. 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Für die Region Südwestsachsen ergibt sich hieraus die Notwendigkeit der Reduzierung der gegenwärtigen Flächenverbrauchsrate auf etwa ein Viertel des derzeitigen Maßes, welches bei etwa 1 ha pro Tag liegt. Pro Jahr entspricht dies für die Region einem Zielwert von etwa 83 ha bzw. 0,13 ha/1000 EW.

Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Flächeninanspruchnahme kommt im vorliegenden Zusammenhang eine hohe Bedeutung zu. So ist der Wiedernutzung von Brachflächen in siedlungsstrukturell geeigneten Lagen sowie der Nutzung vorhandener innerörtlicher Flächenpotentiale gegenüber der Neuinanspruchnahme bislang nicht versiegelter Flächen im Außenbereich der Vorrang einzuräumen (siehe Z 1.1.7). Im Hinblick auf eine konsequente Anpassung der baulichen Flächenentwicklung an vorhandene Strukturen ist die Entwicklung wirksamer Flächenmanagementsysteme notwendig, die auf eine größtmögliche städtebauliche Nachnutzung ehemals baulich oder anderweitig intensiv genutzter Bereiche gerichtet sind. Gute Ansätze hierzu sind mit dem durch die Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau initiierten Projekt eines Regionalen Flächenmanagements und dem Projekt der Wirtschaftsregion Vogtland (Stadt Plauen und Vogtlandkreis) zur Erstellung eines Brachflächenkatalogs bereits vorhanden. Diese Aktivitäten sollten umfassend weiter verfolgt und in der Praxis umgesetzt werden.

zu Z 2.1.5.5

Ein wesentlicher Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist potenziell von Bodenerosion durch Wasser betroffen.

Im LEP 2003 Karte 8 erfolgt die Darstellung von Gebieten mit mittlerer und großer Erosionsgefährdung durch Wasser als Gebiete mit speziellem Bodenschutzbedarf. Gemäß LEP 2003 Z 4.1.4 und Z 4.4.5 werden diese Gebiete im Regionalplan konkretisiert und in Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen.

Grundlage der räumlichen Konkretisierung bildet eine durch das LfUG erstellte, aus Hangneigungs- und Bodenartendaten (BÜK 200) abgeleitete Erosionsgefährdungskarte. Die hiernach ermittelten landwirtschaftlich genutzten Gebiete mit mittlerer und großer potenzieller Erosionsgefährdung durch Wasser werden entsprechend ausgewiesen. Einbezogen werden hierbei auch derzeit in Grünlandnut-

zung befindliche Bereiche, da für diese Flächen – im Unterschied zu forstlich genutzten Flächen, die bei der Darstellung unberücksichtigt bleiben – durchaus potenzielle Nutzungsänderungen in Betracht zu ziehen sind.

Vor allem im Rahmen der landwirtschaftlichen Beratung und agrarstruktureller Planungen sind die betroffenen Gebiete flächenbezogen zu konkretisieren und erforderliche Maßnahmen aufzuzeigen. Besondere Bedeutung im Hinblick auf die Vermeidung bzw. Minderung von Erosionserscheinungen hat eine standortgerechten Bodennutzung einschließlich spezifischer acker- und pflanzenbaulicher Maßnahmen. Daneben ist einer angepassten Flurgestaltung (Schlaggröße, -form, gliedernde Flurelemente) eine besondere Bedeutung beizumessen. Als wirkungsvolle Maßnahme zum Abbau der Erosionsgefahr kann in hierfür geeigneten Bereichen auch die Waldmehrung in Betracht kommen.

zu Z 2.1.5.6

Gemäß LEP 2003 Z 4.4.5 sind in ihrer Funktion erheblich beeinträchtigte Böden in den Regionalplänen als sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft auszuweisen. Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich hierbei nicht um punktuelle Belastungen (Altlasten), sondern um Gebiete mit großflächig anthropogen und geogen erhöhten Schadstoffgehalten in Böden.

Anhaltspunkte für schädliche stoffliche Bodenveränderungen weisen vorwiegend Gebiete im Einflussbereich des ehemaligen Erzbergbaus auf. Betroffen hiervon ist im Bereich der Region Südwestsachsen insbesondere der Raum Schneeberg-Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt auf Grund der jahrzehntelangen bergbaulichen Abbauaktivitäten (überwiegend polymetallische Vererzungen). Dieser Raum zeichnet sich v. a. durch erhöhte Arsengehalte sowie teilweise durch erhöhte Blei- und/oder Nickelgehalte aus, die durch die geologisch bedingten Hintergrundgehalte aber auch durch die anthropogen verursachte Verteilung über den Luftpfad sowie über Fließgewässer im Zuge des Hüttenwesens zu begründen sind.

Auf der Grundlage umfangreicher Bodenuntersuchungen (Messnetze, andere stoffliche Bodenuntersuchungen) wurden durch das LfUG Gebiete abgegrenzt, in denen gehäuft Überschreitungen von Vorsorge-, Prüf- und Maßnahmenwerten anorganischer Schadstoffe auftreten. Diese Gebiete sind im LEP 2003 in Karte 8 dargestellt und werden im Regionalplan in Karte 6 „Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“ als Gebiete mit Anhaltspunkten für schädliche stoffliche Bodenveränderungen ausgewiesen.

Dargestellt sind darüber hinaus Bereiche, die eine Entwicklung über basischen Magmatiten (überwiegend Diabase und Diabastuffe) aufweisen. Diese Böden treten maßgeblich im Raum Plauen auf und zeichnen sich in der Regel durch erhöhte Nickel-, Kupfer- und Chromgehalte aus.

Die vorliegenden Daten zu den Schadstoffkonzentrationen in den Böden reichen jedoch nicht aus, um flurstückskonkrete Aussagen über den Schadstoffstatus zu ermöglichen. Daher ist im Einzelfall für die jeweils betroffene Fläche innerhalb dieser Gebiete zu prüfen, ob sich die Annahme einer schädlichen stofflichen Bodenveränderung bestätigt und Maßnahmen der Gefahrenabwehr notwendig sind.

Vor dem Hintergrund der durch das BBodSchG vorgegebenen grundsätzlichen Unterscheidung in Vorsorge- und Gefahrentatbestände lassen sich folgende Flächen unterscheiden:

- Gebiete mit Hinweisen auf erhöhte Schadstoffgehalte auf Grund der gehäuften Überschreitung von Vorsorgewerten der BBodSchV in den Böden (Fall A)
- Gebiete mit Anhaltspunkten für schädliche stoffliche Bodenveränderungen auf Grund der gehäuften Überschreitung von Prüf- und Maßnahmenwerten der BBodSchV in den Böden (Fall B, Fall A trifft dann in der Regel zusätzlich zu).

Auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, deren Böden deutlich erhöhte Schadstoffgehalte aufweisen, ist dem begründeten Verdacht auf eine schädliche Bodenveränderung durch entsprechende Untersuchungen nachzugehen. Werden insbesondere Prüf- oder Maßnahmenwerte überschritten, so ist auf Flächen mit landwirtschaftlicher Nutzung zu befürchten, dass durch den Schadstofftransfer in die Pflanzen in den Erntepartien auch die Höchstgehalte in Nahrungs- und Futtermitteln überschritten werden können.

Daher soll

- auf allen Flächen nach Fall A innerhalb der ausgewiesenen Bereiche aus Gründen der Vorsorge die Bewirtschaftung so erfolgen, dass der Transfer von Schadstoffen in die Pflanzen weitgehend vermieden wird
- auf Flächen nach Fall B auf der Grundlage der bodenschutzrechtlichen Regelungen der Verdacht auf das Vorhandensein einer schädlichen Bodenveränderung durch weitergehende vertiefende Untersuchungen begründet oder widerlegt werden.

Bei fortgesetzter landwirtschaftlicher Produktion auf Flächen mit Anhaltspunkten auf eine schädliche stoffliche Bodenveränderung ist die erforderliche Qualität der Lebens- und Futtermittel im Hinblick auf Schadstoffhöchstgehalte sicherzustellen. Es ist aus Gründen der Vorsorge sowie der Gefahrenabwehr anzustreben, dass diese Flächen mittel- bis langfristig von der Nahrungs- und Futtermittelproduktion ausgeschlossen werden.

Auch eine anderweitige sensible Nutzung des Boden, wie z. B. der Betrieb eines Kinderspielplatzes, ist innerhalb der ausgewiesenen Flächen im Rahmen der weiteren Sachverhaltsermittlung genauer zu untersuchen. So sind entsprechend der Vorgaben der BBodSchV z. B. Böden ab einer Konzentration von 70 mg/kg Nickel bzw. von 25 mg/kg Arsen hinsichtlich der Nutzbarkeit als Kinderspielplatz weiterführend zu beurteilen (Zugänglichkeit des Bodenmaterials für Kinder, Verfügbarkeit der Schadstoffe).

Gegebenenfalls notwendige Maßnahmen zur Gefahrenabwehr sind Sanierungs-, Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen. In Abhängigkeit vom Gefährdungspotential und -pfad (Boden-Mensch, Boden-Pflanze-Mensch etc.) können unterschiedliche Maßnahmen erforderlich sein, wie z. B. eine langzeitige Bodenbedeckung durch Vegetation, eine Bodenversiegelung, ein Bodenaustausch oder eine Bodenüberdeckung.

Die Anpassung der Nutzung und Bewirtschaftung der Böden sowie Veränderung der Bodenbeschaffenheit kommen meist auf gärtnerisch, land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen zum Einsatz. Im Falle hoch belasteter Flächen kann auch die Einstellung der Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln und eine Umnutzung zu prüfen sein.

Bodenaushub, der innerhalb der ausgewiesenen Gebiete anfällt, kann aus Vorsorgegründen nicht uneingeschränkt an jedem anderen Ort wieder verwertet werden. Innerhalb gleichmäßig belasteter Gebiete darf dieses Material jedoch in der Regel umgelagert werden, sofern am Einbaustandort nicht besondere Vorsorgeanforderungen auf Grund einer geplanten sensiblen Nutzung entgegenstehen oder durch die Umlagerung eine erhebliche Freisetzung der Schadstoffe zu befürchten ist.

In den ausgewiesenen Gebieten mit Anhaltspunkten für schädliche stoffliche Bodenveränderungen können also in Abhängigkeit von der Bodennutzung (Kinderspielflächen, Wohngebiete, Park- und Freizeitanlagen, Industrie und Gewerbe, Landwirtschaft) bestimmte Maßnahmen der Vorsorge oder der Gefahrenabwehr erforderlich werden.

Altlastenbehandlung

zu Z 2.1.5.7

Von den in der Region Südwestsachsen existierenden Altlastenflächen geht eine unterschiedlich hohe Gefahr aus. Eine umweltschonende Sanierung dieser Altlasten anhand einer Prioritätensetzung ist daher unumgänglich. Dazu müssen die Altlasten bzw. altlastverdächtigen Flächen systematisch erfasst, im Altlastenkataster gespeichert und stufenweise bewertet werden. Die Altlasten und altlastverdächtigen Flächen (Altstandorte und Altablagerungen) und ggf. Deponien sind entsprechend den gesetzlichen Regelungen (BBodSchG, BBodSchV, KrW-/AbfG) sowie unter Berücksichtigung der fachlichen Leitlinien des Landes und unter Beachtung des zeitlichen und räumlichen Verlaufs eines etwaigen Grundwasserwiederanstiegs zu behandeln. Zu diesen Leitlinien zählen insbesondere

- das Handbuch zur Altlastenbehandlung
- die Materialienbände zur Altlastenbehandlung
- die Programme zur Datenerfassung und -bewertung.

Entsprechend den berechneten Gefährdungswerten und den daraus erstellten Prioritäten wird der weitere Handlungsbedarf festgelegt und werden im Fall nachgewiesener Gefährdung geeignete Abwehrmaßnahmen durchgeführt.

Der Auftrag zur Ausweisung von regional bedeutsamen Altlasten ist im LEP 2003 unter Z 4.4.5 formuliert. In Abstimmung mit der Fachbehörde (Regierungspräsidium Chemnitz, Abteilung Umwelt, Außenstelle Plauen) wird im Regionalplan auf die konkrete Nennung einzelner Standorte verzichtet. Vielmehr werden Schwerpunktgebiete dargestellt, innerhalb derer eine Häufung und ein damit verbundener Handlungsbedarf besteht.

Zu den regionalen Schwerpunktgebieten der Altlastenbehandlung zählen altlastverdächtige Flächen der Industrie und des Gewerbes, Altablagerungen, altlastverdächtige Flächen der Wismut, altlastverdächtige Flächen im Ballungsraum Zwickau und altlastverdächtige Flächen im Bereich überschwemmungsgefährdeter Gebiete infolge Grundwasserwideranstiegs. Eine besondere Konzentration von Altlasten bzw. altlastverdächtigen Flächen ist in den Bereichen

- Stadt Zwickau
- Stadt Plauen
- Stadt Oelsnitz/Vogtl.
- Raum Reichenbach im Vogtland (mit Reichenbach im Vogtland, Mylau, Netzschkau, Limbach)
- Raum Werdau-Crimmitschau
- Göltzschtal (mit Falkenstein/Vogtl., Auerbach/Vogtl., Rodewisch, Lengenfeld)
- Raum Klingenthal
- Raum Westerkgebirge (mit Löbnitz, Schneeberg, Bad Schlema, Aue, Schwarzenberg/Erzgeb. und Johanngeorgenstadt)

zu verzeichnen (Karte 6 „Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“).

Die altlastverdächtigen Flächen in Südwestsachsen (Stand Oktober 2007) verteilen sich wie folgt:

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl der altlastverdächtigen Flächen (ohne archivierte Altlasten/altlastverdächtige Flächen)
Stadt Plauen	233
Stadt Zwickau	437
Landkreis Aue-Schwarzenberg	525
Landkreis Vogtlandkreis	1178
Landkreis Zwickauer Land	923

Damit sind insgesamt 3.691 altlastverdächtige Flächen verschiedenster Größe und Herkunft bekannt, von denen 395 altlastverdächtige Flächen aufgrund des geringen Gefährdungspotenzials bereits archiviert worden sind. Somit verbleiben 3296 altlastverdächtige Flächen im Sächsischen Altlastenkataster (SALKA) (Quelle: LfUG). Die Flächen mit dem dringendsten Handlungsbedarf werden in einer fachlich begründeten regionalen Prioritätenliste geführt (sog. TOP 100).

Unabhängig von dieser Liste ist im zunehmenden Maße ein altlastenspezifischer Handlungsbedarf nicht nur ausschließlich aus Gründen zur Gefahrenabwehr abzuleiten. Besonders die verschiedensten Investitionsmaßnahmen machen bauvorbereitende oder baubegleitende Maßnahmen zur Altlastenbehandlung erforderlich. Diese Maßnahmen stehen daher unter einer besonderen Priorität, wobei in diesem Zusammenhang die Wiedernutzbarmachung (Revitalisierung) von Industriebrachen besonders forciert werden soll (s. a. Z 1.1.5).

zu 2.1.6 Klima, Luft

zu Z 2.1.6.1

Bereits mit der Ausweisung von Regionalen Grünzügen (s. a. Begründung zu Kap. 1.6) in der Karte 1 „Raumnutzung“ werden siedlungsklimatische Aspekte berücksichtigt und eine wichtige Grundlage zur Erfüllung der Klimafunktion geschaffen.

Zusätzlich sind in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ siedlungsklimatisch bedeutsame Bereiche als siedlungsrelevante Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete und siedlungsrelevante Frisch- und Kaltluftbahnen ausgewiesen. Diese Gebiete und Bahnen haben eine hohe Bedeutung für das Siedlungsklima, da sie für die Entstehung und den Abfluss von Frisch- und Kaltluft verantwortlich sind. Die ausgewiesenen Gebiete besitzen somit ein hohes klimaökologisches Ausgleichspotenzial und tragen zu einer thermischen und hygienischen Entlastung der betroffenen Siedlungsgebiete bei. Die auf diesen Flächen produzierte Kalt- und Frischluft in Verbindung mit den entstehenden Talabwinden sorgt für die Frischluftzufuhr und Durchlüftung von Siedlungsgebieten.

Der Auftrag zur Ausweisung von siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftentstehungsgebieten und von siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftbahnen ist im LEP 2003 unter Z 4.5.1 formuliert.

Kaltluftentstehungsgebiete sind Offenland und in der Regel landwirtschaftlich genutzte Flächen (Acker, Grünland). Aufgrund der nächtlichen Ausstrahlungsvorgänge ist auf diesen Flächen der Abkühlungseffekt der darauf lagernden Luft am größten und damit erreicht die Kaltluftproduktion hier die höchsten Werte (bis zu $12 \text{ m}^3/\text{m}^2/\text{h}$).

Frischluftentstehungsgebiete sind Flächen mit Bewuchs und in der Regel größere zusammenhängende und siedlungsnahe Waldflächen. Die Wälder mit ihrer Klimafunktion (Filterwirkung und Sauerstoffproduktion) leisten einen wesentlichen Beitrag zur Frischluftentstehung und Luftqualität.

Sind diese Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete einer Siedlung zugeordnet, so ist für die Durchlüftung der Siedlung von Bedeutung, dass die produzierte Luft auf den entsprechend zugeordneten Frisch- und Kaltluftbahnen dem Siedlungsraum zugeführt werden kann. In der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ werden Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete unterschieden. Für die dem jeweiligen Gebiet zuordenbaren Frisch- und Kaltluftbahnen erfolgt keine Unterscheidung.

Ausweisungsgrundlagen für die siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete und die siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftbahnen sind die Daten zur „Freiflächensicherung“ und zu „Lokalklimatisch bedeutsame Flächen“ gemäß der Klimauntersuchung des Deutschen Wetterdienstes (1995) sowie die Zuordenbarkeit zu einem (geschlossen wirkenden) Siedlungsgebiet.

Darüber hinaus werden folgende weiteren Grundlagen verwendet:

- Der Ausweisung von siedlungsrelevanten Kaltluftentstehungsgebieten liegen unbebaute (Acker- oder Grünflächen) und ausreichend große (in der Regel mehr als 50 ha) Freiflächen zugrunde.
- Der Ausweisung von siedlungsrelevanten Frischluftentstehungsgebieten liegen an Siedlungen angrenzende größere Waldflächen (in der Regel mehr als 50 ha) zugrunde.
- Der Ausweisung von siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftbahnen liegt eine Hangneigung in Richtung der Siedlung zugrunde.

Für die siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete ist ein Freihalten von

- Bebauung (hangparallele Bebauung, Errichtung von Dämmen, etc.) oder
- Versiegelung (großflächige Bebauung, etc.)

erforderlich.

Für die siedlungsrelevanten Frisch- und Kaltluftbahnen (Ventilationsbahnen) ist ein Freihalten von

- Bebauung (hangparallele Bebauung, Errichtung von Dämmen, etc.) und ggf.
- Versiegelung (großflächige Bebauung, etc.) oder
- Aufforstung

erforderlich, um einen ungehinderten Luftstrom insbesondere in die in den Tallagen befindlichen Siedlungen zu gewährleisten und die Bildung von Kaltluftseen zu vermeiden.

Im Bedarfsfall sollen auch neue Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete oder Frisch- und Kaltluftbahnen zurück gewonnen werden.

Im Rahmen der Bauleitplanung sind die Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete und die Frisch- und Kaltluftbahnen weiter auszuformen.

zu 2.2 Wasser

zu 2.2.1 Grundwasser und oberirdische Gewässer

Der Auftrag zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Bereitstellung von Trinkwasser ist im LEP 2003 unter Z 13.2 formuliert. Die Ermittlung von Flächen für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Bereitstellung von Trinkwasser erfolgt auf der Grundlage der Bewertung der Wasserkörper durch die Fachplanung (Regierungspräsidium Chemnitz, Abteilung Umwelt, Außenstelle Plauen). Im Ergebnis dieser Bewertung wurden von der Fachbehörde die Gebiete zugearbeitet, die den Kriterien zur Ausweisung als Vorranggebiet entsprechen. Das betrifft die Teile von Wasserkörpern, aus denen Trinkwasser gewonnen wird und die als Trinkwasserschutzgebiet nicht fachgesetzlich geschützt sind. Des Weiteren wurden von der Fachbehörde die Gebiete zugearbeitet, die den Kriterien zur Ausweisung als Vorbehaltsgebiet entsprechen. Damit wird ein Schutz bedeutender Wasserressourcen, deren Nutzungsbedarf gegenwärtig nicht gesehen wird, als langfristige Daseinsvorsorge angestrebt.

Bei einer fachgesetzlichen Festsetzung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Bereitstellung von Trinkwasser als Wasserschutzgebiet kann der regionalplanerische Schutzstatus entfallen. Aus diesem Grund werden in der Karte 1 „Raumnutzung“ Ausweisungen von Gebieten für die Bereitstellung von Trinkwasser schraffiert ausgewiesen. Überschneidungen mit anderen Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten, die die Belange der Bereitstellung von Trinkwasser unterstützen (Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft, Vorranggebiete Wald), sind daher möglich.

Unabhängig von der Nutzung der Trinkwasservorkommen ist es erforderlich, einen Schutz des nachgewiesenen Wasservorkommens zu gewährleisten. Das betrifft sowohl die Menge als auch die Beschaffenheit des Wasserdargebotes. Damit können die über die allgemeinen Anforderungen zum Gewässerschutz hinaus verbleibenden Risiken der Beeinflussung der Rohwasserbeschaffenheit weiter vermindert werden.

Im LEP 2003 sind Aufträge zur Ausweisung von

- regional bedeutsamen Grundwassersanierungsgebieten (Z 4.3.1)
- Bereichen mit Schadstoffanreicherung (Grundwasser einschließlich Grundwasserwiederanstiegsbereiche) (Z 4.1.4)
- Gebieten, in denen durch Einstellung der bergbaubedingten Grundwasserabsenkung ein Grundwasserwiederanstieg bis mindestens 1 m unter Geländeoberkante zu erwarten ist (Z 4.1.4)

formuliert. Diese Gebiete wurden in der Bestandsaufnahme nach WRRL berücksichtigt. Nach Aussage der Fachbehörde (RP Chemnitz, Abteilung Umwelt, Außenstelle Plauen) besteht für Südwestsachsen aktuell kein gesondertes Ausweisungserfordernis.

Wasserschutzgebiete werden in der Karte 1 „Raumnutzung“ nicht mehr dargestellt, da für diesen Belang die fachgesetzlichen Regelungen ausreichend sind (§ 48 SächsWG). Die Darstellung der Wasserschutzgebiete erfolgt im Rahmen des Fachbeitrags Landschaftsrahmenplan.

zu G 2.2.1.1

Mit dem Grundsatz wird auf den nach § 7b Abs. 1 Nummer 3 SächsWG zu schaffenden guten mengenmäßigen und chemischen Zustand des Grundwassers abgestellt. Der gute chemische Zustand des Grundwassers bezieht sich auf die Leitfähigkeit und den Gehalt an Schadstoffen sowie auf Verhinderung und Begrenzung der Grundwasserverschmutzung. Der gute mengenmäßige Zustand des Grundwassers bezieht sich auf die nachhaltige Grundwassernutzung und damit auf das Verhältnis zwischen Grundwasserentnahme und Grundwasserneubildung. Grundwasserkörper müssen im guten Zustand so beschaffen sein, dass in Verbindung mit dem Grundwasser stehende Oberflächengewässer und grundwasserabhängige Landökosysteme durch die Grundwasserbeschaffenheit und durch anthropogene Veränderungen des Grundwasserstandes nicht beeinträchtigt werden.

Das auf der Fläche des Anfalls in den natürlichen Wasserkreislauf zurückgeführte und nicht schädlich verunreinigte Niederschlagswasser dient der Sicherung der Grundwasserneubildung, der Kostenreduzierung für die Niederschlagswasserentsorgung und dem Hochwasserschutz.

zu Z 2.2.1.2

Der Auftrag zur Ausweisung von Bereichen mit besonderen Anforderungen an den Grundwasserschutz und von Gebieten mit hoher geologisch bedingter Grundwassergefährdung ist im LEP 2003 Z 4.1.4 und Z 4.3.1 formuliert. Diese beiden Aufträge werden in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ als Bereiche mit besonderen Anforderungen an den Grundwasserschutz ausgewiesen. Im Rahmen der Umsetzung der im Jahr 2000 in Kraft getretenen und 2004 in sächsisches Recht umgesetzten EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), nach der das Erreichen eines guten chemischen und mengenmäßigen Zustandes für Grundwasserkörper bis zum Jahr 2015 erreicht werden soll, liegt seit Dezember 2004 die Bestandsaufnahme mit der erstmaligen und weitergehenden Beschreibung zum Grundwasser vor. Zur Ermittlung der Bereiche, für die besondere Anforderungen an den Grundwasserschutz gelten, sind folgende Aspekte eingeflossen:

- Charakterisierung der Deckschichten
- Grundwasserabhängige Ökosysteme
- Beschreibung der Verschmutzung durch Punktquellen
- Beschreibung der Verschmutzung durch diffuse Quellen
- Beschreibung der Belastung für den mengenmäßigen Zustand
- Analyse sonstiger anthropogener Einwirkungen.

In der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ werden diejenigen Grundwasserkörper dargestellt, die die Umweltziele nach Artikel 4 WRRL im Rahmen der Bestandsaufnahme und weitergehenden Beschreibung möglicherweise nicht erreichen können und von den Fachbehörden mit „Zielerreichung unklar/unwahrscheinlich“ bewertet wurden. Im Ergebnis wurde ermittelt, dass der Hauptgrund für die mögliche Nichterreichung der Ziele bei den diffusen Stoffeinträgen liegt. Diese diffusen Stoffeinträge resultieren im Wesentlichen aus dem hohen Anteil an bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie auch aus der Siedlungstätigkeit. Zur Erreichung des vorgegebenen Umweltziels ist es daher erforderlich, Maßnahmen zur Verringerung der Stoffeinträge insbesondere in den Bereichen Siedlung und Landwirtschaft durchzuführen.

Im Rahmen der weiteren Umsetzung der WRRL werden im Zuge des Monitoring (ab 2007) und der Aufstellung von Maßnahmen- und Bewirtschaftungsplänen (bis 2009) sowie deren Umsetzung (bis 2012) konkrete regionale Aussagen zum Grundwasserschutz erfolgen.

zu Z 2.2.1.3

Für den Brunnen 1 Gleesberg und die Gleesbergquelle wurde am 03. November 1997 ein Antrag auf ein Heilquellenschutzgebiet gestellt. Das vorliegende hydrogeologische Gutachten kann als Grundlage zur Festsetzung des Heilquellenschutzgebietes dienen.

Durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales erfolgte auf Antrag der Kurgesellschaft Bad Schlema mbH die staatliche Anerkennung als „radonhaltige Heilquellen“ gemäß § 46, Abs. 2 SächsWG am 03. März 1998. Durch das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit erfolgte für die Gemeinde Bad Schlema die staatliche Anerkennung als Radonheilbad am 29. Oktober 2004.

Bei einer fachgesetzlichen Festsetzung als Heilquellenschutzgebiet kann der regionalplanerische Schutzstatus entfallen.

zu Z 2.2.1.4

Oberirdische Gewässer stellen Landschaftsbereiche dar, die unter den gegenwärtigen Nutzungsbedingungen vielfältigen Beeinträchtigungen ausgesetzt sind, die zu einer erheblichen Veränderung des Gewässerzustandes und der Funktionsfähigkeit der Gewässerökosysteme führen können. Von dem Grad der Behandlung von Abwässern aus dem kommunalen, industriell-gewerblichen oder landwirtschaftlichen Bereich ist die biologische Wassergüte abhängig. Der Ausbaugrad eines Gewässers gibt Auskunft über die Natürlichkeit und Durchgängigkeit eines Gewässers und damit über die Gewässerstruktur. Von der Güte und Struktur der Gewässer lassen sich auch Rückschlüsse auf den Zustand der Fischfauna ziehen.

Voraussetzungen für die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Gewässer sind vor allem der Erhalt bzw. die Wiederherstellung der spezifischen Gewässermorphologie und die Vermeidung stofflicher Belastungen. Neben der Gewässergüte entscheidet die Gewässerstruktur maßgeblich über die Eignung der Gewässer als Lebensraum, besonders für gefährdete Arten. Da zahlreiche Gewässer, insbesondere ein erheblicher Teil des Fließgewässernetzes durch technischen Ausbau und Umgestaltung (wie verrohrte oder stark begradigte/eingetiefte Bäche) in ihrem Leistungsvermögen stark eingeschränkt sind, kommt künftig der Wiederherstellung eines naturnahen Zustandes dieser Bereiche eine wesentliche Bedeutung zu.

Fließgewässerrenaturierungen sollten bevorzugt in räumlichem Bezug zu naturnahen Abschnitten erfolgen, um eine möglichst rasche Wiederbesiedelung zu fördern. Hinzuwirken ist auf die Wiederherstellung bzw. Verbesserung der Durchlässigkeit der Fließgewässer für wandernde Organismen (etwa durch Rückbau nicht mehr nutzbarer Altwehre oder durch Errichtung entsprechender Überbrückungshilfen).

Bei stehenden Gewässern stellt die Förderung breiter, möglichst reich gegliederter Flachwasser- und Uferbereiche einen wichtigen Aspekt dar.

Die Ufer- und Umgebungsbereiche der Gewässer nehmen in ihrer Gesamtheit umfassende Ausgleichs- und Regulationsfunktionen wahr. Neben einer standortgerechten Ufervegetation ist deshalb ein ausreichender Umgebungsschutz zur Sicherung des für eigendynamische Entwicklungen erforderlichen Raumes, zum Erosionsschutz sowie zum Schutz der Gewässer vor schädigenden Umgebungseinflüssen - insbesondere stofflichen Einträgen - von besonderer Bedeutung. Im Hinblick auf die angestrebte Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer und ihres Umfeldes sowie den Ausbau ihrer Biotopverbundfunktion sollten über diese gesetzliche Mindestforderungen hinaus möglichst weitere Bereiche mit deutlich herabgesetzter Nutzungsintensität geschaffen werden. Bei einer landwirtschaftlichen Nutzung der Auenbereiche und Umgebungsbereiche der stehenden Gewässer ist Dauergrünland erstrebenswert. Standortfremde Waldbestände in Gewässerrand- und Auenbereichen sollen unter Beachtung gebietsspezifischer Naturschutzaspekte sowie geländeklimatischer Erfordernisse in standortgerechte, naturnahe Bestände umgebaut werden.

Durch die Gemeinden und fachlichen Planungsträger sollte v. a. mit den Mitteln der Landschafts- und Flächennutzungsplanung (auch im Rahmen von Ausgleichsflächenkonzepten) sowie der Planungen und Verfahren der Ländlichen Neuordnung auf die Verbesserung des Umgebungsschutzes der Gewässer hingewirkt werden.

Der Auftrag zur Ausweisung von regionalen Schwerpunkten zur Verbesserung der Gewässerökologie ist im LEP 2003 unter Z 4.3.2 formuliert. Zur Umsetzung dieses Auftrages werden in der Karte 6 „Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“ regionale Schwerpunkte mit Sanierungsbedarf für oberirdische Gewässer (Fließgewässer und stehende Gewässer) ausgewiesen.

Grundlage für die Ausweisung regionaler Schwerpunkte mit Sanierungsbedarf für oberirdische Gewässer ist die im Jahr 2000 in Kraft getretene EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), nach der als Ziel das Erreichen eines guten chemischen und ökologischen Zustandes bzw. guten ökologischen Potentials für Oberflächenwasserkörper bis zum Jahr 2015 steht.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurden zur Beurteilung der Zielerreichung folgende Komponenten bzw. Hilfsgrößen verwendet:

- biologische Gewässergüte
- Gewässerstruktur
- Zustand der Fischfauna (einschließlich der ökologischen Durchgängigkeit von Querbauwerken)
- nachhaltige Überschreitungen von mindestens einer Umweltqualitätsnorm bei relevanten Schadstoffen.

Als regionale Schwerpunkte mit Sanierungsbedarf für Fließgewässer werden im Regionalplan diejenigen Fließgewässerabschnitte ausgewiesen, die nach Einschätzung der Fachbehörden das von der WRRL vorgegebene Ziel nicht erreichen (Zielerreichung unwahrscheinlich) und die nicht als Vorranggebiet für Natur und Landschaft oder als FFH-Gebiet oder als SPA-Gebiet ausgewiesen sind. Es werden Fließgewässerabschnitte ab 300 m Länge ausgewiesen.

Als regionale Schwerpunkte mit Sanierungsbedarf für stehende Gewässer werden im Regionalplan diejenigen Gewässer ausgewiesen, die nach Einschätzung der Fachbehörden das von der WRRL vorgegebene Ziel nicht erreichen (Zielerreichung unwahrscheinlich und Zielerreichung unklar) und die nicht als Vorranggebiet für Natur und Landschaft oder als FFH-Gebiet oder als SPA-Gebiet ausgewiesen sind (Talsperren Pirk und Pöhl, Pumpspeicherwerk Markersbach). Zusätzlich wird die Talsperre Koberbach ausgewiesen, die unabhängig von der WRRL besonderen Sanierungsanforderungen im Zusammenhang mit der Erholungsnutzung unterliegt (Bekanntmachung der Talsperre Koberbach als Badegewässer nach § 2 Abs. 3 SächsBadegewV vom 18.04.07). Die Sanierung der Talsperren Pirk, Pöhl und Koberbach entsprechend der WRRL und zur Erreichung der Qualitätsanforderungen gemäß EU-Badegewässerverordnung muss vorrangig durch Maßnahmen im Einzugsgebiet erfolgen (etwa durch verminderte Nutzungsintensität der umliegenden Flächen, erosionsmindernde Maßnahmen und bedarfsgerechte Düngung in der Landwirtschaft, ganzjährige Begrünung, hoher Anschlussgrad und weitergehende Abwasserbehandlung für Siedlungsgebiete, Anlage von Schutzstreifen).

Im Rahmen der Umsetzung der WRRL werden im Zuge des Monitoring (ab 2007) und der Aufstellung von Maßnahmen- und Bewirtschaftungsplänen (bis 2009) sowie deren Umsetzung (bis 2012) konkrete regionale Aussagen zu Oberflächengewässer erfolgen.

zu 2.2.2 Hochwasserschutz

Ein ausreichender vorbeugender und technischer Hochwasserschutz ist zur Vermeidung von Schäden erforderlich, die aufgrund großer Hochwasserereignisse entstehen können. Allerdings kann ein umfassender Schutz von Menschen und Sachgütern und ein schadenfreier Abfluss großer Wassermengen nicht vollständig gewährleistet werden. Da ein vorhandenes Restrisiko nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann, ist zumindest eine Minimierung von Schadenpotenzialen anzustreben. Auf den Grundsatz der Eigenvorsorge wird hingewiesen.

In den fachgesetzlichen Grundlagen werden Aussagen und Regelungen zum Hochwasserschutz getroffen, so im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 19.08.2002, im Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 03.05.2005 und im Sächsischen Wassergesetz vom 18.10.2004. Eine planerische Vorsorge des Hochwasserschutzes ist dem Raumordnungsgesetz (ROG) in § 2 (2) Nr. 8 Satz 7 und § 7 (2) Satz 1 Nr. 2d sowie dem Sächsischen Landesplanungsgesetz (SächsLPIG) in § 4 (3) Nr. 2b zu entnehmen.

Im LEP 2003 sind die Aufträge zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz als Retentionsraum bzw. zur Hochwasservorsorge (Z 4.3.8) und zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsstandorten für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes (Z 4.3.9) formuliert.

Im Regionalplan werden Vorranggebiete Hochwasser (Überschwemmungsbereich) und Vorbehaltsgebiete Hochwasser (Risikobereich) ausgewiesen.

Regionalplanerische Ausweisungen für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes (Sicherung von Standorten für Hochwasserrückhaltebecken) werden aufgrund fehlender fachplanerischer Erfordernisse aus den HWSK nicht getroffen.

Hinweis: Im Zuge der Umsetzung potenzieller Standorte für Hochwasserrückhaltebecken wurde im Gebiet der Planungsregion Chemnitz-Erzgebirge der Standort für das Hochwasserrückhaltebecken Neuwürschnitz (Beuthenbach/Würschnitz) durch die Landestalsperrenverwaltung prioritär eingeordnet. Für den Standort liegt eine Machbarkeitsstudie vor (Stand 12/05), nach der die Realisierung eines Trockenbeckens mit kombiniertem Absperrbauwerk (in Staudamm integriertes Massivbauwerk) bis 2013 vorgesehen ist. Der Standort befindet sich zum überwiegenden Teil in der benachbarten Planungsregion und soll entsprechend im Regionalplan Chemnitz-Erzgebirge als Vorrangstandort Technischer Hochwasserschutz ausgewiesen werden. Im Falle einer erforderlich werdenden Inanspruchnahme des Beckens zur Steuerung des Wasserabflusses von Hochwasserereignissen sind bei einem Hochwasserereignis mit einer 100-jährlichen Wahrscheinlichkeit (HQ_{100}) auch Gebiete der Planungsregion Südwestsachsen betroffen, die im Regionalplan Karte 1 „Raumnutzung“ als Kategorien des Freiraumes (Vorranggebiet Natur und Landschaft [Arten- und Biotopschutz] und Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft [Landschaftsbild/Landschaftserleben]) ausgewiesen sind. Diese regionalplanerischen Ausweisungen haben unterstützende Wirkung hinsichtlich der Ausweisung und ggf. Inanspruchnahme des Vorrangstandortes technischer Hochwasserschutz im Regionalplan Chemnitz-Erzgebirge.

Als eine wichtige Grundlage zur Erfüllung dieser Aufträge dienen die in den Jahren 2003 und 2004 im Auftrag des SMUL erarbeiteten Hochwasserschutzkonzepte (HWSK), die für folgende Gewässer 1. Ordnung vorliegen:

- Zwickauer Mulde (von der Talsperre Muldenberg bis zur Regionsgrenze),
- Schwarzwasser und Große Mittweida (bis Unterbecken PSW Markersbach),
- Weiße Elster (von der Grenze Thüringen bis zur Staatsgrenze Tschechische Republik),
- Göltzsch (von der Einmündung Friesenbach bis zur Einmündung Pöltzsch),
- Pleiße (von der Landesgrenze Thüringen bis zur Einmündung Neumarker Bach).

Mit den HWSK liegen die überschwemmten Flächen bei Hochwasserdurchflüssen bestimmter Jährlichkeiten im Ist-Zustand des Gewässerausbaus (HQ_{IST}) sowie nach Umsetzung der konzipierten Hochwasserschutzmaßnahmen (Plan-Zustand, HQ_{PLAN}) vor. Die Priorisierung und Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch die Landestalsperrenverwaltung (LTV).

Die inzwischen den Gemeinden und Landkreisen vorliegenden Gefahrenkarten gemäß § 99 Abs. 3 Nr. 7 SächsWG als Ergebnis und Bestandteil der HWSK sind als ergänzende Grundlage wesentlich.

Eine weitere Grundlage ist mit der durch das LfUG erarbeiteten Gefahrenhinweiskarte (2005) gegeben, in der die Intensitäten, Überschwemmungstiefe und spezifischer Abfluss (Überschwemmungskarten), die Risikobereiche für Industrie, Siedlung, Land- und Forstwirtschaft und Sonstiges (Schadenrisikokarten) sowie Standorte mit Sonderrisiken (Anlagen, die selbst ein erhebliches Schadenpotenzial haben und von denen unter Umständen zusätzlich ein erhebliches Schadenpotenzial ausgeht) dargestellt werden.

Der LEP eröffnet die Möglichkeit einer Überlagerung von Vorranggebieten Hochwasser mit Vorranggebieten Natur und Landschaft (Arten und Biotopschutz). In der Karte 1 „Raumnutzung“ werden daher aus technischen und inhaltlichen Gründen Ausweisungen des Hochwasserschutzes schraffiert ausgewiesen.

Die Ermittlung von Flächen für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Hochwasser erfolgt auf der Grundlage der Hochwasserschutzkonzepte und der Ausweisungen in den Gefahrenhinweiskarten des LfUG. Eine Ausweisung erfolgt an Fließgewässern 1. Ordnung, für die ein HWSK vorliegt. Aufgrund der Maßstäblichkeit wird ein Gebiet erst bei einem Überschwemmungsquerschnitt an Flussläufen ab 100 m Breite dargestellt. Isolierte Einzelflächen < 5 ha, die in keinem Zusammenhang zu anderen Überschwemmungsflächen stehen und daher nicht darstellbar sind, werden nicht ausgewiesen. Ebenso erfolgt aufgrund der kleinräumigen Darstellung der Fachgrundlage in der Regel eine generalisierende Ausweisung.

Für die Ausweisung als Vorranggebiet Hochwasser (Überschwemmungsbereich) werden die HWSK zugrunde gelegt und Überschwemmungsgebiete nach Wasserrecht sowie die Überschwemmungsgebiete für ein HQ_{100} (Eintritt eines Hochwasserereignisses mit einer 100-jährlichen Wahrscheinlichkeit) ausgewiesen. Dazu werden die Ist-Daten aus den HWSK verwendet, da noch nicht abzusehen ist, ob und wann die ermittelten erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes umgesetzt werden.

Eine raumordnerische Sicherung der fachgesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete ist erforderlich, um den Schutz dieser Gebiete nach Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen und

damit Wegfall des wasserrechtlichen Schutzstatus zu erhalten. Das ist auch vor dem Hintergrund der in Sachsen noch nicht eingeführten überschwemmungsgefährdeten Gebiete gemäß § 31c WHG zweckmäßig. Alle wasserrechtlich festgesetzten Überschwemmungsgebiete nach § 100 SächsWG werden nachrichtlich in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ dargestellt.

Nach den Empfehlungen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO, 2000) ist eine raumordnerische Sicherung auf der Grundlage eines HQ₁₀₀ insbesondere in dicht besiedelten Tälern nicht ausreichend. Aufgrund der durch den Klimawandel zu erwartenden Zunahme von Hochwasser auslösenden Starkniederschlagsereignissen ist häufiger mit extremen Überflutungen zu rechnen. Mit der damit verbundenen flächenhaft größeren Ausbreitung von Hochwasser steigt entsprechend der Flächensicherungsbedarf. Eine Gefahr der Überflutung besteht auch in Gebieten, die sich jenseits von Hochwasserschutzanlagen befinden (etwa durch Versagen der Schutzeinrichtung oder bei extremen Hochwasserereignissen). Zum vorbeugenden Hochwasserschutz gehört daher auch die Ausweisung solcher Risikobereiche.

Im Regionalplan werden Vorbehaltsgebiete Hochwasser (Risikobereich) für die Gebiete ausgewiesen, die sich außerhalb der Vorranggebiete Hochwasser (Überschwemmungsbereich) befinden, keinen wasserrechtlich festgesetzten Schutzstatus besitzen und bei einem extremen Hochwasserereignis (in der Regel bei Eintritt eines Hochwasserereignisses mit einer 300-jährlichen Wahrscheinlichkeit, HQ₃₀₀) oder bei Versagen der Schutzeinrichtung überschwemmt werden.

Zusätzlich werden die in den Schadenrisikokarten (aus der Gefahrenhinweiskarte) ermittelten möglichen Vermögensschäden in den von einem Extremhochwasser potenziell betroffenen Flächen zugrunde gelegt. Diejenigen Flächen mit einem Schadenrisiko für Industrie, Siedlung, Land- und Forstwirtschaft, die nicht bereits durch ein Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet Hochwasser abgedeckt sind, sich aber innerhalb einer von einem Extremhochwasser überschwemmten Fläche befinden, werden zusätzlich als Vorbehaltsgebiet dargestellt. Innerhalb bebauter Ortslagen werden in der Regel Vorbehaltsgebiete ausgewiesen. Bei Vorliegen eines hohen Schadensrisikos im Bereich Siedlung oder Industrie (aus der Gefahrenhinweiskarte) innerhalb der Grenzen eines HQ₁₀₀ besteht ein begründeter Bedarf zur Ausweisung eines Vorranggebietes.

zu Z 2.2.2.1

In Siedlungsgebieten besteht durch die versiegelte und überbaute Fläche ein anderes, in der Regel zu größeren Schäden führendes Abflussverhalten sowie eine verminderte Versickerungsmöglichkeit des Wassers bei Niederschlagsereignissen. Daher sind innerhalb von Siedlungsgebieten, für die eine Hochwassergefahr besteht, die Maßnahmen zu vermeiden, die zu einer höheren Hochwassergefährdung führen. Vielmehr ist eine Verbesserung des Hochwasserschutzes durch Maßnahmen zur Entsiegelung, zur Bildung einer aufgelockerten Bauweise oder zur Schaffung auch von kleinräumigem Retentionsraum innerhalb des Siedlungsbereiches anzustreben. Die sich aus dem Hochwasserschutz ergebenden Erfordernisse hinsichtlich Vorsorge und Risikominderung können damit zu einer nachhaltigen und den demographischen Wandel beachtenden Siedlungsentwicklung beitragen.

Mit der Planaussage ist einerseits ein Bestandsschutz der gegenwärtigen Siedlungsstruktur gegeben, andererseits wird jedoch auch das Erfordernis einer an den Hochwasserschutz angepassten kommunalen Planung deutlich. Da die Ausweisungen in Karte 1 „Raumnutzung“ nicht flächenscharf sind, besteht für die betroffenen Kommunen Gestaltungsspielraum im Rahmen der Ausformung. Für die Ebene der Bauleitplanung wurden Gefahrenkarten im Maßstab 1:5.000 für alle in Überschwemmungsgebieten liegenden Gemeinden im Auftrag des SMUL (innerhalb der jeweiligen HWSK) erarbeitet.

Ein im Einzelfall begründetes Erfordernis einer Neuausweisung, Erweiterung oder Verdichtung von Siedlungsgebieten betrifft solche standortgebundenen Maßnahmen, für die kein Alternativstandort gefunden werden kann. Zur Minimierung von sich aus Hochwasserereignissen ergebenden Schäden sind risikoangepasste Baumaßnahmen zum Hochwasserschutz durchzuführen. Dazu zählen beispielsweise Festlegungen zur Anordnung einzelner Bauwerke und zur Bauweise sowie Nutzungsfestlegungen für bestimmte Anlagen etwa hinsichtlich der Lagerung Wasser gefährdender Stoffe. Ausführliche Hinweise dazu enthalten die den Hochwasserschutzkonzepten beigefügten baurechtlichen und -technischen Empfehlungen für Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten (Auszüge aus „Hochwasserschutzfibel 1“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, August 2002).

zu G 2.2.2.2

Abhängig von der Art der Flächennutzung besteht ein unterschiedlich hohes Gefährdungspotenzial bei Hochwasserereignissen. Entsprechend sind unterschiedliche Erfordernisse und Ansprüche an die jeweilige Nutzung hinsichtlich des Hochwasserschutzes zu stellen. Mit der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten (Risikobereich) wird darauf hingewirkt, dass die in diesen Vorbehaltsgebieten stattfindende Nutzung im Einklang mit den Anforderungen des Hochwasserschutzes steht. Auftretende Konflikte bei geplanten Nutzungen können damit bereits im Vorfeld minimiert werden. Diese Konflikte ergeben sich etwa im Bereich der Siedlungsentwicklung, bei Bauvorhaben im Außenbereich, aber auch im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung (s. a. G 2.3.1.8). Hier stehen den Kommunen im Rahmen der Bauleitplanung ausreichend Instrumente und Gestaltungsspielraum zur Verfügung.

zu Z 2.2.2.3

Die Analyse des Hochwassers im August 2002 hat gezeigt, dass der Flächenrückhalt des Hochwassers weiter verbessert werden muss. Ein ausreichender Bestand an Retentionsräumen ist damit wesentlicher Bestandteil zur Gewährleistung einer schadlosen Wasserhaltung und eines geordneten Wasserabflusses bei Niederschlagsereignissen.

Gerade in Vorranggebieten (Überschwemmungsbereich), die sich an den Grenzen eines mit einer 100-jährlichen Wahrscheinlichkeit eintretenden Hochwassers orientieren, besteht ein besonderes Erfordernis an Retentionsräumen. Das bedeutet nicht nur eine Bestandssicherung der bereits bestehenden Retentionsräume, sondern auch eine sukzessive Schaffung neuer Räume, um die Auswirkungen von Hochwasserereignissen weiter zu minimieren.

Retentionsräume leisten damit nicht nur einen wichtigen Beitrag zum vorbeugenden Hochwasserschutz, sondern insgesamt zur nachhaltigen Entwicklung der Landschaft und zur Schaffung ökologischer Strukturen entlang der Gewässer und Uferstreifen.

zu Z 2.2.2.4

Im Ergebnis der Hochwasserschutzkonzepte hat sich gezeigt, dass aufgrund der Siedlungsentwicklung und der gegenwärtigen Siedlungsstruktur sowie aufgrund topographischer Gegebenheiten das angestrebte Schutzziel eines HQ_{100} nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem technischen und finanziellen Aufwand erreicht werden kann und Überschwemmungen bereits bei Hochwasserereignissen geringerer statistischer Wiederkehr auftreten. Das gilt sowohl für gesamte Siedlungsgebiete (insbesondere Aue und Schwarzenberg im Bereich des Schwarzwassers) als auch für Teilbereiche von Siedlungsgebieten (etwa Crimmitschau, Neukirchen und Werdau im Bereich der Pleiße). Deshalb ist es erforderlich, dort weiterführende Schutzmaßnahmen durchzuführen (z. B. Objektschutzmaßnahmen, operationelle Vorsorge, Minderung des Schadenspotenzials). Diese Schutzmaßnahmen sind umzusetzen beispielsweise bei der Errichtung oder Änderung baulicher Anlagen oder bei Bodenversiegelnden Maßnahmen (s. a. Begründung zu Z 2.2.2.1).

zu Z 2.2.2.5

Standorte mit Sonderrisiken sind in der Gefahrenhinweiskarte des LfUG dargestellt. Dazu zählen Wassergewinnungs- und Wasseraufbereitungsanlagen ab 100.000 m³/a, Wasserbetriebsanlagen, Umspannwerke ab 50 MW, Industriebetriebe mit erheblichem Schadenpotenzial, Krankenhäuser und Kläranlagen ab 2.000 Einwohnergleichwerten. Es ist davon auszugehen, dass diese Standorte selbst ein erhebliches Schadenspotential aufweisen und von denen unter Umständen zusätzlich ein erhebliches Schadenspotential ausgehen kann. Die Gefährdung ergibt sich nicht nur aus der Beschädigung des Standortes selbst, sondern auch aus den durch die Beschädigung entstehenden Gefahren für die Umwelt. Damit ist im Hochwasserfall mit einem erhöhten Schadenspotenzial zu rechnen. Schutz- und Sicherungsmaßnahmen für diese Standorte zur Minimierung des Schadenspotenzials sind daher durchzuführen.

zu Z 2.2.2.6

Im LEP 2003 ist der Auftrag zur Ausweisung von Hochwasserentstehungsgebieten (Z 4.1.4 und Z 4.3.6) formuliert. Im Zuge der Erarbeitung des Regionalplanes und in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Daten wurde in Abstimmung mit SMI und SMUL vereinbart, auf die Verwendung des Be-

griffs „potenzielle Hochwasserentstehungsgebiete“ zu verzichten, um Irritationen hinsichtlich der Hochwasserentstehungsgebiete nach § 100 Abs. 3 SächsWG auszuschließen. An Stelle dessen werden im vorliegenden Entwurf Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhalts in der Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ ausgewiesen. Diese Gebiete dienen als Gebietskulisse für die Ausweisung von Hochwasserentstehungsgebieten nach § 100 Abs. 3 SächsWG.

Für die Ausweisung der Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhalts wurde vom LfUG eine Methodik entwickelt, mit der Flächen gleicher Abflussbildung ermittelt werden können. Als potenzielle Hochwasserentstehungsgebiete werden in Abhängigkeit von Landnutzung, Boden und Morphologie die Flächen bestimmt, bei denen die für die Hochwasserentstehung maßgebenden schnellen Abflusskomponenten dominieren:

- Oberflächenabfluss von Flächen mit geringem Infiltrationsvermögen
- Sättigungsflächenabfluss auf permanent gesättigten Flächen
- Sättigungsflächenabfluss auf sich schnell sättigenden Flächen
- Schneller Zwischenabfluss.

Mit diesen ermittelten Flächen werden die Informationen über Hochwasser auslösende Starkniederschläge verschnitten (jährliche Häufigkeit von Tagesniederschlägen ab 50 mm mit jährlichen Häufigkeiten > 0,35).

In diesen Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhalts sind eine erhöhte Wassermenge und - in Abhängigkeit vom Relief, der Bodenart, der Geologie und der Landnutzung besonders in den Gebirgslagen - ein verstärkter Wasserabfluss zu erwarten. Daher ist die Verfügbarkeit von Retentionsraum ein bedeutender Aspekt des vorsorgenden Hochwasserschutzes. Kann die Wassermenge bei großen Niederschlagsereignissen nicht mehr aufgenommen werden, so ist ein schadloser Abfluss erforderlich, um Hochwasserschäden zu minimieren. Bestehende Hindernisse, die etwa zu einer Verklausung und Aufstauung oder durch Transport zu anderweitigen Schäden führen können, sollen beseitigt werden. Daher sind Maßnahmen zu vermeiden, die eine Verminderung der Retentionsflächen bzw. deren Aufnahmefähigkeit nach sich ziehen. Ebenso sind Maßnahmen zu vermeiden, die einem gefahrlosen Abfluss des Wassers entgegenstehen. Im Zuge der Konkretisierung des Regionalplanes auf der kommunalen Ebene ist diese Gebietskulisse Grundlage für dort zu treffende weitere konkrete Ausweisungen.

zu 2.3 Land- und Forstwirtschaft

zu 2.3.1 Landwirtschaft

Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft

Gemäß LEP 2003 Z 9.1 sind in den Regionalplänen regional bedeutsame Flächen für die landwirtschaftliche Produktion zu sichern. Neben den im LEP dargestellten und diesbezüglich vorrangig zu konkretisierenden Gebieten mit Bodenwertzahlen über 50 kommen hierbei insbesondere in den Mittelgebirgslagen auch Flächen mit geringeren Bodenwertzahlen in Betracht, soweit sie regionale Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion besitzen. Durch die Ausweisung wird zugleich Zielstellungen des Bodenschutzes (LEP 2003 Z 4.4.4 und Regionalplan G 2.1.5.1- Sicherung von Böden mit regional hoher Produktionsfunktion) Rechnung getragen. Da Böden mit regional hoher Produktionsfunktion i. d. R. auch bezüglich von Regelungsfunktionen (Puffervermögen, Wasserspeichervermögen) besonders leistungsfähige Böden darstellen, dient die Ausweisung der beschriebenen Bereiche insgesamt maßgeblich dem Schutz multifunktionaler Böden.

Für die Region Südwestsachsen erfolgte im Regionalplan 2002 bereits eine Ausweisung von Flächen mit regionaler Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion auf Grundlage der Mittelmaßstäbigen Landwirtschaftlichen Standortkartierung (MMK 100).

Als hochwertigste Bereiche, die Ackerzahlen über 50 aufweisen, werden die im Erzgebirgsbecken konzentrierten lößbestimmten Standorte der natürlichen Standorteinheiten (NStE) L04 - L06 einbezogen, soweit ihre Nutzungseignung nicht durch starke Hangneigung eingeschränkt wird.

Vorwiegend im nördlichen und mittleren Vogtland finden darüber hinaus durch die NStE V5 bestimmte Bereiche Berücksichtigung, die aufgrund klimatischer Bedingungen, Größe und Exposition im regionalen Maßstab ebenfalls vergleichsweise gute standörtliche Voraussetzungen aufweisen. Entsprechend als Vorbehaltsgebiete ausgewiesen werden zusammenhängende Flächen im Bereich einer durchschnittlichen Jahrestemperatur von mindestens 7°C (Lage bis ca. 500 m ü NN) mit Ausnahme stark geneigter Bereiche.

Ausgehend von aktuellen Daten des LfUG zur natürlichen Bodenfruchtbarkeit auf Basis der Bodenübersichtskarte (BÜK 200) erfolgte eine Überprüfung und einzelfallbezogene Aktualisierung der Ausweisungen. Maßgebend für die Bestimmung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit waren hierbei die nutzbare Feldkapazität, die kapillare Aufstiegsrate, der Vernässungsgrad, die Kationenaustauschkapazität, die Basensättigung und der Humusvorrat. Als Kriterien für die auf die landwirtschaftliche Nutzbarkeit gerichtete regionalplanerische Ausweisung wurden neben einer aus diesen Faktoren abgeleiteten regional hohen bis sehr hohen natürlichen Bodenfruchtbarkeit weiterhin zusätzlich die klimatischen Standortbedingungen (durchschnittliche Jahrestemperatur von mindestens 7°C bzw. Lage bis ca. 500 m ü NN) und Geländeexposition (Ausnahme stark geneigter Bereiche) herangezogen.

Im Ergebnis werden als Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft regional bedeutsame landwirtschaftlich genutzte Flächen in Bereichen mit einer Bodenwertzahl bzw. Ertragsmesszahl von mindestens 35 ausgewiesen.

Im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes wurde unter Einbeziehung der fachlich betroffenen Stellen (RP Chemnitz Umweltfachbereich, Ämter für Landwirtschaft) auch geprüft, ob für ausgewählte Flächen eine Ausweisung von Vorranggebieten in Betracht kommt. Im Rahmen der im LEP 2003 benannten Kriterien (Gebiete mit überwiegender Bodenwertzahl über 50, besondere regionale Bedeutsamkeit für die landwirtschaftliche Produktion) kommt eine Ausweisung von Flächen als Vorranggebiete für Landwirtschaft jedoch für das Gebiet der Region Südwestsachsen nicht in Betracht.

Die als Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft ausgewiesenen Flächen besitzen aufgrund ihres natürlichen Ertragspotenzials gute Voraussetzungen für eine landwirtschaftliche Nutzung. Ziel ist deshalb ein langfristiger Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen für eine umweltgerechte Nutzung. Die Bewirtschaftung soll so erfolgen, dass die dauerhafte Sicherung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit gewährleistet, Bodenerosion verhindert und landschaftspflegerischen Aspekten sowie Belangen des Trinkwasserschutzes auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete Rechnung getragen wird.

Erstaufforstungen sind innerhalb der ausgewiesenen Vorbehaltsgebiete nach Maßgabe des hierfür erforderlichen Genehmigungsverfahrens zulässig. Insbesondere Aufforstungen geringeren Ausmaßes widersprechen nicht den vorliegenden Schutzaspekten, da das natürliche Ertragspotenzial erhalten bleibt.

zu G 2.3.1.1

Eine leistungsfähige und umweltgerechte Landwirtschaft hat ein breites Aufgabenspektrum zu bewältigen. Dazu zählen einerseits die wirtschaftlichen Aufgaben etwa in Form der Landbearbeitung und der Tierhaltung sowie daraus resultierend die Produktion von hochwertigen Nahrungs- und Futtermitteln und Rohstoffen. Ebenso bedeutsam sind die sozialen und gesellschaftlichen Aufgaben, die sich in der Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft oder in der ganzheitlichen Ausgestaltung und Entwicklung des dörflichen Lebens äußern. Eng damit verbunden sind die ökologischen und landschaftspflegerischen Aufgaben der Landwirtschaft, die eine zunehmende Bedeutung erfahren haben. Die Strukturierung der Landschaft und der Erhalt historisch gewachsener Landschaften sowie landschaftstypischer Elemente sind ebenso zu nennen wie eine umweltgerechte Bewirtschaftung und die Wahrnehmung von Aufgaben innerhalb des ökologischen Verbundes.

Aus dieser Aufgabenvielfalt resultiert die Erforderlichkeit zur Erhaltung und Entwicklung der Landwirtschaft, mit der gleichzeitig auch eine Stärkung des Ländlichen Raumes verbunden ist.

zu G 2.3.1.2

In der Karte 7 „Tierhaltungsstandorte“ ist die Anzahl regional bedeutsamer Standorte der Tierhaltung nachrichtlich übernommen. Ausschlaggebend für die Eintragung war eine Standortgröße von mehr als 50 Großvieheinheiten. Zusätzlich wurden Standorte mit mehr als 200 Großvieheinheiten dargestellt. Die Darstellung erfolgt symbolhaft. Damit sind aufgrund des Kartenmaßstabes Abstriche hinsichtlich der Standortgenauigkeit zu machen.

Grundlage der Darstellung sind die von den Ämtern für Landwirtschaft Plauen, Zwickau und Zwönitz zur Verfügung gestellten Daten. In der Darstellung sind sowohl die regional bedeutsamen Standorte der Tierhaltung als auch die revitalisierungsfähigen Standorte der Tierhaltung enthalten, an die eine agrarstrukturelle Bedeutung hinsichtlich der Entwicklung der Landwirtschaft geknüpft ist.

Die Tierhaltung und die damit verbundene Bewirtschaftung von Flächen besitzt große Bedeutung hinsichtlich der Wahrnehmung landwirtschaftlicher Aufgaben. So ist ein ausreichend großer Tierbestand erforderlich, um eine wirtschaftliche Produktion zu gewährleisten und damit die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen. Die Bewirtschaftung der dafür notwendigen Flächen sichert einerseits die wirtschaftliche Produktion ab (Futtermittelerzeugung, Ausbringung organischen Düngers tierischer Herkunft), andererseits werden mit der Bewirtschaftung der Flächen landschaftspflegerische Aufgaben wahrgenommen (Offenhaltung der Landschaft, Vermeidung von Verbuschungstendenzen). Daher ist es erforderlich, entsprechende Maßnahmen für den Existenzertand und die Entwicklung der Tierhaltungsbetriebe umzusetzen.

zu G 2.3.1.3

Gemäß LEP 2003 (Z 9.3) soll der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf 10 % ansteigen. Laut Agrarbericht 2006 steigt dieser Anteil kontinuierlich und beträgt derzeit rund 2,6 % der sächsischen landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Der ökologische Landbau erfährt aufgrund seiner ganzheitlichen und besonders umweltschonenden Wirtschaftsform wachsende Aufmerksamkeit und gewinnt immer stärker an Bedeutung. Der ökologische Landbau legt in besonderem Maße auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft, eine umweltgerechte Wirtschaftsweise und weitgehend geschlossene Nährstoffkreisläufe Wert.

Damit kann sich die Umstellung zum ökologischen Landbau besonders in den im Plansatz genannten Landschaftsbereichen anbieten.

zu G 2.3.1.4

Das land- und forstwirtschaftliche Wegenetz besitzt große Bedeutung hinsichtlich einer zügigen Erreichbarkeit der von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben genutzten Flächen und ermöglicht damit eine wirtschaftliche Betriebsführung und eine Verminderung der Umweltbelastung. Dabei soll auf die Durchführung ausgewogener und an ökologischen Belangen orientierter Bau- bzw. Ausbaumaßnahmen Wert gelegt werden. Die Entwicklung des Wegenetzes beinhaltet auch die naturverträgliche Umgestaltung bzw. den Rückbau von z. B. nicht mehr benötigten Wegen.

Eine Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt im Rahmen nachgeordneter landwirtschaftlicher Planungen und Verfahren (etwa Flurbereinigungsverfahren, Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung).

zu G 2.3.1.5

Der Zwickauer Raum, insbesondere der Nordteil des Landkreises Zwickauer Land, besitzt eine hohe natürliche Bodenfruchtbarkeit. Dabei übersteigen die Bodenwertzahlen in vielen Fällen den Wert 40 und bieten sich damit für eine landwirtschaftliche Produktion (Marktfreuchtanbau) an. Das schlägt sich darin nieder, dass auf mehr als 2/3 der landwirtschaftlich genutzten Flächen Ackerbau betrieben wird.

Von Bedeutung ist insbesondere im Raum Zwickau und Crimmitschau der Bestand an Produktionsstätten für Obst und Gemüse. Der Anbau dieser Kulturen, der in der Planungsregion Südwestsachsen auf diesen nördlichen Teil konzentriert ist, bedarf daher einer weiteren Unterstützung und Entwicklung.

Die Anforderungen der Verbraucher hinsichtlich der Nachfrage nach regionalen Produkten, der Nähe zu den produzierten Gütern (geringe Transportwege, Frische der Produkte) oder der Transparenz der Produktionsmethoden sind gestiegen. Vor diesem Hintergrund kann durch geeignete Maßnahmen dem Erhalt und Ausbau des Marktfreucht- und Obstanbaus Rechnung getragen werden.

zu G 2.3.1.6

Entsprechend der Richtlinie 75/268/EWG Artikel 1 zählen u. a.

Berggebiete aufgrund

ihrer Höhenlage (über 800m) oder

ihrer Hangneigung (über 600m Höhenlage bei durchschnittlich 18% Hangneigung)

zu den benachteiligten Gebieten und werden daher besonders gefördert (s. a. ELER-VO, Abschnitt 2. Schwerpunkt 2, Artikel 37 sowie die nach Artikel 93 in Teilen fortbestehende Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen, Titel II, Kapitel V, Artikel 13, 17 und 18).

In der Planungsregion trifft dies insbesondere auf die Kammlagen des Erzgebirges und des Vogtlandes zu. In vielen Fällen ist deshalb eine wettbewerbsfähige Marktfreuchtproduktion nicht oder nur schwer durchführbar. Trotzdem muss eine vollständige Verdrängung der Landwirtschaft vermieden werden, da eine Vielzahl ökologischer Leistungen (Bodenschutz, Arten- und Biotopschutz, Einfluss auf Klima und Wasserhaushalt, Erholungsfunktion, Landschaftspflege) durch die Landwirtschaft gewährleistet wird.

Eine flächendeckende vielgestaltige Landbewirtschaftung sollte daher erhalten und entwickelt werden. Dies kann beispielsweise erfolgen durch Offenhaltung der Talwiesen und Berghänge im Rahmen einer standortgerechten Grünlandbewirtschaftung, insbesondere auch durch standortgerechte, den natürlichen Produktionsbedingungen entsprechende Tierhaltung (Färsenaufzucht, Mutterkuhhaltung, Schafhaltung).

zu G 2.3.1.7

Für die Landwirtschaft ist eine gesicherte Wirtschafts- und Einkommenssituation notwendig. Zur Existenzsicherung vor allem kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe erhält die Schaffung von zusätzlichen Erwerbsmöglichkeiten zunehmende Bedeutung. Damit sind auch Voraussetzungen zur Initiierung bzw. Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe geschaffen.

Eine Möglichkeit der Erschließung zusätzlicher Erwerbsquellen ergibt sich aus der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, etwa im Rahmen der Abnahme der Erzeugnisse und der Erreichbarkeit von Verarbeitungs- und Vertriebsstätten (Schlachthöfe, Lagerhäuser, etc.). Die Durchführung von Bauernmärkten, auf denen die regionalen landwirtschaftlichen Produkte angeboten werden, stellt eine weitere Form des Zuerwerbs dar. Weiter bietet sich die mit steigender Aufmerksamkeit bedachte Organisation der Direktvermarktung an. Der Einkauf ab Hof oder die Zusammenarbeit mit den örtlichen Hotelbetrieben und Gaststätten gewährt die Frische und Qualität der Produkte und macht deren Herkunft nachvollziehbar, erfordert aber auch einen gewissen Koordinations- und Zeitaufwand. Diesbezügliche Beratungs- und Förderungsleistungen der landwirtschaftlichen Behörden dürfen daher nicht ausbleiben.

Auch die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe für industrielle Zwecke oder zur energetischen Verwendung bietet sich als weitere Einkommensquelle an.

Neben der Wahrnehmung ihrer ursprünglichen Aufgaben ergeben sich für die Landwirtschaft aufgrund von Strukturveränderungen neue Aufgaben und Möglichkeiten der Einkommenssicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Dazu gehören im Rahmen der Landschaftspflege etwa die Strukturierung der Landschaft, der Erhalt historisch gewachsener Landschaften und landschaftstypischer Elemente oder die Wahrnehmung von Aufgaben innerhalb des ökologischen Verbundes. In Verbindung mit dem Tourismus bieten sich etwa Urlaub auf dem Bauernhof, Reiterhof oder Direktvermarktung an.

Zu Einkommen verbessernden Maßnahmen für die Landwirtschaft zählt auch die Möglichkeit des Zusammenschlusses von Landwirten in Erzeugergemeinschaften oder Maschinenringen.

zu G 2.3.1.8

Zwischen Hochwasserschutz und Flächennutzung besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Je geringer der Bewirtschaftungs- bzw. Nutzungsgrad sowie der Versiegelungsgrad einer Fläche, desto größer ist dort die Möglichkeit der Wasserspeicherung. Damit tritt eine Schadensminimierung sowohl für die Fläche selbst als auch für in Abflussrichtung liegende weitere Flächen ein.

Um bei großen Niederschlagsereignissen ausreichend Wasser aufnehmen zu können, ist ein entsprechender Bestand an Retentionsraum erforderlich. Ein weitreichender Schutz wird dabei mit Grünlandflächen erreicht. Da Hochwasser vorwiegend im Frühjahr oder Spätsommer vorkommen, ist eine gesicherte Begrünung der Fläche in dieser Zeit einer Grünlandnutzung gleichzusetzen. Eine ganzjährige Begrünung reduziert ebenfalls die Erosionsgefahr auf diesen Standorten wesentlich und ist hinsichtlich der beabsichtigten Wirkung mit Grünland vergleichbar.

Eine erhebliche Verbesserung des Retentionsvermögens und damit ein wirkungsvoller vorbeugender Hochwasserschutz kann mit der Vegetationsform Wald erzielt werden. Daher kann bei Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung mit einer standortgerechten Erstaufforstung geeigneter und hierfür zulässiger Flächen ein effektiver Hochwasserschutz erreicht werden (s. a. G 2.2.2.2). Dabei ist darauf zu achten, dass eine Aufforstung zu einer Beeinträchtigung des Hochwasserabführvermögens führen kann.

zu Z 2.3.1.9

In der Region besitzen Fischereibetriebe im Haupt- und Nebenerwerb eine lange Tradition. Neben der privaten Versorgung leistet die Fischwirtschaft vor allem einen Beitrag zur örtlichen und regionalen Versorgung.

Die kulturell-landschaftlich wertvollen Teiche und Teichgebiete der Region sollen deshalb unter Berücksichtigung ökologischer Belange und überlagernder Nutzungsfunktionen in ihrer fischereiwirtschaftlichen Nutzungsfähigkeit erhalten werden. Die Voraussetzungen für eine umweltgerechte Fischwirtschaft sollen in diesem Zusammenhang auch an den fischereiwirtschaftlich genutzten Talsperren gesichert werden. Hierbei sind auch die wasserwirtschaftlichen Belange zu beachten.

Durch sachgerechte, möglichst extensive Bewirtschaftung ist sicherzustellen, dass die besondere Bedeutung der Stillgewässer für den Arten- und Biotopschutz nicht beeinträchtigt wird.

Agrarflur

zu G 2.3.1.10, Z 2.3.1.11 und G 2.3.1.12

Die Erhaltung, Schaffung bzw. Wiederherstellung einer reich strukturierten, stabilen und nachhaltig produktiven Kulturlandschaft stellt ein gemeinsames Anliegen von Landwirtschaft, Naturschutz und Erholungsvorsorge dar.

Landschaftstypische Strukturen innerhalb der Agrarflur, insbesondere naturnahe Bereiche wie Feldgehölze, Hecken und Raine sichern deren ökologische Vielfalt und bestimmen als erlebniswirksame Elemente wesentlich deren Erholungseignung. Besonders Hecken erfüllen zugleich wichtige Ausgleichs- und Schutzfunktionen (Erosionsschutz, Verbesserung des Kleinklimas). In Bereichen, in denen in der Vergangenheit charakteristische Strukturen in erheblichem Umfang beseitigt wurden, ist deshalb vordringlich auf eine ökologische Aufwertung hinzuwirken. In landschaftsverträglicher Weise und in Abstimmung mit Belangen der landwirtschaftlichen Nutzung sollen hierbei auch ursprüngliche Wegebeziehungen reaktiviert oder neue Wegebeziehungen geschaffen werden, sofern das vorhandene Wegenetz Erfordernissen der landschaftbezogenen Erholung nur unzureichend gerecht wird. Der Anlage wegbegleitender Gehölzpflanzungen ist dabei besondere Bedeutung beizumessen (siehe G 2.1.2.7). Darüber hinaus soll durch Schaffung günstiger Schlaggrößen Belangen des Umwelt- und Naturschutzes künftig besser Rechnung getragen werden. Mit den Mitteln der örtlichen Landschaftsplanung, der Agrarstrukturellen Vorplanung/Entwicklungsplanung sowie mit Hilfe von Flurneuordnungsverfahren soll ein gezielter Beitrag zur Umsetzung der angeführten Maßnahmen geleistet werden.

In den ausgewiesenen Schwerpunktgebieten Flurholzanreicherung besteht im vorliegenden Sinne ein besonderer Handlungsbedarf. In stark generalisierter, vorwiegend auf aktuellen Landnutzungsdaten basierender Abgrenzung handelt es sich hierbei um Räume, die hinsichtlich der Ausstattung mit landschaftstypischen Strukturelementen deutliche Defizite aufweisen. Die Erhöhung des Wald- und Flurholzanteils in diesen Bereichen soll durch standortgerechte und landschaftstypische Gehölzpflanzungen erfolgen.

zu Z 2.3.1.13

Vor allem im Bergland prägen artenreiche Wiesen noch maßgeblich das Erscheinungsbild der Landschaft. Sie stellen sowohl unter floristischen Gesichtspunkten, als auch als Lebensraum einer mannigfaltigen Fauna besonders schutzbedürftige Bereiche dar.

Erhaltenswerte Grünlandstandorte mit komplexer ökologischer Bedeutung sind v. a. extensiv bis mäßig intensiv genutzte Bestände in Tallagen, feuchten Senken sowie exponierten Hang- und Kuppenlagen. Besonders artenreiche Bestände kommen bedingt durch traditionell extensive Nutzung schwerpunktmäßig in engem räumlichen Bezug zu den dörflichen Siedlungsbereichen vor und sind deshalb nur eingeschränkt in den regionalplanerischen Schutz als schutzbedürftige Bereiche für Natur und Landschaft (Arten und Biotopschutz) gemäß Kap. 3.4.1 einbezogen. Neben ihrer hohen Naturschutzbedeutung (die z. T. auch im vorliegenden Schutzstatus nach § 26 SächsNatSchG zum Ausdruck kommt) sind die genannten Flächen auch als kulturhistorisch wertvolle Landschaftsbestandteile schützenswert.

Für ihren Erhalt ist die Aufrechterhaltung einer angepassten Bewirtschaftung unabdingbar. Unter den gegenwärtigen agrarstrukturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist diese vielmals mit erheblichen Problemen verbunden. Soweit eine angemessene Bewirtschaftung auch unter Nutzung der bestehenden Förderinstrumentarien nicht mehr gewährleistet werden kann, sollten deshalb zumindest für die wertvollsten Areale entsprechende Pflegemaßnahmen angestrebt werden.

Aufgrund der in der Vergangenheit bereits zu verzeichnenden erheblichen flächenmäßigen und qualitativen Beeinträchtigung artenreicher Grünlandbereiche besitzen der Erhalt und die Aufwertung der noch vorhandenen Bestände in allen Naturräumen der Region einen hohen Stellenwert. In größtmöglichem Umfang sollen deshalb auch in Bereichen mit gegebenem Entwicklungsbedarf und -potenzial weitergehende Beeinträchtigungen durch Umnutzung, insbesondere Aufforstungsmaßnahmen, vermieden werden. Im Einzelfall zu prüfen sind kleinflächige Gehölzpflanzungen, die als strukturverbessernde Maßnahmen ggf. zu einer Aufwertung beitragen können.

zu 2.3.2 Forstwirtschaft

Vorranggebiete Wald

Der Erhaltung, Pflege und Nutzung des Waldes kommt aufgrund seiner vielfältigen Funktionen eine hohe landesplanerische Bedeutung zu. Im Hinblick auf diese Funktionen soll bei entsprechendem Regelungserfordernis die Ausweisung von Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten zum Schutz des vorhandenen Waldes erfolgen (LEP 2003 Z 9.5).

Als Vorranggebiete Wald werden auf der Grundlage einer entsprechenden forstfachlichen Zuarbeit Waldbereiche gesichert, die aufgrund ihrer Lage im Raum mindestens drei regional bedeutsame Waldfunktionen erfüllen. Für die Bestimmung der Vorranggebiete waren folgende regional bedeutsame Waldfunktionen ausschlaggebend:

Bodenschutz:	Wald in Gebieten mit akuter Erosionsgefahr
Wasserschutz:	Wald in Wasserschutzgebieten bzw. Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Bereitstellung von Trinkwasser
Hochwasserschutz:	Wald in Hochwasserentstehungsgebieten
Klimaschutz:	Wald mit regional bedeutsamen Klimaschutzfunktionen
Immissionsschutz:	Wald in lufthygienisch belasteten Gebieten
Lärmschutz:	Wald in der verlärmten Zone entlang der Autobahn
Erholung:	Wald im Verdichtungsraum bzw. im Naherholungsbereich der Oberzentren.

Die entsprechenden Wälder besitzen eine besondere Bedeutung für die Gesellschaft. Zugleich befinden sie sich aufgrund ihrer Lage (insbesondere im Verdichtungsraum) im Interessensbereich vieler Flächennutzer und sind deshalb überdurchschnittlich in ihrem Bestand und ihrer Leistungsfähigkeit gefährdet. Darüber hinaus erfordern Wälder mit mehreren regional bedeutsamen Funktionen zur Optimierung ihrer Leistungshergabe eine besonders qualifizierte Behandlung.

Aus diesen Gründen (Bedeutung, Gefährdung, Behandlung) stellen die ausgewiesenen Waldgebiete besonders schutzwürdige Bereiche der Forstwirtschaft dar. Sie sind in ihrem Bestand vor einer Nutzungsumwandlung zu schützen und in ihrer Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. zu optimieren.

zu G 2.3.2.1

Der Wald in der Region Südwestsachsen soll wegen seiner besonderen Bedeutung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, als Erholungsraum für die Bevölkerung sowie als Grundlage einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Rohstoffversorgung erhalten und in seinem Bestand erweitert werden. Die Waldflächen erfüllen neben Nutzfunktionen in Form einer nachhaltigen Quelle des CO₂-neutralen Naturrohstoffes Holz vielfältige Schutzfunktionen für den Naturhaushalt sowie wesentliche Erholungsfunktionen für den Menschen. Diese Funktionen werden vielmals gleichzeitig (überlagernd) durch die Waldflächen erfüllt. Eine Nachhaltigkeit dieser Multifunktionalität ist geboten.

Durch eine fachgerechte und schonende Bewirtschaftung soll die Erfüllung aller Waldfunktionen nachhaltig gewährleistet werden. Die Erfüllung der Waldfunktionen wird durch den Waldumbau in dauerhaft stabile, strukturreiche, gesunde und artenreiche Bestände weiter optimiert.

zu Z 2.3.2.2

Die Erhöhung des Waldanteils ist ein Ziel der Landesplanung (LEP 2003 Z 9.4), dessen Umsetzung mittel- bis langfristig auch für die Region Südwestsachsen die Notwendigkeit von umfangreichen Erstaufforstungen begründet. Ausgehend von dem gegenwärtig bereits deutlich über dem sächsischen Durchschnitt liegenden Waldanteil von ca. 38,4 % (Stand 2004) wird eine Erhöhung auf etwa 40 % der Regionsfläche angestrebt.

Schwerpunktmäßig sollen Erstaufforstungen in Gebieten erfolgen, in denen die neu entstehenden Waldflächen besondere Schutz- und/oder Erholungsfunktionen erfüllen. Unter diesem Aspekt sind Erstaufforstungen in den in der Karte 1 „Raumnutzung“ ausgewiesenen Vorbehaltsgebieten Waldmehrung besonders dringlich.

Vorbehaltsgebiete Waldmehrung

Ausgehend von der Vorgabe des LEP 2003 Z 9.4 erfolgt die Ausweisung von Gebieten zur Erhöhung des Waldanteils als Vorbehaltsgebiete Waldmehrung in der Karte 1 „Raumnutzung“.

Auf Grundlage der forstlichen Fachplanung zur Waldmehrung (Waldmehrungsplanung) werden Flächen nach folgenden Kriterien ausgewiesen:

- Flächengröße > 10 ha
- Lage in Gebieten mit besonderer regionaler Klimaschutzfunktion
- Lage in Gebieten mit besonderer Hochwasserschutzfunktion
- Lage in waldarmer Region
- Lage in stark erosionsgefährdeten Bereichen (Gebiete hoher und sehr hoher potenzieller Erosionsgefährdung).

Gebiete mit besonderer regionaler Klimaschutzfunktion, besonderer Hochwasserschutzfunktion sowie die waldarme Region wurden hierbei als landesweite Schwerpunkte der Waldmehrung entsprechend LEP 2003, Karte 10 berücksichtigt. Stark erosionsgefährdete Bereiche wurden nach der aktuell vorliegenden Erosionsgefährdungskarte des LfUG (vgl. G 2.1.5.4) ermittelt.

Da die Mehrzahl der im Rahmen der Waldmehrungsplanung vorgeschlagenen Flächen erheblich unter der Flächengröße von 10 ha liegt (durchschnittliche Größe der Flächenvorschläge: ca. 3,3 ha), obliegt es der kommunalen Planungsebene, weitere geeignete Flächen für Aufforstungsmaßnahmen planerisch zu sichern. Der noch erhebliche Abstimmungsbedarf der aus der Waldmehrungsplanung übernommenen Flächen rechtfertigt zudem auf regionaler Ebene keine Ausweisung von Vorranggebieten Waldmehrung, d. h. eine landesplanerische Letztentscheidung für die ausgewiesenen Bereiche.

Auf kommunaler Planungsebene sollten deshalb unter Konkretisierung und örtlicher Ergänzung der ausgewiesenen Vorbehaltsgebiete Waldmehrung Flächen für Erstaufforstungen ausgewiesen werden.

zu G 2.3.2.3

Erstaufforstungen sollen unter Beachtung der jeweiligen naturräumlichen Spezifik so erfolgen, dass die Entwicklung vielfältiger, ökologisch funktionsfähiger Landschaften unterstützt wird. Es sollen ökologisch stabile Wälder aus standortgerechten Baumarten unter Verwendung eines hinreichenden Anteils standortheimischer Forstpflanzen und natürliche oder naturnahe Biotope erhalten oder geschaffen werden. Auf eine strukturelle und genetische Vielfalt der Einzelbestände ist zu achten. Bei der Pflanzung ist Pflanzgut mit standortgeeigneter Herkunft zu verwenden. Als solche können Herkünfte entsprechend den Herkunftsempfehlungen für forstliches Vermehrungssaatgut im Freistaat Sachsen angesehen werden.

Es sollten zudem sowohl bei Aufforstungs- als auch bei Waldumbaumaßnahmen möglichst Baumarten gewählt werden, deren ökologische Valenz auch künftigen Umweltbedingungen gerecht wird. Durch stärkere Orientierung der Baumartenverteilung an den kleinstandörtlichen Bedingungen sowie eine hohe Arten- und Strukturvielfalt der Bestände sollen stabile Waldökosysteme geschaffen und hierdurch eine Risikominimierung im Hinblick auf zu erwartende, jedoch in ihrem Ausmaß nicht mit Bestimmtheit vorhersagbare klimatische Veränderungen erzielt werden.

Im Hinblick auf die Wiederherstellung eines regionsweiten ökologischen Verbundnetzes können standortgerechte Wälder besonders in den waldarmen Bereichen des nördlichen Vogtlandes und des Erzgebirgsbeckens einen wichtigen Beitrag leisten. Unter landschaftspflegerischen, landschaftsästhetischen und siedlungsklimatischen Gesichtspunkten sollen jedoch wertvolle Offenlandbiotope wie artenreiche Wiesen (vgl. Z 2.3.1.13) oder kleinstrukturierte Landschaftsbereiche, bedeutsame Blickachsen sowie Frisch- und Kaltluftbahnen nicht aufgeforstet werden. Eine Verkürzung/Begradigung vorhandener Waldränder im Zuge von Aufforstungen soll ebenfalls vermieden werden.

zu G 2.3.2.4

Ein wichtiges Kriterium für den ökologischen und rekreativen Wert der Wälder ist deren Flächengröße und Störungsarmut. Vor allem Wälder ab etwa 2 - 3 km² Größe besitzen für den langfristigen Erhalt der von Natur aus großflächigen Ökosysteme eine besondere Bedeutung.

Ganzjährig störungsarme Areale in weit darüber hinaus reichendem Umfang sind erforderlich zur Sicherung der noch vorhandenen Vorkommen charakteristischer, in ihrem Bestand unmittelbar bedrohter Tierarten wie Birk- und Auerhuhn, Schwarzstorch oder Rauhfußkauz, wobei zugleich qualitativ deren differenzierte Habitatansprüche erfüllt sein müssen. Unzerschnittene Waldgebiete, die sowohl stark gefährdeten Arten Lebensraum bieten als auch ausgedehnte Ruhebereiche für Erholungssuchende bilden, stellen in weiten Teilen die grenznahen Wälder des Oberen Erzgebirges und Oberen Vogtlandes dar. Beispiele für weitere geschlossene Waldgebiete sind die zusammenhängenden Wälder im Kontakthofbereich des Bergener und Kirchberger Granitgebietes, der Hartensteiner Wald, der Verdauer Wald sowie die Wälder im Raum Mehltheuer – Schönberg – Mühltröff.

Im Hinblick auf den Erhalt großflächiger Wälder sollen als Maßnahmen, die mit erheblichen Zerschneidungs- und Störwirkungen verbunden sind, vor allem infrastrukturelle Neubauten (einschließlich der Wiederherrichtung funktionsloser Abschnitte) vermieden und Ausbaumaßnahmen vorhandener Trassen auf das erforderliche Mindestmaß begrenzt werden.

zu G 2.3.2.5

Naturnahe Wälder sind in der Region nur noch in stark eingeschränktem Umfang vorhanden. Aufgrund ihrer Funktion als Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten, darunter stark gefährdeter und bestandsbedrohter Arten, aber auch aufgrund ihrer natürlichen Stabilität und Widerstandskraft bedürfen sie der besonderen Beachtung.

Der Erhalt eines naturnahen Zustandes ist maßgeblich von der Weiterführung einer entsprechend angepassten Nutzung abhängig. Neben den Maßnahmen einer naturnahen Bewirtschaftung, die auf der Basis der Waldbaugrundsätze für den Staatswald im Freistaat Sachsen in zunehmendem Maße für alle Wälder Anwendung finden oder entsprechend als Orientierung dienen sollten, ist vor allem eine Förderung natürlicher Entwicklungsprozesse in den genannten Bereichen anzustreben. Perspektivisch ist in Zusammenarbeit von Forstwirtschaft und Naturschutz unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Naturwaldzellen bzw. Waldschutzgebiete sowie Waldbereiche mit naturschutzrechtlichem Schutzstatus auf den Aufbau eines Systems ausreichend großer, repräsentativer Schutzgebiete hinzuwirken, die eine ungestörte Entwicklung naturnaher Waldökosysteme mit ihrem charakteristischen Arteninventar gewährleisten. (Naturwald-Verbundsystem).

Der begonnene Waldumbau von großflächigen und gleichaltrigen Reinbeständen soll langfristig fortgeführt und eine Neubegründung vermieden werden.

Im Hinblick auf die Sicherung und Entwicklung der Vorranggebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) als Kernbereiche des ökologischen Verbundes (vgl. Kap. 2.1.3) sollen Maßnahmen zur Entwicklung naturnaher Bestände in den diesbezüglich entwicklungs- bzw. sanierungsbedürftigen Teilbereichen der entsprechend ausgewiesenen Gebiete im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten Priorität besitzen. Ebenso stellen die ausgewiesenen Vorranggebiete Wald Bereiche dar, denen hinsichtlich der Entwicklung naturnaher Bestände eine besondere Priorität zukommt, da hierdurch eine Optimierung der Waldfunktionen dieser multifunktionalen Waldbereiche erreicht wird.

Bei Waldumbau und Verjüngung sollen die Kriterien der Standortgerechtigkeit und der Naturnähe sowie der Funktionengerechtigkeit (Erfüllung der örtlich gewünschten Waldfunktionen) berücksichtigt werden. Hierbei ist auch der Aspekt des Klimawandels und der hieraus resultierenden veränderten Umweltbedingungen zu beachten. Wegen der geringen Ausstattung der hiesigen Wälder mit den von Natur aus dominierenden Laubbaumarten sowie der Weißtanne und wegen deren Bedeutung für die Stabilität und Sicherheit des Waldes ist - außerhalb der durch natürliche Bergfichtenwälder bestimmten Hochlagen - bei Umbau und Verjüngung auf hohe Anteile der Laubbaumarten und der Weißtanne zu orientieren. Die regionaltypische Vielfalt der Waldvegetation einschließlich der natur- und kulturhistorisch wertvollen Nutzungsformen soll erhalten und gefördert werden.

Um möglichst vielen Tier- und Pflanzenarten Lebensraum zu bieten, soll die Struktur des Waldes durch Vielfalt in Artenzusammensetzung und Altersklassen geprägt sein, naturnahe Bereiche, Höhlenbäume, Alt- und Totholz sowie Waldwiesen erhalten bzw. entwickelt und Übergangsbereiche zu anderen Nutzungen (Ökotone) gefördert werden. Wälder auf naturräumlichen Extremstandorten wie Mooren, Sümpfen, Auen, Schatthängen, Felsbereichen, Block- und Geröllhalden sowie trockenwarmen Standorten sollen so gepflegt bzw. bewirtschaftet werden, dass sich die diesen Standorten entsprechenden Biotope entwickeln. Vielfältig nach Arten, Alter und Flächengrößen strukturierte Wälder gewährleisten gleichzeitig ein abwechslungsreiches Erlebnis für Erholungssuchende, reduzieren das Schadensrisiko und lassen eine hohe Flexibilität bei der Holznutzung erwarten.

zu G 2.3.2.6

Waldränder haben eine große Bedeutung für den Schutz des Waldes vor Sturm und schädlicher Besonnung, für die Tier- und Pflanzenwelt (Rand- und Überschneidungseffekte, Nischen für konkurrenzschwache Gehölzarten) und für die Erholung in der Landschaft (Farb- und Formenwechsel, Jahreszeitaspekte). Daher sollen sie besonders gepflegt und mit Ausrichtung auf ihre örtlich gegebene Hauptfunktion gestaltet werden. Ein gut strukturierter, sich allmählich in Höhe und Artenstruktur vom Freiland zum Wald entwickelnder Waldrand mit breitem Saum erfüllt im allgemeinen die verschiedenen Anforderungen am besten.

zu G 2.3.2.7

Die Schalenwildarten Rotwild, Damwild, Muffelwild und Schwarzwild sind die größten in der Region noch existierenden Wildtierarten. Während das Schwarzwild (wie auch das Rehwild) in der gesamten Region vorkommt und in seinem Bestand durch Einengung oder Zerschneidung seines Lebensraumes nicht gefährdet ist, kommen Rot-, Dam- und Muffelwild nur in bestimmten Gebieten vor. Eine Zerschneidung dieser Gebiete mit der Folge einer Isolation von Teilpopulationen würde auf Dauer zu genetischer Verarmung, Degeneration und Erlöschen der Populationen führen. Vor Störungen sollen vor allem die durch die Schalenwildverordnung festgelegten Schalenwildgebiete „Erzgebirge/Vogtland“, „Mühltröfz“ und „Werdauer Wald“ (Rotwild), „östliches Zwickauer Land“ (Damwildgebiet Hohenstein-Ernstthal) sowie „Vogtland“ (Muffelwild) geschützt werden. Bauvorhaben im Außenbereich sollen in diesen Gebieten unter Rücksichtnahme auf die Habitatansprüche der Wildarten erfolgen. Bei unvermeidbaren Zerschneidungen sollen in ausreichendem Umfang störungsarme Überwechsellmöglichkeiten geschaffen werden.

Insbesondere im Kammbereich des Westerzgebirges (Vogelschutzgebiet Westerzgebirge) schließen die Schalenwildgebiete großräumige Vorkommensbereiche besonders störungsempfindlicher Arten ein. In diesem Bereich ist der Sicherung der betroffenen Arten mit ihren Lebensräumen und dem Schutz gegenüber Störungen besondere Bedeutung beizumessen.

zu 2.4 Rohstoffsicherung und -gewinnung

Die Sicherung und Nutzung von oberflächennahen Rohstoffen ist Voraussetzung für die weitere Entwicklung in der Planungsregion Südwestsachsen. Eine ausreichende Rohstoffversorgung ist insbesondere für die Siedlungsentwicklung und die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur von Bedeutung.

Aufgabe der Regionalplanung ist die vorsorgende Sicherung von oberflächennahen Rohstoffen (ROG § 2 (2) Nr. 9 Satz 3 sowie § 7 (2) Nr. 2b und SächsLPIG § 4 (3) Nr. 2b). Der Auftrag im LEP 2003 Z 7.2 wird durch die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten oberflächennahe Rohstoffe (Rohstoffsicherungskonzept) in der Karte 1 „Raumnutzung“ wahrgenommen und erfüllt. Auf die Ausweisung von Eignungsgebieten wird verzichtet.

Im Fachgutachten des LfUG „Bewertung der Rohstofflagerstätten in Sachsen“ werden die Rohstoffvorkommen der Steine und Erden bewertet und klassifiziert. Ausgehend von den Daten der Karte Oberflächennahe Rohstoffe (KOR 50) werden die Rohstoffflächen ermittelt, die nicht dauerhaft durch andere Nutzungen (u. a. Siedlung, Infrastruktur, Gewässer einschließlich festgelegter Pufferzonen) blockiert sind. Anhand der fünf Kriterien Menge des Rohstoffes (geologischer Vorrat), Qualität des Rohstoffes (Eignung, Verwendung), Mächtigkeit des Rohstoffes, Nutzschrift/Abraum-Verhältnis und geologischer Kenntnisstand wurde die Bauwürdigkeit nach Rohstoffgruppen berechnet und bewertet. Die anschließende Bewertung der Sicherungswürdigkeit ergibt sich aus der Kombination der Bauwürdigkeit mit dem Planungsstand. Dementsprechend erhalten alle planfestgestellten/genehmigten Rohstoffflächen die höchste Sicherungswürdigkeit. Die so ermittelten und in der Karte 9 des LEP 2003 dargestellten Flächen dienen als Suchraum für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten in der Regionalplanung. Daraus wurden vom LfUG unter Berücksichtigung der Kriterien des LEP 2003 Z 7.2 (Orientierung am kurz-, mittel- und langfristigen Rohstoffbedarf, am Rohstoffpotenzial und seiner räumlichen Verteilung, an der rohstoffgeologischen Bewertung der Lagerstätten, an der landesweiten Bedeutsamkeit der Rohstofflagerstätten sowie an der vorrangigen Sicherung von bereits genehmigten Abbauvorhaben sowie von Erweiterungs- und Ersatzflächen für bestehende Betriebe) konkrete Rohstoffsicherungsflächen ermittelt und der Regionalplanung zur Ausweisung vorgeschlagen.

Entsprechend der Begründung zu Z 7.2 des LEP 2003 ist die Rohstoffsicherung am prognostizierten Rohstoffbedarf zu orientieren. Danach sind in der Regel Vorranggebiete für den kurzfristigen Bedarf (ca. 20 Jahre), Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den mittelfristigen Bedarf (nachfolgende 20 Jahre) sowie Vorbehaltsgebiete für den langfristigen Bedarf (> 40 Jahre) auszuweisen. Dazu wurde vom Landesamt für Umwelt und Geologie (LfUG) eine Rohstoffbedarfsprognose für diese Zeiträume erstellt, um eine ausreichende Vorratsmenge zur Bedarfsdeckung zu gewährleisten. Diese Prognose umfasst sowohl die zukünftige Bedarfssituation als auch die dafür erforderliche Vorratsmenge in den zu sichernden Lagerstätten (in Tonnen).

Grundlagen für die Ermittlung des Bedarfes der Planungsregion Südwestsachsen nach Rohstoffarten ist zum einen die im 10-Jahreszeitraum (1992 bis 2001) in Sachsen geförderte Gesamtrohstoffmenge, wobei der Anteil der nicht unter Bergrecht fördernden Betriebe grob geschätzt und mit einem Aufschlag von 20% versehen wurde. Werden die inzwischen vorliegenden neueren Jahresberichte einbezogen, ergeben sich auch für die 10-Jahres-Mittel zwischen 1995 und 2004 keine signifikanten Abweichungen gegenüber dem Mittelwert für 1992-2001.

Zum anderen wird zur Bedarfsermittlung der aus der Fördermenge des Jahres 2001 ermittelte regionale Förderanteil für jede Rohstoffart herangezogen. Daraus ergibt sich folgender Rohstoffbedarf für Südwestsachsen für jeweils 20 Jahre:

	10 Jahre (1992-2001) verwertbare Förderung in Sachsen gesamt [in Mio. t]	Anteil der Planungs- region an der Ge- samtfördermenge (2001) in Sachsen [in %]	Rohstoffbedarf innerhalb der Planungsregion für 20 Jahre (incl. 20 % Auf- schlag) [in Mio. t]
Schotter und Splitt, Werk- und Dekosteine	268,45	10,1	65,07
Kiese und Kiessande	203,88	4,4	21,53
Lehm und Ton	9,08	12,5	2,72

Dem ermittelten Bedarf sind die dafür erforderlichen Vorräte gegenüberzustellen. Dazu wurde durch das LfUG die erforderliche Vorratsmenge zum einen für die unverritzten Flächen berechnet. Die industriell verwertbaren Vorräte werden mit 70 % des geologischen Vorrates berücksichtigt (etwa aufgrund Böschungs- und Aufbereitungsverlusten). Zum anderen können auch Vorräte von bereits in Abbau befindlichen Betrieben gesichert werden. Die Angaben für diese Restvorräte aus aktiven Bergbaubetrieben wurden vom LfUG gesondert berechnet und dem Planungsverband in kumulierter Form zur Verfügung gestellt. Da eine exakte Vorratsberechnung aufgrund der Kompliziertheit der zu berücksichtigenden Randbedingungen nicht möglich ist, sind die Berechnungsergebnisse als begründete Schätzwerte aufzufassen.

Sowohl die Bedarfsprognose als auch die Vorratsschätzung sind einer Vielzahl nicht abschließend einschätzbarer Einflussgrößen unterworfen, die ggf. erheblichen Einfluss auf Fördermengen und Bedarf haben (z. B. die Aufteilung des Gesamtvorrates einer Lagerstätte auf einzelne Jahresscheiben, die tatsächliche jährliche Förderung, neue Erkenntnisse über die Vorratssituation, neue Abbautechnologien, die Markt- und Konkurrenzsituation und das gesamtwirtschaftliche Nachfrageverhalten der Verbraucher). Trotzdem bieten sie ausreichend Anhaltspunkte für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten zur Sicherung des Rohstoffbedarfs.

Auf diesen o. g. Grundlagen erfolgt die Ausweisung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe innerhalb des zur Verfügung stehenden regionalplanerischen Gestaltungsspielraums. Zuerst wurden die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete des Regionalplanes 2002 geprüft und entsprechend als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ausgewiesen. Im Einzelfall sich ergebende Umstufungen zwischen den beiden Kategorien bzw. ein Wegfall aus dem Regionalplan resultieren aus Vorschlägen der Fachplanung bzw. aus der aktuellen Abbausituation. Anschließend wurden die regional bedeutenden, jedoch noch nicht im Regionalplan 2002 ausgewiesenen bestehenden Abbaustätten als Vorranggebiete aufgenommen. Erweiterungsvorschläge der Fachbehörde sind jeweils berücksichtigt. Abschließend wurden die vom LfUG vorgeschlagenen neuen Flächen bzw. neuen Erweiterungsflächen hinsichtlich einer Ausweisung als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete bewertet und ausgewiesen. Bei der regionalplanerischen Konkretisierung wurden die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete bezüglich ihrer Form und Lage den regionalen und topographischen Gegebenheiten angepasst.

In der Planungsregion sind nachfolgend genannte Vorrang- und Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe ausgewiesen. Bei der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten wird deutlich, dass ein Teil der Vorbehaltsgebiete ein hohes Konfliktpotenzial mit anderen Belangen beinhaltet. Das kommt in der Karte 1 „Raumnutzung“ durch Überlagerung von mehreren Vorbehaltsgebieten zum Ausdruck. Die Aufzählung erfolgt innerhalb der Landkreise bzw. der kreisfreien Stadt Zwickau von Nord nach Süd.

Die Kennzeichnung der unter Abbau im Tagebau stehenden Gebiete erfolgt nachrichtlich.

Tabelle 5
Vorranggebiete oberflächennahe Rohstoffe

Landkreis Aue-Schwarzenberg

Nr.	Bezeichnung/Lage	Rohstoff	Hinweise
1	Aue-Hakenkrümme	Hornfels	
2	Aue	Granit	Gestein zur Herstellung von Werk- und Dekosteinen
3	Auerhammer	Granit	Gestein zur Herstellung von Werk- und Dekosteinen
4	Zschorlau	Granit	Gestein zur Herstellung von Werk- und Dekosteinen
5	Wolfsgrün	Granit	Erweiterungsmöglichkeit (s. Vorbehaltsgebiet Wolfsgrün-Ost)
6	Blauenthal	Granit	Erweiterungsmöglichkeit (s. Vorbehaltsgebiet Blauenthal) Gestein zur Herstellung von Werk- und Dekosteinen
7	Blauenthal I	Granit	Erweiterungsmöglichkeit (s. Vorbehaltsgebiet Spitzleithe-Ost/-Süd)

Landkreis Vogtlandkreis

Nr.	Bezeichnung/Lage	Rohstoff	Hinweise
8	Reimersgrün	Diabas	
9	Oberreichenau	Kieselschiefer	
10	Wildenau	Granit	Teilbereich liegt im Landkreis Zwickauer Land
11	Rodewisch	Hornfels	Hochstufung in Vorranggebiet erfolgt
12	Bergen	Granit	
13	Trieb	Granit	
14	Theuma	Fruchtschiefer	Gestein zur Herstellung von Werk- und De- kosteinen
15	Bösenbrunn-Glockenpöhl	Diabas	
16	Bösenbrunn/Hohe Hut	Diabas	
17	Schönbrunn	Diabas	
18	Lauterbach	Diabas	
19	Haselmühle	Quarzit	

Landkreis Zwickauer Land

Nr.	Bezeichnung/Lage	Rohstoff	Hinweise
20	Gablenz	Kiessand	
21	Dennheritz/Tagebau	Kiessand	
22	Crimmitschau	Lehm	
23	Gablenz 3	Kiessand	Hochstufung in Vorranggebiet erfolgt
24	Dennheritz/Kalthausen	Kiessand	
25	Niedermülsen	Kiessand	Erweiterungsmöglichkeit (s. Vorbehaltsgebiet Niedermülsen)
26	Leubnitz	Lehm	Erweiterungsmöglichkeit (s. Vorbehaltsgebiet Leubnitz-Nordwest)
27	Steinpleis	Lehm	Erweiterungsmöglichkeit (s. Vorbehaltsgebiet Steinpleis/Roter Berg) tonige Gesteine für speziellen Einsatz (Gieße- rei, Tiefbohrwesen, Fliesen, ...) Hochstufung in Vorranggebiet erfolgt
28	Thierfeld	Lehm	Das Vorranggebiet ist auf die im Hauptbe- triebsplan vom 06.12.2006 ausgewiesene Fläche begrenzt
29	Kirchberg/Schelmberg	Hornfels	Problematischer Verkehrsanbindung
30	Kirchberg/Wolfersgrün	Granit	Gestein zur Herstellung von Werk- und De- kosteinen
31	Saupersdorf-Krähenberg	Granit	
32	Pfarrberg	Granit	Problematischer Verkehrsanbindung
33	Giegengrün	Granit	keine Erweiterungen
34	Obercrinitz	Granit	

Stadt Zwickau

Nr.	Bezeichnung/Lage	Rohstoff	Hinweise
35	Kiestagebau Hartmannsdorf, Klopfer	Kiessand	keine Erweiterungen
36	Kiestagebau Hartmannsdorf, Beck	Kiessand	keine Erweiterungen
37	Zwickau-Auerbach	Kiessand	
38	Zwickau-Ost	Kiessand	
39	Reinsdorf	Kiessand	Teilbereich liegt im Landkreis Zwickauer Land
40	Zwickau-Planitz	Lehm	

Tabelle 6
Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe

Landkreis Aue-Schwarzenberg

Nr.	Bezeichnung/Lage	Rohstoff	Hinweise
A	Wolfsgrün-Ost	Granit	Erweiterungsmöglichkeit zu Vorranggebiet Wolfsgrün
B	Blauenthal	Granit	Erweiterungsmöglichkeit zu Vorranggebiet Blauenthal
C	Spitzleithe-Ost/-Süd	Granit	Erweiterungsmöglichkeit zu Vorranggebiet Blauenthal I

Landkreis Vogtlandkreis

Nr.	Bezeichnung/Lage	Rohstoff	Hinweise
D	Herlasgrün-Tännicht	Diabas	
E	Schreiersgrün-Süd	Granit	
G	Bergen-Kräuterhaus	Granit	Abstufung in Vorbehaltsgebiet erfolgt

Landkreis Zwickauer Land

Nr.	Bezeichnung/Lage	Rohstoff	Hinweise
H	Niedermülsen	Kiessand	Erweiterungsmöglichkeit zu Vorranggebiet Niedermülsen
I	Leubnitz-Nordwest	Lehm	Erweiterungsmöglichkeit zu Vorranggebiet Leubnitz
J	Steinpleis/Roter Berg	Lehm	Erweiterungsmöglichkeit zu Vorranggebiet Steinpleis
K	Fraureuth	Lehm	
M	Saupersdorf (Ulli), Saupersdorf/Kirchberg	Granit	

Stadt Zwickau

Nr.	Bezeichnung/Lage	Rohstoff	Hinweise
N	Schneppendorf (Susi)	Kiessand	Teilbereich liegt im Landkreis Zwickauer Land
O	Süd-Schneppendorf (Heidi)	Kiessand	
P	Zwickau-Eckersbach	Kiessand	
Q	Zwickau-Marienthal	Lehm	
R	Zwickau-Brander Weg	Lehm	

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass mit der Ausweisung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe die Nutzung und Sicherung der Rohstoffe kurz-, mittel- und langfristig gewährleistet werden kann.

zu Z 2.4.1

In der Karte 1 „Raumnutzung“ sind Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für oberflächennahe Rohstoffe ausgewiesen, innerhalb derer ein Abbau präferiert wird (Vorranggebiete) oder mit besonderem Gewicht versehen wird (Vorbehaltsgebiete). Damit ist zum einen die Möglichkeit gegeben, den Rohstoffabbau auf bereits regionalplanerisch abgewogene Gebiete zu lenken (Vorranggebiete), zum anderen werden Flächen für die Rohstoffnutzung mittel- und langfristig gesichert (Vorbehaltsgebiete). Mit dem Ziel erfolgt eine raumordnerische Lenkung der Belange der Rohstoffsicherung und -gewinnung auf die entsprechend ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete. Bei vorliegender Raum- und Umweltverträglichkeit ist ein Abbau auch außerhalb der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe möglich.

zu Z 2.4.2

Die für die Rohstoffgewinnung vorhandenen geologischen Vorräte sind begrenzt und nicht vermehrbar. Ein sparsamer und schonender Umgang mit den Rohstoffen sowie eine vollständige Ausnutzung der Lagerstätte reduzieren die insgesamt vom Bergbau ausgehenden Belastungen. Dies kann geschehen durch einen auf Optimierung bedachten und am Stand der Technik orientierten Rohstoffabbau oder eine Be- und Verarbeitung, die wenig abfallende Stoffe produziert bzw. diese weiterverwertet. Ein vollständiger Abbau des Rohstoffes bedeutet neben dem Bestandsschutz für den Betreiber auch Planungssicherheit. Bei eingestelltem Abbaubetrieb soll die Möglichkeit einer zukünftigen Gewinnung noch lagernder und gewinnbarer Restvorräte aus der bereits erschlossenen Lagerstätte durch die bestehende Flächensicherung erhalten bleiben.

zu Z 2.4.3

Die Erweiterung von betriebenen Abbaufächen bietet die Möglichkeit, die mit einem Neuaufschluss verbundenen Konflikte zu vermeiden. Ebenso kann eine Erweiterung aus rohstoffgeologischen Gründen sinnvoll sein, um eine effiziente und nachhaltige Nutzung der Lagerstätte zu bewirken. Voraussetzung ist eine konfliktarme Nutzungsmöglichkeit der Erweiterungsfläche.

In den unter der Begründung zu Z 2.4 aufgeführten Tabellen 5 „Vorranggebiete oberflächennahe Rohstoffe“ und 6 „Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe“ werden in der Spalte „Hinweise“ bereits einige Aussagen zu Erweiterungen getroffen. So ist dort beschrieben, in welchen Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten

- eine Erweiterung ausgeschlossen wird (keine Erweiterungen) oder
- grundsätzlich eine Erweiterungsmöglichkeit regionalplanerisch ausgewiesen ist (Ausweisung als Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe in der Karte 1 „Raumnutzung“)

Erweiterungen zu weiteren Abbauvorhaben müssen im Einzelfall geprüft werden.

zu Z 2.4.4

Für die den Vorranggebieten Wolfsgrün (Nr. 5), Blauenthal (Nr. 6) und Blauenthal I (Nr. 6) zugrunde liegenden Flächen ist aufgrund rohstoffgeologischer Bewertungen eine Erweiterungsmöglichkeit gegeben (Ausweisung als Vorbehaltsgebiet oberflächennahe Rohstoffe). Wegen der dann im Ergebnis vergrößerten Abbaufäche der Festgesteinsvorhaben und der damit zusammenhängenden Sichtwirkung von Abbaubetrieben ist eine besondere Berücksichtigung des Landschaftsbildes erforderlich. Dies kann ermöglicht werden durch Schaffung einer Pufferzone (z.B. Waldgürtel) zur Abschirmung des Abbauvorhabens gegen vorhandene Wohnbebauung oder Verkehrsinfrastruktur.

In der Karte 1 „Raumnutzung“ wird dieser Sachverhalt durch die Überlagerung der Erweiterungsflächen mit dem Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben) zum Ausdruck gebracht.

zu Z 2.4.5

Bedingt durch die Standortgebundenheit und die geologische Situation treten oberflächennahe Rohstoffe in den verschiedenen Teilräumen unterschiedlich häufig auf. Besonderer Wert wird daher auf die Vermeidung von Konzentrationstendenzen gelegt, um eine übermäßige Belastung dieser Teilräume zu vermeiden und eine Ausgewogenheit der Verteilung der Standorte zu erzielen. Die Vermeidung der Häufung von Abbauvorhaben kann auch durch Erweiterung bestehender Abbaubetriebe erreicht werden (s. Z 2.4.3). Weiterhin dient die Inanspruchnahme von benachbarten Vorbehaltsgebieten erst nach der umfassenden Ausnutzung der bestehenden Abbaufächen der Verwirklichung der Planaussage. Hier kommt die den Vorbehaltsgebieten oberflächennahe Rohstoffe immanente zeitliche Dimension (Rohstoffsicherung für den mittel- und langfristigen Bedarf) zum Tragen.

Besonders betroffen von einer größeren Anzahl an Abbaufächen ist im Bereich der Kies- und Sandgewinnung der Raum Zwickau-Crimmitschau sowie bei den Festgesteinen der Raum Kirchberg.

zu G 2.4.6

Der Aufschluss von Lagerstätten, die Gewinnung der Vorräte und die Verteilung dieser Rohstoffe sind mit Belastungen für die Umwelt verbunden. Die Belastungen für den Menschen und für den Naturhaushalt (Staub, Lärm, ...) sowie eine Überbeanspruchung von Infrastruktureinrichtungen sollen durch fachgesetzliche Maßnahmen minimiert werden.

zu Z 2.4.7

Die durch den Abbau hervorgerufene Beeinflussung der Landschaft erfordert eine nachfolgende Gestaltung des beanspruchten Standortes. Die Folgenutzung soll sich, unter Beachtung bestehender gesetzlicher Bestimmungen (etwa aus dem Sächsischen Waldgesetz) oder Festlegungen in bestandskräftigen Betriebsgenehmigungen, entsprechend Karte 1 „Raumnutzung“ und Karte 5 „Landschaftsbereiche mit besonderen Nutzungsanforderungen“ in das Gesamtumfeld einordnen. Damit wird die jeweilige (klein-)räumliche Entwicklung unterstützt, etwa hinsichtlich der Anforderungen an Natur und Landschaft, an Biotop- und Artenschutz, des ökologischen Verbundes, an die Erholungsnutzung, an die städtebauliche und infrastrukturelle Entwicklung oder an die land- und forstwirtschaftliche Nutzung. Gleichzeitig soll mit der Folgenutzung eine Aufwertung der beanspruchten Fläche im Vergleich zur Situation vor Beginn des Eingriffs verbunden sein.

Um die Folgenutzung erfolgreich in die spätere Entwicklung des Umfeldes einzubinden, sind eine frühzeitige Planung der erforderlichen Voraussetzungen und eine sukzessive Umsetzung im Rahmen des Abbaufortschrittes erforderlich.

zu Z 2.4.8

Aus der Karte 1 „Raumnutzung“ wird ersichtlich, dass die Vorranggebiete Zwickau-Ost (Nr. 38), Dennheritz/Tagebau (Nr. 21) und Dennheritz/Kalthausen (Nr. 24) in Teilabschnitten unmittelbar an Vorbehaltsgebiete Waldmehrung angrenzen. Damit ist ein räumlicher Zusammenhang dieser beiden Sachverhalte gegeben. Sofern eine Aufforstung in Teilbereichen der Abbaufächen nach Beendigung der Abbautätigkeit keinen Widerspruch zu bestandskräftigen Betriebsplänen darstellt, kann damit ein Bei-

trag zur Erhöhung des Waldanteils in diesen Gebieten geleistet und der Bedeutung des Waldes mit seinen vielfältigen Funktionen Rechnung getragen werden (s. a. Kapitel 2.3.2).

zu G 2.4.9

Mit der Planaussage wird dem Grundsatz der Nachhaltigkeit Rechnung getragen. Bei Umsetzung der Planaussage erfolgt zum einen ein sparsamer und schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen, zum anderen wird bereits verwendetes Material einer erneuten Nutzung zugeführt. Damit kann ein Teil des Rohstoffbedarfes abgedeckt werden.

zu 2.5 Windenergienutzung

Der LEP 2003 fordert in Z 11.4 für die Regionalpläne die Sicherung der räumlichen Voraussetzungen für die Nutzung von Windenergie. Zur räumlichen Konzentration der Windenergienutzung ist hierbei eine abschließende flächendeckende Planung vorzunehmen.

Konzeptionell wird an die bisherige Konzeption des Regionalplanes Südwestsachsen 2002 angeknüpft. Die Standortkriterien wurden unter Beachtung der spezifischen regionalen Bedingungen aktualisiert, um den gestiegenen Anforderungen hinsichtlich der Einordnung raumbedeutsamer Windenergieanlagen Rechnung zu tragen. Im Ergebnis erfolgt die Ausweisung von Vorrang-/Eignungsgebieten, da die angestrebte räumliche Steuerungswirkung (Planvorbehalt gemäß § 35 Abs. 3 BauGB) an diese Plankategorien geknüpft ist.

Der Planungsansatz orientiert sich maßgeblich an den folgenden, bereits der bisherigen Konzeption zugrunde liegenden Prämissen:

- Konzentration der Windenergienutzung auf raumverträgliche Gebiete unter Freihaltung möglichst zusammenhängender landschaftlich sensibler Bereiche
- Vermeidung von teilräumlichen Überlastungen durch die Einhaltung von Mindestabständen zwischen Windnutzungsgebieten.

Durch die Ausweisung von Windnutzungsgebieten im Regionalplan soll – unter Beachtung der regionsspezifischen Voraussetzungen – ein angemessener Beitrag zur Erfüllung der energie- und klimapolitischen Zielstellungen des Freistaates Sachsen entsprechend der hierzu im LEP 2003 benannten Vorgaben geleistet werden (Zielstellung gemäß Sächsischem Klimaschutzprogramm bis 2010 5% des Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien).

Arbeitsschritte

Unter Einbeziehung der im Regionalplan 2002 ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Windenergienutzung, der auf kommunaler Ebene ausgewiesenen oder für eine Ausweisung vorgesehenen Windnutzungsgebiete sowie der aktuell vorhandenen Windnutzungsstandorte (realisierte und genehmigte Windenergieanlagen) erfolgte eine nochmalige regionsweit flächendeckende Recherche hinsichtlich potenziell für die Errichtung von Windenergieanlagen geeigneter Gebiete.

Für die flächendeckende Untersuchung wurden – nach Ermittlung des aktuellen Sachstandes Windenergienutzung in der Region - nachfolgende allgemeine Arbeitsschritte durchgeführt.

A Abgrenzung von Untersuchungsgebieten nach Realnutzung/strikten Ausschlussaspekten

- Siedlungsflächen und Abstände zu Siedlungen
- Trassen Verkehrsinfrastruktur und technische Infrastruktur mit Mindestabstand
- Wälder mit Mindestabstand
- Still- und Fließgewässer
- NSG, FFH-, SPA-Gebiete.

Die Abgrenzung von Untersuchungsgebieten für die weitergehende Prüfung anhand der ausgewählten Ausschlusskriterien erfolgte vor allem aus planungstechnischen Gründen (Datenmenge/Handhabbarkeit).

Als Mindestgröße der in Betracht kommenden Flächen wurde von ca. 5 ha ausgegangen (Konzentrationsaspekt, Möglichkeit der Aufstellung von mindestens 2-3 Windenergieanlagen). Alle ermittelten Untersuchungsgebiete mit der Mindestgröße von 5 ha wurden in die weitergehende Prüfung (Arbeitsschritt B) einbezogen, sofern es sich nicht im Einzelfall im Bereiche in deutlicher Tallage handelte, die unter dem Aspekt des Windpotenzials als ungeeignet für eine künftige Windenergienutzung zu beurteilen waren (siehe Einzelaspekte, Abschnitt Windpotenzial).

B Prüfung der übrigen Standortkriterien

Schrittweise Überprüfung der ermittelten Untersuchungsgebiete sowie der vorhandenen und der bislang planerisch gesicherten Windnutzungsgebiete anhand der übrigen regionalplanerischen Kriterien und fachrechtlichen Vorgaben (siehe nachfolgende Erläuterungen).

Einzelaspekte

Windpotenzial

Bei der Ermittlung potenzieller Windnutzungsgebiete wurde davon ausgegangen, dass unter Beachtung des Standes der technischen Entwicklung ein nutzbares Windpotenzial in der Region vom Grundsatz her auf der Gesamtfläche vorhanden ist (Windmessprogramm Sachsen: Abschlussbericht Teil II 1996, Abschlussbericht Windpotentiale in Sachsen 1997). Die Standortsuche erfolgte insofern flächendeckend, um nicht geeignete Gebiete aus der Betrachtung auszuschließen. Lediglich deutliche Tallagen, die selbst bei optimistischster Annahme auch für die Zukunft keinen Ansatzpunkt für eine tragfähige windenergetische Nutzung bieten, wurden bei der Abgrenzung von Untersuchungsgebieten (Arbeitsschritt A) einzelfallbezogen ausgesondert.

Durch die flächendeckende Recherche wird zugleich dem Umstand Rechnung getragen, dass regionsweit differenzierte Datengrundlagen zum Windpotenzial gegenwärtig nicht verfügbar sind. Als Orientierung – insbesondere für die überschlägige Prüfung der Eignung letztlich ermittelter potenzieller Windnutzungsgebiete – wurden Daten des Deutschen Wetterdienstes zu mittleren jährlichen Windgeschwindigkeiten in Sachsen vor (DWD, 2000) genutzt.

Zusammen mit den vorhabensbezogenen Daten der vergangenen Jahre lassen sich hieraus Einschätzungen zum Grad der Eignung größerer Areale ableiten. Eine detaillierte flächenkonkrete Recherche ist auf Grundlage dieser Datenbasis nicht möglich, im regionalen Planungsmaßstab darüber hinaus auch nicht erforderlich.

Siedlungsflächen und Abstände zu Siedlungen

Ausschlusskriterien

- Siedlungsflächen sowie Regionale Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe (gemäß Z 1.4.1)
- Mindestabstände zu Siedlungen
850 m zu Siedlungsflächen mit Wohn- und Erholungsfunktion
250 m zu Gewerbegebieten sowie Regionalen Vorsorgestandorten für Industrie und produzierendes Gewerbe
Einzelfallprüfung: besondere Schutzansprüche (z.B. Kur- und Klinikbereiche) sowie Einzelbebauung im Außenbereich

Die Ermittlung der Siedlungsflächen und Siedlungsabstände basiert auf den verfügbaren regionsweiten Daten zur Siedlungsnutzung unter Einbeziehung der Daten der Color-Infrarot-Kartierung (CIR, M 1 : 10 000), der durch die RPS erfassten laufenden Daten zur Baugebietsentwicklung (M 1 : 25 000) sowie der Orthofotos der Landesvermessung (M 1 : 10 000).

Die dichte Siedlungsnutzung in der Region Südwestsachsen stellte bereits in der Vergangenheit den bestimmenden und limitierenden Faktor für die Einordnung der Windenergienutzung dar. Ausschließlich aufgrund dieses Faktors kommt der weitaus überwiegende Teil der Region nicht für eine Windenergienutzung in Betracht. Bei Einbeziehung eines planerischen Mindestabstandes von 850 m gegenüber Siedlungsflächen mit Wohn- und Erholungsfunktion scheiden, bedingt durch die oftmals sehr kleinteilige Siedlungsstruktur, ca. 87 % der Regionsfläche aus.

Berücksichtigt wurden je nach Art der Siedlungsnutzung differenzierte Mindestabstände. Die Abstände sollen ausgehend von den gegenwärtigen und für den Geltungszeitraum des fortgeschriebenen Regionalplanes zu erwartenden Bedingungen raumplanerisch einen angemessenen Schutz der Siedlungs- und Siedlungsrandbereiche gegenüber den dauerhaft auftretenden optischen (Rotorblattbewegung, Lichtreflexe, Schattenwurf) und akustischen (Luft- und Körperschall) Störwirkungen gewährleisten.

Unter Berücksichtigung aktueller immissionsschutzrechtlicher Richtwerte (u.a. „Gemeinsame Handlungsempfehlungen des SMI und SMUL zur Zulassung von Windenergieanlagen“ vom 08.08.2007), bisheriger Erfahrungen im Umfeld bereits in Betrieb befindlicher Windenergieanlagen und der sich mit zunehmender technischer Weiterentwicklung ändernden, für die Zukunft nur bedingt abschätzbaren Standortanforderungen wurden die Abstände so gewählt, dass problematische Immissionssituationen bei der Errichtung von Windenergieanlagen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Bei der Standortsuche soll sichergestellt werden, dass durch die Windkraftanlagen in den künftigen Konzentrations-

gebieten keine schädlichen Einwirkungen für die betroffene Bevölkerung hervorgerufen werden können. Hierbei sind auch die unvermeidbaren Störwirkungen auf Grund von obligatorischen Luftfahrthinderniskennzeichnungen (auffallende Farbkennzeichnung, Gefahrenfeuer) bei Windenergieanlagen ab 100 m Bauhöhe zu berücksichtigen.

Ausgehend von den allgemeinen rechtlichen Vorsorge- und Nachhaltigkeitsgrundsätzen (§ 1 (2) ROG, § 1 BauGB sowie § 5 (1) Nr. 2 BlmschG) schließen die Abstände unter planerischen Gesichtspunkten neben einem angemessenen vorsorgenden Immissionsschutz auch Vorsorgeaspekte hinsichtlich der weiteren Siedlungsentwicklung in der Region ein. (LEP Z 5.1.2 Gewährleistung der Eigenentwicklung der Gemeinden, G 6.1.1, G 6.1.3, G 6.1.4 Sicherung der Voraussetzungen zur Erhaltung und Entwicklung industriell-gewerblicher Bauflächen).

Die Mindestabstände gegenüber Siedlungsflächen berücksichtigen sowohl den allgemein erreichten Entwicklungsstand der Windenergieanlagen als auch sich hierauf beziehende aktuelle Abstandsempfehlungen im Bundesmaßstab, die beispielsweise gegenüber Wohnbebauung bereits Mindestabstände von 1000 m fordern. Der letztlich angesetzte Abstandswert von 850 m gegenüber Siedlungsbereichen mit Wohn- und Erholungsfunktion stellt in diesem Zusammenhang einen planerischen Kompromiss dar zwischen dem notwendigen Schutz der Bevölkerung und der Schaffung von Räumen für die Windenergienutzung (auch im Hinblick auf die Zielstellung des Sächsischen Klimaschutzprogramms) unter den Bedingungen der dichten Siedlungsnutzung in der Region Südwestsachsen. Maßgebend für die Festlegung war deshalb nicht allein die gegenwärtig regelmäßige Bauhöhe der Windenergieanlagen von 100 m Nabenhöhe, sondern die durchschnittliche Bauhöhe raumbedeutsamer Windenergieanlagen in der Region in den letzten 10 Jahren, welche bei 84,3 m lag. Hieraus leitet sich bei einem Abstand entsprechend der ca. 10-fachen Nabenhöhe auf regionalplanerischer Maßstabsebene der Mindestabstand von 850 m ab.

Der Einzelfallprüfung unterlagen sowohl mögliche besondere Schutzansprüche wie z.B. Kur- und Klinikbereiche (im Ergebnis nicht betroffen) als auch eine ggf. geringere Schutzbedürftigkeit bei sichtbar isolierter Einzelbebauung. Als pauschalierter Mindestwert gegenüber isolierter Einzelbebauung wurden dabei 500 m Abstand berücksichtigt. Gegenüber Siedlungsflächen benachbarter Regionen wurden die jeweiligen regionalspezifischen Abstandswerte berücksichtigt.

Der gesonderten Prüfung und Beurteilung unterlagen alle Standorte mit bereits realisierten und genehmigten Windenergieanlagen. In Abhängigkeit von der jeweiligen standörtlichen Vorprägung und Vereinbarkeit mit den übrigen regionalplanerischen und fachrechtlichen Kriterien erfolgte für diese Standorte eine entsprechende Einzelfallprüfung. Als Mindestbedingung für eine mögliche Ausweisung als Vorrang-/Eignungsgebiet wurde für diese bereits bestehenden Standorte ein Siedlungsabstand gegenüber zusammenhängenden Siedlungsflächen mit Wohn- und Erholungsfunktion von 500 m festgelegt.

Natur und Landschaft, Tourismus

Landschaftsbezogene Erholung, Tourismus	
Ausschlusskriterien	Restriktionskriterien (Einzelfallprüfung)
<ul style="list-style-type: none"> – landschaftsprägende Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen (gemäß Z 2.1.2.3) – Nah- und Dominanzbereich regional bedeutsamer Aussichtspunkte (gemäß G 2.1.2.5) 	<ul style="list-style-type: none"> – Bestands- und Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung (gemäß Kap. 1.8) – Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben) (gemäß Kap. 2.1.2) – Sichtbedeutsames Umfeld regional bedeutsamer Aussichtspunkte (gemäß G 2.1.2.5) – Kulturdenkmale und Ortsensembles mit herausragender Landschaftsbildbedeutung einschließlich ihres bildbedeutsamen Umfeldes (gemäß Z 2.1.2.6)

Arten- und Biotopschutz	
Ausschlusskriterien	Restriktionskriterien (Einzelfallprüfung)
<ul style="list-style-type: none"> – Vorranggebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) (gemäß Kapitel 2.1.3) – Wälder mit Abstand von 200 m zu Waldflächen ≥ 1 ha – Still- und Fließgewässer 	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) (gemäß Kapitel 2.1.3) – Vorkommensgebiete störungsempfindlicher Arten mit regionaler und überregionaler Bedeutung – funktionsbezogene Pufferzonen: Naturschutzgebiete (Orientierungswert 300 - 500 m Mindestabstand) Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Gebiete nach EG-Vogelschutzrichtlinie (Umgebungs-schutz einzelfallbezogen, Verträglichkeitsprüfung)

Für die raumverträgliche Einordnung der Windenergienutzung stellen Belange des Naturschutzes, der landschaftsbezogenen Erholung und des Tourismus wesentliche Aspekte dar.

Eine zunehmende Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Tourismus und der weiteren Tourismusentwicklung in der Region zu, für den der Erhalt des vorhandenen landschaftlichen Charakters eine existenzielle Voraussetzung darstellt. Darüber hinaus steigt mit der wachsenden Beanspruchung in den stark verdichteten Teilräumen der Region der Bedarf der Bevölkerung nach Ausgleichsmöglichkeiten für landschaftsbezogene Erholung. Aus diesen Gründen unterliegt die Errichtung von Windenergieanlagen in Fremdenverkehrs- und Erholungsgebieten ebenso wie im sichtbedeutsamen Umfeld bedeutsamer Aussichtsbereiche, landschaftsbestimmender Kulturdenkmale, prägender Ortsbilder sowie landschaftsprägender Erhebungen erhöhten Standortanforderungen. Sie ist unter Gesichtspunkten des Landschaftsschutzes sowie der Vermeidung optisch-akustischer Belastungen nur in Teilbereichen mit den zu sichernden Nutzungsbelangen vereinbar.

Weiterhin soll sichergestellt werden, dass die durch die Nutzung alternativer Energien angestrebte Umweltentlastung nicht auf Kosten regional bedeutsamer ökologischer Funktionen erfolgt. Aus diesem Grund stellen die unter ökologischen Gesichtspunkten wertvollsten Landschaftsbereiche, die mit dem Ziel der Herstellung eines regionsweiten ökologischen Verbundsystems regionalplanerisch gesichert werden (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten und Biotopschutz) gemäß Kapitel 2.1.3) einschließlich des Waldes in seiner Gesamtheit sowie Gewässer bezüglich der Windenergienutzung Ausschluss- bzw. Restriktionsbereiche dar.

Kennzeichnend für die vorliegenden Belange sind vielfältige Überlagerungen der zu berücksichtigenden Einzelaspekte. Flächen, die aufgrund von Belangen des Naturschutzes, der landschaftsbezogenen Erholung und des Tourismus als ungeeignet für eine Windenergienutzung zu beurteilen sind, stehen im Regelfall zu mehreren Einzelaspekten und regelmäßig zudem zu entsprechenden fachgesetzlichen Regelungen (bspw. Schutzgebietsverordnungen) im Widerspruch.

Wälder

Neben der dichten Siedlungsnutzung stellt der vergleichsweise hohe Waldanteil von ca. 38,4 % das zweite wesentliche Ausschlusskriterium für die Windenergienutzung in der Region dar.

Aus Sicht der Regionalplanung kommen Wälder einschließlich eines zu berücksichtigenden Mindestabstandes auch künftig nicht für die Errichtung von Windenergieanlagen in Betracht. Dies begründet sich aus den vielfältigen regional bedeutsamen Funktionen der Wälder und der sich anschließenden Waldrandzonen, so insbesondere für die landschaftsbezogene Erholung, den regionsweiten ökologischen Verbund, den Klima- und Hochwasserschutz. Wald nimmt auf seiner Gesamtfläche wesentliche Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen wahr (Multifunktionalität).

Der Erhaltung des Waldes kommt in Sachsen als vergleichsweise waldarmen Land eine hohe landesplanerische Bedeutung zu. (LEP 2003 Z 9.4, Z 9.5) Zielstellung ist gemäß LEP eine Erhöhung des Waldanteils auf landesweit 30%. Hieraus leitet sich für alle Regionen, in maßvoller Weise und teils räumlich differenziert auch für Südwestsachsen, die Notwendigkeit einer Erhöhung des Waldanteils ab. Schwerpunktbereiche hierfür sind neben waldarmen Teilräumen insbesondere Gebiete mit besonderer Hochwasserschutz-, Klimaschutz- und Erosionsschutzfunktion. Eine Inanspruchnahme von Wäldern für die Windenergienutzung steht zu dieser Zielstellung im grundlegenden Widerspruch, da sie zu Flächen- und Funktionsverlusten führen würde, die nur sehr langfristig durch Ausgleichsmaßnahmen kompensierbar wären.

Durch Einhaltung eines Mindestabstandes von 200 m sollen die sowohl ökologisch als auch landschaftsästhetisch besonders vielfältigen und bedeutsamen Übergangsbereiche zwischen den Ökosystemen Wald und Offenland in ihrer Funktionsfähigkeit gesichert werden. Im Hinblick auf den Aktionsradius waldrandbewohnender und -nutzender Arten, insbesondere Vogel- und Fledermausarten, stellt dieser Wert ein absolutes Minimum dar. Die vorgenommene Reduzierung des Abstandswertes gegenüber dem Regionalplan 2002 und die Beschränkung der Anwendung auf Wälder mit mindestens 1 ha Flächengröße erfolgten in Abwägung mit den Belangen der Windenergienutzung vor dem Hintergrund der nutzungsbedingt begrenzten Möglichkeiten für deren raumverträgliche Einordnung.

Artenschutzbelange

Bei der Einordnung der Windenergienutzung sind die Vorkommensbereiche störungsempfindlicher Arten zu berücksichtigen.

Durch das Regierungspräsidium Chemnitz, Abteilung Umwelt, Außenstelle Plauen erfolgte hierfür die Erarbeitung entsprechender gutachterlicher Zuarbeiten. Auf der Grundlage der vorliegenden artbezogenen Datenbanken erfolgte durch die Fachbehörde eine sachliche und räumliche Konkretisierung der Vorkommensbereiche hinsichtlich der Windenergienutzung relevanter störungsempfindlicher Vogel- und Fledermausarten.

Die Bestimmung der Arten mit hoher Empfindlichkeit gegenüber den Störreizen von Windenergieanlagen und der maßgebenden Tabu- und Restriktionsbereiche erfolgte aufgrund umfangreicher Literaturauswertung unter Berücksichtigung von Publikationen aus neuester Zeit (insbesondere zusammengefasst in Marc Reichenbach „Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Vögel – Ausmaß und planerische Bewältigung“, Berlin 2003).

Bezüglich der ausgewählten störungsempfindlichen Vogelarten besitzen artspezifisch differenziert sowohl Brut- und Nahrungshabitate als auch Rastplätze, Sammelplätze und Zugbahnen Relevanz für die planerische Einordnung von Windnutzungsstandorten. Maßgebliche Beeinträchtigungen dieser Bereiche sind bei der Standortwahl auszuschließen und wurden einzelfallbezogen entsprechend geprüft.

Auszuschließen sind ebenso wesentliche Eingriffe in Sommer- und Winterquartiere sowie Rasthabitate relevanter Fledermausarten. Im Ergebnis der hierzu durchgeführten standortbezogenen Einzelfallprüfung können erhebliche Beeinträchtigungen der gegenwärtig bekannten Vorkommensbereiche ausgeschlossen werden.

Rohstoffsicherung

Ausschlusskriterien	Restriktionskriterien (Einzelfallprüfung)
– Vorranggebiete oberflächennahe Rohstoffe (gemäß Kapitel 2.4)	– Vorbehaltsgebiete oberflächennahe Rohstoffe (gemäß Kapitel 2.4) sowie Rohstoffpotenzialflächen – Abstand: 300 m bei Festgestein im Fall von Sprengbetrieb

Bei der Abstimmung mit Belangen der Rohstoffsicherung war zu berücksichtigen, dass die Planinhalte zur Sicherung oberflächennaher Rohstoffe im Rahmen der Fortschreibung überarbeitet wurden.

Bislang als Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesene Bereiche wurden insoweit als Ausschlussfaktor für Windenergienutzung berücksichtigt, wie es sich hierbei um bestehende bzw. rechtlich genehmigte Vorhaben handelt (genehmigte Betriebspläne). Für alle sonstigen Bereiche erfolgte eine Einzelfallprüfung.

Abstände zwischen Windnutzungsstandorten

Ausschlusskriterium	Restriktionskriterium (Einzelfallprüfung)
– Abstand < 5 km zwischen Windparks bzw. Gebieten ≥ 10 ha	– Abstand < 5 km zwischen Windparks bzw. Gebieten ≥ 10 ha und sonstigen raumbedeutsamen WEA-Standorten bzw. zwischen sonstigen raumbedeutsamen WEA-Standorten

Durch die Einhaltung von Mindestabständen zwischen Windnutzungsstandorten soll zu teilräumlichen Überlastungen führenden Konzentrationen von Windenergieanlagen entgegengewirkt werden. Der geforderte Mindestabstand dient hierbei der Vermeidung unverträglicher Überlagerungen von Wirkbereichen benachbarter Anlagenstandorte. Vermieden werden soll eine unverträgliche Überlagerung der mittleren Wirkbereiche von ca. 2 - 2,5 km, in denen Windkraftanlagen vordergründig in der Landschaft sichtbar sind und diese, bedingt durch ihre Dimension und das charakteristische Bewegungsmoment, sichtbar dominieren.

Zwischen Windparks (Gebiete > 5 WEA bis 100 m Gesamthöhe bzw. ≥ 3 WEA über 100 m Gesamthöhe) bzw. Gebieten ≥ 10 ha soll ein genereller Abstand von mindestens 5 km eingehalten werden. Berücksichtigt wurden hierbei sowohl bestehende Gebiete innerhalb der Region als auch bestehende Windnutzungsstandorte und Vorranggebiete mit entsprechender Kapazität im grenznahen Bereich der Nachbarregionen. Diese Regelung entspricht inhaltlich dem Abstandswert des Regionalplanes 2002, berücksichtigt hierbei jedoch die wesentlich höhere räumliche Wirksamkeit von Windenergieanlagen über 100 m Gesamthöhe gegenüber der in der Vergangenheit zu Grunde gelegten Regelanlage von ca. 500 kW mit deutlich geringeren Bauhöhen.

Zwischen Windparks bzw. Gebieten ≥ 10 ha und sonstigen raumbedeutsamen WEA-Standorten (Standorte < 10 ha, Standorte mit 1 - 2 WEA, Standorte mit 3 - 5 WEA bis max. 100 m Gesamthöhe) bzw. zwischen sonstigen raumbedeutsamen WEA-Standorten erfolgte eine Einzelfallbeurteilung. In Abhängigkeit von der Größe der Windnutzungsstandorte und der jeweiligen standörtlichen Situation wurde folgendermaßen differenziert:

- ca. 4 – 5 km (geringfügige Überlagerung der Wirkbereiche)
vertretbar bei Nachbarschaft räumlich begrenzter Standorte, wenn nicht wesentliche zusätzliche Konflikte vorliegen
- ca. 3 – 4 km (kritische Überlagerung der Wirkbereiche)
vertretbar nur bei Nachbarschaft räumlich begrenzter Standorte, keinen wesentlichen sonstigen Konflikten sowie explizit im Einzelfall für eine Ausweisung sprechenden standörtlichen Voraussetzungen, bspw. maßgebliche Vorprägung, sehr begrenzte Anlagenzahl, begrenzte Anlagengröße, örtliche Reliefverhältnisse
- Bei Abständen < ca. 2,5 – 3 km ist in der Regel von einer unverträglichen Überlagerung der mittleren Wirkbereiche auszugehen.

Fachgesetzlich bestimmte Ausschluss-/Restriktionsbereiche

Ausschlusskriterien	Restriktionskriterien (Einzelfallprüfung)
<ul style="list-style-type: none"> – Einrichtungen der Verkehrsinfrastruktur, Vorrangstrassen Verkehrsinfrastruktur und Einrichtungen der technischen Infrastruktur mit spezifischen Abstandsbereichen 100 m zu Bundesautobahnen, Bundes-, Staats- und Kreisstraßen (einschließlich Vorrangtrassen) sowie Bahnstrecken 200 m zu Hochspannungsfreileitungen (380/220/110 kV) – FND, GLB, § 26-Biotope – Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete Zonen 1 und 2 	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbehaltstrassen/-korridore Verkehrsinfrastruktur – LSG, Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“ – militärische Interessensbereiche – Gebiete mit Bergwerkseigentum und Bewilligungsfelder

Bei der Standortsuche sind neben den regionalplanerischen Aspekten ebenso die spezifischen fachrechtlichen Anforderungen insbesondere des Straßenrechts, des Luftverkehrsrechts, des Fachlichen Entwicklungsplanes Verkehr, des Bergrechts, des Umwelt- und Naturschutzrechts sowie des Bauordnungsrechts zu berücksichtigen. Maßgebend sind diesbezüglich die jeweiligen fachgesetzlichen Bestimmungen.

Geprüft wurden fachspezifische Belange generell soweit, wie sie für die Gebietsauswahl und -abgrenzung auf regionaler Ebene Relevanz besitzen. Sicherzustellen ist, dass fachrechtliche Anforderungen der Windenergienutzung an den ausgewählten Standorten nicht maßgeblich entgegenstehen. Die regionalplanerische Prüfung ersetzt jedoch nicht weitergehende Detailprüfungen und die Klärung kleinflächig relevanter Aspekte (wie z.B. Belange des archäologischen Denkmalschutzes) auf Vorhabensebene bzw. bei der Ausformung der Windnutzungsgebiete im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung.

Hinsichtlich der Einhaltung von Abständen gegenüber Verkehrstrassen und Trassen der technischen Infrastruktur erfolgte unter Berücksichtigung der Anforderungen heutiger Windenergieanlagen eine Orientierung an den erforderlichen spezifischen Mindestabständen, die entsprechend des Planungsmaßstabs der Regionalplanung pauschaliert zu Grunde gelegt werden. Hierdurch soll im Interesse der angestrebten Bündelung von Windenergievorhaben im Umfeld landschaftsprägender technischer Anlagen und hochfrequentierter Verkehrswege (Positivkriterien) vermieden werden, dass potentiell geeignete Gebiete ggf. bei der regionalen Standortsuche ausgeschlossen werden. Die Klärung des konkreten Einzelfalls mit den jeweiligen vorhabensbezogenen Details wird hierdurch nicht berührt, sondern obliegt den entsprechenden Zulassungsverfahren.

Positivkriterien

<ul style="list-style-type: none"> – Umfeld großflächiger Gewerbe- und Industriegebiete – Umfeld landschaftsprägender technischer und landwirtschaftlicher Anlagen – Umfeld hochfrequentierter Verkehrswege
--

Die Möglichkeit einer landschaftsverträglichen Einordnung von Windenergieanlagen ist in hohem Maße vom Vorhandensein einer entsprechenden landschaftlichen Vorprägung abhängig. Neben dem Umfeld großflächiger Gewerbebezonen stellen v. a. landschaftsprägende technische Anlagen, wie 220/380 kV-Hochspannungsfreileitungen und bereits realisierte Windenergieanlagen sowie hochfrequentierte Verkehrsanlagen, wie die Bundesautobahnen wesentliche Ansatzpunkte dar, soweit nicht im konkreten Fall einschränkende Belange entgegenstehen (Beurteilung unter Berücksichtigung der sonstigen Standortkriterien).

Hinsichtlich entsprechender positiver Ansatzpunkte erfolgte eine Einzelfallprüfung für die betrachteten Standorte (Untersuchungsgebiete sowie alle vorhandenen und bislang planerisch gesicherten Windnutzungsgebiete) sowie deren jeweils relevanten Umgebungsbereich. Das Vorhandensein einer ge-

werblich-technischen Vorprägung bildete einen wesentlichen Faktor im Rahmen der Gesamtbewertung der Einzelstandorte.

Planungsergebnis

In der Karte 1 „Raumnutzung“ werden die ermittelten 8 Bereiche, die für eine künftige Windenergienutzung als geeignet zu beurteilen sind, als Vorrang-/Eignungsgebiete Windenergienutzung ausgewiesen. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um folgende Gebiete:

Vorrang-/Eignungsgebiete Windenergienutzung

Nr.	Bezeichnung	Gemeinde	Landkreis	Anzahl realisierter und genehmigter WEA (Stand 01/2008)
W 1	nw Crimmitschau	Crimmitschau	Zwickauer Land	-
W 2	Dennheritz*	Dennheritz	Zwickauer Land	1 WEA realisiert 1 WEA genehmigt
W 3	östl. Langenhessen	Neukirchen, Werdau	Zwickauer Land	2 WEA realisiert 2 WEA genehmigt
W 4	Thierfeld	Hartenstein	Zwickauer Land	-
W 5	östlich Hauptmannsgrün	Heinsdorfergrund	Vogtlandkreis	-
W 6	östlich Ebersgrün	Pausa	Vogtlandkreis	-
W 7	Beiersdorf*	Fraureuth	Zwickauer Land	4 WEA realisiert
W 8	Pfaffengrün*	Treuen	Vogtlandkreis	3 WEA realisiert

* Standorte durch realisierte und genehmigte WEA räumlich ausgelastet

Zu wesentlichen Teilen handelt es sich bei den angeführten Gebieten um Bereiche, die für einen weiteren Ausbau der Windenergienutzung zur Verfügung stehen.

Durch Zubau und Repowering ist den ausgewiesenen 8 Vorrang-/Eignungsgebieten Windenergienutzung bei Neuerrichtung von WEA mit durchschnittlich 2 MW Nennleistung perspektivisch eine Gesamtanzahl von ca. 25 Windenergieanlagen möglich. Bei einer Gesamtleistung von ca. 46 MW ergibt sich hieraus bei durchschnittlich 1800 Vollaststunden im Jahr ein Energieertrag von 83,4 GWh/a. Dies entspricht einem Anteil von 7,25% an der Zielstellung des sächsischen Klimaschutzprogramms. Gegenüber dem aktuellen Stand (Energieertrag der mit Stand 01/2008 in Betrieb befindlichen Windenergieanlagen in der Region) von ca. 36 GWh = 3,1% der Zielstellung des sächsischen Klimaschutzprogramms ist dies eine erhebliche Steigerung. Zu berücksichtigen ist dabei, dass es sich vorliegend um eine überschlägige Prognose nach dem gegenwärtig üblichen Stand der Technik handelt. Da die Planung ausdrücklich auch eine technische Weiterentwicklung einschließt, ist davon auszugehen, dass der tatsächlich erzielbare Ertrag über dem veranschlagten Wert liegt.

Die bestehenden Möglichkeiten zur raumverträglichen Nutzung der Windenergie in der Region Südwestsachsen sind hiermit umfassend ausgeschöpft. Eine weitere Erhöhung des Energieertrages ist auf Grund der im landesweiten Vergleich objektiv ungünstigeren Voraussetzungen für die Windenergienutzung nur durch die Errichtung leistungsfähigerer Windenergieanlagen auf den angeführten Standorten möglich. Die Ergebnisse der landesweiten Windpotenzialuntersuchungen (ausgeführt im Abschlussbericht Windpotenziale in Sachsen - Materialien zum Klimaschutz 1/1997), die flächendeckenden Daten zu Windgeschwindigkeiten in Sachsen des Deutschen Wetterdienstes sowie der aktuelle Anteil der Region an der Stromerzeugung durch Windenergie in Sachsen belegen nachweisbar das sehr geringe spezifische Potenzial in der Planungsregion Südwestsachsen.

Die ausgewiesenen Vorrang-/Eignungsgebiete Windenergienutzung erzeugen gegenüber der gemeindlichen Bauleitplanung nach § 1 (4) BauGB eine Anpassungspflicht. Im Rahmen dieser Anpassung ist eine Präzisierung und räumliche Konkretisierung der Gebietsfestlegungen geboten. Neben der flächenbezogenen Ausformung können hierbei auch spezifische Festlegungen hinsichtlich Anlagenzahl, Höhe und Gestaltung getroffen werden. Bereits realisierte sowie genehmigte Windenergieanlagen besitzen unabhängig von der Lage innerhalb oder außerhalb von Vorrang-/Eignungsgebieten baurechtlichen Bestandsschutz.

Untersucht werden sollte auf kommunaler Planungsebene, inwieweit durch die Festsetzung standortbezogener Höhenbegrenzungen für die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb der ausgewiesenen Vorrang-/Eignungsgebiete Windenergienutzung auch im Hinblick auf die kontinuierlich zunehmenden Bauhöhen der Windenergieanlagen und die damit verbundene Zunahme der Störwirkungen längerfristig der Schutz benachbarter Siedlungsbereiche verbessert werden kann. Aktuelle Orientierungswerte für die in Abhängigkeit von der möglichen Anlagenzahl und -höhe einzuhaltenen Mindestabstände zu Baugebieten enthält die Anlage 4 der „Gemeinsamen Handlungsempfehlungen des SMI und SMUL zur Zulassung von Windenergieanlagen“ vom 08.08.2007.

Vor allem für die Standorte Dennheritz und Pfaffengrün besteht besonderer Prüfungsbedarf hinsichtlich der Festsetzung einer Höhenbegrenzung. Diese Standorte sind gegenwärtig bereits durch bestehende WEA räumlich ausgelastet und wurden unter dieser Maßgabe nach entsprechender Einzelfallprüfung als Vorrang-/Eignungsgebiete Windenergienutzung im Regionalplan ausgewiesen. Da für diese bestehenden Standorte nicht der aktualisierte Abstandswert von 850 m gegenüber Siedlungsflächen mit Wohn- und Erholungsfunktion zu Grunde gelegt wurde, sollte im Hinblick auf ein mittel- bis längerfristig mögliches Repowering geprüft werden, inwieweit ergänzende Festlegungen auf kommunaler Planungsebene zweckmäßig sind.

Standortabhängig sind auf kommunaler Planungsebene sowie im Rahmen der notwendigen Genehmigungsverfahren auch die besonderen Anforderungen bezüglich des Schutzes des militärischen Interessensbereiches der Radaranlage Gleina (Thüringen) zu beachten. Mit Ausnahme des Gebietes östlich Ebersgrün werden hierdurch alle ausgewiesenen Vorrang-/Eignungsgebiete Windenergienutzung berührt. Vor allem an den Standorten Thierfeld und östlich Hauptmannsgrün sind hierbei besondere Standortanforderungen nicht auszuschließen, da diese Standorte deutlich in die Radarsicht der Anlage Gleina hineinragen. Diesbezüglich im Einzelfall ggf. notwendige Einschränkungen sind abschließend jedoch erst auf der Ebene der konkreten Vorhabenzulassung zu klären.

Nach den gegenwärtig vorliegenden Angaben der für die militärischen Belange zuständigen Wehrbereichsverwaltung Ost ist zum Schutz des Interessensbereiches der Radaranlage Gleina in den Vorrang-/Eignungsgebieten nordwestlich Crimmitschau, Dennheritz und östlich Langenhessen die Gesamthöhe der WEA auf jeweils 150 m über Grund zu begrenzen. Im Vorrang-/Eignungsgebiet Beiersdorf sind die WEA auf eine Gesamthöhe von 120 m über Grund, im Vorrang-/Eignungsgebiet östlich Hauptmannsgrün auf eine Gesamthöhe von 100 m über Grund und im Vorrang-/Eignungsgebiet Thierfeld auf eine Gesamthöhe von 90 m über Grund zu begrenzen. Die für Einzelstandorte erforderliche regionalplanerische Höhenbegrenzung gemäß Z 2.5.1 bleibt hiervon unberührt und ist an den Standorten Beiersdorf bzw. östlich Langenhessen, Teilfläche Werdau zusätzlich zu beachten.

zu Z 2.5.1

Unter der Maßgabe einer Gesamthöhenbegrenzung auf 100 m werden die vorhandenen und im Regionalplan 2002 als Vorrangstandort bzw. Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesenen WEA-Standorte Beiersdorf (bisheriger Vorrangstandort nördlich Neumark) und östlich Langenhessen, Teilgebiet Werdau (auf dem Gebiet der Stadt Werdau befindliches Teilgebiet) als Vorrang-/Eignungsgebiete aufgenommen. Als Standorte mit bereits bestehenden Windenergieanlagen unter 100 m Gesamthöhe liegen diese Standorte zwar deutlich unterhalb des aktualisierten Siedlungsabstandes, sind ansonsten jedoch mit den regionalplanerischen Standortkriterien und fachrechtlichen Anforderungen vereinbar. Die Gesamthöhenbegrenzung ist für diese besonders siedlungsnahen Standorte erforderlich, um wirksam zusätzliche, über den gegenwärtigen Stand hinausgehende Störwirkungen (auffallende Farbkennzeichnung, Gefahrenfeuer) auf Grund von Luftfahrthinderniskennzeichnungen an diesen Standorten auszuschließen und hierdurch die Vereinbarkeit mit den aktualisierten regionalplanerischen Rahmensetzungen zu gewährleisten.

Durch die Aufnahme wird eine längerfristige Weiternutzung an diesen Standorten ermöglicht (Repowering). Die räumliche Abgrenzung der Vorrang-/Eignungsgebiete orientiert sich in den vorliegenden Fällen unmittelbar an den bereits realisierten Windenergieanlagen.

zu G 2.5.2

Durch die Anwendung von Anordnungs- und Gestaltungsrichtlinien kann die durch die Windenergieanlagen verursachte Störwirkung im Landschaftsraum vermindert bzw. eine bessere Eingliederung der Anlagen in das umgebende Gelände erreicht werden.

Sinnvolle Maßnahmen bei der Gestaltung sind

- Ausführung als Dreiflügler,
- Vollkörpermast,
- nicht reflektierende Rotorblätter,
- gleicher Anlagentyp bei mehreren Anlagen an einem Standort.

Bei der Anordnung der Windenergieanlagen in Gruppen oder Windparks ist in Abhängigkeit von der Geländeform eine optimale Anpassung an das Gelände sinnvoll. Geeignete Maßnahmen in diesem Bereich können sein:

- die Gruppenaufstellung auf Kuppen,
- die Anordnung in Reihe oder Doppelreihe auf Bergrücken,
- die Anordnung entlang von vorhandenen Strukturlinien auf ebener Fläche.

zu 2.6 Altbergbau

Der Auftrag zur Ausweisung von Gebieten mit Sanierungsbedarf Uranerzbergbau, Steinkohlenbergbau und Erz- und Spatbergbau ist im LEP 2003 unter Z 3.3.8 formuliert. Mit diesen Gebieten mit Sanierungsbedarf Altbergbau sind all die Gebiete erfasst, für die ein Sanierungs- bzw. Verwahrungsbedarf besteht oder in denen die Sanierung und/oder Verwahrung noch andauert. In der Darstellung wird keine Unterscheidung bezüglich der Zuständigkeit der Sanierung getroffen.

Die kartographische Darstellung in der Karte 6 „Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“ erfolgt generalisiert. Das bedeutet, dass sich innerhalb der flächenhaft dargestellten Gebieten mit Sanierungsbedarf Altbergbau viele und z. T. verstreut liegende Einzelstandorte befinden, die übersichtsmäßig zusammengefasst sind. Einzelne nicht maßstäblich darstellbare Sanierungsobjekte können auch außerhalb der kartographisch ausgewiesenen Gebiete mit Sanierungsbedarf Altbergbau liegen.

Informationen zu diesen Ausweisungen wurden vom Sächsischen Oberbergamt, vom LfUG und von der Wismut GmbH zur Verfügung gestellt. Bei der kartographischen Darstellung der Gebiete mit Sanierungsbedarf Uranerzbergbau wird nicht nach der Zuständigkeit der Sanierung unterschieden (s. auch Begründung zu Z 2.6.3).

In der Karte 8 „Bergbauumgang“ werden die Gebiete, in denen mit unterirdischen Hohlräumen zu rechnen ist, d. h. in denen unterirdische Hohlräume bekannt sind (Hohlraumgebiete) und die Gebiete, in denen die Existenz von unterirdischen Hohlräumen nicht ausgeschlossen werden kann (Hohlraumverdachtsgebiete) kartographisch dargestellt. Eine Zuordnung zum Gemeindeterritorium ist möglich, eine Beurteilung von konkreten Standorten bedarf jedoch in jedem Fall der Beteiligung des Sächsischen Oberbergamtes.

In Gebieten, in denen mit unterirdischen Hohlräumen zu rechnen ist, kann der Bauherr rechtzeitig vor Erstellung der Bauvorlagen eine Mitteilung beim Sächsischen Oberbergamt über mögliche Gefahren aus unterirdischen Hohlräumen einholen. Grundlage für die Mitteilung sind insbesondere bergschadenkundliche Analysen sowie weitere Analysen über unterirdische Hohlräume im Sinne von §2 Abs.1 Nr. 2 bis 4 (SächsHohlrVO), die jeweils beim Sächsischen Oberbergamt dokumentiert sind.

Angetroffene Ereignisse, die im Zusammenhang mit Grubenbauen oder unterirdischen Hohlräumen stehen (z. B. Tagebrüche, Gebäudeschäden oder Senkungen), müssen an das Sächsische Oberbergamt gemeldet werden.

zu Z 2.6.1 und Z 2.6.2

Aufgrund seiner geologischen Situation stellt die Planungsregion Südwestsachsen einen Raum dar, in dem schon seit Jahrhunderten Bergbau umging. Das reicht vom historischen Bergbau (v. a. Erzbergbau) mit seinen Gruben, Schürfen und sonstigen Abbaustellen bis zum Bergbau nach 1945, insbesondere den Uranerz- und Steinkohlenbergbau, welche den größten Sanierungsbedarf nach sich ziehen. Wegen der Standortgebundenheit der gewonnenen Rohstoffe lässt sich der bergbauliche Umgang nicht auf ein spezielles Gebiet festlegen. Siedlungen sind davon genauso betroffen wie Freiraum außerhalb von Siedlungen. Um so wichtiger ist es, sich bei der Sanierung und Folgenutzung entsprechend der Schädigungen an den standortspezifischen Erfordernissen und den naturräumlichen Verhältnissen, am natürlichen und landschaftlichen Umfeld und an den bestehenden Nutzungsformen der Umgebung zu orientieren, um störende Einflüsse auf das Gesamtbild zu vermeiden und weiteren Gefahren vorzubeugen. Ein weiterer bedeutender Einflussfaktor bei der Planung und Realisierung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sind die infolge der demographischen Entwicklung veränderten Rahmenbedingungen. Insgesamt soll durch die in den Zielen genannten Sanierungsmaßnahmen und Gestaltungsmöglichkeiten eine Erhöhung der Lebensqualität erreicht werden. Damit ist eine Basis geschaffen für eine zu entwickelnde stabile und an das Umfeld angepasste Landschaft, die von ihrer Wertigkeit mit der Zeit vor Beginn des Abbaus vergleichbar ist.

zu Z 2.6.3

Der von der Wismut betriebene Uranerzbergbau hat in der Vergangenheit die Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung durch unzureichende Schutz- oder Gegenmaßnahmen gefährdet und zugleich zu einer tief greifenden Beeinträchtigung und Veränderung der Landschaft und der Siedlungen geführt. Eine zügige und konsequente Durchführung situationsverbessernder Maßnahmen auf der

Grundlage des gesetzlichen Instrumentariums (etwa BBergG, BImSchG, WHG, BNatSchG, BBodSchG, BWaldG, StrlSchV, SächsHohlrvVO, etc.) ist deshalb erforderlich. Damit können sowohl die Belastungen und Deformationen aus der Vergangenheit und die gegenwärtigen Beeinträchtigungen der Wasser-, Luft-, Boden- und Biopfade erfasst, kontrolliert und reduziert werden als auch die zukünftig erforderliche Gestaltung und Nutzung geplant werden.

Bei den Gebieten mit Sanierungsbedarf Uranerzbergbau muss bezüglich der Zuständigkeit der Sanierung unterschieden werden.

Folgende Standorte sind den Wismut-Altstandorten zuzuordnen und fallen unter das Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen vom September 2003:

- in den Revieren Zobes/Bergen, Theuma, Lottengrün
- im Bereich Lengenfeld, Pechtelsgrün
- im Bergbaurevier Schneckenstein
- im Bergbaurevier Johanngeorgenstadt
- in den Revieren Bernsbach/Oberpfannenstiel, Lauter
- in den Revieren Bermsgrün, Antonsthal, Grünstädtel
- im Katharina-Schacht
- der IAA Dänkriz II
- Bergbaurevier Schneeberg/Zschorlau/Albernau
- Bergbaurevier Breitenbrunn/Rittersgrün/Ehrenzipfel/Tellerhäuser
- Revier Schwarzenberg/Erzgeb. (Erla-Crandorf, Neuwelt, Jägerhaus)
- Revier Raschau/Pöhla (Uran-Lagerstätten August bzw. Oktober)
- Revier Aue (Zeller Berg, Alberoda-alt, Alberoda-neu, Freibad, Brünlasberg)
- Revier Schlema (Silberbachtal, Wildbach)
- Revier Lößnitz (Affalter, Dreihansen/Dittersdorf, Zeller Berg)
- Revier Langenweißbach (Langenbach)
- Revier Lauter/Sa. (Erkundungsrevier Henneberg)
- Revier Hauptmannsgrün-Neumark
- Revier Eibenstock
- Revier Tannenbergstal (Uranlagerstätte Gottesberg)
- Revier Auerbach/Vogtl. (Vogelsgrün) /Rebesgrün/Rodewisch.

Für die Wismut-Altstandorte Johanngeorgenstadt und Schneeberg wurden bereits Standortsanierungskonzepte erarbeitet, mit deren Umsetzung im Rahmen des Verwaltungsabkommens zur Sanierung der Wismut-Altstandorte in Sachsen begonnen wurde. Auch in den anderen Bergbaurevieren wurde mit der Sanierung von vordringlichen Objekten begonnen.

Für folgende Standorte in der Planungsregion besteht aus dem Bundesberggesetz eine Sanierungsverpflichtung der Wismut GmbH zur Wiedernutzbarmachung der betreffenden Objekte:

- Standort Seelingstädt (Thüringen), hier: IAA Trünzig
- Standort Crossen
- Standort Schlema-Alberoda, Pöhla.

Für die letztgenannten Standorte liegen von der Wismut GmbH aufgestellte Sanierungskonzepte vor und werden Sanierungsmaßnahmen entsprechend behördlich genehmigter Projekte zielstrebig durchgeführt. Damit ist eine Grundlage für eine regionalplanerische Überprüfung der Konzepte und Maßnahmen anhand der Ziele geschaffen.

Die anfallenden Sanierungsaufgaben beziehen sich auf die Grubenbaue, auf die Halden und die Absetzanlagen, auf das Betriebsgelände (Betriebsfläche mit den darauf befindlichen Anlagen) und z. T. auf belastetes Gebiet außerhalb der genannten Objekte. Als einzelne regionalplanerisch bedeutsame Maßnahmen sind u. a. vorgesehen:

- Maßnahmen zur Landschaftsgestaltung wie Profilierung und Begrünung oder Aufforstung der Halden (Standort Aue), Wiedernutzbarmachung der Haldenaufstandsfläche (Standort Crossen), Wiedernutzbarmachung der Oberflächen der in-situ verwahrten industriellen Absetzanlagen und des Absetzbeckens (Standort Crossen, Standort Aue), Zuordnung des sanierten Werksgeländes zum Naturraum Zwickauer Mulde (Auenlandschaft) (Standort Crossen), Wiedernutzbarmachung bergbaulich beeinflusster Areale
- Maßnahmen zur Siedlungsentwicklung wie (Wieder-) Nutzung von Betriebsflächen bzw. Teilen davon durch Ausweisung als Bau- oder Gewerbegebiet in der Bauleitplanung (Standort Aue; Standort Crossen, sofern nicht als Auenlandschaft vorgesehen)
- Maßnahmen in der Verkehrsinfrastruktur wie Wiederherstellen alter Verbindungen, Aus- oder Neubau (Standort Aue)
- Maßnahmen im Tourismus- und Freizeitbereich wie Kurortplanung, Besucherbergwerk (Standort Aue)
- Maßnahmen zur Wasserbehandlung (Wasserbehandlungsanlagen in den Standorten Crossen, Schlema-Alberoda und Pöhla).

Für die bereits aus der Verantwortung der Wismut GmbH entlassenen uranerzbergbaulichen Standorte stehen Sanierungs- und Überwachungsaufgaben im Bereich Lengenfeld und Pechtelsgrün (Verwahrung und landschaftsgerechte Gestaltung der Industriellen Absetzanlage unter Berücksichtigung von Belangen des Artenschutzes) und in den Bereichen Zobes, Tirpersdorf, Bergen sowie Schneckenstein (Halden) an.

Besonderes Augenmerk gilt dem Bergbaurevier Johanngeorgenstadt, in dem neben den Halden auch die Schächte und Stollen des Altbergbaus ein Problem darstellen und zu negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklung (hohe Arbeitslosenquote, verbesserungsbedürftige Infrastruktur, Substanzverlust der Altstadt, Barackensiedlungen der Wismut) führen. Dem soll u. a. durch das auf dem Modellvorhaben „Sanierungs- und Entwicklungsgebiet Uranbergbau“ (1997-2000) aufbauenden Vorhaben im Rahmen des Forschungsprogramms des BMBF „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ (Thema: „Umbau von Siedlungsstrukturen unter Schrumpfungsbedingungen als Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung“, 2002-2005) begegnet werden.

Für die Gebietskörperschaften ist eine Unterstützung bei der Sanierung und Entwicklung erforderlich, die u. a. mit der Umsetzung des Verwaltungsabkommens Wismut-Altstandorte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen seit 2003 erfolgt.

zu Z 2.6.4 und Z 2.6.5

In der ehemaligen Steinkohlenbergbauregion Zwickau – Lugau – Oelsnitz/Erzgeb. mit ihrem die Grenzen der Planungsregion überschreitenden Charakter sind die Folgen des Steinkohlenbergbaues (Halden, Schächte, Absenkungen, Betriebsflächen, etc.) sowie der Steinkohlenverarbeitung und -veredlung (Absetzteiche der Kohlewäsche, Kokereien, etc.) heute noch deutlich erkennbar. In der Planungsregion Südwestsachsen betrifft dies die Stadt Zwickau und das Gebiet östlich davon. Im Stadtgebiet Zwickau bestehen nach Abschluss der Flutung für einen abgegrenzten Teilbereich in Schedewitz Gefahren durch aufsteigendes Grundwasser im Zusammenhang mit der geplanten Sanierung der Kanalisation. Zusammen mit den an der Erdoberfläche sichtbaren Hinterlassenschaften des Steinkohlenbergbaus stellt dies eine Herausforderung für die betroffenen Gebietskörperschaften hinsichtlich ihrer Entwicklung dar, die effektiver und effizienter gemeinsam bewältigt werden können. Gerade innerhalb der Siedlungsgebiete, insbesondere in Zwickau, befinden sich Brachflächen und Altlasten (z. B. Kokereien, Absetzteiche), die durch eine geordnete Nachnutzung in die Siedlungsentwicklung eingebunden werden können. Für die Flächen der ehemaligen Schachtanlagen des Steinkohlenbergbaus besteht bereits eine gewerbliche Nachnutzung. Bei weiteren, in der Regel kleinflächigen Brachen und Altlastenflächen müssen bei der Sanierung und Nachnutzung die Belange der Wirtschaftsentwicklung, die Belange von Natur und Landschaft, die Belange des Boden- und Grundwasserschutzes, die Belange der Infrastruktur und die Belange des Tourismus (Erhalt historischer Bergbaustätten) einfließen, um die Lebens- und Wohnqualität der belasteten Gebiete zu verbessern. Mit der Ganzheitlichen Entwicklungsstrategie werden die Eckpunkte einer gemeinsamen interkommunalen Zusammenarbeit festgeschrieben. Die Handlungsfelder, Projekte und Maßnahmen des Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (etwa im Bereich Tourismus, Brachflächenentwicklung,

Haldenbewirtschaftung oder Anpassungsstrategien an die demographische Entwicklung) bieten zur weiteren Entwicklung der Region gute Voraussetzungen.

zu Z 2.6.6

In einigen Gebieten mit Sanierungsbedarf Altbergbau existieren Regionale Entwicklungskonzepte (REK) oder ähnliche Dokumente, aus denen sich Maßnahmen zur Sanierung und Entwicklung des Gebietes ableiten lassen. Dies betrifft insbesondere das Sanierungs- und Entwicklungsgebiet (SEG) Uranerzbergbau und das ehemalige Steinkohlenbergbaugebiet Zwickau – Lugau – Oelsnitz/Erzgeb.. Gerade in diesen beiden Gebieten wurden und werden auf Grundlage interkommunaler Vereinbarungen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen erarbeitet und umgesetzt. Umso bedeutender ist es, im Rahmen der Regionalentwicklung die regional bedeutsamen und interkommunalen Maßnahmen herauszustellen, mit denen ein Nutzen für alle beteiligten Kommunen und darüber hinaus für die betroffene Region erreicht wird. Gleichzeitig wird mit diesem Plansatz ein Bewertungskriterium vorgegeben, das einer Priorisierung und Umsetzung vorgesehener Maßnahmen zugrunde gelegt werden kann. Ein weiteres Kriterium ist etwa die Verfügbarkeit und Verhältnismäßigkeit der erforderlichen Finanzmittel.

zu 3 Infrastruktur

zu 3.1 Verkehr

zu G 3.1.0.1

Eine vielfältige, gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine nachhaltige positive Entwicklung der Region. Durch eine sachgerechte Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Verkehrsträgern kann die Leistungsfähigkeit des Verkehrs in der Region weiter gesteigert werden. Die Koordination aller Verkehrsplanungen hinsichtlich der verschiedenen sich ergänzenden individuellen und öffentlichen Verkehrsmittel auf Straße, Schiene und in der Luft ist dabei von größter Bedeutung.

Die Wirksamkeit des regionalplanerischen Instrumentariums ist in starkem Maße abhängig von einem gezielten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Das zentralörtliche System und die Achsenkonzeption können ihre Funktionen nur erfüllen, wenn eine gut ausgebaute, leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung steht.

Um die aus der peripheren Lage und der relativen Verkehrsferne der Region resultierenden wirtschaftlichen Nachteile zu überwinden, ist es notwendig, die großräumige Erschließung und die Anbindung an die wirtschaftlichen Zentren des Freistaates Sachsen, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union zu verbessern. Dies beinhaltet auch den Ausbau der regionalen und lokalen Verkehrsverbindungen in die Tschechische Republik.

Während der nördliche Teil der Region und die beiden Oberzentren Plauen und Zwickau über die Bundesautobahnen A 4, A 9, A 72 und A 93 vergleichsweise günstig an das nationale und internationale Fernstraßennetz angebunden sind, weisen das Obere Vogtland und der westerzgebirgische Raum derzeit noch Erreichbarkeitsdefizite auf. Im Bereich des überregionalen Schienenverkehrs weisen sowohl die Region als auch die beiden Oberzentren Plauen und Zwickau im bundesweiten Vergleich eine unterdurchschnittliche Verbindungsqualität auf.

Durch notwendige Neubaumaßnahmen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sollen Natur und Landschaft unter Minimierung des Flächenverbrauches nicht mehr als unbedingt erforderlich beeinträchtigt werden. Der Zerschneidung und weiteren Verinselung der Landschaft soll, wo dies technisch möglich und sinnvoll ist, durch die Bündelung von infrastrukturellen Trassen entgegengewirkt werden. Bei der Planung von Neubaumaßnahmen, die zu großflächiger Neuversiegelung führen, sind die Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten bereits vorhandener Verkehrsanlagen zu prüfen.

zu 3.1.1 Schienenverkehr/Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die Weiterführung des Ausbaues der Sachsen-Franken-Magistrale (Bahnstrecke Karlsruhe-Stuttgart-Nürnberg-Plauen-Leipzig/Dresden) und die Elektrifizierung der Strecke im Abschnitt westlich von Reichenbach im Vogtland bis Hof und weiter nach Nürnberg sind die beiden wichtigsten Eisenbahninfrastrukturmaßnahmen in Südwestsachsen. Die Ziele zum Ausbau und zur Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale sind im LEP 2003 (Z 10.5 und Z 10.6) festgesetzt. Im Bundesverkehrswegeplan 2003 ist der Ausbau der Strecke als laufendes und fest disponiertes Vorhaben des Vordringlichen Bedarfes Schiene (Vorhaben Nr. 13) enthalten. Die Elektrifizierung des Streckenabschnittes Nürnberg-Marktredwitz-Reichenbach im Vogtland/ Grenze D/CZ ist als neues Vorhaben des Vordringlichen Bedarfes Schiene (Vorhaben Nr. 16) im Bundesverkehrswegeplan 2003 verankert.

zu Z 3.1.1.1

Die Verknüpfung der überregionalen Schienenverbindungen „Sachsen-Franken-Magistrale“ (Karlsruhe – Stuttgart – Nürnberg – Plauen – Zwickau – Leipzig/Dresden) und „Mitte-Deutschland-Verbindung“ (Paderborn – Bebra – Erfurt – Weimar – Jena – Glauchau – Chemnitz) zum Südwestsächsischen Eisenbahnkreuz Zwickau zählt zu den zentralen Infrastrukturprojekten der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau.

Durch Realisierung der sog. „Dennheritzer Kurve“ im Bereich des Ortsteiles Oberschindmaas der Gemeinde Dennheritz (Kreis Zwickauer Land) kann die überregionale Schienenanbindung des Oberzentrums Zwickau verbessert werden. Der Neubau des ca. 1.500 m langen Gleisbogens ermöglicht eine Einbindung des Oberzentrums Zwickau in den überregionalen Schienenverkehr von Leipzig in Richtung Süddeutschland ohne Richtungswechsel der Triebzüge. Eine abschließende Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Baumaßnahme unter Berücksichtigung der Bedeutung der Verbindungskurve für den Schienenpersonennahverkehr, den Schienenfernverkehr und den Schienengüterverkehr steht noch aus.

zu Z 3.1.1.2

Die grenzüberschreitenden Schienenverbindungen Plauen – Bad Brambach – Cheb/Eger – Mariánské Lázně/Marienbad – Marktredwitz, Klingenthal – Kraslice/Graslitz – Sokolov/Falkenau – Karlovy Vary/Karlsbad und Zwickau – Aue – Johannegeorgenstadt – Potůčky/Breitenbach – Karlovy Vary/Karlsbad sind zentrale Bestandteile des Euroregionalen Nahverkehrssystems EgroNet. Durch den erfolgten Beitritt der Tschechischen Republik zum Schengener Abkommen wird zukünftig eine weitere Zunahme der Fahrgastzahlen im grenzüberschreitenden Schienenpersonennahverkehr auf diesen Strecken erwartet. Unter dem Aspekt einer möglichen Stärkung der regionalen Wirtschaft ist perspektivisch auch der Schienengüterverkehr auf den genannten grenzüberschreitenden Schienenverbindungen zu intensivieren. Durch eine verstärkte Verlagerung von Gütern auf die Schiene können auch Entlastungseffekte im regionalen Straßennetz erzielt werden.

zu Z 3.1.1.3 und G 3.1.1.4

Der kombinierte Straßen- und Schienenverkehr (Container- und Huckepackverkehr) gewinnt weiter an Bedeutung. Der kombinierte Verkehr eröffnet Rationalisierungsmöglichkeiten für die verladende und transportierende Wirtschaft. Er entlastet das Straßennetz von Langstreckentransporten und hat somit positive Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit bzw. den Verkehrsfluss.

Mit dem Güterverkehrszentrum (GVZ) Glauchau besteht in der benachbarten Region Chemnitz-Erzgebirge eine zentrale Schnittstelle für den Güterumschlag. Der Wirkungsbereich des GVZ reicht bis in den vogtländischen und den westerzgebirgischen Raum.

Hauptziel eines Netzes von GVZ in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union ist die Verlagerung des schweren Straßengüterverkehrs auf die Schiene. Das vorhandene, überdurchschnittlich dichte Schienennetz in der Region bietet für die Verteilung der Güterströme gute Voraussetzungen. Durch die enge räumliche Nachbarschaft des Oberzentrums Zwickau zum GVZ-Standort Glauchau sind hier direkte Beziehungen möglich. Dazu ist die Funktion des Güterbahnhofes Zwickau als zentraler Rangierbahnhof in der Region Südwestsachsen sicherzustellen. Brachliegende Flächen im Bereich und im Umfeld des Güterbahnhofes (z. B. das RAW-Gelände) sollen für die Ansiedlung lo-

gistikorientierter Unternehmen genutzt werden. Hierzu sind die infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen.

In der Region sollen weitere Standorte für regionale Güterverteilzentren als Ergänzung zum GVZ Glauchau geprüft und realisiert werden.

zu G 3.1.1.5

Bei bereits erfolgter bzw. drohender Stilllegung von Eisenbahnstrecken ist die Möglichkeit einer privaten Nutzung zu prüfen, da über private Betreibermodelle Entlastungen im öffentlichen Haushalt möglich sind und ggf. auch höhere Vermarktungschancen (z. B. durch Erschließung touristischer Potenziale) bestehen. Als Nachnutzung stillzulegender oder bereits stillgelegter Strecken bietet sich auch eine Nutzung als Rad- und Wanderweg an. Damit wird ein Erhalt der Trasse als durchgängige Verkehrsinfrastruktur ermöglicht.

Bei erkennbaren Revitalisierungschancen für den Bahnbetrieb sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr soll eine Freihaltung der Trasse angestrebt werden. Gemäß dem Fachlichen Entwicklungsplan Verkehr (FEV) des Freistaates Sachsen (G 1.5) sind in der Region die Trassen folgender Eisenbahnstrecken freizuhalten:

- Aue - Blauenthal
- (Annaberg-Buchholz) – Schwarzenberg/Erzgeb.
- (Seelingstädt) - Werdau
- Neumark - (Greiz)
- Schönberg - (Hirschberg).

Die Anlage von Rad- und Wanderwegen auf den genannten Trassen entspricht dem Ziel der Trassenfreihaltung des FEV. Der Streckenabschnitt Aue – Blauenthal wurde mit Bescheid des Eisenbahn-Bundesamtes vom 30.08.2007 von Bahnbetriebszwecken freigestellt. Die Nutzung der Trasse als Teilabschnitt des Radfernweges „Muldenalradwanderweg“ erfolgt in Abstimmung mit dem SMWA.

In der Region ebenfalls von Bedeutung ist die Eisenbahnstrecke Bahnhof Schönheide Ost – Bahnhof Muldenberg. Hierbei handelt es sich um ein denkmalgeschütztes Teilstück der ehemaligen Bahnstrecke Chemnitz - Aue – Adorf/Vogtl. . Eine Erschließung für touristische Potenziale wird vom Förderverein Historische Westsächsische Eisenbahnen e.V. geplant.

zu G 3.1.1.6

Der ÖPNV soll nicht nur dazu beitragen, der nicht fahrfähigen bzw. nicht motorisierten Bevölkerung eine ausreichende Mobilität zu sichern, sondern er soll primär zu einer vollwertigen Alternative zum motorisierten Individualverkehr entwickelt werden. Diese Ausweitung und Aufwertung des ÖPNV bei gleichzeitiger Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ist erforderlich, um die verkehrsbedingten Umweltbelastungen zu mildern, die notwendigen Flächen für städtische Funktionen zu erhalten, die Siedlungsentwicklung zu ordnen und den Wirtschaftsverkehr zu erleichtern.

Grundvoraussetzung für die Akzeptanz des ÖPNV ist ein bedarfsgerechtes Angebot von Verkehrsleistungen, vor allem bezüglich Schnelligkeit, Pünktlichkeit, Bequemlichkeit, Häufigkeit, Regelmäßigkeit und Preiswürdigkeit. Durch die Verlagerung der Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr auf die regionalen Aufgabenträger ergibt sich für die Region die Chance zur Gestaltung eines integrierten Verkehrskonzeptes unter Einbeziehung von Bahn, Bus und flexiblen Angebotsformen.

Das Liniennetz und die Verkehrsbedienung sollen sich insbesondere aus Gründen einer verbesserten Tragfähigkeit und einer günstigeren Erreichbarkeit verstärkt an den Zentralen Orten und dem System der Achsen orientieren. Die Region weist starke verkehrliche Verflechtungen mit den angrenzenden Regionen, insbesondere mit Teilen der Regionen Chemnitz-Erzgebirge, Oberfranken-Ost und Ostthüringen auf. Bei der Realisierung eines integrierten Gesamtverkehrssystems für die Region ist es daher erforderlich, auch die Belange dieser angrenzenden Räume unter Beachtung des jeweiligen zentralörtlichen Systems zu berücksichtigen.

zu Z 3.1.1.7

Der ländliche Raum ist besonders durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und die zunehmende Überalterung der Gesellschaft betroffen. Im Interesse gleichwertiger Lebensbedingungen und unter der Prämisse einer Gleichbehandlung aller Bevölkerungsschichten sind auch in den Teilräumen der Region mit geringer Verdichtung Mindeststandards bei der ÖPNV-Bedienung anzustreben. Durch die flexible und bedarfsgerechte Gestaltung von Verkehrsangeboten (z. B. Anruf-Sammel-Taxi, TaxiBus u. a.) können auch in dünn besiedelten ländlichen Räumen attraktive Mobilitätsangebote wirtschaftlich betrieben werden.

Wesentliche Komponenten zur Bewertung der Angebotsqualität bei der ÖPNV-Bedienung sind neben der Erschließungsqualität auch die Bedienungsqualität und die Verbindungsqualität. Kriterien für eine gute Erschließungsqualität sind u. a. eine möglichst flächendeckende Erschließung der Wohnstandorte sowie die möglichst direkte Erschließung wichtiger Ziele in der Region. Eine hohe Bedienungsqualität setzt u. a. ein ausreichendes Bedienungszeitfenster sowie auf den Hauptrelationen eine Grundbedienung am Abend und an den Wochenenden voraus. Für eine ausreichende Verbindungsqualität sind u. a. gute Umsteigebeziehungen an den definierten Systemknoten im regionalen ÖPNV-Netz maßgebend.

Die gültigen Nahverkehrspläne der jeweiligen Teilräume der Region sind Rahmen setzend für die angestrebte Angebotsqualität der Grundbedienung im ländlichen Raum.

zu Z 3.1.1.8

Die Straßenbahnnetze in Plauen und Zwickau bilden das Rückgrat des ÖPNV in diesen Oberzentren. Die Sanierung der bestehenden Strecken, die Anlage eigener Gleiskörper und die Bevorrechtigung der Straßenbahn durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen sollen zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung der Straßenbahn beitragen.

zu G 3.1.1.9

Durch die bedarfsorientierte Anpassung der Lage von Haltepunkten des SPNV und die Verbesserung der Anbindung der Haltepunkte durch abgestimmte Zubringerverkehre lassen sich zusätzliche Nutzerpotenziale erschließen. Positive Beispiele für eine bedarfsgerechte Anpassung/Neuanlage von Haltepunkten im SPNV sind in der Region u. a. die Haltepunkte Muldenberg-Floßplatz und Plauen-Straßberg.

zu Z 3.1.1.10

Das ursprünglich als externes Projekt der Weltausstellung „Expo 2000“ entstandene grenzüberschreitende Nahverkehrssystem EgoNet hat sich in der Vierländerregion mit den Freistaaten Sachsen, Thüringen und Bayern sowie dem Bezirk Karlovy Vary/Karlsbad zu dem zentralen Mobilitätssystem im Bereich des SPNV/ÖPNV entwickelt. Derzeit kooperieren im Geltungsbereich des EgoNet 57 Verkehrsunternehmen sowie 19 Städte, Landkreise und Verbünde. Auf ca. 700 Linien des öffentlichen Personennahverkehrs werden ca. 6.500 Haltestellen bedient. Durch den Beitritt der Tschechischen Republik zum Schengener Abkommen ist zu erwarten, dass das Nahverkehrssystem EgoNet in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird. Durch die derzeit laufende stufenweise Einführung eines Integralen Taktfahrplanes (ITF) auf der Sachsen-Franken-Magistrale soll perspektivisch auch die Vernetzung des EgoNet mit dem Schienenfernverkehr weiter verbessert werden.

zu G 3.1.1.11

Im Zuge der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) wurden im Freistaat Sachsen Nahverkehrsräume und entsprechende Zweckverbände gebildet und den Zweckverbänden die Zuständigkeit für den SPNV übertragen. Für die Region ergibt sich eine Zweiteilung. Der südwestliche Teilraum, bestehend aus dem Oberzentrum Plauen und dem Vogtlandkreis, bildet den Nahverkehrsraum Vogtland, die Kreise Aue-Schwarzenberg, Zwickauer Land und das Oberzentrum Zwickau sind dem Nahverkehrsraum Chemnitz/Zwickau zugeordnet. Die Fortschreibung der bestehenden Nahver-

kehrspläne macht eine intensive Abstimmung zwischen den Zweckverbänden erforderlich.

In der Region soll aufbauend auf dem Grundgerüst der vorhandenen Strecken des SPNV über zentrale Schnittstellen SPNV/ÖPNV ein auf den Schienenverkehr abgestimmtes, die Fläche erschließendes Busliniennetz betrieben werden.

zu 3.1.2 Straßenverkehr

zu Karte 1 „Raumnutzung“

Im Regionalplan erfolgt in der Karte 1 neben der Darstellung von geplanten raumbedeutsamen Vorhaben im Bereich der Bundes- und Staatsstraßen als nachrichtliche Übernahme aus dem Fachlichen Entwicklungsplan Verkehr (FEV) des Freistaates Sachsen auch eine Ausweisung von Vorrangtrassen bei raumbedeutsamen Vorhaben im Bereich Staatsstraßen. Eine eigenständige regionalplanerische Ausweisung als Vorrangtrasse erfolgt immer dann, wenn ein bisher nur als Symbol oder Grundsatz im FEV enthaltenes Vorhaben den fachplanerischen Verfahrensschritt der Linienbestimmung/Vorplanung (mit eingeschlossener Umweltverträglichkeitsstudie) durchlaufen hat und damit die Vorzugsvariante als bestätigt gilt. Eine derartige Ausweisung unterliegt der Pflicht zur Umweltprüfung im Rahmen des Regionalplanverfahrens. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind im Umweltbericht zur Ersten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen dokumentiert.

zu G 3.1.2.1

Trotz des in der Region vorhandenen dichten Straßennetzes bestehen in den Teilräumen der Region punktuell Erreichbarkeitsdefizite aufgrund unzureichender Ausbaustandards von Straßen sowohl im regionalen als auch im überregionalen Bereich. Durch maßvolle, bestandsorientierte Ausbaumaßnahmen außerhalb der Rahmensetzungen der Bedarfspläne auf Bundes- und Landesebene soll das Netz der regional und überregional bedeutsamen Straßen so entwickelt werden, dass diese Erreichbarkeitsdefizite abgebaut werden können.

zu Z 3.1.2.2 bis Z 3.1.2.4

Die Darstellung der Maßnahmen in Z 3.1.2.2 bis Z 3.1.2.4 berücksichtigt die fachgesetzlichen Rahmensetzungen des Bundesverkehrswegeplanes 2003 bzw. des Fernstraßenausbaugesetzes (Fünftes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes vom 04. Oktober 2004) in der Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ und „Weiterer Bedarf“ sowie die Festlegungen des Staatsstraßenausbauplanes für den Freistaat Sachsen. Somit wird sichergestellt, dass die Aussagen des Regionalplanes nicht hinter den Aussagen der Fachplanung zurückbleiben.

Das regionale Straßennetz ist schon heute in seinen Grundzügen relativ gut ausgestattet und weist eine hohe Dichte auf. Mit der Verwirklichung der dargestellten Neutrassierungen, Verlegungen und Ausbaumaßnahmen wird das regional bedeutsame Straßennetz so ergänzt und optimiert, dass der zukünftig zu erwartenden Zunahme in der Verkehrsentwicklung im Bereich des Straßenverkehrs in zweckmäßiger Weise Rechnung getragen wird.

Die angesprochenen Ortsumgehungen bzw. Teilortsumgehungen sollen die Ortskerne vom Durchgangsverkehr entlasten und gleichzeitig die Voraussetzung dafür schaffen, diese innerörtlichen Bereiche funktionsgerecht zu gestalten.

zu Z 3.1.2.5

Der Bedarf für eine grenzüberschreitende Straßenverbindung mit Bundesstraßencharakter zwischen dem Oberzentrum Zwickau und dem Raum Karlovy Vary/Karlsbad wurde im Ergebnis einer „Verkehrswirtschaftlichen Untersuchung“ bereits im März 2003 nachgewiesen (ca. 10.000 Kfz/24 h). Im Fünften Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes ist das Projekt in die Kategorie „Weiterer Bedarf - Vorhaben mit Planungsrecht und besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag“ eingeordnet. Eine im Juni 2005 vorgelegte Korridoruntersuchung für den möglichen Streckenabschnitt zwischen Schneeberg und der Bundesgrenze Deutschland/ Tschechische Republik hat die grundsätzliche Realisierbarkeit der Straßenbaumaßnahme bestätigt. Die Durchführung weiterer erforderlicher Verfahrensschritte zur Vorbereitung des konkreten Planungsbeginns für das Vorhaben soll zeitnah erfolgen.

zu Z 3.1.2.6

Als Folge der Osterweiterung der EU und des Beitritts der Tschechischen Republik zum Schengener Abkommen muss auch zukünftig mit einem weiter steigenden Verkehrsaufkommen im Bereich des grenzüberschreitenden lokalen und regionalen Straßenverkehrs gerechnet werden. Das Netz der in der Region bereits bestehenden bzw. der in Planung befindlichen grenzüberschreitenden Straßenverbindungen in die Tschechische Republik ist für die Abwicklung eines effektiven Personen- und Wirtschaftsverkehrs auf lokaler und regionaler Ebene zu weitmaschig. Zur dauerhaften Verbesserung dieser Situation sind kurz- bis mittelfristig auf regionaler Ebene weitere grenzüberschreitenden Straßenverbindungen zu realisieren. Die in der „Konzeption zusätzlicher Straßenverbindungen zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik“ ermittelten möglichen Verbindungen der Priorität 1 und 2 sind, soweit eine Realisierung zeitlich noch nicht absehbar ist, im Regionalplan raumordnerisch zu sichern.

Die Realisierung der grenzüberschreitenden Straßenverbindung Bad Elster – Doubrava/Grün setzt die Umsetzung von Maßnahmen zum Ausschluss von Durchgangsverkehr durch das Kurzentrum von Bad Elster voraus.

zu 3.1.3 **Luftverkehr**

zu Z 3.1.3.1

Eine günstige Anbindung der Region an den nationalen und internationalen Luftverkehr ist angesichts ihrer wirtschaftlichen Bedeutung unbedingt erforderlich. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Vernetzung des Regionalluftverkehrs bietet sich die Möglichkeit, Standortnachteile infolge einer ungünstigen verkehrlichen Erschließung auszugleichen und der regionalen Wirtschaft weitere Impulse zu geben.

Die Planungsregion verfügt über keinen eigenen Regionalflugplatz. Aufgrund der siedlungsstrukturellen und topographischen Bedingungen sowie anderer Nutzungsrestriktionen (z. B. Schutzgebiete) konnte trotz umfangreicher Standortuntersuchungen kein geeigneter Standort für die Neuanlage eines Regionalflugplatzes gefunden werden. Der Anschluss der Region an das Netz des Regionalluftverkehrs erfolgt über geeignete Flugplätze benachbarter Bundesländer bzw. Planungsregionen (Regionalflugplätze Hof-Plauen und Altenburg-Nobitz).

In Ergänzung zu den beiden genannten Regionalflugplätzen sind in der Region Südwestsachsen zusätzlich kleinere Flugplätze einordenbar.

Die Landeplätze Auerbach/Vogtl. und Zwickau sind im Fachlichen Entwicklungsplan Verkehr des Freistaates Sachsen als Verkehrslandeplätze mit lokaler Bedeutung eingestuft. Beide Flugplätze sind für die Durchführung von Flügen nach Sichtflugregeln am Tag mit folgenden Luftfahrzeugen zugelassen:

- Flugzeuge bis 5.700 kg höchstzulässiger Abflugmasse,
- Hubschrauber,
- Motorsegler,
- Segelflugzeuge,
- Ultraleichtflugzeuge,
- Luftschiffe,
- bemannte Freiballone,
- Hängegleiter,
- Gleitsegel,
- Fallschirme.

Sie dienen dem allgemeinen Luftverkehr (individueller Geschäfts- und Privatreiseluftverkehr), dem auf diesen Flugplätzen üblichen gewerblichen Verkehr sowie der Ausübung luftsportlicher Tätigkeiten. Die Landeplätze gewährleisten die Anbindung der Mittelbereiche Rodewisch-Auerbach/Vogtl.-Ellefeld-Falkenstein/Vogtl. bzw. Zwickau an den Luftverkehr.

Die vom Flugbetrieb ausgehenden Geräuschemissionen führen zu Nutzungskonflikten. Die siedlungsstrukturellen, topographischen und naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen lassen für Erweiterungsmaßnahmen nur einen sehr engen Spielraum. Eine mögliche Kapazitätserweiterung bedarf daher einer genauen Prüfung.

zu 3.1.4 Radverkehr

zu Z 3.1.4.1

In LEP 2003 Z 10.18 wird der Auftrag formuliert, in den Regionen das Radwegenetz für den Alltagsradverkehr und den touristischen Radverkehr weiter zu entwickeln. Seit November 2005 liegt mit der „Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2005“ (Kabinettsbeschluss Nr. 04/0205 vom 08.11.2005) eine verbindliche Planungsgrundlage hierfür vor. Das darin enthaltene Netz der Hauptradrouten von landesweiter und regionaler Bedeutung (SachsenNetz Rad) stellt die fachplanerische Grundlage für die räumliche Konkretisierung des landesplanerischen Auftrages dar. Die Weiterentwicklung des regionalen Radverkehrsnetzes dient der Stärkung der Tourismusgebiete und Tourismusschwerpunkte.

In der Karte 4 „Tourismus“ werden folgende Radfernwege (touristische Hauptradrouten I) als Bestandteil der „Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2005“ nachrichtlich dargestellt:

- Muldentalradwanderweg
- Radroute Sächsische Mittelgebirge
- Sächsische Städteroute
- Elsterradweg.

Als Regionale Hauptradrouten (touristische Hauptradrouten II) sind für die Region in der „Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2005“ folgende Radrouten enthalten:

- Nord-Süd-Route*
- Radroute An der Silberstraße
- Mittelgebirge-Silberstraße*
- Mulde-Lichtenstein-Silberstraße*
- Chemnitz-Silberstraße*
- Zwickau-Greiz*
- Euregio Egreensis
- Musikantenradweg
- Göltzschtalradweg
- Plauen-Falkenstein/Vogtl.*.

(Bei den mit * gekennzeichneten Radrouten stellt der Name eine vorläufige Arbeitskennzeichnung dar).

Aufgrund des Maßstabs der Karte 4 „Tourismus“ wurde auf eine nachrichtliche Darstellung der Regionalen Hauptradrouten verzichtet.

Die „Sonstigen Strecken“ des SachsenNetz Rad ergänzen die Radfernwege und Regionalen Hauptradrouten zu einem geschlossenen Netz. Sie dienen der Erschließung wichtiger touristischer Schwerpunkte mit überregionaler und landesweiter Bedeutung sowie der Anbindung an Bahnhöfe und sonstige funktionelle Elemente des Radtourismus. Zu den netzergänzenden Strecken gehört der „Pleißeradweg“ im Landkreis Zwickauer Land, dem auf Grund seines länderübergreifenden Charakters zu Thüringen in der Region eine besondere Bedeutung zukommt.

Aufgrund des Maßstabs der Karte 4 „Tourismus“ wurde auf die nachrichtliche Darstellung der „Sonstigen Strecken“ des SachsenNetz Rad verzichtet.

In der Planungsregion sind stillgelegte und bereits zurückgebaute Bahntrassen vorhanden, die als potenzielle „Wegetrassen“ für Radwege geeignet sind (z. B. Plauen – Falkenstein/Vogtl., Oelsnitz/Vogtl. – Falkenstein/Vogtl., Adorf - Gettengrün, Lengenfeld - Göltzschtal, Markneukirchen - Erlbach). Die ehemalige Bahnstrecke Aue – Blauenthal wurde als Bestandteil des Muldentalradwanderweges bereits einer entsprechenden Nachnutzung zugeführt. Im Zuge des Muldentalradwanderweges sind ergänzend sog. „Erlebnisschleifen“ (z. B. in Richtung Zschorlau und Albernau) geplant.

Durch die Einbeziehung zusätzlicher touristischer Anziehungspunkte in den Streckenverlauf kann die Attraktivität der touristisch orientierten Radrouten weiter gesteigert werden.

zu G 3.1.4.2

Neben seiner wichtigen Rolle im Freizeit- und Tourismusbereich gewinnt das Fahrrad auch als Nahverkehrsmittel (insbesondere auf Kurzstrecken bis zehn Kilometer) zunehmend an Bedeutung. Vor allem im Bereich der Zentralen Orte bietet es bei der Abwicklung des Verkehrs von den nahe gelegenen Wohngemeinden zum jeweiligen Zentralen Ort eine umwelt- und ressourcenschonende Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Das in der Region vorhandene Defizit an straßenbegleitenden Radwegen insbesondere entlang der Siedlungs- und Verbindungsachsen lässt sich vor allem im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen abbauen. Die frühzeitige Berücksichtigung der Belange des Radverkehrs bei Aus- und Neubauplanungen im klassifizierten Straßennetz stärkt die Funktion des Fahrrades als Transportmittel.

Um eine effektive Auslastung der Radwege zu gewährleisten ist insbesondere in den Siedlungsbereichen auf eine sinnvolle Verknüpfung von Radwegen für den Alltagsverkehr und touristisch orientierten Radrouten hinzuwirken. Als Planungsgrundlage dient hierbei die „Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2005“.

zu 3.2 Technische Infrastruktur

Energieversorgung und erneuerbare Energien

zu G 3.2.1

Die Nutzung erneuerbarer Energien rückt vor dem Hintergrund der zunehmenden Verknappung fossiler Energieträger, steigender Energiepreise aber auch durch ein wachsendes Umweltbewusstsein zunehmend in das Interesse der Öffentlichkeit und der Energieversorgungsunternehmen. Im Bereich der Stromversorgung wird die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien von staatlicher Seite durch das „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien“ (Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG) gefördert. Mit dem Gesetz werden die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen um im Interesse des Klima- und Umweltschutzes den Beitrag erneuerbarer Energien an der Stromversorgung deutlich zu erhöhen. Ziel des Gesetzes ist die Steigerung des Anteiles erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2010 auf mindestens 12,5 Prozent und bis zum Jahr 2020 auf mindestens 20 Prozent.

Ziel muss es deshalb sein, auch die in der Region vorhandenen Potenziale entsprechend den regionalen Gegebenheiten im Sinn einer nachhaltigen Energieversorgung und in Abstimmung mit den anderen öffentlichen Belangen bestmöglich zu nutzen.

zu Z 3.2.2

Die naturräumliche Eigenart eines Gewässers wird charakterisiert durch die Abflussmenge (bedingt durch Geomorphologie, Niederschlagsanfall, Bodenart und –typ, Bewuchs und Nutzung des Einzugsgebietes), die Gestalt und Struktur des Gewässerbettes sowie durch die geogen bestimmte chemische Beschaffenheit des Gewässers. Durch den Bau, die Reaktivierung und den Betrieb von Wasserkraftanlagen sind negativen Auswirkungen auf die Gewässerökologie und den Naturhaushalt wahrscheinlich. Um die Stabilität des Fließgewässerökosystems zu gewährleisten, ist bei der Wasserkraftnutzung eine ökologisch optimale und dem Abflussregime (d. h. dem regelmäßig wiederkehrenden Abflussverhalten im Jahresgang) angepasste Wasserführung mindestens jedoch ein landschaftsökologisch begründeter Mindestabfluss notwendig. Die Durchgängigkeit eines Gewässers für Organismen stellt einen weiteren Schwerpunkt bei der Beurteilung der Eignung dar. Es ist deshalb erforderlich durch Einzelfallentscheidungen die Umweltverträglichkeit der Wasserkraftanlagen zu prüfen und auf dieser Grundlage Entscheidungen zu deren Ausbau und Erhalt herbeizuführen.

Das noch vorhandene Potenzial zur Wasserkraftnutzung in der Region kann nur im niedrigen Prozentbereich Anteile an der Energieversorgung erbringen. Der Erhalt des Ökosystems Fluss ist deshalb häufig höher zu bewerten als die Gewinnung regenerativer Energie durch die Nutzung der Wasserkraft.

zu G 3.2.3 und Z 3.2.4

Durch die Novellierung des Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) zum 21.07.2004 wurden die Rahmenbedingungen zur Erzeugung von Solarstrom deutlich verbessert indem einerseits die Vergütung erhöht wurde und andererseits – zeitlich befristet bis zum 31.12.2014 – auch die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen einbezogen wurde. Erste vorliegende Anträge verdeutlichen das in der Region vorhandene Interesse an der Errichtung entsprechender Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

Um die mit der Inanspruchnahme von Freiflächen verbundenen Auswirkungen auf die Schutzgüter durch diesen neuen Nutzungsanspruch möglichst gering zu halten, ist eine sensible Herangehensweise und räumliche Steuerung erforderlich. Problematisch ist dabei weniger die Flächenversiegelung, die im Regelfall als relativ gering zu beurteilen ist, sondern die fortschreitende technische Überprägung der noch verbliebenen unverbauten Landschaftsbereiche. Vor allem bei Vorhaben zur Photovoltaiknutzung auf Freiflächen im baulichen Außenbereich ist deshalb von einer entsprechenden Raumbedeutsamkeit auszugehen.

Anders als bei der Windenergienutzung handelt es sich bei Photovoltaikanlagen nicht um privilegierte Anlagen gemäß § 35 Abs. 1 BauGB. Die Errichtung von Photovoltaikanlagen ist nicht an den Außen-

bereich gebunden, sondern ist in erster Linie auf bzw. an Gebäuden und damit innerhalb des Siedlungsbereiches möglich.

Trotz der prinzipiellen Möglichkeit der Errichtung auf Freiflächen nach Maßgabe der einschlägigen baurechtlichen Anforderungen sollten Photovoltaikanlagen in der Region Südwestsachsen deshalb auch künftig vorrangig in Verbindung mit bestehenden baulichen Anlagen errichtet werden. Der Bestand bereits baulich genutzter Flächen und zahlreiche in der Planungsphase befindliche Vorhaben bieten ein erhebliches, im Fall gewerblich genutzter Bauten oftmals auch großflächiges Potenzial, entsprechende Anlagen ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahme zu integrieren. Neben der herkömmlichen Errichtung auf Gebäudedächern sind hierbei auch die innovativen Möglichkeiten solarer Architektur und solaren Bauens zu berücksichtigen, die in städtebaulicher Hinsicht durchaus auch einen positiven qualitativen Entwicklungsfaktor darstellen können.

Auf Grund der bereits sehr hohen Siedlungsdichte und intensiven Nutzung der Landschaften der Region sollte die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen, insbesondere auf Freiflächen außerhalb baulich integrierter Lagen, begrenzt und Belange des Freiraumschutzes strikt beachtet werden. Um einer weiteren Zersiedlung der Landschaft entgegen zu wirken, sollte die Errichtung zumindest in räumlicher Anbindung an geeignete Siedlungsbereiche erfolgen.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Freiräume sind bei der räumlichen Einordnung und baulichen Gestaltung die differenzierten Anforderungen des Freiraumschutzes zu berücksichtigen. Grundsätzlich auszuschließen ist die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen unter Aspekten des Freiraumschutzes in folgenden Bereichen:

- Regionale Grünzüge und Grünzäsuren,
- Vorranggebiete für Natur und Landschaft,
- Wälder (Mindestabstand in der Regel 200 m),
- Landschaftsprägende Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen,
- Nah- und Dominanzbereiche regional bedeutsamer Aussichtspunkte,
- Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Hochwasser.

In den im Regionalplan ausgewiesenen Regionalen Vorsorgestandorten für Industrie und produzierendes Gewerbe (vgl. Z 1.4.1 i. V. m. Z 1.4.3 des Regionalplanes) ist eine Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen ebenfalls grundsätzlich auszuschließen.

Außerhalb dieser genannten Bereiche ist eine Einzelfallprüfung hinsichtlich der Vereinbarkeit mit Naturschutz- und Freiraumbelangen erforderlich. Zu berücksichtigen sind hierbei neben standörtlichen Landschaftsbildaspekten vor allem naturschutzrechtliche Gebietsschutzregelungen, spezifische Artenschutzbelange sowie die Zielstellungen zum Aufbau eines regionalen ökologischen Verbundes (vgl. Kap. 2.1.3). Diese Aspekte sind auch im Fall einer beabsichtigten Nachnutzung stillgelegter Deponien, Abbauflächen, Konversionsflächen oder baulicher Brachflächen im Außenbereich intensiv zu prüfen.

Da bislang allgemein nur sehr ungenügende Erkenntnisse zu den Auswirkungen von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen vorliegen, ist bei entsprechenden Vorhaben ein naturschutzfachliches Monitoring erforderlich.

zu G 3.2.5

In der Region sind günstige räumliche Voraussetzungen für die Produktion und die regionale Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung vorhanden. Durch die verstärkte Nutzung von Biomasse wird eine zukunftssträchtige und umweltschonende Form der Energiegewinnung gefördert und eine attraktive Einkommensalternative für die regionale Land- und Forstwirtschaft geschaffen.

Zur Nutzung der Biomasse sind zum Teil größere technische Anlagen zur Lagerung, Energiegewinnung und Verwertung erforderlich. Hier ist es notwendig, die entsprechenden Anlagen landschaftsschonend zu gestalten und bestmöglich in die Umgebung zu integrieren. Bei der Wahl von Standorten und Anlagentypen ist ein besonderes Augenmerk auf die Begrenzung von Geruchsemissionen hinsichtlich benachbarter Siedlungsbereiche zu legen, um mögliche Nutzungskonflikte zu minimieren.

zu G 3.2.6

Zur weiteren Entwicklung und Sicherung der Elektrizitätsversorgung in der Region kann im Bedarfsfall und zeitlich noch nicht festgelegt die Errichtung zusätzlicher Leitungen des Hochspannungsnetzes erforderlich werden. Dabei sollen die Eingriffe in die Landschaft durch neue Freileitungen möglichst gering gehalten werden. Soweit dies technisch möglich ist, sollen neue Leitungen auf bestehenden Leitungen gebündelt werden. Auch die Möglichkeit der Bündelung mit großräumigen Verkehrsstrassen ist bei der Planung zu prüfen. Zur Vermeidung der Überspannung dicht besiedelter Gebiete und sensibler Landschaftsbereiche sollte die Möglichkeit der Verkabelung von Hochspannungsleitungen, wo dies technisch und wirtschaftlich vertretbar ist, als Alternativlösung geprüft werden.

Telekommunikation

zu Z 3.2.7

Die Strahlung, die Mobilfunkgeräte und Sendetürme empfangen und aussenden, zählt zur Hochfrequenzstrahlung. Bei Funktürmen und Sendemasten ist der Betreiber für die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte verantwortlich. Sendeanlagen werden nur dann genehmigt, wenn sichergestellt ist, dass die entsprechenden Grenzwerte eingehalten werden. Standortbescheinigungen, die auch Sicherheitsabstände festlegen, werden durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post ausgestellt. Allgemein liegt der Sicherheitsabstand bei reinen Mobilfunksendern in der Größenordnung zwischen ein und zehn Metern (in Abstrahlrichtung der Antenne).

Die derzeit in der Region bestehenden Netze der Mobilfunk-Betreiber werden durch den derzeit noch laufenden Ausbau der UMTS-Frequenzen an Dichte weiter zunehmen. Da geeignete Standorte für neue Sendeeinrichtungen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen, ist bei der Planung und Errichtung neuer Sendeanlagen ein abgestimmtes Vorgehen erforderlich.

Abwasser

zu G 3.2.8

Ein stufenweiser Ausbau der Abwasserbeseitigung soll dann erfolgen, wenn ein notwendiger Endausbau aus Gründen der Wirtschaftlichkeit der Anlagen und der Sozialverträglichkeit der Kostenbelastungen nicht sofort möglich ist. Vorhandene Abwasserkonzeptionen sind zu überprüfen und ggf. zu ändern. Dabei ist die Prüfung von dezentralen Lösungen mit einzubeziehen (vgl. auch LEP Z 13.4). In den Abwasserbeseitigungskonzepten sollen Gebiete, in denen eine dezentrale Abwasserbeseitigung erfolgt, ausgewiesen werden. Dabei ist auch die Anwendung alternativer kostengünstiger Behandlungsverfahren (z. B. Pflanzenkläranlagen etc.) in die Prüfung mit einzubeziehen.

zu 3.3 Soziale Infrastruktur

zu Z 3.3.1

Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs erfüllen über ihre eigentlichen bildungs- und wissenschaftspolitischen Aufgaben hinaus auch wichtige strukturpolitische Funktionen (LEP 2003 Begründung zu Z 16.3.10). So sind Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung innovativer Wirtschaftszweige. Sie prägen u. a. die Attraktivität der Städte und Regionen mit und wirken der Abwanderung entgegen (LEP 2003 Z 16.3.10).

In der Planungsregion befindet sich gegenwärtig als einzige staatliche Hoch- bzw. Fachhochschule die Westsächsische Hochschule Zwickau (FH) einschließlich ihrer Hochschulstandorte in Reichenbach im Vogtland (Fachbereiche Textil- und Ledertechnik sowie Architektur) und Schneeberg (Fachbereich Angewandte Kunst mit dem Studiengang Musikinstrumentenbau in Markneukirchen). Obwohl in der Region Südwestsachsen 14,4 % der sächsischen Bevölkerung leben, sind nur 4,5 % der Hoch- und Fachschulstudenten des Freistaates in Südwestsachsen immatrikuliert. In den Planungsregionen Westsachsen bzw. Oberes Elbtal/Osterrgebirge ist der Anteil an immatrikulierten Hoch- und Fachschülern an der Bevölkerung hingegen vier- bis fünfmal, in der Region Chemnitz/Erzgebirge mehr als dreimal so groß wie in Südwestsachsen (33 und 39 bzw. 22 Studenten je 1.000 Einwohner, in Südwestsachsen jedoch nur 7 Studenten je 1.000 Einwohner). Damit ist die Region Südwestsachsen mit Hoch- und Fachhochschulplätzen sachsenweit deutlich unterproportional ausgestattet. Das hier bestehende, strukturpolitische Ungleichgewicht ist mit der mittel- und langfristigen Etablierung einer Fachhochschule im Oberzentrum Plauen auszuräumen.

Mit den Standorten Breitenbrunn/Erzgeb. und Plauen befinden sich zwei der sieben Standorte der Berufsakademie Sachsen in der Region. Gegenwärtig werden an der BA Plauen die Studienrichtungen Handel, Gesundheits- und Sozialmanagement sowie Technisches Management, an der BA Breitenbrunn die Studienbereiche Wirtschaft und Sozialwesen mit zwei bzw. fünf Studiengängen angeboten. Durch die hohe Praxisorientierung, Universalität und Flexibilität der dualen Ausbildung an der BA wird dem zunehmenden und spezifischen Bedarf an Fachkräften der klein- und mittelständischen Unternehmen entsprochen. Dies zeigt sich insbesondere auch in den hohen Vermittlungsquoten der Absolventen der BA. Der für die Studienangebote an beiden Standorten bestehende Restrukturierungsbedarf ist für eine zukunftsbeständige Stärkung, Entwicklung und weitere Profilierung beider Standorte zu nutzen. Dabei sind die Erfordernisse der sich gegenwärtig in der Erarbeitung befindlichen Entwicklungskonzeption zu beachten.

Bis auf die Westsächsische Hochschule Zwickau (FH) liegen alle Standorte des tertiären Bildungsbereichs in der Region in Räumen mit besonderem landesplanerischen Handlungsbedarf (LEP 2003 Kapitel 3.3 und Karte 5). Der Kreis Aue-Schwarzenberg ist zudem Bestandteil des Modellvorhabens des SMI zur Optimierung der Infrastrukturangebote und Aufwertung der Lebensbedingungen in Regionen mit besonders starkem Bevölkerungsrückgang. In diesen Räumen sind Entwicklungsaktivitäten u. a. vorrangig auf den Abbau von strukturellen Defiziten auszurichten. Im Bildungsbereich sind dazu entsprechend ihrer Ausrichtung Fachhochschulen sowie Berufsakademien mit ihrer dualen Ausbildung in besonderem Maße geeignet.

KARTEN

Anlage 1

Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung

Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	A 1 - 1
1 Leitbilder für Natur und Landschaft	A 1 - 2
1.1 Leitbilder für den Gesamtplanungsraum	A 1 - 2
1.2 Leitbilder der Naturräume	A 1 - 3
1.2.1 Vogtland	A 1 - 3
Mittelvogtländisches Kuppenland und Nordwestvogtländische Hochflächen	A 1 - 3
Nord- und Ostvogtland	A 1 - 4
Oberes Vogtland	A 1 - 5
1.2.2 West- und Mittelerzgebirge	A 1 - 6
Unteres West- und Mittelerzgebirge	A 1 - 6
Oberes West- und Mittelerzgebirge	A 1 - 7
1.2.3 Erzgebirgsbecken	A 1 - 8
2 Fachliche Ziele und Maßnahmen Naturschutz und Landschaftspflege	A 1 - 10
2.1 Allgemeine Zielstellungen	A 1 - 10
2.2 Flächennaturschutz	A 1 - 12
2.2.1 Rechtsangleichung, Pflege und Entwicklung	A 1 - 12
2.2.2 Regionale Schutzgebietskonzeption	A 1 - 12
2.3 NATURA 2000	A 1 - 15
2.4 Biotop- und Artenschutz	A 1 - 16
2.4.1 Erfassungsmaßnahmen	A 1 - 16
2.4.2 Artenschutzprogramme	A 1 - 18
2.4.3 Biotopspezifische Ziele und Maßnahmen	A 1 - 20
2.4.4 Biotopvernetzung	A 1 - 24
2.4.5 Störungsempfindliche Arten	A 1 - 25
2.4.6 Regional bedeutsame Leitarten	A 1 - 28
2.5 Schwerpunkte des Naturschutzes und der Landschaftspflege	A 1 - 30
2.5.1 Schutz, Renaturierung und Regeneration von Hochmooren im Erzgebirge	A 1 - 30
2.5.2 Pflégliche Nutzung der Bergwiesen im Erzgebirge und Vogtland	A 1 - 31
2.6 Landschaftspflege und Agrarumweltmaßnahmen	A 1 - 32

Anhang zu Anlage 1

Tab. A 1 - 1	Unterrepräsentierte Offenland- und Waldgesellschaften in Naturschutzgebieten der Region Südwestsachsen	A 1 - 33
Tab. A 1 - 2	Störungsempfindliche Arten (Avifauna/Fledermäuse)	A 1 - 34
Tab. A 1 - 3	Leitarten	A 1 - 36
Tab. A 1 - 4	Maßnahmenswerpunkte Arten- und Biotopschutz	A 1 - 43

Karten

Karte A 1 - 1	Naturräumliche Gliederung	1 : 280 000
Karte A 1 - 2	Gebiete mit besonderer avifaunistischer Bedeutung	1 : 280 000
Karte A 1 - 3	Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz	1 : 280 000
Karte A 1 - 4	Schutzgebiete nach Naturschutzrecht	1 : 100 000
Karte A 1 - 5	Ökologischer Verbund und regionale Maßnahmenswerpunkte	1 : 200 000

Einleitung

Der Regionalplan übernimmt gemäß § 4 Abs. 2 SächsLPIG zugleich die Funktion des Landschaftsrahmenplanes nach § 5 SächsNatSchG. Zuständig für die Erarbeitung der fachlichen Inhalte des Landschaftsrahmenplanes für die Planungsregion Südwestsachsen ist gemäß § 7 Abs. 2 SächsNatSchG der Regionale Planungsverband.

Die Inhalte des Landschaftsrahmenplanes umfassen nach § 5 Abs. 1 und 2 i. V. m. § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3:

- Leitbilder für Naturräume und Landschaftseinheiten
- Ziele und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft

Die Inhalte des Landschaftsrahmenplanes, soweit sie in formaler Hinsicht hierfür geeignet sind, werden nach Abstimmung mit allen sonstigen Raumnutzungsansprüchen im Zuge der Abwägung als Ziele und Grundsätze der Raumordnung in den nach Raumordnungsrecht verbindlichen Teil des Regionalplanes aufgenommen.

Darüber hinausgehende, rein fachplanerische Inhalte werden dem Regionalplan mit der vorliegenden Anlage beigelegt. Bestandteil der Anlage sind insbesondere die Leitbilder für Natur und Landschaft sowie die Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft. Weiterhin beinhaltet die Anlage spezifische naturschutzfachliche Zielstellungen, beispielsweise zur Entwicklung der Schutzgebiete in der Region Südwestsachsen (Regionale Schutzgebietskonzeption), zur Sicherung der Gebiete des europäischen ökologischen Netzes NATURA 2000 und zur Biotopvernetzung. In Verwaltungsverfahren sowie bei Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen, die sich auf Natur und Landschaft auswirken können, sind die Inhalte der vorliegenden Anlage gemäß § 5 Abs. 3 SächsNatSchG zu berücksichtigen.

Als fachliche Grundlage der landschaftsrahmenplanerischen Aussagen wurde ein gesonderter Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege erarbeitet, in welchem die Grundlagen und Inhalte der Landschaftsrahmenplanung zusammenfassend dokumentiert werden. Dieser Fachbeitrag zum Landschaftsrahmenplan Südwestsachsen liegt als separates Dokument vor (Stand März 2007). Die höhere Naturschutzbehörde (Regierungspräsidium Chemnitz) erteilte hierzu mit Entscheidung vom 08.05.2007 das Einvernehmen gemäß § 7 Abs. 2 SächsNatSchG. Zwischenzeitlich für einzelne Themenbereiche vorliegende neuere Daten sowie geringfügige Ergänzungen bzw. Konkretisierungen auf der Grundlage eingegangener fachlicher Hinweise wurden in Abstimmung mit dem Umweltfachbereich Plauen des Regierungspräsidiums Chemnitz berücksichtigt und in die vorliegenden fachplanerischen Inhalte eingearbeitet.

1 Leitbilder für Natur und Landschaft

Die Leitbilder stellen ein übergeordnetes Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in der Region dar. Sie richten sich konzeptionell schwerpunktmäßig auf die jeweiligen naturraumspezifischen Besonderheiten und Eigenarten. Die Grundlage für die Erarbeitung der Leitbildaussagen bilden die naturräumlichen Potenziale, der gegenwärtige Nutzungszustand, kulturgeschichtliche Besonderheiten sowie vorhandene oder sich aus aktuellen Entwicklungstendenzen ergebende Problemfelder.

Bezugsraum der Leitbilder für Natur und Landschaft sind die naturräumlichen Einheiten der Region als Teilräume mit vergleichbaren natürlichen Standortvoraussetzungen und Nutzungsbedingungen (Karte A 1 - 1 „Naturräumliche Gliederung“). Eine Kurzbeschreibung der Naturräume erfolgt innerhalb des Begründungsteiles zum Kapitel 2.1.1 des Regionalplanes (S. B – 42 ff).

1.1 Leitbilder für den Gesamtplanungsraum

Die Landschaften der Region sollen in ihrer natur- und kulturbedingten Vielfalt erhalten und ihrem Landschaftscharakter entsprechend entwickelt werden.

Die Nutzung von Flächen und Ressourcen soll die dauerhafte Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes gewährleisten. Angestrebt wird eine ausgewogene Entwicklung, bei der in wachsendem Maß Umweltqualität in allen Teilen der Region einen wichtigen Standortfaktor darstellt.

Nutzungsformen und -intensitäten sind unter Berücksichtigung der Besonderheiten und Eigenarten der Teilräume zunehmend an die jeweiligen naturräumlichen Potentiale anzupassen.

Die wirtschaftliche, siedlungsstrukturelle und infrastrukturelle Entwicklung der Planungsregion Südwestsachsen soll möglichst flächensparend und ohne nachhaltige Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.

Für den Schutz, die Pflege und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen sind in allen Teilräumen ausreichend große, miteinander wirksam vernetzte Freiräume zu erhalten.

Bereiche mit einer hohen Dichte ökologisch wertvoller Flächen und geringen siedlungsbedingten Belastungen sind als Schwerpunkträume des Freiraumverbundes zu erhalten und weiterzuentwickeln. Besondere Bedeutung ist dem Erhalt, gegebenenfalls der Wiederherstellung zusammenhängender, störungsarmer Landschaften und der Realisierung eines regionsübergreifenden Verbundsystems beizumessen.

1.2 Leitbilder der Naturräume

1.2.1 Vogtland

Mittelvogtländisches Kuppenland und Nordwestvogtländische Hochflächen

Das Mittelvogtländische Kuppenland und die Nordwestvogtländischen Hochflächen sollen als vorwiegend ländlich geprägter Raum mit hoher Nutzungsvielfalt und hohem Naturschutz- und Erholungswert erhalten und weiterentwickelt werden.

Dazu sollen

- die charakteristische Mannigfaltigkeit natürlicher und nutzungsbedingter Strukturen der Diabaskuppenlandschaft gesichert werden
- das bestehende Verhältnis zwischen ackerbaulicher, Grünland- und forstwirtschaftlicher Nutzung im wesentlichen beibehalten sowie die durch wechselnde Nutzung bedingte kleinteilige Raumgliederung erhalten und verbessert werden
- Aufforstungen nur kleinflächig erfolgen und zur Entwicklung oder Ergänzung prägender Landschaftsstrukturen wie naturnahe Laubholzpöhle und Hangwälder sowie zur Minderung von Erosionsgefährdungen beitragen
- die landwirtschaftlich genutzten Flächen in größtmöglichem Umfang erhalten und besonders im Raum Pausa/Mühltruff, nordwestlich und östlich von Plauen sowie im Oelsnitzer Umland durch Neuanlage gliedernder Landschaftselemente aufgewertet werden
- die landwirtschaftliche Nutzung innerhalb der Einzugsgebiete der Trinkwassertalsperren den Erfordernissen eines nachhaltigen Trinkwasserschutzes gerecht werden
- die Talsperre Pöhl als überregional bedeutsames Rastgewässer für zahlreiche Vogelarten gesichert werden
- der Schutzgebietskomplex "Grünes Band" und die Tallandschaft der Weißen Elster mit ihren Nebenbächen in ihrer Funktion als überregionale Biotopverbundachsen gestärkt werden
- die Quell- und Auenbereiche der Weida, die Auenbereiche der Wisenta sowie die angrenzenden Wälder im grenznahen Raum zu Thüringen mit ihrer wertvollen natürlichen Ausstattung als großräumige, weitgehend unzerschnittene Lebensräume bestandsbedrohter Tierarten länderübergreifend gesichert und entwickelt werden
- neben laubholzreichen Wäldern der Pöhle und Talhänge, landschaftsprägenden Feldgehölzen und Hecken, Quellgebieten, naturnahen Fließ- und Stillgewässern mit ihren Ufer- und Verlandungszonen sowie angrenzenden Feuchtbereichen vor allem wertvolle Offenlandbiotope wie die Magerrasen-, Trockenrasen- und Heidegesellschaften der ehemals militärisch genutzten Flächen als typische Lebensräume erhalten werden
- der Charakter der ländlichen Siedlungen bewahrt werden und Weiterentwicklungen maßvoll und landschaftsgerecht erfolgen
- großflächige gewerbliche sowie industrielle Nutzungen auch künftig umweltverträglich auf die städtischen Zentren konzentriert werden
- die vorhandene harmonische Verbindung zwischen Stadt und umgebender Landschaft bei der weiteren Siedlungsentwicklung des Oberzentrums Plauen nicht beeinträchtigt werden
- die zunehmende touristische Erschließung dem Schutz der gewachsenen Kulturlandschaft und der Naturschutzfunktion des Gebietes Rechnung tragen

- Beeinträchtigungen des Erholungswertes durch oberflächennahen Rohstoffabbau in ökologisch sensiblen Gebieten sowie durch fernwirksame Maßnahmen der technischen Infrastruktur vermieden werden.

Nord- und Ostvogtland

Im Nord- und Ostvogtland soll für den urbanen Raum der Göltzschtal-Städte die Sicherung und Verbesserung der Umweltqualität einen Entwicklungsschwerpunkt darstellen.

Das strukturreiche, ländlich geprägte Bergener Granitgebiet soll als ökologischer Ausgleichsraum und Erholungslandschaft erhalten werden.

Dazu sollen

- der Waldanteil im Bereich des mittleren und oberen Göltzschtals sowie im Bergener Granitgebiet im wesentlichen beibehalten, im relativ waldarmen Umland des unteren Göltzschtals in angemessenem Umfang erhöht werden
- das geschlossene Waldgebiet am Rand des Bergener Granitkessels, insbesondere das Jägerswaldgebiet im südwestlichen Bereich, als großräumiger Verbundbereich zwischen dem angrenzenden Westerzgebirge sowie dem Mittleren Vogtland erhalten und vor Beeinträchtigungen geschützt werden
- die landwirtschaftlich genutzten Flächen im Raum Reichenbach im Vogtland/ Neumark mit ihren vergleichsweise guten standörtlichen Voraussetzungen möglichst umfassend gesichert und durch Wiederherstellung bzw. Neuanlage gliedernder Landschaftselemente ökologisch aufgewertet werden
- durch die umweltgerechte Gestaltung der landwirtschaftlichen Nutzung vor allem im Bereich des Bergener Granitgebietes mit seinem hohen Grünlandanteil die Vielfalt der Kulturlandschaft bewahrt werden
- das Göltzschtal mit seinen naturnahen Auenbereichen und Hangwäldern unterhalb Lengenfeld und unterhalb Mylau sowie das Triebtal, Trebatal und Plohnbachtal mit ihren überwiegend offenen Auen als Achsen des ökologischen Verbundes erhalten und in ihrer Funktionsfähigkeit verbessert werden
- naturnahe Fließ- und Stillgewässer mit ihren Ufer- und Verlandungszonen, Quellbereiche, Feucht- und Nasswiesen, sowie kleine bewaldete Granithärtlinge, Feldgehölze und Hecken als weitere naturraumtypische Landschaftsstrukturen gesichert werden
- der Charakter der ländlichen Siedlungen vor allem im Bereich des Bergener Granitgebietes, des Göltzschtals zwischen Lengenfeld und Mylau, im Bereich Waldkirchen/oberer Heinsdorfergrund sowie im Bereich Plohnbachtal/Pechtelsgrün erhalten werden
- die räumlich stark vernetzten Siedlungsgebiete der Göltzschtal-Städte unter besonderer Berücksichtigung siedlungsklimatischer Aspekte weiterentwickelt und durch innerstädtische Freiräume und Grünflächen strukturell gegliedert werden.

Oberes Vogtland

Das Obere Vogtland soll unter Beachtung seiner hohen Naturschutzbedeutung weiterhin einen Schwerpunktraum für naturbezogene Erholung und Fremdenverkehr bilden.

Dazu sollen

- die großen zusammenhängenden Wälder erhalten, in Bereichen mit vorhandenen Nadelholzmonokulturen naturnah umgebaut und nicht durch Anlage neuer Verkehrswege oder Splitterbebauung beeinträchtigt werden
- die lichten Höhenkiefernwälder im Elstergebirge mit ihrer typischen Bodenflora extensiv genutzt, gepflegt und entwickelt werden
- die Wald-Offenlandverteilung weitgehend beibehalten werden, Aufforstungen nur kleinflächig erfolgen und die vielfältige Gliederung der Wald-Offenlandgrenze erhalten bleiben
- die in den Tälern, den Rodungsbereichen der Siedlungen sowie kleinräumig in Waldbereichen vorhandenen Offenlandflächen durch eine umweltgerechte landwirtschaftliche Nutzung oder erforderlichenfalls durch Landschaftspflegemaßnahmen erhalten und von Aufforstungen weitgehend frei gehalten werden
- die Offenlandbereiche in den Talräumen als Dauergrünland erhalten werden
- auf weiterhin ackerbaulich genutzten Flächen durch zusätzliche gliedernde Strukturen und angepasste Bewirtschaftung der Erosion entgegengewirkt werden
- das Talsystem der oberen Weißen Elster mit ihren Zuflüssen, vor allem dem Raunerbach, Haarbach, Tettersbach, Eisenbach, Würschnitzbach, Görnitzbach und Triebelbach, in seiner Gesamtheit als landschaftsbestimmende Struktur und naturnahes Biotopverbundnetz erhalten und aufgewertet werden
- die strukturreichen, durch besondere Störungsarmut gekennzeichneten grenznahen Waldgebiete im Raum Erlbach/Wernitzgrün/Landwüst, südlich Gürth sowie südwestlich und südöstlich Bad Brambach als Rückzugsräume gefährdeter, störungsempfindlicher Tierarten erhalten werden
- Quellbereiche, Flach- und Übergangsmoore, naturnahe Fließ- und Stillgewässer, Feucht- und Nasswiesenkomplexe sowie artenreiche Berg- und Frischwiesen, Magerrasen und Borstgrasrasen als wertvolle Lebensräume gesichert, erforderlichenfalls durch Maßnahmen zur Renaturierung, Nutzungsreaktivierung bzw. Nutzungsextensivierung wiederhergestellt werden
- als typische Siedlungsformen insbesondere die Waldhufendörfer mit ihren landschaftsbedingten Sonderformen und die Streusiedlungen mit ihrem offenen Siedlungsscharakter erhalten werden
- die landschaftliche Eigenart und Vielfalt als Grundlage des hohen Erholungswertes bewahrt und dem besonderen Schutzerfordernis der gesundheitsrelevanten Umweltbedingungen der Kurorte innerhalb der bioklimatischen und Heilwasserschutzzonen Rechnung getragen werden.

1.2.2 West- und Mittelerzgebirge

Unteres West- und Mittelerzgebirge

Das Untere West- und Mittelerzgebirge soll im Bereich des Kirchberger Granitgebietes sowie im Hartensteiner Gebiet als strukturreiche, durch land- und forstwirtschaftliche Nutzung bestimmte Landschaft erhalten werden und weiterhin die Funktion eines großräumigen ökologischen Ausgleichs- und Erholungsgebietes vor allem für den angrenzenden Agglomerationsraum des Erzgebirgsbeckens wahrnehmen.

Das Gebiet des Städteverbundes „Silberberg“ soll als urbaner Raum von zentraler Bedeutung innerhalb der westerzgebirgischen Kulturlandschaft qualitativ aufgewertet werden.

Dazu sollen

- das Verhältnis zwischen land- und forstwirtschaftlicher Flächennutzung nicht wesentlich verändert werden und Aufforstungen vorwiegend kleinflächig erfolgen
- der Hartensteiner Wald und der Hartmannsdorfer Forst als große geschlossene Waldbestände erhalten und vor Beeinträchtigungen bewahrt werden
- das zusammenhängende Buchenwaldgebiet innerhalb des Hartensteiner Waldes als naturnaher Waldkomplex von überregionaler Bedeutung besonders geschützt werden
- durch eine umweltgerechte landwirtschaftliche Nutzung der Erhalt der vor allem im Kirchberger Granitgebiet vorhandenen abwechslungsreichen Landschaftsstruktur gewährleistet werden
- die als Dauergrünland genutzten Flächen erhalten und durch extensive Bewirtschaftung die Entwicklung artenreicher Grünlandgesellschaften gefördert werden
- das Tal der Zwickauer Mulde mit seinen Restbeständen naturnaher Auwälder als bedeutender Verbundbereich erhalten und weiterentwickelt werden
- das Oswaldtal und die Tallandschaft zwischen Bernsbach, Lößnitz und Affalter mit ihrer Vielfalt charakteristischer Landschaftsstrukturen als Freiraumbereiche von hoher ökologischer und landschaftsästhetischer Bedeutung bewahrt werden
- als wertvolle Lebensräume und prägende Landschaftselemente neben den zahlreichen Kuppenwäldchen, Hecken, Lesesteinriegeln und aufgelassenen Steinbrüchen vor allem die vorhandenen Hochmoorreste, Teichgebiete sowie naturnahe Fließgewässer- und Auenbereiche gesichert werden
- noch gering verdichtete Waldhufendörfer mit traditionellen Drei- und Vierseithöfen und ursprünglichen Nutzungselementen in ihrem Ortsbild bewahrt sowie die typische Flurstruktur bei der Neuanlage landschaftsgliedernder Elemente berücksichtigt werden
- durch eine landschaftsgerechte Einordnung von Rohstoffabbauvorhaben und notwendigen Infrastrukturmaßnahmen den Belangen der Erholungsvorsorge Rechnung getragen werden
- noch vorhandene durch den Uranbergbau bedingte Landschafts- und Umweltschäden so saniert werden, dass die weitere Entwicklung Bad Schlema als Kurort unterstützt und innerhalb des Städteverbundes ein zentraler, mit der angrenzenden Erholungslandschaft des Oberen Erzgebirges in Verbindung stehender ökologischer Ausgleichsraum entwickelt wird.

Oberes West- und Mittelerzgebirge

Das Obere West- und Mittelerzgebirge soll als waldreiches, in den kammnahen Lagen dünn besiedeltes Gebiet mit herausragender Bedeutung für den Naturschutz, klimatischer und hydrologischer Ausgleichsfunktion sowie traditionell bedeutsamer Erholungs- und Fremdenverkehrsfunktion erhalten und unter Berücksichtigung der grenzübergreifenden landschaftlichen Beziehungen weiterentwickelt werden.

Dazu sollen

- das ausgedehnte Waldgebiet des kammnahen Raumes in seiner Geschlossenheit erhalten und zunehmend naturnah entwickelt werden
- in immissionsgeschädigten Bereichen durch gezielte Sanierungsmaßnahmen sowie Förderung sukzessiver Prozesse standortgerechte und widerstandsfähige Wälder etabliert werden
- Aufforstungen in den offenen Rodungsbereichen der Siedlungen begrenzt, in den Wiesenauen grundsätzlich vermieden werden
- der Erhalt der vorwiegend als Dauergrünland genutzten Offenlandbereiche durch eine umweltgerechte landwirtschaftliche Nutzung, im Bedarfsfall durch Landschaftspflegemaßnahmen, gewährleistet werden
- Bergwiesen und Borstgrasrasen als charakteristische Elemente des Berglandes erhalten, ihre Regenerierung und Wiederausbreitung durch extensive Nutzung gefördert werden
- die grenznahen Hochlagen zwischen Aschberg und Johanngeorgenstadt mit ihren Bergfichtenwäldern und Hochmooren als naturnahes Gebiet mit großräumiger Lebensraumfunktion für bestandsbedrohte Tierarten erhalten und entwickelt, intensive Formen der touristischen Nutzung in diesem Bereich ausgeschlossen werden
- neben Bergfichtenwäldern, Bergmischwäldern und Mooren vor allem Quellbereiche, Sümpfe, Feucht- und Nasswiesen, unverbaute Fließgewässer sowie offene Felsbildungen als typische naturnahe Biotopie erhalten oder wiederhergestellt werden
- nutzungsbedingte Strukturen wie aufgelassene Steinbrüche, Stollenmundlöcher, Kunstgräben, Trockenmauern und Lesesteinrücken als ökologisch und kulturgeschichtlich bedeutsame Landschaftselemente bewahrt werden
- Streusiedlungen wie Oberjügel, Steinbach und Tellerhäuser mit ihrer aufgelockerten Struktur und gebietstypischen Bauweise erhalten werden
- die durch Bergbau besonders im Raum Johanngeorgenstadt und Pöhla entstandenen Landschafts- und Umweltschäden beseitigt werden
- intensive touristische Nutzungen so auf geeignete Schwerpunkte konzentriert werden, dass Belastungen sensibler Landschaftsräume minimiert werden
- außerhalb der besiedelten Bereiche die Voraussetzungen für eine ruhige, landschaftsbezogene Erholung nachhaltig gesichert werden.

1.2.3 Erzgebirgsbecken

Im dicht besiedelten, durch städtische Agglomerationen geprägten Erzgebirgsbecken soll die Sicherung von Umweltfunktionen, besonders der Erhalt bzw. die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Netzes ökologisch bedeutsamer Freiräume, eine zentrale Bedeutung besitzen. Die noch ländlich strukturierten Bereiche sollen als produktivste Agrargebiete der Region und wichtige ökologisch-rekreative Ausgleichsgebiete des verdichteten Raumes in größtmöglichem Umfang erhalten werden.

Dazu sollen

- der Waldanteil deutlich erhöht werden und gezielte Aufforstungen vor allem im stadtnahen Raum zur Minderung von Immissionsbelastungen und zur Erhöhung des Erholungswertes der Landschaft beitragen
- für unvermeidbare Eingriffe in Wälder ein gleichartiger Ersatz in standortgerechter Weise sichergestellt werden
- der Werdauer Wald, Weißenborner, Schäbigt- und Harthwald sowie das Waldgebiet östlich Ortmannsdorf mit ihrer besonderen ökologischen und Erholungsfunktion nachhaltig geschützt werden
- die großflächigen Agrarbereiche unter Berücksichtigung historischer Strukturen durch Neuanlage gliedernder Landschaftselemente wie Hecken, Flurgehölze, Baumreihen und Raine angereichert werden
- über die Erhöhung des Wald- und Flurgehölzanteils hinaus durch eine umweltgerechte Gestaltung der landwirtschaftlichen Nutzung die Wiederherstellung eines funktionsfähigen ökologischen Verbundes zwischen dem Gebiet der oberen Zwickauer Mulde und dem Mulderaum nördlich Zwickau ermöglicht werden
- das Wildenfelser Zwischengebirge mit seinen geologischen, floristischen und faunistischen Besonderheiten als Lebensraum einer Vielzahl bestandsgefährdeter Arten, Erholungsraum und landschaftsprägender Höhenzug im Übergangsbereich zum unteren Erzgebirge erhalten werden
- die weiträumige Aue der Zwickauer Mulde als vorwiegend offene Auenlandschaft erhalten, von weiterer Bebauung freigehalten und durch Überführung derzeitiger Acker- in Grünlandnutzung, Rückgewinnung natürlicher Retentionsflächen sowie Förderung typischer Arten und Lebensgemeinschaften als naturnaher Landschaftsraum mit hoher Erlebniswirksamkeit entwickelt, im Bereich des Wismutsanierungsgebietes die Wiederansiedlung eines standorttypischen Auenwaldes angestrebt werden
- die Pleiße mit ihren Auenbereichen vor weiteren baulichen Beeinträchtigungen geschützt, durch umfassende Sanierungsmaßnahmen als innerörtliche Grünachse entwickelt und in ihrer Funktionsfähigkeit als Element des großräumigen ökologischen Verbundes verbessert werden
- als charakteristische Landschaftselemente neben naturnahen Bereichen wie unverbauten Fließgewässern mit ihren Auen und Laubmischwaldresten in Steilhangabschnitten vor allem nutzungsbedingte Strukturen wie Feldgehölzstreifen entlang ursprünglicher Nutzungsgrenzen und Streuobstwiesen gesichert, wiederhergestellt bzw. landschaftsgerecht ergänzt werden
- die Identität der überwiegend ländlich strukturierten Gebiete westlich des Pleißetales, im Bereich des Römertals und Paradiesgrundes, im Bereich des oberen Mülsengrundes sowie im Mülsengrund und Muldental nordöstlich Crossen und Mosel mit ihren dörflichen Siedlungen bewahrt, weitere Zerschneidungen und eine technische Überprägung dieser Gebiete vermieden werden

- innerhalb der Städte Grün- und Freiflächen in ausreichendem Umfang erhalten und so entwickelt werden, dass sie als ökologisch-rekreative Ausgleichsgebiete im Verbund mit dem außerstädtischen Freiflächensystem den besonderen Anforderungen im Verdichtungsraum gerecht werden
- durch Reduzierung von Schadstoffbelastungen, versiegelungsarme Bauweisen, Erhalt der wenigen naturnahen Bereiche und verstärkte Durchgrünung vorhandener sowie neu entstehender Baugebiete die Umweltqualität in den Städten verbessert werden
- der baulichen Nutzung ökologisch bedeutsamer Freiräume und der Verlagerung von Umweltbelastungen in das Umland der Städte entgegengewirkt werden
- in den durch Steinkohle- und Uranbergbau geschädigten Bereichen durch Sanierungsmaßnahmen unter angemessener Berücksichtigung kulturhistorischer Aspekte des ehemaligen Bergbaus Voraussetzungen für eine landschafts- und umweltgerechte Folgenutzung geschaffen werden
- zur Vermeidung unvertretbarer Umweltbelastungen durch Kies- und Sandabbau der räumliche Umfang der Abbautätigkeit nicht weiter erhöht werden
- wertvolle Sekundärbiotope aufgelassener Kies- und Sandgruben sowie Halden des ehemaligen Steinkohlebergbaus bevorzugt naturnah entwickelt und in das wiederherzustellende Biotopverbundnetz integriert werden.

2 Fachliche Ziele und Maßnahmen Naturschutz und Landschaftspflege

2.1 Allgemeine Zielstellungen

Es ist darauf hinzuwirken, dass die angeführten fachlichen Ziele und Maßnahmen zum Schutz wildlebender Pflanzen und Tiere und ihrer Lebensräume sowie zum Schutz charakteristischer Landschaftsbereiche mit hohem Erlebniswert umgesetzt werden.

Zur langfristigen Sicherung der regionstypischen Artenvielfalt sind umfassende Schutzmaßnahmen notwendig. Neben der umweltverträglichen Gestaltung der Landnutzung besitzt dabei die deutliche Erweiterung des naturschutzrechtlichen Flächenschutzes eine wesentliche Bedeutung.

Gegenwärtig nehmen die für den Biotop- und Artenschutz besonders bedeutsamen Gebietskategorien NSG und FND etwa 1,6 %, NSG allein nur rund 1,24 % der Regionsfläche ein. Damit liegt Südwestsachsen trotz des vorhandenen natürlichen Potentials und vergleichbaren Gefährdungen erheblich unter dem sächsischen Durchschnitt, der zur Zeit bei etwa 2,7 % NSG-Fläche liegt (Stand 02/2007). Etliche der NSG sind mit 10 bis 30 ha Größe relativ klein, etliche größere sind linear ausgeprägt. Dadurch haben sie ein vergleichsweise großes Rand-Flächen-Verhältnis und sind deshalb anfälliger gegenüber Beeinträchtigungen von außen. Verschiedenen Schutzgebieten der strengen Kategorien fehlen ausreichend große Pufferzonen, wodurch randliche Störungen noch verstärkt werden. Um zum Erhalt der Artenvielfalt ein möglichst engmaschiges Netz an NSG und FND zu gewährleisten, von denen aus eine Neu- oder Wiederbesiedelung angrenzender Flächen nach lebensraumverbessernden Maßnahmen ausgehen kann, müssen besonders diese Schutzgebiete flächenmäßig ausgedehnt werden.

Neben der Erweiterung der Flächen mit strengem Schutzstatus zum unmittelbaren Schutz gefährdeter Arten und Biozönosen ist sowohl für deren Umgebungsschutz als auch zur Sicherung der Kultur- und Erholungslandschaften der Region die Erweiterung der unter Landschaftsschutz stehenden Bereiche (gegenwärtig ca. 23 % der Regionsfläche) erforderlich. Landschaftsschutzgebiete bieten aufgrund ihrer Flächengröße Möglichkeiten, wie sie so umfassend durch keine andere Schutzkategorie wahrgenommen werden können. Dazu gehört auch der umfassende Schutz von Funktionen des Naturhaushaltes, wie Boden- und Klimaschutz. Ausgehend davon sollen weitere regionstypische Landschaftsbereiche als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden.

Mittel- bis längerfristiger Prüfungsbedarf für weitergehende Unterschutzstellungen bzw. Erweiterungen von Bestandsgebieten besteht neben dem Gebiet des Naturparks "Erzgebirge/Vogtland" v. a. für weitere Teilbereiche des Oberen Vogtlandes und des Mittelvogtländischen Kuppenlandes als gesamtstaatlich repräsentative Gebiete sowie den Raum Mülsegrund/Muldenaue nördlich Zwickau als schützenswerter regionsübergreifender Landschaftsraum.

Im Abschnitt 2.2 der Anlage 1 „Fachplanerische Inhalte der Landschaftsrahmenplanung“ sind innerhalb der Regionalen Schutzgebietskonzeption Schwerpunktbereiche hinsichtlich der erforderlichen Erweiterung und Qualifizierung des Schutzgebietsnetzes der Region benannt.

Darüber hinaus beinhalten die Abschnitte 2.3 bis 2.6 auf der Grundlage des Sächsischen Naturschutzgesetzes weitere regionale Maßnahmen und damit verbundene fachliche Zielstellungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Adressaten sind in erster Linie die zuständigen Naturschutzbehörden. Im Sinne des angestrebten integrierten Naturschutzes werden daneben jedoch auch weitere öffentliche Stellen, insbesondere die land- und forstwirtschaftlichen Fachbehörden sowie die Gemeinden angesprochen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Umsetzung der angesprochenen Maßnahmen hinzuwirken.

Wichtige Instrumente zur Vorbereitung der regionalen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege stellen neben den fachspezifischen Instrumenten des Naturschutzes hierbei vor allem die kommunale Landschaftsplanung (Landschafts- und Grünordnungspläne) sowie Planungen der ländlichen Neuordnung dar. Durch bestehende Fördermöglichkeiten werden eine naturschutzkonforme Landnutzung und die Umsetzung spezifischer Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen unterstützt.

Schutzgebietsausweisungen und landschaftspflegerische Maßnahmen im grenznahen Bereich, insbesondere im Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“, sollen staats- und ländergrenzenübergreifend abgestimmt und nach Möglichkeit gemeinsam durchgeführt werden.

Aufgrund der umfangreichen landschaftlichen und Lebensraumbeziehungen besteht die Notwendigkeit, im grenznahen Bereich, insbesondere im Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“, Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege grenzübergreifend abzustimmen.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang v. a. Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Arten und Lebensräume wie die Schutzmaßnahmen zum Erhalt der FFH-Arten Flussperlmuschel und Abbiss-Schneckenfalter im Bereich des sächsisch-bayerisch-böhmischen Dreiländerecks, der großräumige Habitatschutz im Bereich des SPA-Gebietes „Westerzgebirge“ insbesondere für Raufußhühner oder die Durchführung von Pflegemaßnahmen zum Erhalt wertvoller grenzübergreifender Bergwiesenkomplexe.

Die in den Leitbildern genannten naturraumtypischen Biotope und die Vorkommen der in Tabelle A 1 - 3 aufgeführten regional bedeutsamen Leitarten sollen vorrangig gesichert und entwickelt werden.

Die regionalen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sollen sich schwerpunktmäßig an den Ansprüchen der in den Leitbildern für Natur und Landschaft (s. Kapitel 1) genannten naturraumtypischen Biotope sowie der in Tabelle A 1 - 3 aufgeführten regional bedeutsamen Leitarten orientieren.

Bei den in den Leitbildern für Natur und Landschaft benannten naturraumtypischen Biotopen handelt es sich um die jeweils wesentlichsten Lebensraumtypen, die unter natur- und landschaftlichen Aspekten charakteristisch für die Landschaftsräume der Region sind.

Die im Kapitel 2.4.5 erläuterten regional bedeutsamen Leitarten stehen mit der Summe ihrer Lebensraumanprüche stellvertretend für die floristisch-faunistische Artenvielfalt in der Region Südwestsachsen.

2.2 Flächennaturschutz

Karte: Der Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“, die Natur- und Landschaftsschutzgebiete (festgesetzt, geplant), die Flächennaturdenkmale (festgesetzt, ausgewählte geplante Flächen) sowie die Gebiete zur fachbehördlichen Prüfung (Untersuchungsgebiete) sind in der Karte A 1 - 4 „Schutzgebiete nach Naturschutzrecht“ dargestellt.

2.2.1 Rechtsangleichung, Pflege und Entwicklung

Für die übergeleiteten Schutzgebiete und Naturdenkmale nach DDR-Naturschutzrecht sind im Rahmen der Rechtsangleichung Verordnungen nach geltendem Recht zu erlassen. Dabei muss eine inhaltliche und flächige Anpassung an die aktuelle naturschutzfachliche Situation erfolgen.

Als fachliche Grundlage für die Pflege und Entwicklung der Schutzgebiete und Naturdenkmale sind schrittweise Pflege- und Entwicklungspläne zu erarbeiten. Für den Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“ ist im Hinblick auf die Sicherung, Pflege und Entwicklung als naturraumtypische Vorbildlandschaft und Erholungsraum das bestehende Pflege- und Entwicklungskonzept umzusetzen und gegebenenfalls weiter zu entwickeln.

2.2.2 Regionale Schutzgebietskonzeption

Unter besonderer Berücksichtigung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) sowie der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Landschaftsbild/Landschaftserleben) soll eine Erhöhung des Anteils naturschutzrechtlich geschützter Gebiete in der Region erfolgen.

Die Ausweisung der Schutzgebiete soll unter Einbeziehung ausreichender Pufferflächen so erfolgen, dass gefährdete Arten und Ökosysteme sowie charakteristische Landschaften der Region wirksam geschützt, Funktionen des Naturhaushaltes im erforderlichen Umfang berücksichtigt und die Entwicklung des regionalen ökologischen Verbundsystems gefördert werden.

Neben der Erweiterung und Neuausweisung von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten sollen noch erhaltene Landschaftsrelikte, die auf eng begrenztem Raum in ihrer Beschaffenheit und Eigenart naturschutzfachlich wertvolle Einzelschöpfungen repräsentieren, als Flächennaturdenkmale unter Schutz gestellt werden. In der Karte A 1 - 4 „Schutzgebiete nach Naturschutzrecht“ sind fachbehördliche Vorschläge für Flächen beinhaltet, die mit Priorität in den kommenden Jahren als FND unter Schutz gestellt werden sollen.

Landschaftsteile mit lokaler Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege sollen darüber hinaus verstärkt durch Ausweisung als geschützte Landschaftsbestandteile gesichert werden.

Planungsgebiete für die Ausweisung von Naturschutzgebieten und Landschaftsschutzgebieten

Nachfolgende Gebiete sollen vordringlich unter Schutz gestellt werden:

a) als Naturschutzgebiet

im Kreis Aue-Schwarzenberg: Unteres Schwarzwassertal
Zwönitzer Moosheide

im Vogtlandkreis: Elstersteilhänge
Erweiterung Steinberg
Geilsdorfer Eichelberg
Hainbachtal
Oberer Aschberg
Ruderitzberg
Schönberger Teiche
Vorsperre Thoßfell
Wirtsgrund
Hennebachtal

im Kreis Zwickauer Land: Moosheide am Seidelsberg
Muldenauwald Stein

in der Stadt Plauen: Mühlteiche Unterlosa

b) als Landschaftsschutzgebiet

im Kreis Aue-Schwarzenberg: Erweiterung Hartensteiner Muldetal und Forstrevier
Hundsmarter
Westerzgebirge

im Vogtlandkreis: Bergener Granit
Erweiterung Oberes Vogtland
Erzgebirgisches Vogtland
Frösig
Hainbachtal
Herlagrüner Wald
Hohe Reuth
Mittleres Göltzschtal
Oberes Wisentatal
Saaleeinzugsgebiet Sächsisches Vogtland
Taltitzer Kleinkuppenlandschaft
Triebelbachtal

im Kreis Zwickauer Land: Schönfelser Wald

in der Stadt Plauen: Unterlosaer Kleinkuppenlandschaft

Untersuchungsgebiete für die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten

Zur langfristigen Erweiterung des Schutzgebietsnetzes sollen über die genannten Gebiete hinaus die für eine Unterschutzstellung in Betracht kommenden Bereiche ermittelt und hinsichtlich ihrer Schutzwürdigkeit überprüft werden. Ausgehend von den ermittelten unterrepräsentierten Pflanzengesellschaften im bisherigen Schutzgebietssystem (Tab. A 1 - 1) sowie den in den Leitbildern genannten naturraumtypischen Biotopen und Landschaftsbereichen sind dabei folgende Lebensräume schwerpunktmäßig zu berücksichtigen:

- wertvolle und charakteristisch ausgeprägte Biotope des Offenlandes wie z. B. Bergwiesen, Feucht- und Nasswiesen und magere Grünlandkomplexe mesophiler Standorte in der gesamten Region
- trockenwarme Standorte mit Reliktvorkommen gefährdeter Arten
- Gewässerökosysteme (v. a. Fließgewässer) mit artenreicher Flora und Fauna einschließlich ihres funktional bedeutsamen Umfeldes
- naturnahe Waldgesellschaften mit Reliktvorkommen gefährdeter Tier- und Pflanzenarten, v. a. im Vogtland und Westerzgebirge
- floristisch und faunistisch bzw. naturwissenschaftlich wertvolle Sekundärbiotope in aufgelassenen Sand- oder Kiesgruben (v. a. im Erzgebirgsvorland) und Steinbrüchen.

Im Hinblick auf die langfristige Bewahrung der Gebiete von gesamtstaatlich repräsentativer Naturschutzbedeutung (höhere Berglagen des Mittel- und Westerzgebirges, Oberes Vogtland, Mittelvogtländisches Kuppenland) als charakteristische Kulturlandschaften ist eine möglichst umfassende Sicherung durch geeignete Schutzgebietskategorien anzustreben. Dazu ist unter Einbeziehung bereits vorliegender Gebietsvorschläge vor allem die Notwendigkeit der Erweiterung/Ergänzung großräumiger Schutzgebiete (Landschaftsschutzgebiete, ggf. Naturpark) zu prüfen.

Zur Sicherung des Gesamtraumes Mülsengrund/Muldenaue nördlich Zwickau als regionsübergreifender ökologisch-rekreativer Ausgleichsraum soll über das geplante Landschaftsschutzgebiet „Stausee Glauchau“ hinaus für Teilgebiete mit besonderem landschaftsästhetischen Wert in Abstimmung mit der Region Chemnitz-Erzgebirge die Möglichkeit einer perspektivischen Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet (z. B. Rümpfwald, Neudörfler/ Neuschönburger Wald) geprüft werden.

Die Voraussetzungen für eine mögliche Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet bzw. Landschaftsschutzgebiet sollen insbesondere für die in der Karte A 1 - 4 „Schutzgebiete nach Naturschutzrecht“ entsprechend dargestellten Untersuchungsgebiete geprüft werden.

2.3 NATURA 2000

Karte: Die Gebiete des kohärenten Netzes NATURA 2000 (Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß FFH-Richtlinie 92/43/EWG und Europäische Vogelschutzgebiete gemäß Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG) sind in der Karte A 1 - 4 „Schutzgebiete nach Naturschutzrecht“ dargestellt.

Die zum Erhalt und zur Förderung der biologischen Vielfalt und des europäischen Naturerbes gemeldeten Gebiete des kohärenten Netzes NATURA 2000 in der Region Südwestsachsen sind durch geeignete Maßnahmen in ihrem Bestand zu sichern.

Die EU-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Richtlinie 92/43/EWG vom 21.05.1992, sogenannte Fauna-Flora-Habitat Richtlinie oder abgekürzt FFH-Richtlinie) und die Richtlinie über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Richtlinie 79/409/EWG vom 02.04.1979, sogenannte Vogelschutz-Richtlinie) verpflichten die Mitgliedstaaten zur Benennung und Ausweisung von besonderen Schutzgebieten (SAC-Special Area of Conservation nach FFH-Richtlinie; SPA-Special Protected Area nach Vogelschutzrichtlinie). Ziel ist es, ein kohärentes ökologisches Netz besonderer Schutzgebiete in Europa mit der Bezeichnung „NATURA 2000“ aufzubauen. Die Gebiete wurden ausschließlich nach gemeinschaftlich vorgegebenen fachlichen Kriterien ausgewählt und der EU vorgeschlagen. Maßgeblich ist dabei das Vorkommen bestimmter Lebensraumtypen sowie Tier- und Pflanzenarten, die in den entsprechenden Anhängen der Richtlinien aufgeführt werden. Bei der Gebietsauswahl stellen zudem Größe, Zustand, Repräsentanz und Entwicklungspotenzial sowie die räumliche Verteilung der jeweiligen Arten und Lebensraumtypen im Naturraum (Kohärenz) wichtige Kriterien dar. Die ausgewählte Gebietskulisse hat somit aufgrund ihres Verbundcharakters eine erhebliche raumbedeutsame Funktion zur Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt in Europa. Für die Gebiete wurden spezifische Erhaltungsziele im Sinne der o. g. FFH- bzw. Vogelschutzrichtlinie festgelegt, die den Schutz oder die Entwicklung der vorkommenden Arten und Lebensraumtypen gewährleisten sollen. Dabei sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, diesen sogenannten günstigen Erhaltungszustand durch entsprechende Maßnahmen rechtlicher, administrativer oder vertraglicher Art zu gewährleisten oder wiederherzustellen, z. B. durch Ausweisung als Schutzgebiet nach nationalem Recht. Die Richtlinie sieht weiterhin vor, dass alle Pläne und Projekte, die ein Gebiet erheblich beeinträchtigen können, einer Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen zu unterziehen sind. Raumordnerisch bedeutsam ist dabei, dass sich die Pflicht zur Verträglichkeitsprüfung selbst dann ergeben kann, wenn die Pläne und Projekte außerhalb der Grenzen des Gebietes liegen, sofern sie in ihrer Auswirkung die gebietsspezifischen Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten (funktionale Außenwirkung). Maßstab für Verträglichkeitsprüfungen sind neben den nationalen Schutzvorschriften die gebietsspezifischen verbindlichen Erhaltungsziele.

In der Karte A 1 - 4 „Schutzgebiete nach Naturschutzrecht“ sind die Gebiete zum Aufbau des europäischen ökologischen Netzes beinhaltet. Die dargestellten Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (Site of Community Interest - SCI) nach FFH-Richtlinie entsprechen der durch Beschluss der EU-Kommission vom 07.12.2004 bestätigten und im Amtsblatt der Europäischen Kommission am 28.12.2004 bekannt gemachten Gebietsmeldung des Freistaates Sachsen.

Weiterhin enthält die Karte die acht neuen für die Planungsregion Südwestsachsen gemeldeten Vogelschutzgebiete (zwei davon die Planungsregion übergreifend) sowie das bestehende Vogelschutzgebiet Westerzgebirge einschließlich einer vorgesehenen Erweiterung. Bei Bestätigung dieser nach einem Fachkonzept des LfUG konkretisierten und bereits durch Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz (Sächsisches Amtsblatt Nr. 4/2006 vom 08.12.2006) festgesetzten Gebiete durch die Europäische Union kommen in der Planungs-

region neben den 50 FFH-Gebieten (zwei davon die Planungsregion übergreifend) insgesamt neun Vogelschutzgebiete vor. Die FFH-Gebiete nehmen zusammen ca. 4,95 % (12.707,35 ha) der Gebietsfläche ein, die Vogelschutzgebiete 5,63 % (14.471,48 ha). Da sich beide Schutzkategorien teils erheblich überlappen, nimmt die bisherige NATURA 2000-Kulisse Südwestsachsens 7,26 % der Planungsregion ein und liegt damit deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 15,90 %.

Für die besonderen Schutzgebiete haben die Mitgliedstaaten nach Art. 6 Abs. 1 der FFH-Richtlinie Erhaltungsmaßnahmen festzulegen, um den ökologischen Erfordernissen der Lebensraumtypen und Arten, die in diesen Gebieten vorkommen, gerecht zu werden. Für die FFH-Gebiete (SCI) und die bereits bestätigten sächsischen Vogelschutzgebiete befindet sich die Erarbeitung sogenannter „Managementpläne“ seit dem Jahr 2002 in der Umsetzungsphase.

Die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und die ausgewählten Europäischen Vogelschutzgebiete können durch Rechtsverordnung von der höheren Naturschutzbehörde unter Angabe der Erhaltungsziele und der betroffenen Landkreise und Kreisfreien Städte sowie Gemeinden bestimmt werden (FFH-Gebiete erst ab 2009). Zweck der Unterschutzstellung ist die Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der in den Erhaltungszielen genannten natürlichen Lebensraumtypen oder Tier- und Pflanzenarten in den Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung sowie der Vogelarten und ihrer Lebensräume in den Europäischen Vogelschutzgebieten.

Der Erhaltungszustand der Gebiete des NATURA 2000-Netztes muss durch ein regelmäßiges Monitoring überprüft werden, um mögliche Veränderungen und ihre Ursachen festzustellen und bei Bedarf reagieren zu können.

2.4 Biotop- und Artenschutz

Die Maßnahmen des Biotop- und Artenschutzes sollen vorrangig zur Sicherung und Entwicklung der in den regionalen Leitbildern genannten naturraumtypischen Biotope (Leitbiotope), der regionalen Leitarten sowie der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) beitragen und hierbei auf die in den Abschnitten 2.4 und 2.5 aufgeführten Schwerpunkte konzentriert werden.

2.4.1 Erfassungsmaßnahmen

Um die Kenntnis über das Vorkommen geschützter, seltener und/oder gefährdeter Tier- und Pflanzenarten zu verdichten, sind faunistisch-floristische Bestandserhebungen auch in Zukunft von großer Bedeutung. Neben der Unterstützung landesweiter Kartierungsprojekte ist die Initiierung regionaler und lokaler Erhebungen von großer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz.

Begriffe:	<i>Rasterkartierung</i>	Erfassung nach Rasterfeldern
	<i>Punktkartierung</i>	Erfassung der Vorkommensorte
	<i>Bestandserhebung</i>	qualitativ-quantitative Vorkommenserfassung für ausgewählten Raum
	<i>Bestandsüberwachung</i>	fortdauernde Beobachtung von Vorkommen und Reproduktion (Monitoring)

Regionale Umsetzung von Landesprogrammen

Säugetiere

- Säugetierfauna (Zusammenstellung und Dokumentation vorhandener Vorkommensdaten; Vorkommensnachweise für seltene Arten)
- Fledermauskartierung (Punktkartierung; Bestandsüberwachung, v. a. bei Maßnahmen-durchführungen über Fördermittel und Eingriffsplanungen)

Vögel

- Brutvogelkartierung (Aktualisierung; Punktkartierung ausgewählter Arten; quantitative Bestandserhebungen)
- Projektgebundene Beringungsprogramme (z.B. Greifvögel, Gebäudebewohner)
- Bestandsüberwachung (Weißstorch, Schwarzstorch, Uhu, Bekassine, Braunkehlchen, Raubwürger, div. Taggreife, Dohle, Rallen), u. a. auch zum Monitoring/Erfolgskontrolle, gebietsbezogen und/oder flächendeckend
- Wasservogelzählung
- jährliche Beobachtungsberichte

Lurche und Kriechtiere

- Aktualisierung Punktkartierung
- Bestandserhebung
- Bestandsüberwachung (z. B. Kreuzkröte, Moorfrosch, Laubfrosch, Fadenmolch, Kamm-molch, Wechselkröte)

Fische und Rundmäuler

- Bestandserhebung (u. a. bei Saprobie-Untersuchungen) in ausgewählten stehenden Ge-wässern und Fließgewässern (insbesondere FFH-Anhang-II-Arten)

Insekten- und Spinnentiere

- Insektenfauna (Zusammenstellung vorhandener Vorkommensdaten, Vorkommensnach-weis seltener Arten)
- Punktkartierung ausgewählter Arten (insbesondere FFH-Anhang-II-Arten, stark gefährdete und vom Aussterben bedrohte Arten)
- Bestandserhebung (v.a. für Gebietsschutz)

Farn- und Blütenpflanzen

- Florenatlas (Rasterkartierung)
- Punktkartierung ausgewählter Arten (insbesondere stark gefährdete und vom Aussterben bedrohte Arten)
- Bestandserhebung (v. a. für Gebietsschutz)

Regionale Erhebungen

- Punktkartierung und Bestandsüberwachung regional bedeutsamer, ausgewählter Leitarten
- Dokumentation der Vorkommensgebiete besonders geschützter Arten und Fortführung der Kartierung besonders geschützter Biotope

2.4.2 Artenschutzprogramme

Regionale Umsetzung von Landesprogrammen

Artenschutzprogramm Weißstorch

- Feucht- und Nasswiesenrenaturierung sowie Acker-Grünland-Umwidmung insbesondere in den Räumen Schlunzig, Cunersdorf, Weischlitz, Wallengrün
- Unterstützungsmaßnahmen zur Ansiedlung (insbesondere durch Aufstellen von Nisthilfen)
- Durchführung spezieller Artenhilfsmaßnahmen zur Habitatverbesserung (Extensivierung/Staffelmahd, Anlage stehender Gewässer, Grabenaufweitungen etc.)

Artenschutzprogramm Flussperlmuschel

- Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung sowie standortgerechte Bestandsentwicklung in den forstwirtschaftlich genutzten Bereichen innerhalb der Einzugsgebiete der Vorkommensgewässer Wolfsbach, Triebelbach, Raunerbach
- weitestgehende Abwasserfreilegung in den Einzugsgebieten
- Optimierung der Naturnähe der Perlbäche und ihrer Zuflüsse
- Durchführung spezieller Artenschutz- und -hilfsmaßnahmen (Erhaltungszucht, Fischbesatz, Forelleninfizierung etc.)

Regionale Maßnahmen

Artenschutzprogramm für hochgradig gefährdete Pflanzen

- Laufendhaltung vorhandener Vorkommensdaten
- zielorientierte Pflegemaßnahmen und Nutzungskonzepte für in der Region schwerpunktmäßig verbreitete, vom Aussterben bedrohte bzw. hochgradig gefährdete Arten, z. B. für *Platanthera bifolia* (Weiße Waldhyazinthe), *Polygala chamaebuxus* (Alpen-Zwergbuchs), *Erica carnea* (Schneeheide), *Orobancha purpurea* (Purpur-Sommerwurz), *Carex pulicaris* (Floh-Segge), *Dactylorhiza fuchsii* (Fuchssches Knabenkraut), *Gymnadenia conopsea* (Große Händelwurz), *Cephalanthera longifolia* (Langblättriges Waldvöglein), *Orchis morio* (Kleines Knabenkraut), *Gentianella germanica* (Deutscher Enzian), *Antennaria dioica* (Gewöhnliches Katzenpötchen) und *Parnassia palustris* (Sumpf-Herzblatt)
- Erhaltungszuchten für extrem gefährdete Arten, z.B. *Polystichum aculeatum* (Dorniger Schildfarn), *Asplenium adiantum-nigrum* (Schwarzstieliger Streifenfarn) *Lycopodiaceae* (Bärlappgewächse)
- Vorkommensbetreuung

Artenschutzprogramm Rauhußhühner

- länderübergreifende Bestandserhebung und Auswertung vorhandenen Datenmaterials (mit der Tschechischen Republik)
- länderübergreifende Sicherung und Stärkung der Restpopulationen durch Lebensraumoptimierung und -neuschaffung
- auf Arten abgestimmte Besucherlenkung in den Vorkommensgebieten

Artenschutzprogramme für in ihrer Verbreitung stark eingeschränkte und stark gefährdete Amphibien, wie Fadenmolch, Kammolch, Feuersalamander, Kreuzkröte, Wechselkröte und Moorfrosch

- Aktualisierung vorhandener Vorkommensdaten und zielgerichtete Nachsuche weiterer Vorkommen
- Sicherung und Stärkung der Population durch Unterschutzstellungen, Lebensraumoptimierung und -neuschaffung

Artenschutzprogramm Tagfalter

- Zielgerichtete Nachsuche stark gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Arten, für die der Planungsregion in Sachsen eine besondere Bedeutung zukommt, z. B. für *Euphydryas aurinia* (Abbiss-Scheckenfalter), *Boloria aquilonaris* (Hochmoor-Perlmuttfalter), *Melitaea cinxia* (Wegerich-Scheckenfalter), *Melitaea diamina* (Baldrian-Scheckenfalter), *Limenitis camilla* (Kleiner Eisvogel)
- Gezielte Nachsuche und langfristiges Monitoring dieser Arten
- Sicherung der Vorkommen durch rechtliche Unterschutzstellung sowie Planung und Durchführung artspezifischer Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen

Amphibienschutz an Straßen

- Konfliktminimierung entsprechend einer fortführend zu aktualisierenden Prioritätenliste durch Bau dauerhafter Leiteinrichtungen, provisorischer Krötenschutzzäune und Anlage von Ersatzgewässern zur Umorientierung der Laichwanderungen

Artenschutzmaßnahmen Fledermäuse

- Kartierung von Vorkommen gefährdeter Arten
- Sicherung der Sommer- und Winterquartiere sowie Nahrungshabitate
- Beseitigung von Mangelhabitaten durch Kunsthöhlen
- Entwicklung und Verbreitung fledermausfreundlicher Bauweisen und -stoffe

2.4.3 Biotopspezifische Ziele und Maßnahmen

Agrarflur

Hinweis: Die integrierten landschaftsrahmenplanerischen Zielstellungen für die Agrarflur sind im Kapitel 2.3.1 des Regionalplanes beinhaltet (insbesondere G 2.3.1.3, G 2.3.1.6, G 2.3.1.10 – Z 2.3.1.13).

Die landwirtschaftliche Nutzung soll so erfolgen, dass Lebensräume und Habitate gefährdeter Tier- und Pflanzenarten nicht beeinträchtigt oder zerstört werden bzw. dass für die von der Nutzung beeinträchtigten Tiere und Pflanzen ausreichend alternative Lebensräume zum Ausweichen in angrenzenden Bereichen bestehen.

Naturnahe Biotope innerhalb und in Nachbarschaft von Agrarflächen sind zu erhalten bzw. wieder herzustellen und durch extensiv genutzte Pufferzonen weitgehend von unvermeidbaren Beeinträchtigungen der agrarischen Nutzung (insbesondere Schadstoffeinträge, Kalkung und Düngung) abzuschirmen.

Randbereiche von Ackerschlägen sollen besonders umweltschonend bewirtschaftet (Ackerrandstreifen) und entlang von Wegen, Straßen und Nutzungsgrenzen möglichst strukturreiche Raine geschaffen werden.

Bei der landwirtschaftlichen Bodennutzung ist der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der natürlichen Bodenfunktionen zu sichern. Beeinträchtigungen durch bodenbelastenden Stoffeintrag, Bodenverdichtung oder Bodenerosion sollen durch geeignete Verfahren und Maßnahmen ausgeschlossen werden.

Spezifische Erfordernisse und Maßnahmen

Hecken und Feldgehölze:

- Inventarisierung, naturschutzkonforme Pflege und Erweiterung der Heckengebiete und Feldgehölze
- Pflanzung und Entwicklung von Hecken (z. B. durch Benjes-Hecken) in weitgehend strukturalarmen Agrarlandschaften (agrarökologische Defizitbereiche), v. a. im Erzgebirgsvorland und in der nordwestvogtländischen Hochfläche
- Sicherung und Entwicklung von Feldgehölzen durch Schaffung ausreichender Saum- und Strauchzonen (Modellprojekt: Rebhuhnschutz Schneeberg)
- Neuanlage von Feldgehölzen v. a. auf flachgründigen Ackerflächen in Kuppenlage

Feucht- und Nasswiesen sowie Berg- und sonstige Magerwiesen:
(Bergwiesen siehe auch Anlage1, Abschnitt 2.5.2)

- Qualitativ-quantitative Inventarisierung
- Entwicklung und Umsetzung naturschutzkonformer Nutzungs- und Pflegekonzepte für brachliegende Feucht-, Nass-, Berg- und sonstige Magerwiesen einschließlich Borstgrasrasen und magerer Frischwiesen
- Pflege nicht mehr genutzter und Extensivierung intensiv genutzter Wiesenbiotope mit Entwicklungspotenzial

Wald

Hinweis: Die integrierten landschaftsrahmenplanerischen Zielstellungen für Wälder sind im Kapitel 2.3.2 des Regionalplanes beinhaltet.

Die regionaltypische Vielfalt der Waldvegetation einschließlich der natur- und kulturhistorisch wertvollen Nutzungsformen soll erhalten und gefördert werden.

Wälder auf naturräumlichen Extremstandorten wie Mooren, Sümpfen, Auen, Schatthängen, Felsbereichen, Block- und Geröllhalden sowie trockenwarmen Standorten sollen so gepflegt bzw. bewirtschaftet werden, dass sich die diesen Standorten entsprechenden Biotope entwickeln.

Die Jagd ist an die ökologischen Erfordernisse zur Erhaltung und Entwicklung natürlicher Lebensräume, insbesondere standortgemäßer naturnaher Waldbestände, anzupassen.

Gewässer, Feuchtgebiete, Auen

Hinweis: Die integrierten landschaftsrahmenplanerischen Zielstellungen zu Wasser, Gewässer- und Hochwasserschutz sind im Kapitel 2.2 des Regionalplanes beinhaltet.

Die komplexe Funktionsfähigkeit der Gewässerökosysteme soll gewährleistet werden. Dazu sollen

- **die ökologische Durchgängigkeit der Fließgewässer**
- **der ökologisch notwendige Mindestabfluss**
- **das Selbstreinigungsvermögen und**
- **eine standortgerechte Ufervegetation**

erhalten bzw. wiederhergestellt werden.

Die noch vorhandenen naturnahen Fließgewässerabschnitte, Auen und Quellbereiche sowie stehende Gewässer mit ihren Ufer- und Verlandungsbereiche sind zu erhalten, vor Beeinträchtigungen zu schützen und zu naturnahen Landschaftsräumen zu entwickeln.

Denaturierte Gewässer sollen möglichst umfassend in einen naturnahen Zustand zurückgeführt, bei Fließgewässern die Durchlässigkeit für wandernde Organismen wiederhergestellt werden. Maßnahmen der Fließgewässerrenaturierung sollen unter besonderer Berücksichtigung und verstärkter Förderung dynamischer Entwicklungsprozesse erfolgen.

Alle Gewässer mit ihren Ufer- und Auenbereichen sind in ihrer naturraumtypischen Ausprägung als Lebensräume von Pflanzen und Tieren und als landschaftsprägende Bestandteile unter Beachtung der Aspekte des Biotopverbundes zu schützen oder wiederherzustellen.

Zur Gewährleistung der Eigendynamik des Gewässerbettes und zum Erosions- und Gewässerschutz sind Gewässerrandstreifen auszuweisen.

Ein wirksamer Schutz gegen schädigende Umgebungseinflüsse durch ausreichende Pufferbereiche mit entsprechend herabgesetzter Nutzungsintensität ist sicherzustellen.

Eine landwirtschaftliche Nutzung der Auen sowie der Umgebungsbereiche stehender Gewässer soll als Dauergrünland erfolgen. Ackernutzung auf staunassen Böden und in Überschwemmungsgebieten ist schrittweise in Grünlandnutzung zu überführen. Ein Umbruch von Grünland in diesen Bereichen ist zu unterlassen.

Die in der Region noch vorhandenen Moore sind zu sichern und vor Beeinträchtigungen durch Torfgewinnung, Entwässerungsmaßnahmen, Stoffeinträge oder störende touristische Nutzungen zu schützen. Auf eine Revitalisierung beeinträchtigter Moorbereiche ist hinzuwirken.

Die fischereiwirtschaftliche Nutzung der Teiche und Teichgebiete der Region soll umweltverträglich und unter besonderer Beachtung der Lebensraumfunktion für die heimische Flora und Fauna erfolgen.

Spezifische Erfordernisse und Maßnahmen

Fließgewässer und Auen:

- Entwicklung repräsentativer Fließgewässerschutzsysteme für die Naturräume
- Umfassende Renaturierung von Fließgewässern und deren Auen
- Renaturierungsbegleitende Effizienzkontrollen (Indikatorarten, Gewässerstrukturgüte)
- Erhaltung und Wiederherstellung der Durchgängigkeit naturnaher Fließgewässer durch Rückbau oder Entschärfung von Querverbauungen (z. B. durch raue Rampen) und Einbau von Fischwegen (Fischtreppe, Umgehungsgerinne etc.)

Stehende Gewässer:

- Naturschutzkonforme Bewirtschaftung naturnaher Teiche im Rahmen der Agrarumweltprogrammen
- Renaturierung naturferner Stillgewässer
- Reaktivierung und Neuanlage naturnaher stehender Gewässer, v. a. in Landschaftsteilen, in denen dieser Biotoptyp stark reduziert wurde
- Entwicklung von Uferrandstreifen und Flächenextensivierung des weiteren Umfeldes bedeutsamer Stillgewässer
- Naturnahe Gestaltung technischer Stillgewässertypen (Regenrückhaltebecken etc.)

Moore:

(siehe Anlage 1, Abschnitt 2.5.1)

Siedlungsraum

Hinweis: Die integrierten landschaftsrahmenplanerischen Zielstellungen für den Siedlungsraum sind im Kapitel 1.1 des Regionalplanes beinhaltet (insbesondere G 1.1.4, Z 1.1.7 - G 1.1.11).

Grünflächen und sonstige Bereiche mit Biotop- und Habitatfunktion in Siedlungsräumen sowie im siedlungsnahen Umfeld sollen in ihrer Funktion gesichert werden.

Spezifische Erfordernisse und Maßnahmen

- Schutz und Entwicklung von Grünbereichen sowie bedeutsamen Biotop- und Habitatstrukturen innerhalb von Siedlungsgebieten
- Erhaltung und Pflege landschaftsprägender, auch kulturhistorisch bedeutsamer Biotopstrukturen im ländlichen Raum sowie in Stadtrandnähe (z. B. Trockenmauern, Streuobstwiesen, Kleinstgewässer, Kopfweiden, Mühlgräben, Hohlwege, Großbäume, Saumstrukturen und artenreiche Böschungen und Brachen)
- Erhaltung der Funktion von Gebäuden und baulichen Elementen als Biotop und Habitat (z. B. Kirchen, Mauern, nicht mehr genutzte Trafohäuser, Stollen und andere unterirdische Hohlräume), Sicherung und Wiederherstellung artgerechter Wohn- und Brutquartiere im Zuge notwendiger Sanierungsmaßnahmen
- Sicherung und Entwicklung wertvoller Biotopstrukturen als Elemente komplexer siedlungsnaher Freiraumverbundsysteme im Bereich der städtischen Verdichtungsräume (Schwerpunktprojekt: Grüngürtel Zwickau)

Abbaugelände

Hinweis: Die integrierten landschaftsrahmenplanerischen Zielstellungen für Abbaugelände sind im Kapitel 2.4 des Regionalplanes beinhaltet (insbesondere Z 2.4.5 – Z 2.4.7).

Die Vernichtung natürlicher Ökosysteme zur Rohstoffgewinnung (z. B. durch Kiesabbau in Auen und auf anderen Überflutungsflächen, Torfabbau in Mooren) ist zu unterlassen.

In Trinkwasserschutzgebieten und Überschwemmungsgebieten darf keine Ausweitung des Rohstoffabbaus erfolgen.

In den Gebieten, in denen ein Abbau oberflächennaher Rohstoffe (z. B. von Gesteinen) unumgänglich ist, sind Ausgleichsflächen mit standörtlich vergleichbarem, ggf. auch mit neuartigem Lebensraumpotential planerisch vorzuhalten und zu schaffen, die zur Ansiedlung und naturbelassenen Entwicklung seltener und gefährdeter Biotoptypen, Pflanzen- und Tierarten geeignet sind (z. B. Fels-, Sand- und Lehmwände, Blockhalden, Bermen und Sohlbereiche, Steinbruchgewässer, Sand-, Kies- und Tongruben).

Beim Abbau oberflächennaher Rohstoffe sind irreversible Schäden für den Grundwasserhaushalt zu vermeiden. Bei der Wasserhaltung sind insbesondere die möglichen Auswirkungen auf benachbarte Standorte bzw. Biotope sowie der Erhaltung gewachsener Bodenschichten mit Filterfunktion für Schadstoffe zu beachten.

Für auslaufende Abbaufelder innerhalb oder im funktionsbedeutsamen Umfeld von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) soll die Folgefunktion auf eine möglichst naturnahe Entwicklung und die Einbeziehung dieser Bereiche in das regionsweite ökologische Verbundsystem gerichtet sein.

Spezifische Erfordernisse und Maßnahmen

- Naturnahe und strukturreiche Gestaltung stillgelegter Abbaufelder (Steinbrüche, Kies-, Sand- und Lehmgruben) ohne flächige Rückverfüllungen

2.4.4 Biotopvernetzung

Karte: Die Regionale Verbundkulisse (Fachplanerische Anspruchsfassung zur Ausweisung von Gebieten für die Sicherung und Entwicklung des regionalen ökologischen Verbundsystems gemäß Kapitel 2.1.3 des Regionalplanes) ist in der Karte A 1 - 5 „Ökologischer Verbund und regionale Maßnahmenschwerpunkte“ dargestellt.

Umsetzung Biotopvernetzungsplanungen

Zur langfristigen Sicherung des Biotop- und Arteninventars der Planungsregion müssen ausgehend von dem bestehenden Netz hochwertiger Schutzgebiete, die vorrangig durch spezifisch angepasste Maßnahmen dauerhaft zu sichern sind, kleinere, noch intakte Biotopflächen und Schutzgebiete vor weiteren Beeinträchtigungen geschützt, ausgedehnt und miteinander verbunden werden.

In Umsetzung der Zielstellungen zur Entwicklung eines regionsweiten ökologischen Verbundes gemäß Kapitel 2.1.3 des Regionalplanes sollen hierzu mittel- bis langfristig die in den vorliegenden Biotopvernetzungsplanungen konkret enthaltenen Maßnahmenvorschläge umgesetzt werden. Die entwicklungsorientierten Maßnahmen der Biotopvernetzungsplanungen ergänzen die in Abschnitt 2.5 und Karte A 1 – 5 „Ökologischer Verbund und regionale Maßnahmenschwerpunkte“ aufgeführten regionalen Maßnahmenschwerpunkte, welche vorrangig auf die Sicherung vorhandener hochwertiger Schutzgebiete und Biotopkomplexe gerichtet sind.

Bei den Biotopvernetzungsplanungen wurde berücksichtigt, dass vor allem Biotope verschiedener übergreifender Biotoptypgruppen untereinander vernetzt werden. Das betrifft z. B.

- Wälder, Feldgehölze und Hecken
- Feuchtbiopte (Feuchtwiesen, Moore und Sümpfe) einschließlich Gewässer sowie
- magere Frisch- und Trockenbiotope (Frischwiesen, Heiden und Magerrasen).

Folgende Lösungswege zur Minderung bestehender Defizite sollen umgesetzt werden:

- Stabilisierung der kartierten Biotope durch extensive Nutzung bzw. Biotoppflege sowie Komplettierung des Verbreitungsmusters mit engem räumlichen Bezug (Nachbarschaftsbeziehungen, Erhalt von Trittsteinbiotopen); Pufferzonen zum Schutz sensibler Biotope (Kernbereich); ergänzend gezielte Entwicklung vorhandener Biotope, Neuanlage von Biotopen sowie allgemeine Maßnahmen bei Vorkommen gefährdeter Arten (Leitarten)
- Entwicklung lokaler Vernetzungsstrukturen in wertvollen Bereichen (z. B. Schwerpunkte Vorkommen gefährdeter Arten/Artengruppen) durch Biotopentwicklung und -neuanlage
- regionale Vernetzung geeigneter Habitats unter Nutzung des Reliefs als naturräumlich vorgegebenem Strukturgerüst (Täler, Mulden, Kuppen, Geländestufen mit entsprechendem naturräumlichen Entwicklungspotential), historischer Nutzungsgrenzen (z. B. Feldraine, Wege) oder Nutzungsweisen (z. B. ehemalige Teichbewirtschaftung)
- Sicherung des Mindeststandards für eine standorttypische Artenausstattung von großflächig intensiv genutzten Agrarbereichen durch Anlage von Hecken und Feldgehölzen sowie Extensivierung der Nutzung von Teilbereichen.

Durch die Neuanlage von Feldgehölzen und Hecken kann vor allem in den Teilbereichen mit aktuell fehlender Strukturierung kurz- bis mittelfristig ein Beitrag zur Verbesserung des Biotopverbundes geleistet werden. Aufforstungsmaßnahmen dagegen, soweit sie in Übereinstimmung mit den Zielen des Naturschutzes erfolgen, können nur mittel- bis langfristig einen Beitrag zur Verbesserung des Biotopverbundes leisten.

2.4.5 Störungsempfindliche Arten

Karte: Vorkommensbereiche störungsempfindlicher Arten sind in der Karte A 1 - 2 „Gebiete mit besonderer avifaunistischer Bedeutung“ und in der Karte A 1 - 3 „Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz“ dargestellt.

Die in den Karten A 1 - 2 als Gebiete mit besonderer avifaunistischer Bedeutung und A 1 - 3 als Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz ausgewiesenen Vorkommensbereiche störungsempfindlicher Arten sollen vor Beeinträchtigungen, insbesondere durch raumbedeutsame Windenergieanlagen, geschützt werden.

Die Situation der in der Region vorkommenden Arten wird ganz wesentlich durch die vielfältigen Nutzungsansprüche des Menschen beeinflusst. Auf Ebene der Landschaftsrahmen- und Regionalplanung stellt vor allem die Windenergienutzung eine Nutzung dar, die mit weitreichenden Einflüssen bis zur Entwertung von Lebensräumen betroffener Tierarten verbunden sein kann. Die Ansprüche störungsempfindlicher Arten, vor allem Vogelarten und Fledermäuse, sind deshalb von unmittelbarer planerischer Relevanz.

Als Grundlage für eine sachgerechte Berücksichtigung von Artenschutzbelangen bei der Festlegung von Regelungen zur Windenergienutzung auf regionaler Ebene im Zuge der Fortschreibung des Regionalplanes erfolgte durch das Regierungspräsidium Chemnitz, Abteilung Umwelt, Außenstelle Plauen eine entsprechende gutachterliche Zuarbeit. Hierbei wurden auf der Basis der vorliegenden artbezogenen Datenbanken (Stand 12/2007) die bekannten Vorkommensbereiche hinsichtlich der Windenergienutzung relevanter störungsempfindlicher Vogel- und Fledermausarten erfasst und als Gebiete mit besonderer avifaunistischer Bedeutung bzw. Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz räumlich konkretisiert (Karte A 1 -2 „Gebiete mit besonderer avifaunistischer Bedeutung“ und Karte A 1 - 3 „Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz“). Eine Auflistung aller hierbei berücksichtigten Arten erfolgt in Tabelle A 1 - 2.

Gebiete mit besonderer avifaunistischer Bedeutung

Es erfolgt eine sachliche und räumliche Konkretisierung der Vorkommensbereiche störungsempfindlicher Arten als Kriterien für die räumliche Einordnung der künftigen Windenergienutzung. Die Aussagen basieren auf der umfangreichen Datengrundlage der „Datenbank Vögel“, welche in der Abteilung Umwelt, Außenstelle Plauen des Regierungspräsidiums Chemnitz geführt wird. Diese Datengrundlage beruht auf bis zu 10-jährigen, fast flächendeckenden Zufallsbeobachtungen und wurde bisher nicht zielgerichtet zum Zwecke der Windkraftplanung erhoben. Bei Vorhaben zur Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) müssen deshalb die bei dieser Auswertung nicht berührten Flächen einer ergänzenden avifaunistischen Einzelfallprüfung unterzogen werden.

Die Auswahl der Vogelarten mit hoher spezifischer Empfindlichkeit gegenüber den Störreizen von Windenergieanlagen wurde aufgrund umfangreicher Literaturschau, umfangreicher Publikationen aus neuester Zeit (insbesondere zusammengefasst in Marc Reichen-

bach; Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Vögel – Ausmaß und planerische Bewältigung, Berlin 2003) getroffen.

Die Vorschläge für Tabu- und Restriktionsbereiche sind ebenfalls der genannten Literatur entnommen und wurden ebenda entweder direkt formuliert oder sind aus statistisch abgesicherten Untersuchungen zu Meidungs- bzw. Beeinträchtigungsverhalten abgeleitet. Die räumlich konkreten Rastplätze und Brutgebiet wurden artspezifisch und raumnutzungsspezifisch korrigiert und den örtlichen Verhältnissen angepasst.

Rastplätze, Sammelplätze, Zugbahnen

Zugbahnen sowie Rast- und Sammelplätze von Vogelarten können nur eingeschränkt durch einen naturschutzrechtlichen Status geschützt werden. Sie bedürfen daher einer besonderen Beachtung bei der Bewertung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen, die durch ihre Bauausführung und/oder der ihren Betrieb geeignet erscheinen, eine erhebliche Beeinträchtigung des Zug- und Rastverhaltens zur Folge zu haben.

Die Meidung der Windkraftanlagenstandorte ist durch die sich drehenden Rotoren bedingt. Dies löst entweder ein Flucht- oder Meideverhalten aus. Teilweise sind auch Kollisionen nachgewiesen worden. In den traditionellen Zugkorridoren besteht hierfür insbesondere die Gefährdung bei nachziehenden Arten und bei sonstigen widrigen wetterbedingten Sichtverhältnissen (Nebel/Sonnentiefstand). Im direkten Einflussbereich der WEA-Standorte werden Nahrungsflächen vollständig aufgegeben. Neben der Verkleinerung und Fragmentierung von Nahrungshabitaten kann durch WEA-Standorte eine Versperrung von Flugwegen und Einflugschneisen in die noch ungestörten Nahrungs-, Ruhe- und Übernachtungsgebiete der Arten verursacht werden (Barrierewirkung). So sind Abweichungen von der ursprünglichen Flugrichtung sowie Steigflüge beobachtet worden. Der dafür notwendige steigende Energiebedarf ist besonders kritisch bei ziehenden Arten zu bewerten, die noch weite Strecken bis zu ihren Winter- bzw. Sommerquartieren zu bewältigen haben. Diese Barrierewirkung verstärkt sich erheblich bei noch benachbarten Windkraftstandorten und quer zur Zugrichtung aufgestellten riegelartigen Windparks.

Ausschlussgebiete für Zugvogelarten sind vor allem bei Arten zu formulieren, welche a) Gegenstand des „Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen Wandernden Wasservogelarten“ /AEWA) 1995, b) im Anhang 1 der RL 79/409 EWG (VogelschutzRL) aufgeführt sind und c) eine streng geschützte Art aufgrund § 10 Abs. 2 Nr. 2b bb BNatschG sind.

Brut- und Nahrungshabitate

Aus internationalen Vereinbarungen und nationalen naturschutzrechtlichen Regelungen ergibt sich eine umfassende Verpflichtung zum Schutz der Nist-, Brut- und Wohnstätten von Vögeln. Auf Grund der besonderen und oftmals weiträumigen Lebensraumansprüche vieler Vogelarten während der Balzphase, wie auch während der Brut und der Lernphase der Jungvögel im unmittelbaren Brutplatzbereich werden für einige störungsempfindliche Arten Konflikte mit WEA-Standorten erwartet, welche zur Aufgabe des Brutplatzes oder zu direkten Verlusten durch Kollision mit WEA führen können. Grundlage für die Ausweisung konfliktträchtiger Brutplatzbereiche bilden ebenfalls die langjährigen Beobachtungslisten durch ehrenamtliche Mitarbeiter des Naturschutzes und der auf diesem Gebiet tätigen Fachverbänden sowie von einzelnen Ornithologen. Die konkrete Abgrenzung von Gebieten mit besonderer avifaunistischer Bedeutung erfolgt nicht punktgenau, sondern in Form einer Figur, welche den Tabubereich für WEA beinhalten soll. Nur beständige und sicher belegte Vorkommensgebiete werden hierbei berücksichtigt.

Um trotz der vorgenommenen räumlichen Konkretisierung der einzelnen Brutplatzgebiete die Einzelstandorte von Horsten und Nestern nicht öffentlich bekannt zu geben, wird bei der kartographischen Darstellung auf eine detaillierte Artkennzeichnung verzichtet. Für Standortbeurteilungen im Rahmen der Regionalplanung oder fachlich zu prüfender Einzelvorhaben sind die konkreten artbezogenen Daten heranzuziehen.

Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz

Alle Fledermausarten sind in Deutschland streng geschützt und als Arten von gemeinschaftlichem Interesse in den Anhängen II bzw. IV der FFH-Richtlinie benannt. Aufgrund ihrer Lebensweise und der daraus resultierenden spezifischen Gefährdung bedarf der Fledermausschutz – vergleichbar mit dem Schutz der Vögel – einer gesonderten Betrachtung. Aufgrund der Habitatansprüche von Fledermausarten und dem aktuellen Wissensstand zum Konfliktrisiko gegenüber Windkraftanlagen konzentriert sich die planungsrelevante Aufmerksamkeit im vorliegenden Zusammenhang auf 7 in der Planungsregion vorkommende Fledermausarten. Waldbewohnende (streng strukturgebundene) Arten werden hierbei nicht betrachtet, da von einem grundsätzlichen Tabu für WEA in Wäldern einschließlich der zugehörigen Waldumgebungszone ausgegangen wird.

Zugkorridore und ausgewählte Rasthabitate lassen sich nach gegenwärtig vorliegendem Kenntnisstand nur punktuell darstellen. Das Umfeld von Sommer- und Winterquartieren (auch potentielle Schwärmquartiere) wurde ausgehend von den vorliegenden Vorkommensdaten mit dem entsprechenden artspezifischen Aktionsradius dargestellt. Es liegen gegenwärtig keine Angaben zu Massenquartieren oder Wochenstuben mit erheblicher Anzahl der hier relevanten Arten vor. Auch bei den Winterquartiernachweisen sind lediglich Einzelvorkommen bzw. kleine Gruppen bekannt. Daraus ist jedoch nicht zu schließen, dass die Planungsregion kaum von Fledermäusen der WEA-relevanten Arten besiedelt wird, sondern dass weitergehender Untersuchungsbedarf zum Vorkommen und zur Raumnutzung der Arten vorliegt.

Im Interesse einer sachgerechten Darstellung werden die Aktionsräume von Sommergesellschaften bei Arten mit großem täglichem Aktionsradius entsprechend ihrer artspezifischen mittleren Bewegungsentfernung um erfasste Quartiere dargestellt. Arten mit bekannter Fernstreckenwanderung (Großer Abendsegler, Rauhaufledermaus, Zweifarbfledermaus und Zwergfledermaus) wurden lediglich mit einer geringen Pufferzone zum Beobachtungsort dargestellt. Es ist davon auszugehen, dass diese Arten nicht nur bestimmte Zugkorridore (z. B. Flusstäler) nutzen, sondern auch ausgewählte Rasthabitate zielgerichtet über kürzeste Entfernung, also auch über unstrukturierte Offenlandflächen, aufsuchen. Die Darstellung von Rasthabitaten dieser Arten kann also nur ein Hinweis auf weitergehende Untersuchungen im betroffenen Raum darstellen.

Trotz der Datenbasis und der geringen Individuenzahlen in Rasthabitaten sind die bekannten Fundpunkte zwingend von Windkraftanlagen frei zu halten (Ausschlussgebiet für die Planung). Das Umfeld der Quartiere (Winterquartier/Schwärmquartiere, Wochenstuben) ist Einzelfallbezogen zu prüfen. Im engen zentralen Bereich um solche Fledermausquartiere sind bereits geringe Strukturdichten (fledermausrelevante Habitatstrukturen) als Indiz für die Unverträglichkeit von WEA mit dem Fledermauslebensraum zu werten. Eine raumnutzungsspezifisch korrigierte Anpassung der „Pufferdarstellung“ war im bisherigen Rahmen nicht möglich.

Von den betrachteten Arten besitzt vor allem der Große Abendsegler ein hohes Gefährdungspotenzial. Windenergieanlagen sind bei dieser Art innerhalb des dargestellten Pufferbereiches auszuschließen.

Die übrigen Arten weisen demgegenüber ein vorwiegend mittleres bis hohes Gefährdungspotenzial auf. Bei diesen Arten sollte die Pufferzone – mindesten aber die Strukturen (Waldrand, Hecken, Gehölfe, Gewässer) – mit 200 m Umgebungsbereich freigehalten werden.

2.4.6 Regional bedeutsame Leitarten

Die regional bedeutsamen Leitarten gemäß Tabelle A 1 – 3 stehen mit der Summe ihrer Lebensraumansprüche stellvertretend für die floristisch-faunistische Artenvielfalt in der Region Südwestsachsen.

Dabei handelt es sich zunächst um Arten, die mit Zuverlässigkeit Lebensräume anzeigen, die für den Biotop- und Artenschutz von besonderer Bedeutung sind (Indikatoraspekt). Sie sind zugleich auch die wichtigsten Arten, für deren Sicherung und Entwicklung konkrete Maßnahmen des Flächen-, Biotop- und Artenschutzes sowie der Landschaftspflege in der Region vorrangig durchgeführt werden sollten; außerdem soll die land- und forstwirtschaftliche Nutzung an den Lebensraumansprüchen dieser Arten ausgerichtet werden (Zielaspekt). Unter beiden Gesichtspunkten haben die Leitarten überdurchschnittliche planungspraktische Bedeutung. Ihre Vorkommen bedürfen der besonderen raum- und landschaftsplanerischen Beachtung. Bisher bekannte und zugängliche Vorkommensdaten über Leitarten-Vorkommen wurden als eines der Kriterien für die Abgrenzung der regionalplanerischen Vorranggebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) verwendet.

Als Leitarten wurden vor allem kennzeichnende Arten für die in der Region maßgeblich vorkommenden, gemäß § 26 SächsNatSchG besonders geschützten Biotope, Zeigerarten für extreme Lebensraumbedingungen (nass-trocken, moorig-steinig, nährstoffarm, kalkhaltig, ...) und solche Arten ausgewählt, die an besondere Strukturvielfalt, Naturnähe, Extensivnutzung, Störungsarmut und intakte Naturgüter gebunden sind. Überwiegend werden diese Arten als seltene oder verschieden stark gefährdete Arten in den Roten Listen des Freistaats Sachsen geführt und/oder stehen unter besonderem gesetzlichem Schutz (Bundesartenschutzverordnung).

Neben noch relativ häufigen Charakterarten besonders geschützter Lebensräume werden auch solche Arten als regionalplanerische Leitarten bezeichnet, für deren Überleben aufgrund ihrer Seltenheit oder ihres Verbreitungsschwerpunktes der Planungsregion eine besondere Verantwortung zukommt. Auch können Arten genannt sein, deren Vorkommen momentan in der Planungsregion als verschollen gelten müssen, bei deren Wiederauftauchen (z. B. durch Wiederansiedlung, -fund) jedoch ein verstärktes Augenmerk auf sie zu richten ist.

Schwer bestimmbare Klein- und Unterarten (v. a. bei Pflanzen) sowie weniger bekannte Sippen sind zwar im konkreten Fall bedeutsam, aber planungspraktisch als Leitarten von geringerer Relevanz und deshalb, sowie der Überschaubarkeit wegen, nicht in die Liste aufgenommen worden. Die Datenverfügbarkeit ist ein methodisch zwar unbefriedigendes, praktisch aber wesentliches Auswahlkriterium. Durch verschiedene Kartierungsprojekte auf Landes-, regionaler und lokaler Ebene während der letzten Jahre konnte jedoch die Datenbasis erheblich verbessert werden.

Die Leitartenliste hat keinen abschließenden Charakter. Vorkommen anderer, vor allem geschützter, gefährdeter oder seltener Arten müssen im Einzelfall bewertet und entsprechend berücksichtigt werden.

Die Zusammenstellung der regional bedeutsamen Leitarten ist eine Auswahl besonders zu beachtender Arten für den Planungspraktiker sowie zur Entscheidungsfindung und Wertung vorliegender Planungen von behördlicher Seite. Aktuelle Vorkommen dieser Arten sind stets

in Abhängigkeit vom Vorkommensstatus (z. B. Brut- oder Nahrungsgebiet) und von der Populationsgröße, in Verbindung mit dem begleitenden Artenspektrum und vor dem Hintergrund der vorhandenen Biotopstruktur zu bewerten. Die Vorkommen der Leitarten sind darüber hinaus auch mit Bezug auf die Spezifik der jeweiligen Art zu interpretieren.

Die Zuordnung der Leitarten zu den Naturräumen Vogtland, Unteres und Oberes Erzgebirge sowie Erzgebirgsbecken erfolgt entsprechend ihrer natürlichen und typischen Verbreitung. Dabei kann eine Art durchaus in mehreren Teilgebieten Leitart oder aber auf eines beschränkt sein, selbst wenn das natürliche Verbreitungsgebiet über dieses hinausgeht.

Auf Grundlage der Nachweise gefährdeter Arten sowie ihrer Häufigkeit und Verbreitung in der Planungsregion wurden für die naturräumlichen Teilbereiche Leitartenkollektive ausgewählt und verschiedenen Biotophauptgruppen zugeordnet (ausführliche Darstellung innerhalb des Fachbeitrages zum Landschaftsrahmenplan). Grundlage hierfür waren die so genannten „Zielarten“ der detaillierten Biotopvernetzungsplanungen.

Dabei wurde besonderer Wert auf solche Arten gelegt, die für bestimmte Biotoptypen und Teilregionen charakteristisch sind. Ziel ist es, diese Arten durch Sicherung, Entwicklung und Neuanlage von Biotopen in ihrer Verbreitung und/oder Populationsentwicklung zu stärken. Gleichzeitig ist das Auftreten und die Ausbreitung dieser Arten damit Indikator für die Biotopqualität und ihre Verbesserung bzw. Verschlechterung.

In Summe wurden 317 Leitarten für die gesamte Planungsregion ausgewählt, wobei nicht jede Art für alle Teilregionen die gleiche Bedeutung hinsichtlich ihres Zeigerwertes einnimmt.

Der Fachbeitrag zum Landschaftsrahmenplan beinhaltet für diese Arten ergänzende ökologische Profile mit Angaben zu besiedelten Habitaten, Angaben zur Bestandsentwicklung in Südwestsachsen sowie maßnahmeorientierte Zielstellungen.

2.5 Schwerpunkte des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Karte: In der Karte A 1 - 5 „Ökologischer Verbund und regionale Maßnahmenschwerpunkte“ werden die Bereiche dargestellt, in denen Maßnahmen der Landschaftspflege und Biotopgestaltung schwerpunktmäßig durchgeführt werden sollen (Maßnahmenschwerpunkte Arten- und Biotopschutz).

Die ausgewiesenen Flächen beinhalten einen Großteil der hochwertigen Schutzgebiete sowie Konzentrationsareale besonders schutzwürdiger Biotope und -komplexe. In der Tabelle A 1 - 4 werden die Maßnahmenschwerpunkte benannt und mit den jeweiligen Maßnahmentypen ergänzt. Die Maßnahmeumsetzung zielt in erster Linie auf die regionsspezifischen Leitarten (Anlage A 1 - 3) und deren ökologische Erfordernisse ab. Mit der Pflege und Entwicklung dieser Arten ist die Förderung biotoptypischer Lebensgemeinschaften verbunden.

Die regionalen Maßnahmenschwerpunkte Arten und Biotopschutz leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des regionalen ökologischen Verbundes, insbesondere des in Karte 1 „Raumnutzung“ als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (Arten- und Biotopschutz) sowie als Vorranggebiete Wald ausgewiesenen Grundgerüsts des regionalen Verbundes.

2.5.1 Schutz, Renaturierung und Regeneration von Hochmooren im Erzgebirge

Die Moore des Westerzgebirges stellen einen Verbreitungsschwerpunkt der Moore in Sachsen dar. Die Vorkommen konzentrieren sich am Oberlauf der Zwickauer Mulde, um Carlsfeld, südwestlich von Johannegeorgenstadt und südwestlich von Schneeberg.

In den kammnahen Gebieten um Carlsfeld und südwestlich von Johannegeorgenstadt sind die relativ kompakten, mächtigen Hochmoore trotz Entwässerung und teilweisen Abbaus in ihrer morphologischen Struktur noch weitgehend intakt, sie weisen jedoch eine zunehmende Verheidung auf. Die südwestlich von Schneeberg gelegenen Moore sind heute beinahe vollständig abgetorft. Auf einigen dieser Flächen setzt jedoch eine bemerkenswerte Regeneration ein (z. B. Moosheide am Seidelsberg, Jahngrüner Moor).

Die flächenmäßig größten Verluste an Torfstandorten sind in dem Verbreitungsgebiet im Oberlauf der Zwickauer Mulde zu verzeichnen. In diesem Bereich besteht aber wegen den nach wie vor für die Moorbildung geeigneten morphologisch-hydrologischen Bedingungen ein sehr hohes Entwicklungspotential für Moorbildungen. Dies findet seinen Ausdruck in den hier vergleichsweise häufigen Neuversumpfungen und Zwischenmoorbildungen auf flachen organischen oder mineralischen Nassstandorten.

Moor- und Moorwaldbereiche sind zum Schutz der auf die Moore angewiesenen Arten als Rückzugsstätte dauerhaft zu erhalten und qualitativ zu verbessern. Durch geeignete Maßnahmen sollen in beeinträchtigten Mooren Revitalisierungsmaßnahmen ergriffen werden, die eine qualitative und/oder quantitative Verbesserung der Moorkomplexe bewirken. Schwerpunktbereiche eines bereits laufenden Projektes des Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“ sind: das „Woderich“ (Am Geigenbach); Moor am Butterweg; Moorgebiet am Löffelsbach; Tucher Moor; Große Säure (im NSG Gr. Kranichsee); Kleiner Kranichsee; Moorgebiet am Filzteich, Moorgebiet Sauschwemme (Johannegeorgenstadt).

Bei Planung und Maßnahmedurchführung sind die vorhandenen und zu erstellenden FFH-Managementpläne zu berücksichtigen. Dabei ist das Augenmerk auf das gesamte Einzugsgebiet der Moore zu richten. Der Schutz der Trinkwasserressourcen ist bei Maßnahmen der Moorrevitalisierung zu berücksichtigen.

2.5.2 Pflégliche Nutzung der Bergwiesen im Erzgebirge und Vogtland

Blütenbunte und in ihrem Bestand gefährdete Bergwiesen, die sowohl Frischwiesen als auch Magerrasen einschließen, unterlagen einer Jahrhunderte währenden Entwicklung. Sie stellen einen kulturhistorisch und naturschutzfachlich bedeutsamen Biotoptyp für die höheren Lagen der Planungsregion dar. Für den Schutz, die Pflege und Bewirtschaftung der Bergwiesen ist es wichtig, dass in ausreichender Dimension wertvolle Grünlandbestände dem Schutzziel Wiese und damit dem Pflege- und Bewirtschaftungsziel Mahd zugeordnet werden.

Insgesamt kann während der historischen Bewirtschaftungsweise auf Grund der überwiegend individuellen Nutzungsverhältnisse im Bergwiesengebiet mit einer räumlich und zeitlich sehr stark differenzierten Bewirtschaftungsvielfalt gerechnet werden, wodurch aus den vier Grundtypen der Bergwiesen (Goldhafer-Bergwiese, submontane Goldhafer-Frischwiese, Berg-Glatthafer-Frischwiese, Borstgras-Magerrasen) mannigfaltige Ausbildungs- und Erscheinungsformen entstanden.

Aus naturschutzfachlicher Sicht sind Bergwiesen und verwandte Biotoptypen mehrfach von großer Bedeutung.

- Bergwiesen sind gefährdete Pflanzengesellschaften, die in der Roten Liste hohe Gefährdungskategorien einnehmen
- Bergwiesen sind Lebensstätten für eine Vielzahl von gefährdeten Pflanzen- und Tierarten.
- Der Komplex von Pflanze, Tier, Pflanzengesellschaft und Standort ist schließlich als Biotop wiederum auf der Roten Liste platziert.
- Bergwiesen sind kulturhistorisch wertvolle Zeugnisse traditioneller Landnutzungsformen.
- Bergwiesen sind als Offenlandgesellschaften und wegen ihres Wechsels von farbenprächtigen Blühaspekten im Verlauf der Vegetationsperiode von hoher landschaftsästhetischer Bedeutung.

Während die wirtschaftliche Bedeutung der Bergwiesen in ihrer ureigensten Form, Futter für die Tierbestände zu liefern, gegenwärtig untergeordnet werden muss, ist doch ihre indirekte Wirkung über ein abwechslungsreiches Landschaftsbild von steigendem Wert für attraktive Erholungslandschaften im Mittelgebirgsraum.

Die räumliche Verteilung der Bergwiesen und verwandten Biotope zeigt eine Häufung von Bergwiesenbiotopen im Randbereich der lockeren ländlichen Siedlungen und in schmalen, etwas abgelegenen Bachtälern. Die Bergwiesen sind nicht gleichmäßig über die Naturräume verteilt. So ist im oberen Vogtland die relative Dichte der Bergwiesen und verwandten Biotope am höchsten.

Für die Bergländer über 500 m Höhenlage im Vogtland, Mittel- und Westerzgebirge ist das naturschutzfachliche Leitbild für das bewirtschaftete Grünland der Lebensraumkomplex der artenreichen, blütenbunten Berg-Mähwiesen. Dieses Leitbild bzw. Schutzziel wird von vier Leitgesellschaften getragen.

Acidophile Goldhafer-Bergwiese	GB	oberhalb 600 m Höhenlage
Submontane Goldhafer-Frischwiese	GMM	zwischen 500 m und 600/700 m Höhenlage
Berg-Glatthafer-Frischwiese	GMM	um 500 m Höhenlage
Artenreicher Borstgras-Magerrasen	RB	in allen Höhenlagen

Bergwiesen sollen in ausreichender Anzahl, räumlicher Verteilung, Flächengröße und Ausbildungsvielfalt vorhanden sein. Da blütenbunte Bergwiesen ein landschaftsprägendes Element im Mittelgebirgsraum sind, besteht die Gefahr, dass sie bei weiteren Flächenverlusten diese Funktion verlieren.

Zum Abbau bestehender Defizite müssen mittel- bis langfristige Maßnahmen zur Bergwiesenentwicklung konzipiert und umgesetzt werden. Bergwiesen sollen schwerpunktmäßig im Westerzgebirge entwickelt werden, weil hier das meiste Entwicklungspotential vorliegt. Goldhafer-Frischwiesen und Berg-Glatthaferwiesen sollen überwiegend im Vogtland entwickelt werden. Borstgras-Magerrasen müssen in allen Naturräumen entwickelt werden, wobei der Mangel an geeignetem Standortpotential sehr begrenzend wirkt.

Das Bewirtschaftungsziel Bergwiesenmahd kann im Sinne des Biotopschutzes im notwendigen Umfang schwerpunktmäßig mittels der pfleglichen Nutzung im landwirtschaftlichen Produktionsprozess verwirklicht werden. Die relativ aufwendige Biotoppflege innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten soll auf die wertvollsten Wiesen konzentriert werden, wobei häufig Artenschutzgründe im Vordergrund stehen bzw. eine landwirtschaftliche Nutzung nicht möglich ist.

Eine Beweidung als oftmals mögliche Zweitnutzung soll in naturschutzgerechter, extensiver Form erfolgen, wobei insbesondere auf kurze Verweildauer zu achten ist.

Die bestandesorientierte Modifizierung der Grundtypen zur Pflege und Bewirtschaftung, ist jeweils von den strukturellen Bedürfnissen des jeweiligen Wiesentyps, also vom Schutzziel abhängig.

2.6 Landschaftspflege und Agrarumweltmaßnahmen

Die Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege soll insbesondere in Gebieten gemeinschaftlicher Bedeutung, Naturschutzgebieten und Flächennaturdenkmälern sowie auf landschaftstypischen Bergwiesen, mageren Frischwiesen, Borstgrasrasen, Feucht- und Nasswiesen und auf Flächen mit Streuobstwiesen, Zwergstrauchheiden, Flach- und Zwischenmooren, Hecken und Teichen durch zielgerichteten Einsatz der Möglichkeiten der Agrarumweltprogramme und der Förderung der Landschaftspflege unterstützt werden.

Die Wahrnehmung umsetzungsbezogener Aufgaben im Rahmen der Agrarumweltprogramme und der Landschaftspflege durch Landwirtschaftsbetriebe, Naturschutzstationen, Landschaftspflegeverbände und -vereine und Privatpersonen soll fortgeführt und in allen Teilräumen der Region weiter ausgebaut werden.

Tabelle A1-1: Unterrepräsentierte Offenland- und Waldgesellschaften in Naturschutzgebieten der Region Südwestsachsen

Gesellschaft	D	V/S
Offenlandgesellschaften		
Pfingstnelken-Felsbandgesellschaft	1	MV
Kelchsteinkraut-Fetthennen-Felsgrusgesellschaft	1	MV
Kennartenarmer Halbtrockenrasen	1	MV, EB
Halbruderaler Färberhunds kamillen-Halbtrockenrasen	1	MV, EB
Schwalbenwurz-Schafschwingel-Halbtrockenrasen	1	MV
Rotschwingel-Kammgras-Mager-Fettweide	1	MV, ÖV, ObV, EB, uMWE
Submontane Goldhafer-Frischwiese	1	MV, ÖV, ObV, uMWE
Kreuzblümchen-Borstgras-Magerrasen	1	MV, ÖV, ObV, uMWE
Storchschnabel-Goldhafer-Bergwiese	2	ÖV, ObV, uMWE, oMWE
Kohldistel-Feuchtwiese	2	MV, UV, ObV, ÖV, EB, uMWE, oMWE
Wiesenknopf-Feuchtwiese	2	MV, UV, ObV, ÖV, EB, uMWE
Kennartenarmer Borstgras-Magerrasen	2	MV, ÖV, ObV, uMWE
Bodensaure Pfeifengras-Streuwiese	2	MV, UV, ÖV, ObV
Vogtländische Diabasmagerweide	2	MV
Knäuel-Felsgrusgesellschaft	2	MV
Glatthafer-Frischwiese	2	MV, UV, ÖV, EB, uMWE
Borstgras-Torfbinsen-Feuchtrasen	2	ÖV, ObV, uMWE, oMWE
Bergeheide	2	UV, ÖV, ObV, EB, uMWE
Rotschwingel-Bärwurz-Magerwiese	2	ÖV, ObV, uMWE, oMWE
Mauerrauten-Felsspaltengesellschaft	3	MV, UV, EB, uMWE
Blasenfarn-Felsspaltengesellschaft	3	MV, UV, uMWE
Felsspaltengesellschaft des Nördlichen Streifenfarns	3	MV, UV, uMWE
Odermennig-Saum	3	MV
Heidenelken-Silikathalbtrockenrasen	3	MV, UV, ÖV, ObV, uMWE
Kälberkropf-Quellstaudengesellschaft	3	ÖV, ObV, uMWE
Fadenbinsen-Feuchtwiese	3	ObV, ÖV, oMWE, uMWE
Waldsimsumpf	3	MV, UV, ObV, ÖV, EB, uMWE
Basiphiler Sumpferzblatt-Braunseggen-Sumpf	3	MV, UV, ObV, uMWE
Waldbinsensumpf	3	uMWE, ObV, ÖV
Waldgesellschaften		
Beerstrauch-Kiefernwald	1	ÖV, ObV
Hainsimsen-(Tannen-Fichten-) Buchenwald (mit Höhenkiefer)	1	ÖV, ObV, uMWE
Hainsimsen-Eichen-Buchenwald	2	UV, MV, ObV, EB, uMWE
Waldlabkraut-Hainbuchen-Eichenwald	2	UV, MV, EB
Waldlabkraut-Hainbuchen-Eichenwald mit Zittergrassegge	2	UV, EB
Birken- und Kiefern-Eichenwälder	2	UV, MV, EB
Hainsimsen-Eichen-Buchenwald mit Höhenkiefer	2	MV
Wollreitgras-Fichten-Buchenwald	2	ÖV, uMWE, oMWE
Erlen-Eschen-Auen-, Quell- und Niedlungswälder und Erlenbruchwälder	3	UV, MV, EB, uMWE
Hartholz-Auenwald	3	EB, uMWE
Wollreitgras-Fichtenwald	4	oMWE
Kiefern- und Birken-Moorwald	4	UV, ÖV, ObV, uMWE
Waldmeister-Buchenwald	4	MV, uMWE

Legende:

D = Dringlichkeit

V/S = Vorkommen/Verbreitungsschwerpunkte in folgenden Naturräumen:

1 – sehr hoch
 2 – hoch
 3 – mittel
 4 – gering

EB Erzgebirgsbecken
 UV unteres Vogtland (nördliches und nordwestliches Vogtland)
 MV mittleres Vogtland
 ObV oberes Vogtland
 ÖV östliches Vogtland
 uMWE unteres Mittel- und Westerggebirge
 oMWE oberes Mittel- und Westerggebirge

Tabelle A1-2: Störungsempfindliche Arten (Avifauna/Fledermäuse)

Avifauna							
Art dt. Name	Art wiss. Name	VRL (A I, II)	BArtSchV	RLD	RLS	RB Brut	RB Zug
regional und überregional bedeutsame Arten							
Baumfalke	Falco subbuteo			3	2	500 m	
Bekassine	Gallinago gallinago	A II	sG	1	2	600 m	(x)
Goldregenpfeifer	Pluvialis apricaria	A I	sG	1			1000 m
Graureiher	Ardea cinerea					4000 m	
Kiebitz	Vanellus vanellus	A II	sG	2	2	200 m	500/ 1000 m (ab 100 Expl.)
Kornweihe	Circus cyaneus	A I		1	1		400 m
Lachmöwe	Larus ridibundus	A II				1000 m	
Mäusebussard	Buteo buteo					800 m	200 m
Raubwürger	Lanius excubitor		sG	1	2	200 m	200 m
Rotmilan	Milvus milvus	A I		V		800 m	
Schleiereule	Tyto alba				3	400 m	
Star	Sturnus vulgaris	A II					1000 m
Schwarzstorch	Ciconia nigra	A I		3	2	3000 m	
Uhu	Bubo bubo	A I		3	2	3000 m	
Wachtel	Coturnix coturnix	A II			3	300 m	
Wachtelkönig	Crex crex	A I	sG	2	1	1000 m	
Weißstorch	Ciconia ciconia	A I	sG	3	3	1000 m (bzw. Nah- rungsrevier)	
Wiesenweihe	Circus pygargus	A I		2	1		400 m
Zwergschnepfe	Lymnocyptes minimus	A II	sG	II			1000 m
Birkhuhn	Tetrao tetrix	A I		1	1	(x)	
Rebhuhn	Perdix perdix	A II		2	2	(x)	
Rohrweihe	Circus aeruginosus	A I					(x)
Großvogelarten Zug							
Gänse							4000 m (Zug- korridor)
Kranich	Grus grus	A I			2		4000 m (Zug- korridor)

Fledermäuse

Art dt. Name	Art wiss. Name	FFH- RL (A II, IV)	BArtSchV	RLD	RLS	RB SQ	RB WQ
Breitflügelfledermaus	Eptesicus serotinus	A IV	bG	V	3	3000 m	2000 m
Großes Mausohr	Myotis myotis	A II	bG	3	2	2000 m	1000 m
Großer Abendsegler	Nyctalus noctula	A IV	bG	3	3		1000 m
Kleiner Abendsegler	Nyctalus leisleri	A IV	bG	2	R	7000 m	
Rauhautfledermaus	Pipistrellus nathusii	A IV	bG	G	R		1000 m
Zwergfledermaus	Pipistrellus pipistrellus	A IV	bG			2000 m	1000 m
Zweifarbflodermas	Vespertilo murinus	A IV	bG	G	R	2000 m	1000 m

VRL (A I, II)	EU-Vogelschutzrichtlinie Anhang (I); Anhang (II)
FFH (A II, IV)	FFH-Richtlinie Anhang (II), Anhang (IV)
BArtSchV	Bundesartenschutzverordnung (sG – streng geschützt; bG – besonders geschützt)
RLD	Rote Liste Deutschland (1 – vom Aussterben bedroht; 2 – Stark gefährdet; 3 – Gefährdet; V – Arten der Vorwarnliste; II – Unregelmäßig brütende Arten; G – Gefährdung anzunehmen)
RLS	Rote Liste Sachsen (1-vom Aussterben bedroht; 2 – Stark gefährdet; 3 – Gefährdet; R – Extrem selten)
RB Brut	Restriktionsbereich Brut- und Nahrungshabitate
RB Zug	Restriktionsbereich Rastplätze, Sammelplätze, Zugbahnen
RB SQ	Restriktionsbereich Sommerquartiere, Wochenstuben
RB WQ	Restriktionsbereich Rastquartiere, Winterquartiere
(x)	Empfindlichkeitseinstufung gegenüber Windkraftanlagen gering oder Tendenzaussage nicht möglich

Tabelle A1-3: Leitarten in der Region Südwestsachsen

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Vogt- land	Unt. Erzgeb.	Ob. Erzgeb.	Erzgeb.- becken
Säugetiere					
Fledermäuse	Chiroptera - alle Arten	x	x	x	x
Bilche	Gliridae	x	x	x	x
Feldhase	Lepus europaeus	x	x		x
Luchs	Felis lynx	x		x	
Wildkatze	Felis silvestris	x		x	
Vögel					
Zwergtaucher	Tachybaptus ruficollis	x	x	x	x
Weißstorch	Ciconia ciconia	x	x		x
Schwarzstorch	Ciconia nigra	x	x		x
Rohrweihe	Circus aeruginosus	x			x
Baumfalke	Falco subbuteo	x			x
Auerhuhn	Tetrao urogallus	x		x	
Knäkente	Anas querquedula	x	x		x
Krickente	Anas crecca	x			
Löffelente	Anas clypeata				x
Wasserralle	Rallus aquaticus	x			x
Teichralle	Gallinula chloropus	x			
Tüpfelralle	Porzana porzana	x			
Schwarzhalstaucher	Podiceps nigricollis	x			
Kiebitz	Vanellus vanellus	x	x	x	x
Flussregenpfeifer	Charadrius dubius	x	x		x
Bekassine	Gallinago gallinago	x	x	x	x
Schleiereule	Tyto alba	x			x
Uhu	Bubo bubo	x	x	x	x
Sperlingskauz	Glaucidium passerinum	x	x	x	
Rauhfußkauz	Aegolius funereus	x	x	x	
Hohltaube	Columba oenas	x	x	x	x
Waldwasserläufer	Tringa ochropus	x		x	
Eisvogel	Alcedo atthis	x	x	x	x
Grünspecht	Picus viridis	x	x		x
Schwarzspecht	Dryocopus martius	x	x	x	
Feldschwirl	Locustella naevia	x			x
Wiesenpieper	Anthus pratensis	x	x		x
Neuntöter	Lanius collurio	x	x	x	x
Raubwürger	Lanius excubitor	x			x
Wasseramsel	Cinclus cinclus	x	x	x	
Teichrohrsänger	Acrocephalus scirpaceus	x			x
Dorngrasmücke	Sylvia communis	x	x		x
Braunkehlchen	Saxicola rubetra	x	x	x	x
Pirol	Oriolus oriolus				x
Dohle	Corvus monedula	x	x		x
Wendehals	Jynx torquilla	x			x
Rebhuhn	Perdix perdix	x	x	x	x
Wachtel	Coturnix coturnix	x	x	x	x
Wachtelkönig	Crex crex	x		x	x
Heidelerche	Lullula arborea	x	x	x	x

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Vogt- land	Unt. Erzgeb.	Ob. Erzgeb.	Erzgeb.- becken
Reptilien/Amphibien					
Glattnatter	Coronella austriaca	x			
Kreuzotter	Vipera berus	x	x	x	x
Ringelnatter	Natrix natrix	x	x	x	x
Zauneidechse	Lacerta agilis	x	x	x	x
Bergmolch	Triturus alpestris	x			
Feuersalamander	Salamandra salamandra	x	x	x	x
Kammolch	Triturus cristatus	x	x	x	x
Knoblauchkröte	Pelobates fuscus	x	x		x
Kreuzkröte	Bufo calamita		x		x
Wechselkröte	Bufo viridis				x
Moorfrosch	Rana arvalis	x	x		x
Kl. Wasserfrosch	Rana lessonae	x	x	x	x
Teichfrosch	Rana esculenta	x	x		x
Laubfrosch	Hyla arborea	x			
Gewässerorganismen					
Bachneunauge	Lampetra planeri	x	x		x
Bachforelle (<i>autochthone Vork.</i>)	Salmo trutta m. fario	x	x	x	x
Äsche	Thymallus thymallus	x	x	x	
Westgroppe	Cottus gobio	x	x	x	x
Elritze	Phoxinus phoxinus	x	x		x
Edelkrebs	Astacus astacus	x	x		x
Flussperlmuschel	Margaritifera margaritifera	x			
Keilflecklibelle	Aeshna isocetes	x			
Torf-Mosaikjungfer	Aeshna juncea	x	x	x	x
Hochmoor-Mosaikjungfer	Aeshna subarctica			x	
Blaufügel-Prachtlibelle	Calopteryx virgo	x	x		x
Gebänderte Prachtlibelle	Calopteryx splendens	x	x		x
Kleine Pechlibelle	Ischnura pumilio	x	x		x
Zweiggestreifte Quelljungfer	Cordulegaster boltonii	x	x	x	x
Südliche Binsenjungfer	Lestes barbarus	x			
Glänzende Binsenjungfer	Lestes dryas	x	x		x
Kleine Binsenjungfer	Lestes virens	x			
Gemeine Smaragdlibelle	Cordulia aenea	x		x	
Großes Granatauge	Erythromma najas	x	x		x
Kleines Granatauge	Erythromma viridulum	x			x
Köcherfliege	Halesus rubricollis		x		x
Speer-Azurjungfer	Coenagrion hastulatum	x	x	x	x
Große Moosjungfer	Leucorrhinia pectoralis	x			
Kleine Moosjungfer	Leucorrhinia dubia	x	x	x	x
Nordische Moosjungfer	Leucorrhinia rubicunda	x		x	
Federlibelle	Platycnemis pennipes	x			
Arktische Smaragdlibelle	Somatochlora alpestris			x	
Gemeine Winterlibelle	Sympecma fusca	x			
Gefleckte Heidelibelle	Sympetrum flaveolum	x	x		x
Gebänderte Heidelibelle	Sympetrum pedemontanum	x	x		x
Steinfliege	Isoperla grammica	x	x	x	x
Steinfliege	Isoperla oxylepis	x	x	x	x

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Vogt- land	Unt. Erzgeb.	Ob. Erzgeb.	Erzgeb.- becken
Tagfalter/Widderchen/Eulenfalter					
Kleiner Schillerfalter	<i>Apatura ilia</i>	x	x		x
Großer Schillerfalter	<i>Apatura iris</i>	x	x	x	x
Großer Perlmutterfalter	<i>Argynnis aglaja</i>	x	x	x	x
Kaisermantel	<i>Argynnis paphia</i>		x		x
Hochmoor-Perlmutterf.	<i>Boloria aquilonaris</i>	x		x	
Magerrasen-Perlmutterf.	<i>Bolaria dia</i>	x			
Sumpfwiesen-Perlmutterfalter	<i>Bolaria selene</i>	x	x	x	x
Brombeer-Zipfelfalter	<i>Callophrys rubi</i>	x	x	x	
Rostbraunes Wiesenvögelchen	<i>Coenonympha glycerion</i>	x		x	
Hochmoor-Gelbling	<i>Colias palaeno</i>			x	
Zwerg-Bläuling	<i>Cupido minimus</i>	x			
Rundaugen-Mohrenfalter	<i>Erebia medusa</i>	x	x	x	
Abbiss-Scheckenfalter	<i>Euphydryas aurinia</i>	x			
Kommalfalter	<i>Hesperia comma</i>	x			
Kleiner Eisvogel	<i>Limenitis camilla</i>	x			
Großer Eisvogel	<i>Limenitis populi</i>	x	x	x	x
Lilagold-Feuerfalter	<i>Lycaena hippothoe</i>	x		x	
Violetter Silberfalter	<i>Lycaena alciphron</i>	x			
Dukatenfalter	<i>Lycaena virgaureae</i>	x	x	x	
Schwefelvögelchen	<i>Lycaena tityrus</i>	x	x	x	x
Dunkler Wiesenknopf- Ameisenbläuling	<i>Maculinea nausithous</i>	x			x
Wachtelweizen-Scheckenfalter	<i>Melitaea athalia</i>	x	x	x	
Wegerich-Scheckenfalter	<i>Melitaea cinxia</i>	x			
Baldrian-Scheckenfalter	<i>Melitaea diamina</i>	x		x	
Ulmen-Zipfelfalter	<i>Satyrrium w-album</i>	x			x
Argus-Bläuling	<i>Plebeius argus</i>	x		x	x
Idas-Bläuling	<i>Plebeius idas</i>			x	x
Hochmoor-Bläuling	<i>Plebeius optilete</i>	x			
Violetter Waldbläuling	<i>Polyommatus semiargus</i>	x			
Fetthennen-Bläuling	<i>Scolitandides orion</i>	x			x
Roter Würfel-Dickkopffalter	<i>Spialia sertorius</i>	x			
Pimpinellen-Widderchen	<i>Zygeana minos</i>			x	
Thymian-Widderchen	<i>Zygeana purpuralis</i>	x			
Wildbienen					
Heide-Hummel	<i>Bombus jonellus</i>			x	
Berg-Waldhummel	<i>Bombus wurflenii</i>			x	
Heuschrecken					
Wiesen-Grashüpfer	<i>Chorthippus dorsatus</i>	x			
Sumpf-Grashüpfer	<i>Chorthippus montanus</i>	x	x		x
Kurzflügelige Schwertschrecke	<i>Conocephalus dorsalis</i>	x	x		
Warzenbeißer	<i>Decticus verrucivorus</i>	x	x	x	
Kleine Goldschrecke	<i>Euthystira brachyptera</i>	x	x	x	
Feldgrille	<i>Gryllus campestris</i>	x			
Kurzflügelige Beißschrecke	<i>Metrioptera brachyptera</i>	x	x	x	x
Ameisengrille	<i>Myrmecophila acervorum</i>	x			
Blauflügelige Ödlandschrecke	<i>Oedipoda caerulea</i>	x			
Rotleibiger Grashüpfer	<i>Omocestus haemorrhoidalis</i>	x			

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Vogt- land	Unt. Erzgeb.	Ob. Erzgeb.	Erzgeb.- becken
Bunter Grashüpfer	Omocestus viridulus	x		x	
Gemeine Sichelschrecke	Phaneroptera falcata	x			x
Gemeiner Heidegrashüpfer	Stenobothrus lineatus	x			x
Kleiner Heidegrashüpfer	Stenobothrus stigmaticus	x	x		x
Sumpfschrecke	Stethophyma grossum	x	x		x
Zweipunkt-Dornschröcke	Tetrix bipunctata	x	x	x	
Langfühler-Dornschröcke	Tetrix tenuicornis	x			
Pflanzen					
Weiß-Tanne	Abies alba	x		x	
Gelber Eisenhut	Aconitum lycoctonum	x			
Kelch-Steinkraut	Allysum alyssoides	x			
Rosmarinheide	Andromeda polifolia		x	x	
Gemeines Katzenpfötchen	Antennaria dioica	x		x	
Färberkamille	Anthemis tinctoria	x			
Arnika	Arnica montana	x	x	x	
Schwarzstieliger Streifenfarn	Asplenium adiantum-nigrum	x			
Nördlicher Streifenfarn	Asplenium septentrionale	x	x		x
Braunstieliger Streifenfarn	Asplenium trichomanes	x	x		x
Gebirgs-Frauenfarn	Athyrium distentifolium			x	
Heil-Ziest	Betonica officinalis	x		x	
Rippenfarn	Blechnum spicant	x	x	x	
Mondrautenfarn	Botrychium lunaria	x		x	
Gemeines Zittergras	Briza media	x	x	x	x
Aufrechte Trespe	Bromus erectus	x			x
Späte Wald-Trespe	Bromus ramosus	x			x
Sumpf-Calla	Calla palustris	x	x		x
Stumpfkantiger Wasserstern	Callitriche cophocarpa	x	x	x	
Haken-Wasserstern	Callitriche hamulata	x	x	x	
Teich-Wasserstern	Callitriche stagnalis	x		x	
Zwiebel-Zahnwurz	Cardamine bulbifera		x		
Quirl-Zahnwurz	Cardamine enneaphyllos		x		
Zypergras-Segge	Carex bohemica		x		
Frühlings-Segge	Carex caryophyllea	x	x		x
Finger-Segge	Carex digitata	x			
Zweizeilige Segge	Carex disticha				x
Langährige Segge	Carex elongata	x	x		x
Blaugrüne Segge	Carex flacca	x			x
Gelb-Segge	Carex flava	x		x	
Aufsteigende Gelb-Segge	Carex lepidocarpa	x		x	
Schlamm-Segge	Carex limosa			x	
Spitzblütige Segge	Carex pauciflora			x	
Hänge Segge	Carex pendula	x	x		
Floh-Segge	Carex pulcaris	x		x	
Schatten-Segge	Carex umbrosa	x			
Fuchs-Segge	Carex vulpina	x			
Gold-Distel	Carlina vulgaris	x		x	
Perücken-Flockenblume	Centaurea pseudophrygia	x		x	
Skabiosen-Flockenblume	Centaurea scabiosa	x			x
Echtes Tausendgüldenkraut	Centaurium erythraea				x
Guter Heinrich	Chenopodium bonus-henricus	x	x		x
Weißes Waldvögelein	Cephalanthera damasonium	x			
Kleinblütiges Hornkraut	Cerastium brachypetalum	x			
Alpen-Milchlattich	Cicerbita alpina			x	

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Vogt-land	Unt. Erzgeb.	Ob. Erzgeb.	Erzgeb.-becken
Stengellose Kratzdistel	Cirsium acaule	x	x		x
Grüne Hohlzunge	Coeloglossum viride			x	
Herbstzeitlose	Colchicum autumnale	x			
Felsen-Zwergmispel	Cotoneaster intergerrimus	x			
Schwärzender Geißklee	Cytisus nigricans	x			
Fuchssches Knabenkraut	Dactylorhiza fuchsii	x	x		
Breitblättriges Knabenkraut	Dactylorhiza majalis	x	x	x	x
Seidelbast	Daphne mezereum	x	x		x
Rauhe Nelke	Dianthus armeria	x			
Karthäuser-Nelke	Dianthus cathusianorum	x			
Prachtnelke	Dianthus superbus	x			
Großblütiger Fingerhut	Digitalis grandiflora	x			
Flachbärlapp	Diphasiastrum spec.	x	x	x	
Langblättriger Sonnentau	Drosera longifolia			x	
Rundblättriger Sonnentau	Drosera rotundifolia	x	x	x	
Ei-Sumpfsimse	Eleocharis ovata	x	x		x
Einspelzige Sumpfsimse	Eleocharis uniglumis				x
Gemeine Krähenbeere	Empetrum nigrum			x	
Sumpf-Sitter	Epipactis palustris	x			
Schneeheide	Erica carnea	x			
Schmalblättriges Wollgras	Eriophorum angustifolium	x	x	x	x
Breitblättriges Wollgras	Eriophorum latifolium.			x	
Scheiden-Wollgras	Eriophorum vaginatum	x	x	x	
Kleine Wolfsmilch	Euphorbia exigua				x
Gew. Augentrost	Euphrasia officinalis	x	x	x	
Steifer Augentrost	Euphrasia stricta	x		x	
Acker-Filzkraut	Filago arvensis	x			
Acker-Goldstern	Gagea villosa	x			
Schmalblättriger Hohlzahn	Galeopsis angustifolia	x			x
Rundblättriges Labkraut	Galium rotundifolium	x			
Deutscher Ginster	Genista germanica	x			
Deutscher Enzian	Gentianella germanica	x			
Bach-Nelkenwurz	Geum rivale	x	x		x
Große Händelwurz	Gymnadenia conopsea	x		x	
Gew. Sonnenröschen	Helianthemum nummularium	x			
Wiesenhafer	Helictotrichon pratense	x			
Leberblümchen	Hepatica nobilis	x			x
Öhrchen-Habichtskraut	Hieracium lactucella	x	x	x	
Alpen-Lattich	Homogyne alpina			x	
Tannen-Bärlapp	Huperzia selago	x		x	x
Rauhaariges Hartheu	Hypericum hirsutum	x	x		x
Berg-Hartheu	Hypericum montanum	x			
Borstige Schuppensimse	Isolepis setacea		x		x
Berg-Platterbse	Lathyrus linifolius	x	x	x	
Frühlings-Platterbse	Lathyrus vernus	x			
Türkenbund-Lilie	Lilium martagon	x	x		x
Schlammkraut	Limosella aquatica	x	x		
Purgier-Lein	Linum catharticum	x	x	x	x
Großes Zweiblatt	Listera ovata	x	x	x	x
Sudeten-Hainsimse	Luzula sudetica			x	
Sprossender Bärlapp	Lycopodium annotinum	x		x	
Keulen-Bärlapp	Lycopodium clavatum	x	x	x	
Wild-Apfel	Malus sylvestris	x			x
Acker-Wachtelweizen	Melampyrum arvense	x			

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Vogt- land	Unt. Erzgeb.	Ob. Erzgeb.	Erzgeb.- becken
Hain-Wachtelweizen	Melampyrum nemorosum	x			
Fieberklee	Menyanthes trifoliata	x	x		x
Moosauge	Moneses uniflora	x			
Bach-Quellkraut	Montia fontana	x	x	x	x
Nestwurz	Neottia nidus-avis	x		x	
Finkensame	Neslia paniculata	x			
Roter Zahntrost	Odontites vulgaris	x			
Natternzunge	Ophioglossum vulgatum				x
Stattliches Knabenkraut	Orchis mascula	x			
Kleines Knabenkraut	Orchis morio	x			
Purpur-Sommerwurz	Orobancha purpurea	x			
Einbeere	Paris quadrifolia	x	x		x
Sumpf-Herzblatt	Parnassia palustris	x		x	
Sumpf-Läusekraut	Pedicularis palustris			x	
Waldläusekraut	Pedicularis sylvatica	x	x	x	x
Sumpfquendel	Peplis portula	x			
Sprossendes Felsenköpfchen	Petrorhagia prolifera	x			
Schwarze Teufelskralle	Phyteuma nigrum	x		x	
Echtes Fettkraut	Pinguicula vulgaris	x		x	
Spirke	Pinus rotundata		x	x	
Weißer Waldhyazinthe	Platanthera bifolia	x			
Berg-Waldhyazinthe	Platanthera chlorantha				x
Alpen-Zwergbuchs	Polygala chamaebuxus.	x			
Schopfiges Kreuzblümchen	Polygala comosa	x			
Quendel-Kreuzblümchen	Polygala serpyllifolia	x	x	x	
Gem. Kreuzblümchen	Polygala vulgaris	x	x	x	x
Duftende Weißwurz	Polygonatum odoratum	x			x
Gem. Tüpfelfarn	Polypodium vulgare	x			x
Alpen-Laichkraut	Potamogeton alpinus				x
Berchtolds Laichkraut	Potamogeton berchtoldii				x
Spiegelndes Laichkraut	Potamogeton lucens	x			x
Stumpfblättriges Laichkraut	Potamogeton obtusifolius	x			
Kleines Laichkraut	Potamogeton pusillus	x			
Sumpf-Blutauge	Potentilla palustris	x	x		x
Aufrechtes Fingerkraut	Potentilla recta	x			x
Echte Schlüsselblume	Primula veris	x			x
Rundblättriges Wintergrün	Pyrola rotundifolia			x	
Wasser-Hahnenfuß	Ranunculus aquatilis	x	x		x
Acker-Hahnenfuß	Ranunculus arvensis				x
Platanenblättriger Hahnenfuss	Ranunculus platanifolius		x	x	
Rauher Klappertopf	Rhinanthus alectorolophus	x			
Großer Klappertopf	Rhinanthus angustifolius			x	
Kleiner Klappertopf	Rhinanthus minor	x	x	x	x
Lederblättrige Rose	Rosa caesia	x	x		x
Elliptische Rose	Rosa elliptica	x			
Rauhblättrige Rose	Rosa jundzillii	x			
Wein-Rose	Rosa rubiginosa	x			x
Flaum-Rose	Rosa tomentella ssp. scabruiscula	x			
Steinbeere	Rubus saxatilis	x			
Kriech-Weide	Salix repens	x			
Wiesen-Salbei	Salvia pratensis				x
Sanikel	Sanicula europaea	x			
Wasser-Greiskraut	Senecio aquaticus	x		x	
Heilwurz	Seseli libanotis	x			

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Vogt- land	Unt. Erzgeb.	Ob. Erzgeb.	Erzgeb.- becken
Acker-Lichtnelke	<i>Silene noctiflora</i>	x			x
Pechnelke	<i>Silene viscaria</i>	x			
Gew. Teufelsabbiß	<i>Succisa pratensis</i>	x	x	x	x
Bach-Greiskraut	<i>Tephrosia crispa</i>			x	
Trauben-Gamander	<i>Teucrium botrys</i>	x			
Akeleiblättrige Wiesenraute	<i>Thalictrum aquilegifolium</i>	x		x	
Alpen-Vermeinkraut	<i>Thesium alpinum</i>	x			
Berg-Klee	<i>Trifolium montanum</i>	x			
Moor-Klee	<i>Trifolium spadiceum</i>	x		x	
Sumpf-Dreizack	<i>Triglochin palustre</i>	x		x	
Gew. Wasserschlauch	<i>Utricularia australis</i>	x	x	x	
Kleiner Wasserschlauch	<i>Utricularia minor</i>		x		
Gemeine Moosbeere	<i>Vaccinium oxycoccus</i>	x	x	x	
Rauschbeere	<i>Vaccinium uliginosum</i>	x	x	x	
Kleiner Baldrian	<i>Valeriana dioica</i>	x	x	x	x
Hügel-Baldrian	<i>Valeriana wallrothi</i>	x			
Gezähntes Rapünzchen	<i>Valeriana dentata</i>	x			x
Dillenius-Ehrenpreis	<i>Veronica dillenii</i>	x			
Glänzender Ehrenpreis	<i>Veronica polita</i>				x
Schild-Ehrenpreis	<i>Veronica scutellata</i>	x	x		x
Dreiteiliger Ehrenpreis	<i>Veronica triphyllos</i>	x			
Erbsen-Wicke	<i>Vicia pisiformis</i>	x			

Tabelle A1-4: Maßnahmenswerpunkte Arten- und Biotopschutz

Stadt Zwickau und Landkreis Zwickauer Land			
NR	NAME	MASSNAHME	KREIS
1	Ackerwildkrautschutz nordwestlich von Crimmitschau	Schaffung kleiner Mosaiks aus extensiv genutzten Ackerflächen mit Anteilen von Ackerbrachen, Einbringung von Saatgut gefährdeter Ackerwildkräutern,	ZL
2	Sahngebiet nordwestlich von Crimmitschau	Entwicklung eines Biotopkomplexes aus naturnahen Wäldern, Gewässern, Wiesen , Feldgehölzen, Sicherung gefährdeter Pflanzenarten	ZL
3	Pleißenau Frankenhäusen	Sicherung und Entwicklung eines naturnahen Fluss- und Auenabschnittes	ZL
4	Döbitzbachtal südlich von Rudelswalde	Erhaltung und Sicherung des naturnahen Bachlaufes	ZL
5	Paradiesgrund bei Gablenz	Erhaltung und Sicherung des naturnahen Bachlaufes, Waldumbau	ZL
6	Koberbachtal von Rußdorf bis Talsperre	Erhaltung und Sicherung der Koberbachau, Aufwertung des naturnahen Bachlaufes, Waldumbau	ZL
7	Tal am Harthschlösschen	Entwicklung und Sicherung eines Komplexes von Frisch- und Feuchtwiesenstandorten mit Resten von Halbtrockenrasen	ZL
8	Oberer Schiedelgrund	Sicherung von wertvollen Amphibienlaichgewässern, Verknüpfung der Feuchtlebensräume durch Öffnen von Bachläufen	ZL
9	Meiselsgrund	Sicherung und Entwicklung eines strukturreichen Bachtälchens in der Agrarlandschaft	ZL
10	IAA Helmsdorf und Umgebung	vorrangige Berücksichtigung der Belange des Artenschutzes im Rahmen der Sanierung, Erarbeitung Landschaftspflegerischer Begleitpläne	Z
11	Aue der Zwickauer Mulde nördlich Schlunzig	Sicherung eines reich strukturierten Feuchtbiotopkomplexes, Artenschutzmaßnahmen	Z
12	Birkengrundbach	Sicherung und Entwicklung eines strukturreichen Bachtälchens in der Agrarlandschaft	Z
13	Wilhelmsgrund nordöstlich von Thurm	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen reich strukturierten Feuchtigkeitskomplexes mit Teichkette	ZL
14	Hausgrund östlich von Stangendorf	Aufwertung eines Frischwiesen- und Feuchtgebietskomplexes und Verknüpfung verinselter Teiche, Schaffung von Sommerlebensräumen für Amphibien	ZL
15	Kranzberggrund östlich von Werdau	Sicherung eines artenreichen Frisch- und Feuchtgebietskomplexes	ZL
16	Schutz von Vogelarten/Wiesenbrütern südöstlich von Werdau	agrarstrukturelle Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Grünlandextensivierung	ZL
17	Forbiger-Teich Beiersdorf	strukturelle Aufwertung u. Extensivierung der Teichnutzung, Abpufferung vom Acker bzw. Umwidmung, Schaffung von Sommerlebensräumen für Amphibien	ZL
18	Römertal und Plexhang	Sicherung der Habitatqualität für Lebensgemeinschaften an Teichen, Schaffung von Pufferzonen zum Acker bzw. von Sommerlebensräumen für Amphibien; Wiederaufnahme der Nutzung/Pflege des artenreichen Trockenhanges	ZL
19	Lehmgruben Brand und Marienthal	Erhaltung und Sicherung artenreicher Feuchtstandorte mit Rohbodenbereichen und temporären Gewässern, Artenschutz für Amphibien und Libellen, naturnahe Rekultivierung nach Abbau	Z
20	Biotopkomplex am Gewerbegebiet Maxhütte	Entwicklung und Sicherung eines Frischwiesen- und Feuchtgebietskomplexes mit Vorkommen gefährdeter Tierarten	Z
21	Pöhlwaldteiche	Entwicklung eines Biotopverbundes aus naturnahen Gewässern und Feuchtbiotopen	Z
22	Wiesentälchen nordwestlich von Marienau	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen gut ausgeprägten Feuchtigkeitskomplexes , Vernetzung von Grünlandbereichen in den Bachauen	ZL

NR	NAME	MASSNAHME	KREIS
23	Burgteich-Aue südöstlich von Schönfels	Sicherung und Aufwertung eines Komplexes von Feucht- und Frischhabitaten, Schaffung von Lebensraum für Arten der offenen Agrarlandschaft und Wiesenbrüter	ZL
24	Aue des Plotz- und Culitzschbaches	Sicherung und Aufwertung eines reich strukturierten und artenreichen Bachauenkomplexes, Vernetzung der Lebensräume; spezielle Artenschutzmaßnahmen – Vorkommen des Dunkelblauen Wiesenknopf-Ameisenbläulings	Z
25	Altsteinbrüche nördlich von Grünau	Sicherung und Aufwertung aufgelassener Kalksteinbrüche mit Gewässern, Magerrasen und wertvollen Artenpotential	ZL
26	Wiesenkomplex Zschocken	spezielle Artenschutzmaßnahmen – Vorkommen des Dunkelblauen Wiesenknopf-Ameisenbläulings	ZL
27	Beuthenbachaue östlich von Thierfeld	Erhaltung und Aufwertung einer reich strukturierten Bachaue als Verbundachse, Wiesenbrütergebiet	ZL
28	Voigtsbachaue westlich von Niedercrinitz	Sicherung und Aufwertung eines Feuchtgebietskomplexes, Erhaltung der individuenreichen Sumpfschreckenpopulation	ZL
29	Feuchtgebiet am Filzteich Niedercrinitz	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen reich strukturierten Feuchtgebietskomplexes mit Teichen, Offenland und Feuchtwäldern, Schaffung von Sommerlebensräumen für Amphibien	ZL
30	Feuchtgebietskomplex am Pohlteich	Sicherung und Aufwertung einer hohen Anzahl von Teichen und Artenpotential, Extensivierung der Fischhaltung	ZL
31	Bachaue südöstlich von Wiesenburg	Sicherung und Aufwertung von Feucht- und Trockenstandorten mit hohen Artenpotential	ZL
32	Bachaue östlich von Weißbach	Sicherung und Aufwertung eines artenreichen und reich strukturierten Frisch- und Feuchtgebietskomplexes	ZL
33	Wiese westlich der Waldschänke	Sicherung und Aufwertung einer Feuchtwiese innerhalb einer großen Ackerfläche als Refugium für Wiesenbrüter	ZL
34	Wiese südöstlich der Waldschänke	Sicherung und Aufwertung einer Feuchtwiese am Ziegelteich	ZL
35	Hirschfelder Wasser	Sicherung eines reich strukturierten Feuchtbiotopkomplexes	ZL
36	Feuchtgebietskomplex westlich von Wolfersgrün	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen Teichkomplexes und angrenzender Feuchthflächen	ZL
37	Enderteich bei Wolfersgrün	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen Feuchtbiotopkomplexes	ZL
38	Giegegrüner Teiche	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen Feuchtbiotopkomplexes mit gefährdeten Pflanzen- und Amphibienarten, Rastgewässer, Vorkommen der Wasserspinne	ZL
39	Lohbachaue westlich von Stangengrün	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen Feuchtbiotopkomplexes, Renaturierung von Bachabschnitten für Amphibienarten, Entwicklung von magerem Feucht- und Frischgrünland	ZL
40	Grünlandkomplex südwestlich von Obercrinitz	Sicherung und Aufwertung eines artenreichen Komplexes von Frisch- und Feuchtlebensräumen mit mehreren gefährdeten Arten	ZL
41	Feuchtbiotopkomplex südlich von Stangengrün	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen Feuchtbiotopkomplexes mit mehreren gefährdeten Arten	ZL
42	Moosheide Obercrinitz	Sicherung und Aufwertung eines hochwertigen Feuchtgebietes, Moor mit baumlosen Moorkern, Birkenmoor-Wäldern	ZL
43	Feuchtbiotopkomplex am Bummerloch	Sicherung und Aufwertung eines wertvollen Komplexes von Teichgruppen, Feucht- u. Frischwiesenstandorten, Vorkommen mehrerer gefährdeter Pflanzen- u. Tierarten	ZL
44	Jahnsgrüner Teich und anschließendes Wiesental	Sicherung und Aufwertung eines naturnahen Teiches sowie der angrenzenden Biotope	ZL
45	Moorplateau am Filzteich	Bereich Truppenübungsplatz, großflächige Moor-Renaturierung und Heidepflege, Moorverbund im Westerzgebirge	ZL

Stadt Plauen und Vogtlandkreis

NR	NAME	MASSNAHME	KREIS
46	Waschteich Reuth	Sicherung und weitere Aufwertung eines wertvollen Feuchtbiotopkomplexes	V
47	Jungkenberg Neumark	Sicherung eines wertvollen Magerrasenhangs und seine Aufwertung und Erweiterung durch Extensivierung	V
48	Feuchtbiopte südlich des Stauteich Netzschkau	Sicherung des Stauteiches und angrenzender Feuchtbiopte als wertvoller Lebensraum (Amphibien, Vögel)	V
49	Strukturreiche Agrarlandschaft am Kuhberg	Langfristige Sicherung wertvoller Artvorkommen (Amphibien, Vögel, Insekten) durch Biotopentwicklung und agrarstrukturelle Maßnahmen	V
50	Biotopkomplex im Göltzschtal südlich Reichenbach (Albertsruh)	Sicherung und weitere Entwicklung eines Komplexes aus Feucht- und Magerbiotopen	V
51	Göltzschtal unterhalb von Weissensand	Vernetzung einzelner vorhandener wertvoller Biotope im Göltzschtal durch Extensivierung der Grünlandnutzung	V
52	Schmalzbachtal Heinsdorfergrund	Wiederherstellung eines ehemals wertvollen Bachtals	V
53	Feuchtwiesenkomplex Irfersgrün	Sicherung und Entwicklung eines wertvollen Feuchtwiesenkomplexes	V
54	Borstgrasrasen bei Lengenfeld	Nachhaltige Sicherung und Aufwertung eines artenreichen Magerbiotops	V
55	Feuchtwiesenkomplex Pechtelsgrün	Sicherung und weitere Aufwertung eines wertvollen Feuchtbiotopkomplexes	V
56	Großer Teich Irfersgrün	Nachhaltige Sicherung und Aufwertung der wertvollen Feuchtbiotopkomplexe am Großen Teich	V
57	Kammolch-Gewässer nördlich von Pausa	Entwicklung eines Biotopverbundes unter dem besonderen Aspekt der Förderung von Amphibien (Kammolch)	V
58	Feuchtgebietskomplex Pausaer Weide	Vernetzung der Feuchtgebietskomplexe der Pausaer Weide mit weiteren wertvollen Feuchtbiotopen unter	V
59	Wisenta-Aue nördlich von Mühltröf	Entwicklung eines Biotopverbundes aus naturnahen Gewässern und Feuchtbiotopen	V
60	Feuchtgebiet am Fichtelberg bei Ranspach	Entwicklung eines Biotopverbundes aus naturnahen Gewässern und Feuchtbiotopen	V
61	Feuchtgebietskomplex am Neuen Teich	Entwicklung eines Biotopverbundes aus naturnahen Gewässern und Feuchtbiotopen	V
62	Syrau-Kauschwitz Heide Landschaft	Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung eines artenreichen Schutzgebietes	V
63	Trockenhang bei Röttis	Sicherung und Entwicklung eines Komplexes von Trockenstandorten	V
64	Steinbruch Jocketa	Langfristige Sicherung eines wertvollen, artenreichen Biotops	V
65	Trockenstandorte bei Röttis	Sicherung und Aufwertung wertvoller Trockenstandorte	V
66	Trockenrasenstandort in Reissig	Sicherung und weitere Entwicklung eines Trockenstandortes	V
67	Feuchtbiotop nördlich Möschwitz	Entwicklung von Feuchtbiotopkomplexen in einem Bachtal	V
68	Gölischbachwiesen	Langfristige Sicherung wertvoller Feuchtbiopte	V
69	Waldwiese am Taubenberg	Nachhaltige Sicherung und Aufwertung einer artenreichen Frischwiese	V
70	Braunkehlchen-Vorkommen bei Wernesgrün	Artenschutz Braunkehlchen	V
71	Großer Weideteich Plauen	Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung eines artenreichen Schutzgebietes	V
72	Trockenrasenstandort am Wachthübel	Sicherung und weitere Entwicklung eines wertvollen Trockenstandortes	PL

NR	NAME	MASSNAHME	KREIS
73	Trockenrasenstandort am Zaderagut	Sicherung und weitere Entwicklung eines wertvollen Trockenstandortes	PL
74	Teiche Unterlauterbach	Langfristige Sicherung und gezielte Weiterentwicklung eines Komplexes wertvoller Gewässer- und Feuchtbiotope	V
75	Frischwiese bei Reumtengrün	Nachhaltige Sicherung und Aufwertung einer Frischwiese mit hohem Artenpotential	V
76	Wiesenkomplex Schnarrtanne	Sicherung und Entwicklung eines Komplexes von Frisch- und Feuchtwiesen	V
77	Biotopkomplex bei Vogelsgrün	Nachhaltige Sicherung und Aufwertung eines wertvollen Komplexes von Frisch- und Feuchtlebensräumen in einer Bachaue	V
78	Schönlinder Burgbach östlich Reuth	Langfristige Entwicklung von Feuchtbiotopkomplexen in einer Bachaue	V
79	Trockenrasenstandorte bei Kloschwitz	Sicherung und weitere Entwicklung wertvoller Trockenrasenstandorte	V
80	Trockenrasenstandorte bei Straßberg	Sicherung und weitere Entwicklung wertvoller Trockenrasenstandorte	PL
81	Milmesgrund	Langfristige Sicherung und weitere Entwicklung der Frisch- und Feuchtbiotopkomplexe eines stadtnahen Bachtals	PL
82	Unterlosaer Kuppenland	Pflege und Entwicklung von Frisch-, Feucht- und Trockenbiotopkomplexen im Unterlosaer Kuppenland	PL
83	Friesenbachtal mit Zuflüssen	Naturnahe Gestaltung eines stadtnahen Bachtals mit Stand- und Fließgewässern, Bachauwald, Frisch- und Feuchtgrünland	PL
84	Steinrücken in Bergen und Trieb	Sicherung und sachgerechte Pflege der vorhandenen Steinrücken; Grünlandextensivierung	V
85	Feuchtgebietskomplex an der Roten Göltzsch	Langfristige Sicherung wertvoller Feuchtbiotopkomplexe	V
86	Zinsbachtal bei Morgenröthe-Rautenkranz	Nachhaltige Sicherung und weitere Entwicklung wertvoller Komplexe aus frischen und feuchten Offenlandbiotopen mit wertvollem Artbestand	V
87	Hirschlecken in Morgenröthe-Rautenkranz	Sicherung und Entwicklung eines wertvollen Bergwiesenkomplexes	V
88	Sandgrubenteich bei Mißlareuth	Sicherung und Entwicklung eines Waldbiotopkomplexes mit Stillgewässern und wertvollem Artbestand	V
89	Hasenpöhl bei Kemnitz	Sicherung und Entwicklung eines strukturreichen Magerstandortes	V
90	Feldhecken und Restgehölze in Schwand	Sachgerechte Pflege und weitere Entwicklung von Feldhecken; Grünlandextensivierung	V
91	Heckenlandschaft in Ruderitz	Sicherung und sachgerechte Pflege der vorhandenen Steinrücken; Grünlandextensivierung	V
92	Frischwiesenkomplex bei Türbel	Sicherung und weitere Entwicklung wertvoller frischer Offenlandbiotope	V
93	Trockenrasenstandorte nördlich von Taltitz	Sicherung und weitere Entwicklung wertvoller Trockenrasenstandorte	V
94	strukturreicher Talhang südöstlich von Taltitz	Sicherung eines mageren, strukturreichen Hangbereiches durch geeignete Pflege	V
95	Trockenrasen- und Magerstandorte bei Raschau	Langfristige Sicherung und Entwicklung wertvoller Mager- und Trockenstandorte des Kuppenlandes	V
96	Hainbachtal bei Oelsnitz	Langfristige Sicherung des wertvollen Biotop- und Artenbestandes und seine Vernetzung mit weiteren wertvollen Standorten der Region	V
97	Görnitzbachtal	Sachgerechte Grünlandpflege und Weiterentwicklung frisch-feuchter Offenlandkomplexe	V
98	Eimberg-Terrassen südlich Werda	Nachhaltige Sicherung wertvoller Gehölzbiotope und Wiesengesellschaften	V
99	Frischwiesenkomplex an der Zahnmühle	Sicherung und weitere Entwicklung wertvollen Frischgrünlandes	V
100	Moorstandorte zwischen Muldenberg und Hammerbrücke	Standortsgerechte Waldentwicklung unter besonderer Berücksichtigung offener Moorstandorte	V
101	NSG Muldenwiesen	Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung eines artenreichen Schutzgebietes	V
102	Zeughaus in Morgenröthe-Rautenkranz	Sicherung und Entwicklung eines wertvollen Bergwiesen- und Nassgrünlandkomplexes	V

NR	NAME	MASSNAHME	KREIS
103	Bergwiesenkomplex Gottesberg	Nachhaltige Sicherung und Aufwertung eines artenreichen Bergwiesenkomplexes	V
104	Feucht- und Bergwiesen Mühlleithen	Sicherung von Bergwiesen und Feuchtkomplexen mit wertvollem Artbestand	V
105	Kiebickenmoor und Große Säure	Langfristige Sicherung und standortgerechte Weiterentwicklung wertvoller Moorstandorte	V
106	Schutzgebietskomplex "Grünes Band"	Langfristige Sicherung wertvoller Artvorkommen und Biotope	V
107	Frischwiesen- und Trockenrasenbiotope bei Wiedersberg	Entwicklung großflächiger Mager- und Trockenrasenbiotope	V
108	Glockenhübel bei Bösenbrunn	Langfristige Sicherung und weitere Entwicklung wertvoller Trocken- und Magerstandorte mit sehr wertvollem Artbestand	V
109	Triebelbach	Entwicklung mageren Frisch- und Feuchtgrünlandes in der Bachau; Artenschutz Flussperlmuschel	V
110	Rebhuhnbiotope Unterwürschnitz / Hundsgrün	Nutzungsintensivierung und Gestaltung einer strukturreichen Agrarlandschaft	V
111	Sauergabengrund Schilbach	Entwicklung eines naturnahen Bachtälchens mit Feucht- und Frischwiesen	V
112	Moore und Bergwiesen nördlich von Schöneck	Standortgerechte Waldentwicklung unter besonderer Berücksichtigung offener Moorstandorte	V
113	Bergwiesen und Moore südwestlich Schöneck	Sicherung und weitere Entwicklung eines Berg- und Feuchtbiotopkomplexes mit wertvollen Artvorkommen	V
114	Bergwiesenkomplex Aschberg Klingenthal	Nachhaltige Sicherung eines artenreichen Bergwiesenkomplexes	V
115	Lochbach bei Untereichigt mit Nebentälern	Sicherung eines Offenlandkomplexes aus Frisch- und Feuchtwiesen und Magerrasen mit wertvollem Artbestand	V
116	Elstertal zwischen Adorf und Rebersreuth	Weitere Nutzungsintensivierung unter Berücksichtigung von Artenschutzmaßnahmen	V
117	Feuchtbiotopkomplex Hermsgrün	Nachhaltige Sicherung und sachgerechte Pflege eines wertvollen Feuchtbiotopkomplexes	V
118	Frisch- und Feuchtwiesenkomplex nördlich Wohl- bach	Langfristige Sicherung artenreicher Frisch- und Feuchtwiesen mit wertvollem, floristischen Artbestand	V
119	Entwicklung von offenen Moorstandorten auf der Schönecker Hochfläche	Standortgerechte Waldentwicklung unter besonderer Berücksichtigung offener Moorstandorte	V
120	Bergwiesen und Niedermoorbiotope in Zwota / Oberzwota	Langfristige Sicherung und weitere Entwicklung von Biotopkomplexen aus Bergwiesen, Borstgrasrasen und Niedermoorbiotopen	V
121	Tetterweinbachtal und Nebentäler sowie Reb- huhnvorkommen Freiberg	Sicherung und Entwicklung wertvoller Grünlandkomplexe im Tetterweinbachtal und Nebentäler sowie Nutzungsintensivierung und Gestaltung einer strukturreichen Agrarlandschaft	V
122	Amesloh bei Adorf	Sicherung und weitere Entwicklung eines Feuchtbiotopkomplexes mit wertvollen Artvorkommen	V
123	Sorge bei Adorf	Sicherung und weitere Entwicklung eines Feuchtbiotopkomplexes mit wertvollen Artvorkommen	V
124	Ziegenlohbachtal bei Erlbach	Langfristige Sicherung und Entwicklung eines Frisch- und Feuchtgrünlandkomplexes mit wertvollem Artbestand	V
125	Biotopkomplex im Landesgemeindetal	Langfristige Sicherung eines Biotopkomplexes aus artenreichen, wertvollen Grünlandflächen, Stillgewässern und Bachtälchenstan- dorten	V
126	Arnsgrüner Herzblattwiesen	Sicherung basiphiler Mager- und Nassstandorte mit floristischen Besonderheiten	V
127	Pfaffenloh	Sachgerechte Pflege und weitere Entwicklung wertvoller Frisch- und Feuchtbiotope unter Berücksichtigung spezieller Artenschutz- maßnahmen	V
128	Buttergrund bei Adorf	Langfristige Sicherung von Biotopkomplexen aus Borstgrasrasen, Frischwiesen und Feuchtbiotopen mit wertvollen Artvorkommen	V
129	Zeidelweide	Sachgerechte Pflege und weitere Entwicklung wertvoller Frisch- und Feuchtbiotope unter Berücksichtigung spezieller Artenschutz- maßnahmen	V
130	Bärenloh bei Bad Elster	Langfristige Sicherung eines artenreichen Standortes	V

NR	NAME	MASSNAHME	KREIS
131	Teufelskrallenwiesen in Sohl	Langfristige Sicherung floristisch wertvoller Frischwiesen	V
132	Offenlandkomplexe im Raunerbachtal	Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung von Feuchtbiotopkomplexen mit wertvollem Artbestand	V
133	Offenlandflächen im Tal des Markneukirchener Bächel und Umfeld	Langfristige Sicherung und Entwicklung eines Frisch- und Nasswiesenkomplexes mit wertvollem Artbestand	V
134	Biotopkomplexe im oberen Haarbachtal	Langfristige Sicherung und Pflege magerer frischer und feuchter Offenlandstandorte mit wertvollem Artbestand	V
135	Wirtsgrund und Offenland-/Waldmosaik östlich Eubabrunn	Langfristige Sicherung und Entwicklung der artenreichen Offenlandflächen mit wertvollem Artbestand	V
136	Biotopkomplex in Eubabrunn	Langfristige Sicherung eines Biotopkomplexes aus Bergwiesen, Borstgrasrasen und Nasswiesen mit wertvollem Artbestand	V
137	Wiesengrund am Alten Schloss Landwüst	Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung eines Biotopkomplexes aus Frischwiesen, Borstgrasrasen und Feuchtbiotopen	V
138	Hennebachtal mit Pfarrwiesen	Langfristige Sicherung und Entwicklung von Feuchtbiotopkomplexen mit wertvollem Artbestand	V
139	Berg- und Frischwiesen Rohrbach	Sicherung und Entwicklung artenreicher Wiesen mit floristischen Besonderheiten	V
140	Feuchtstandorte und magere Frischwiesen bei Gürth	Sicherung und weitere Entwicklung wertvoller Bachtälchenstandorte mit wertvollen Artenvorkommen	V
141	Kleedorfer Grenzwiese und FND "Wendingwiese"	Sicherung mageren Frisch- und Feuchtgrünlandes mit floristischen Besonderheiten	V
142	Fucikwiesen Bad Brambach	Langfristige Sicherung wertvoller Feuchtbiootope	V
143	Röthenbachtal westlich Bad Brambach	Sicherung und Entwicklung wertvoller Feuchtbiootope	V
144	Lochmühle bei Bärenndorf	Sicherung und weitere Entwicklung eines Feucht- und Magerbiotopkomplexes mit wertvollen Artvorkommen	V
145	Feuchtbiotopkomplexe am Hirschberg	Sachgerechte Pflege und langfristige Sicherung artenreicher Feuchtbiootope	V
146	Elstergebirgssüdabfall Schönberg	Sicherung und weitere Entwicklung eines Komplexes aus Feucht- und Magerbiotopen und faunistischen Besonderheiten	V
147	Großer Teich bei Schönberg	Langfristige naturnahe Entwicklung der Teiche zum Schutz wertvoller Artvorkommen	V

Kreis Aue – Schwarzenberg

NR	NAME	MASSNAHME	KREIS
148	Kirchwiese Wildbach	Pflege und Entwicklung einer besonders artenreichen Bergwiese mit hohem Anteil Roter Liste Arten	ASZ
149	Vordere Aue	Pflege und Strukturförderung eines Wiesentales mit hohem Anteil submontaner Mähwiesen	ASZ
150	Bernsbacher Raum mit Kuttenbach	Pflege und Entwicklung eines Bergwiesenkomplexes um die Quellmulde des Kuttenbaches	ASZ
151	Lipperteich mit Feuchtwiesen	Pflege und Erhalt eines gut strukturierten Teichgebietes mit umgebenden Wiesen und Gehölzen	ASZ
152	Moosbachteiche	Pflege und Entwicklung eines gut strukturierten Teichgebietes	ASZ
153	Borstgrasrasen am Pförtelsteig	Pflege und Entwicklung artenreicher Borstgrasrasen	ASZ
154	Feuchtgebietskomplex südlich von Dreihäuser bei Schneeberg	Sicherung eines artenreichen Feuchtgebietskomplexes , Vorkommen gefährdeter Tier- u. Pflanzenarten	ASZ
155	Bundeswehrgelände südlich der B169	Sukzessionshemmung durch extensive Beweidung	ASZ
156	Stollteichgebiet	Pflege und Entwicklung des Wiesenkomplexes südlich des Stollteiches	ASZ
157	Quellgebiet Mückenbächel	Pflege und Entwicklung von artenreichen Bergwiesen und Feuchtstandorten	ASZ
158	Conradswiese	Entwicklung eines Wiesenkomplexes mit umgebender Buchenwaldzelle	ASZ
159	Ochsenwiese	Pflege und Entwicklung einer Bergwiese mit Trockenmauern	ASZ
160	Wettertannenwiese	Pflege artenreicher Bergwiesen mit Feuchtstandorten	ASZ
161	Wiesen am Almhof	Pflege und Entwicklung von Bergwiesen	ASZ
162	Berg- und Feuchtwiesen in Schönheide	Pflege und Vernetzung des noch guten Wiesenbestandes in und um Schönheide	ASZ
163	Moorstandorte südlich Schönheide	Regeneration von Mooren einschließlich Pflege angrenzender Bergwiesen	ASZ
164	Gärtnerewiesen	Bergwiesenpflege	ASZ
165	Märzenbergwiese	Pflege einer Bergwiese	ASZ
166	Adnerraum	Pflege und Entwicklung eines Bergwiesenareals	ASZ
167	Halbmeile	Pflege und Erhalt einer regional bedeutsamen Bergwiesenenklave	ASZ
168	Hochmoor Großer Kranichsee	Pflege und Regeneration des regional bedeutendsten Hochmoores	ASZ
169	Hochmoor Weiters Glashütte	Pflege und Erhalt eines teilintakten Hochmoorrestes	ASZ
170	Bergwiesenkomplex Wildenthal	Pflege und Entwicklung eines regional bedeutenden Bergwiesenareals	ASZ
171	Bergwiesenkomplex Oberwildenthal	Pflege und Entwicklung eines regional bedeutsamen Bergwiesenareals	ASZ
172	Steinbach	Pflege und Erhalt eines Bergwiesenareals	ASZ
173	Hochmoor Kleiner Kranichsee	Pflege und Entwicklung eines regional bedeutsamen Hochmoores	ASZ
174	Henneberger Hang	Pflege und Entwicklung eines regional bedeutsamen Heide- und Borstgrasrasenareals	ASZ

Anlage 2

Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen

BArtSchV

Bundesartenschutzverordnung vom 16. Februar 2005, BGBl. I S. 258 (896), Änderung durch Art. 2 des Gesetzes vom 12.12.2007 BGBl. I S. 2873

BauGB

Baugesetzbuch vom 23.09.2004 BGBl. I S. 2414, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006, BGBl. I S. 3316

BauNVO

in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 466)

BBergG

Bundesberggesetz vom 13.08.1980, BGBl. I S. 1310, zuletzt geändert durch Art. 159 der Verordnung vom 31. Oktober 2006, BGBl. I S. 2407

BBodSchG

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundesbodenschutzgesetz) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214)

BBodSchV

Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12.07.1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3758)

BImSchG

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470)

BNatSchG

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 25.03.2002, BGBl. I S. 1193, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2873)

BWaldG

Bundeswaldgesetz vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), zuletzt geändert durch Artikel 213 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407)

EEG

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) vom 21. Juli 2004 (BGBl. I S. 1918), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 07. November 2006 (BGBl. I S. 2550)

Fachlicher Entwicklungsplan Verkehr des Freistaates Sachsen

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über den Fachlichen Entwicklungsplan Verkehr des Freistaates Sachsen vom 27. August 1999, SächsGVBl. Nr. 17/1999 S. 497

Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes

Gesetz vom 03.05.2005 (BGBl. I S. 1224)

KrW-/AbfG

Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz) vom 27.09.1994 (BGBl. I S. 2705), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19.07.2007 BGBl. I S. 1462)

LadSchIG

Gesetz über den Ladenschluss in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 2003 (BGBl. S. 744), zuletzt geändert durch Artikel 228 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407)

LEP 2003

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über den Landesentwicklungsplan Sachsen vom 16.12.2003, SächsGVBl. S. 915

Liste der Sächsischen Kur- und Erholungsorte

Bekanntmachung des SMWA über die Liste der Sächsischen Kur- und Erholungsorte gemäß § 3 Abs. 5 SächsKurG vom 25.10.2006 (SächsABl. S. 1012)

LSchIVO

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Ladenschlusszeiten in Kur-, Erholungs-, Ausflugs- und Wallfahrtsorten sowie auf bestimmten Flughäfen und Bahnhöfen vom 20.04.2006 (SächsGVBl. S. 98, ber. S. 459), zuletzt geändert durch Sächsisches Gesetz über die Ladenöffnungszeiten (Sächsisches Ladenöffnungs-gesetz - SächsLadÖffG) vom 16.03.2007 (SächsGVBl. S. 42)

Naturparkverordnung Erzgebirge/Vogtland

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung über den Naturpark „Erzgebirge/Vogtland“ (Naturparkverordnung Erzgebirge/Vogtland) vom 09.05.1996 (SächsGVBl. S. 202, ber. S. 380), zuletzt geändert durch Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz zur Änderung der Naturparkverordnung Erzgebirge/Vogtland vom 23.08.2004 (SächsGVBl. S.477)

Richtlinie 75/268/EWG

Richtlinie über die Landwirtschaft in Berggebieten und in bestimmten benachteiligten Gebieten vom 19.05.1975 (ABl. L 128, S.1)

Richtlinie 79/409/EWG

Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 (EG-Vogelschutzrichtlinie - VSchRL) über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten nach der Änderungsrichtlinie 91/2244/EWG vom 06.03.1991, Abl. EG Nr. L 103 vom 25.04.1979, S. 1 zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 807/2003 des Rates vom 14. April 2003 (Abl. EU Nr. L 122 S. 36)

Richtlinie 92/43/EWG

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH- Richtlinie – FFH- RL), Abl. EG Nr. L 206 S. 7 vom 22.07.1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.09.2003 (ABl. EU Nr. L 284 S. 1)

Richtlinie 2000/60/EG

Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmenrichtlinie - WRRL), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. EG) Nr. L 327, S. 1ff. vom 22. Dezember 2000

Richtlinie 2006/7/EG

Richtlinie über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung und zur Aufhebung der Richtlinie 76/160/EWG vom 15.02.2006 (Abl. EU Nr. L 64, S. 37)

ROG

Raumordnungsgesetz vom 18.08.1997 (BGBl. I S. 2081, 2102), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 09. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2833)

SächsBadegewV

Sächsische Badegewässer-Verordnung vom 05. Juni 1997 (SächsGVBl. S. 464), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 23.11.2001 (SächsGVBl. S. 736)

SächshohlrVO

Polizeiverordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Abwehr von Gefahren aus unterirdischen Hohlräumen sowie Halden und Restlöchern (Sächsische Hohlraumverordnung) vom 06.03.2002 (GVBl. S. 117); zuletzt geändert am 21.12.2004 (GVBl. S. 589)

SächsKurG

Sächsisches Gesetz über die staatliche Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten im Freistaat Sachsen (Sächsisches Kurortegesetz) vom 09.06.1994 (SächsGVBl. S. 1022), zuletzt geändert durch Art. 31 der VO vom 10.04.2003 (SächsGVBl. S. 94, 97)

SächsKurG ANVO

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Voraussetzungen der Anerkennung als Kur- und Erholungsort im Freistaat Sachsen vom 24.04.1995 (SächsGVBl. S. 145), zuletzt geändert durch Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Verordnung über die Voraussetzungen der Anerkennung als Kur- oder Erholungsort im Freistaat Sachsen vom 02.02.2004 (SächsGVBl. S. 27)

SächsLadÖffG

Sächsisches Gesetz über die Ladenöffnungszeiten vom 16.03.2007 (SächsGVBl. S. 42)

SächsLPIG

Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz) vom 14. Dezember 2001, SächsGVBl. S. 716 zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 07. November 2007, SächsGVBl. S. 478, 484

SächsNatSchG

Sächsisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Sächsisches Naturschutzgesetz) vom 03. Juli 2007 (SächsGVBl. S. 321)

SächsWaldG

Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) vom 10. April 1992, SächsGVBl. S. 137, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23.04.2007, SächsGVBl. S. 110

SächsWG

Sächsisches Wassergesetz vom 18.10.2004 SächsGVBl. S. 482, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 09.07.2007 (SächsGVBl. S. 310, 319)

SchalenwildVO

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten über die Räumliche Abgrenzung von Gebieten für die Hege und Bejagung von Schalenwild vom 21.04.1997 (SächsGVBl. vom 09.06.1997)

StrSchV

Strahlenschutzverordnung vom 20.07.2001 (BGBl. I, S. 1714), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13.12.07 (BGBl. S. 2930)

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999

Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen vom 17. Mai 1999 (ABl. L 160, S. 80)

Verordnung (EG) Nr. 1698/2005

Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) vom 20. September 2005 (ABl. EU L 277, S. 1)

VwV Großflächiger Einzelhandel

Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung zur Behandlung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen in der Landes- und Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren (VwV Großflächige Einzelhandelseinrichtungen) vom 03. Dezember 1996, (SächsABl. 1997, S. 9)

WHG

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 19.08.2002, BGBl. I S. 3245, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10.05.2007, BGBl. I S. 666

Zusammenfassende Erklärung
über die Einbeziehung von Umwelterwägungen
in die Erste Gesamtfortschreibung des
Regionalplanes Südwestsachsen

Zusammenfassende Erklärung über die Einbeziehung von Umwelterwägungen in die Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen

1. Einbeziehung von Umwelterwägungen in den Regionalplan Südwestsachsen

Raumordnerische Leitvorstellung der Ersten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen ist die Gestaltung der Siedlungs- und Freiraumstruktur zur Herstellung wertgleicher und nachhaltiger Lebensbedingungen. Wesentliche Zielsetzung ist dabei die Schaffung und der Erhalt nachhaltiger Raumnutzungsmuster im Sinn einer räumlichen Gesamtkonzeption. Den Umweltbelangen wird dabei sowohl im Rahmen der siedlungsstrukturellen als auch der freiraumbezogenen Ausweisungen sowie bei den infrastrukturellen Festsetzungen Rechnung getragen. Als wesentliche raumordnerische Instrumente sind in diesem Zusammenhang zu nennen:

- im Rahmen der siedlungsstrukturellen Ausweisungen das zentralörtliche System i. V. m. den Entwicklungsachsen, die Ausweisung von Gemeinden mit besonderen Gemeindefunktionen sowie die Ausweisung Regionaler Grünzüge und Grünzäsuren,
- im Rahmen der freiraumbezogenen Ausweisungen, die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Arten- und Biotopschutz als Grundgerüst des regionsweiten ökologischen Verbundsystems, die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Landschaftsbild/ Landschaftserleben, die Ausweisung von Vorranggebieten Wald und Vorbehaltsgebieten Waldmehrung, die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Bereitstellung von Trinkwasser, sowie die Ausweisung von Vorranggebieten Hochwasser (Überschwemmungsbereich) und Vorbehaltsgebieten Hochwasser (Risikobereich),
- im Bereich der infrastrukturellen Festsetzungen die Plansätze zur Sicherung und zum Ausbau des funktionalen Schienennetzes sowie zur Verbesserung des ÖPNV.

2. Prüfung der Umweltauswirkungen und Berücksichtigung des Umweltberichtes

Im Mittelpunkt des Umweltberichtes zur Ersten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen steht die Prüfung erheblicher Umweltauswirkungen von regionalplanerischen Ausweisungen, die Entwicklung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, die Prüfung von Alternativen sowie ggf. Hinweise auf Überwachungsmaßnahmen. Für die im Rahmen der Umweltprüfung vertieft zu prüfenden regionalplanerischen Ausweisungen wurde ein Prüfbogen erarbeitet, in dem die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen der jeweiligen Ausweisungen auf die Schutzgüter einzeln und differenziert ermittelt, beschrieben und bewertet wurden, mit dem Ziel, erhebliche Umweltauswirkungen zu vermeiden. Der vorliegende Umweltbericht dokumentiert diesen planungsmethodischen Ansatz und dessen Ergebnisse. Im Fall der Ersten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen konnten im Ergebnis der Umweltprüfung bei der Festsetzung gebietsscharfer regionalplanerischer Ausweisungen erhebliche Umweltauswirkungen vermieden werden.

Eine Berücksichtigung der Ergebnisse des Umweltberichtes bei der Gesamtfortschreibung des Regionalplanes ist somit gegeben.

3. Berücksichtigung der abgegebenen Stellungnahmen

Alle im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Regionalplanes nach § 6 Abs. 2 SächsLPIG eingegangenen Stellungnahmen wurden auf ihre Relevanz geprüft und einer Einzelabwägung durch die Gremien des Regionalen Planungsverbandes Südwestsachsen unterzogen.

3.1 Stellungnahmen zum Umweltbericht

Zum Umweltbericht selbst wurde nur eine relativ geringe Zahl von Stellungnahmen durch die zu beteiligenden Fachbehörden bzw. Fachstellen abgegeben. Diese Stellungnahmen bezogen sich im Wesentlichen auf

- den planungsmethodischen Ansatz der durchgeführten Umweltprüfung,
- inhaltliche Aussagen bei der konkreten Bewertung der Umweltauswirkungen von Ausweisungen auf einzelne Schutzgüter,
- die Einbeziehung weiterer planerischer Inhalte des Regionalplanes in die Umweltprüfung,
- das Erfordernis der Korrektur bzw. Anpassung von verwendeten Fachtermini und Gesetzesbezügen.

Neben der Umsetzung von i. d. R. redaktionellen Hinweisen und Ergänzungen im Textteil und der Karte 1 des Umweltberichtes waren keine grundsätzlichen Änderungen an der Methodik und am Prüfumfang der Umweltprüfung erforderlich. Den Forderungen nach einer Konkretisierung des planungsmethodischen Ansatzes wurde mit Hinweis auf den anzuwendenden Prüfmaßstab bzw. die anzuwendende Prüftiefe des Regionalplanes nicht entsprochen. Die Anregungen zur Prüfung weiterer planerischer Inhalte des Regionalplanes bezogen sich in der Regel auf nachrichtliche Übernahmen aus anderen Fachplanungen, die somit nicht der Prüfpflicht im Rahmen der durchzuführenden Umweltprüfung unterlagen.

3.2 Stellungnahmen zu den vertieft zu prüfenden regionalplanerischen Ausweisungen

Zu den Planinhalten des Regionalplanes, die Gegenstand der durchgeführten Umweltprüfung waren, wurden im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 6 Abs. 2 SächsLPIG sowohl von den zu beteiligenden öffentlichen Stellen als auch von privaten Einwendern eine Vielzahl von Anregungen, Hinweisen und Bedenken vorgetragen. Bezogen auf die prüfpflichtigen Inhalte des Regionalplanes (d. h. die regionalplanerischen Ausweisungen der Prüfgruppe A des Umweltberichtes) erfolgt nachstehend eine Zusammenfassung der inhaltlichen Schwerpunkte der hierzu eingegangenen Stellungnahmen.

Die Stellungnahmen zu den Schwerpunktbereichen für Siedlungsentwicklungen (hier: **Regionale Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe**) bezogen sich sowohl auf die Streichung/Flächenreduzierung einzelner geplanter Ausweisungen als auch auf die zusätzliche Aufnahme von Standorten. Schwerpunktmäßig wurde zu der mit der Ausweisung verbundenen Flächeninanspruchnahme sowie zu dem entstehenden Konfliktpotenzial Stellung genommen. Den Forderungen wurde nicht entsprochen, da mit der Ausweisung der Regionalen Vorsorgestandorte für Industrie und produzierendes Gewerbe eine Angebotsplanung sowie qualitativ und quantitativ hochwertige Industrieflächenvorsorge erfolgt, um im überregionalen Wettbewerb für großflächige, arbeitsplatzintensive Industrieansiedlungen die Region nachhaltig zu stärken. Gleichzeitig stehen in der Region mit den derzeit ausgewiesenen Regionalen Vorsorgestandorten ausreichend Flächenpotentiale für die Ansied-

lung regional und überregional bedeutsamer Investitionen der industriell-gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung.

Das in den Stellungnahmen angesprochene Konfliktpotenzial für einzelne Regionale Vorsorgestandorte ist auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und wird im Rahmen der erforderlichen Bauleitplanverfahren vertieft behandelt. Die Ausweisungsmethode und das Ausweisungsergebnis wurden beibehalten.

Die Stellungnahmen zu den **Vorrang-/Vorbehaltsgebieten für die Bereitstellung von Trinkwasser** bezogen sich im Wesentlichen auf eine vollständige und erkennbare Darstellung der Ausweisungen. Weitere Schwerpunkte lagen im Verständnis der zugrundeliegenden Ausweisungsmethodik sowie in der Behandlung potenzieller Konflikte.

Den Forderungen wurde nicht entsprochen, da im LEP 2003 Auftrag und Kriterien für die Ausweisung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Bereitstellung von Trinkwasser formuliert sind. Das sich aus der Ausweisung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Bereitstellung von Trinkwasser ergebende Konfliktpotenzial ist im Regionalplan erkennbar und im Rahmen der konkreten Festsetzungsverfahren von den jeweiligen Genehmigungsbehörden zu behandeln.

Die eingegangenen Stellungnahmen zu den **Vorbehaltsgebieten Waldmehrung** richteten sich schwerpunktmäßig auf eine Erhöhung des Ausweisungsumfanges. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Datengrundlagen der Waldmehrungsplanung und der für eine Ausweisung im Regionalplan maßgebenden Kriterien konnte diesen Forderungen nicht entsprochen werden. Weiterhin wurde in den Stellungnahmen auf den bestehenden Abstimmungsbedarf mit Belangen der landwirtschaftlichen Nutzung und auf die Notwendigkeit der Freihaltung wertvoller Offenlandbereiche hingewiesen. Diesbezüglich beinhaltet die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten ausreichenden Handlungsspielraum für die Entscheidung auf Vorhabensebene. Bereiche mit überörtlicher Naturschutzbedeutung wurden bereits im Zuge der getroffenen regionalen Flächenauswahl nicht in die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Waldmehrung einbezogen. Die Ausweisungsmethode und das Ausweisungsergebnis wurden beibehalten.

Die Stellungnahmen zu den **Vorrang-/Vorbehaltsgebieten oberflächennahe Rohstoffe** bezogen sich auf die Rohstoffsicherung insgesamt als auch auf einzelne konkrete Standorte. Dabei wurde sowohl die Streichung geplanter Ausweisungen als auch die zusätzliche Aufnahme neuer Vorhaben gefordert. Schwerpunktmäßig wurde zu bestehenden Konflikten und Belastungen aus bereits tätigem Abbaubetrieb sowie zu Konfliktpotenzialen geplanter Vorhaben Stellung genommen.

Den aufgestellten Forderungen wurde im Wesentlichen nicht entsprochen, da sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch im LEP 2003 ein Auftrag zur Rohstoffsicherung bzw. zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten formuliert ist. Die Ausweisung anhand der gegebenen Kriterien erfolgte auf fachbehördlicher Grundlage anhand der im Regionalplan erläuterten Methodik. In den Stellungnahmen angesprochenes Konfliktpotenzial ist bereits auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und wird im Rahmen nachfolgender Prüf- und Genehmigungsverfahren auf Vorhabensebene behandelt. Die Ausweisungsmethode und das Ausweisungsergebnis wurden beibehalten mit Ausnahme des Vorbehaltsgebietes Kirchberg/ Schelmburg, das aus dem Regionalplan gestrichen wurde.

Die Stellungnahmen zu den **Vorrang-/Eignungsgebieten Windenergienutzung** bezogen sich sowohl auf die Gesamthematik Windenergienutzung als auch auf die konkret ausgewiesenen Standorte. Hierbei wurde sowohl die Streichung bzw. Änderung vorgesehener Vorrang-/Eignungsgebiete als auch die Aufnahme einzelner zusätzlicher Standorte gefordert.

Den auf die Änderung der Ausweisungen gerichteten Forderungen wurde im Wesentlichen nicht entsprochen, da sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch im LEP 2003 ein Auftrag zur Sicherung der räumlichen Voraussetzungen für die Nutzung der Windenergie bzw. zur Ausweisung von Vorrang-/Eignungsgebieten formuliert ist. Die beabsichtigte räumlich abschließende Planung erfordert ein schlüssiges Gesamtkonzept mit einem ausgewogenen Verhältnis von Positiv- und Negativflächen. Eine Änderung erfolgte lediglich für den Standort Dennheritz, der im Gebietsumgriff reduziert wurde. Im Übrigen wurde das Ausweisungsergebnis ebenso wie die zu Grunde liegende Ausweisungsmethodik beibehalten.

Die Stellungnahmen zu den trassenkonkreten Festlegungen für Verkehrsvorhaben (hier: **Vorranggebiete Neubau Staatstraßen**) bezogen sich sowohl auf die Streichung geplanter Ausweisungen als auch auf die zusätzliche Aufnahme neuer Vorhaben. Den Forderungen wurde nicht entsprochen, da der Bedarf und die Umweltverträglichkeit der im Regionalplan ausgewiesenen Straßenplanungen im Bereich Staatsstraßen durch die Fachplanung bereits ausreichend untersetzt worden ist bzw. da für die geforderte Neuaufnahme von Maßnahmen im Bereich Staatsstraßen entsprechende fachplanerische Nachweise derzeit noch nicht vorliegen. Die Ausweisungsmethodik und das Ausweisungsergebnis wurden aus den genannten Gründen beibehalten.

4. Begründung für die Annahme des Planes

Die Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen trägt im Ergebnis zu einer nachhaltigen Raumentwicklung in der Region Südwestsachsen bei. Durch die umfassende Berücksichtigung der Umweltbelange wird mittel- bis langfristig eine Verbesserung der Umweltqualität in der Region erzielt.

Durch die siedlungs-, freiraum- und infrastrukturellen Ausweisungen des Regionalplanes erfolgt eine Sicherung und Verbesserung der ökologischen Funktionen des Naturhaushaltes (Biologische Vielfalt, Tiere/Pflanzen, Boden, Wasser, Klima/Luft). Gleichzeitig erfolgt auch eine Sicherung der ökonomischen Funktionen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft, Rohstoffsicherung, Nutzung erneuerbarer Energien, Tourismus und Erholung sowie im Bereich Infrastruktur.

Zusammenfassend sprechen insbesondere folgende Gründe für eine Annahme der Gesamtfortschreibung des Regionalplanes:

- Bei der Durchführung bzw. Umsetzung der Gesamtfortschreibung des Regionalplanes sind die zu erwartenden Umweltauswirkungen durch die vertieft zu prüfenden Festlegungen des Regionalplanes als nicht erheblich einzustufen.
- Durch die im Regionalplan enthaltenen umfangreichen Ausweisungen zum Erhalt, zur Verbesserung bzw. zur Sanierung von Schutzgütern im Rahmen der Ausweisung von Vorranggebieten für den Arten- und Biotopschutz kann von einem regionalen Ausgleich der nicht erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen werden.

- Die in Betracht kommenden Alternativen sind im Vergleich zu den gewählten regionalplanerischen Ausweisungen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die bewerteten Schutzgüter als ungünstiger einzustufen.

5. Maßnahmen zur Überwachung

Im Ergebnis der durchgeführten Umweltprüfung wurde festgestellt, dass von den Ausweisungen des Regionalplanes keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Instrumente zur allgemeinen Überwachung der Auswirkungen auf die Umwelt bei Durchführung und Umsetzung des Regionalplanes sind neben dem Raumordnungskataster und der Überwachung von Umweltauswirkungen durch die für das jeweilige Vorhaben zuständige Genehmigungsbehörde auch die Überwachungsprogramme, die sich aus den Richtlinien der EU ergeben.

Die Überwachung von konkreten Umweltauswirkungen erfolgt projektbezogen bei Realisierung der jeweiligen regionalplanerischen Ausweisung. Sie ist Gegenstand der nachfolgenden Planungsebenen.